

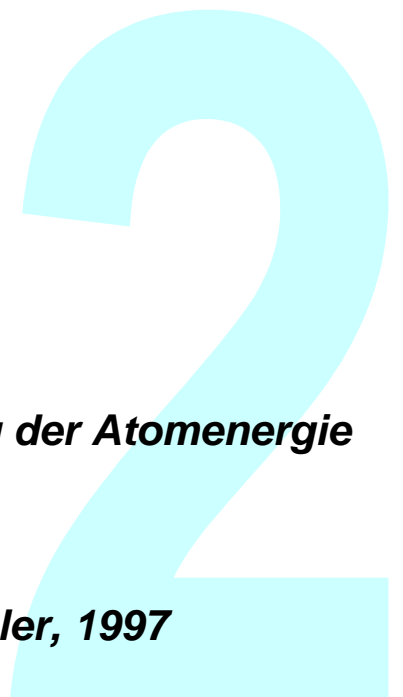
*Patrick Kupper*

# ***Abschied von Wachstum und Fortschritt***

***Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie  
in der Schweiz (1960-1975)***

***Lizentiatsarbeit Universität Zürich***

***Eingereicht bei Prof. Dr. Hansjörg Siegenthaler, 1997***



# Inhalt

<b>1. Einleitung</b> .....	<b>3</b>
<b>2. Theoretische und methodische Grundlagen</b> .....	<b>8</b>
2.1. Theoretischer Rahmen.....	8
2.2. Quellen und methodisches Vorgehen.....	12
2.3. Begrifflichkeit .....	14
<b>3. Hintergründe, Kontexte und Akteure</b> .....	<b>15</b>
3.1. Historische Hintergründe.....	15
3.1.1. Die Entwicklung der Atomtechnologie in der Schweiz.....	15
3.1.2. Die schweizerische Atomgesetzgebung.....	16
3.1.3. Das Leitbild des „Atomzeitalters“ .....	17
3.2. Zeitgenössische Kontexte.....	19
3.2.1. Energieverbrauch und Energiepolitik .....	19
3.2.2. Vom „1950er Syndrom“ zur „1970er Diagnose“: Die Wende im Umweltschutz..	22
3.3. Die Akteure: Die Natur- und Umweltschutzorganisationen .....	27
3.3.1. Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) .....	27
3.3.2. Der Rheinaubund .....	30
3.3.3. Der WWF .....	31
3.3.4. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU).....	32
3.3.5. Der Umweltclub.....	34
<b>4. 'Atome für die Natur': Der Diskurs der 1960er Jahre</b> .....	<b>36</b>
4.1. Die Debatte über den „Schritt zur Atomenergie“ .....	36
4.1.1. Naturschutz im „Atomzeitalter“ .....	36
4.1.2. Die Diskussionen im SBN (1962-66).....	37
4.1.3. Der Rheinaubund .....	41
4.1.4. Die Antiatombewegung und die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie .....	42
4.2. Der Atomenergiediskurs in den Zeitschriften des SBN und des Rheinaubundes .....	43
4.2.1. Die Argumentation.....	44
4.2.2. Die Denkmuster .....	48
4.3. Die Jahre des 'energiepolitischen Friedens' (1966-1969) .....	50

---

<b>5. Die Entdeckung der "Grenzen des Wachstums": Atomenergie- und Umweltdiskurs 1969-1975</b> .....	<b>52</b>
5.1. Die Genese des Widerstandes gegen die Atomkraftwerke .....	52
5.1.1. Partieller Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken (1969-72).....	52
5.1.2. Grundsätzlicher Widerstand im Zeichen der ökologischen Kritik (1972-75).....	69
5.2. Die Rolle der Wissenschaftler .....	75
5.2.1. Die Promotoren der Atomenergie und ihre Argumente .....	75
5.2.2. Die Gegner der Atomenergie und ihre Argumente.....	79
5.2.3. Der 'Kampf um die Wahrheit' und die Erosion der Expertenmacht.....	83
5.3. Der Atomenergiediskurs in den Umweltorganisationen.....	84
5.3.1. Die Zeitschrift „Natur und Mensch“ als Forum für die AKW-Kritik .....	84
5.3.2. SBN (I): Die Atomkraftwerke als Problem des Landschaftsschutzes oder die Ästhetik von Kühltürmen.....	88
5.3.3. Die SGU: Die „Gesamtenergiekonzeption“ als Rahmen der Problemlösung.....	93
5.3.4. Der WWF gegen den Bau von Atomkraftwerken.....	101
5.3.5. SBN (II): Stopp der Energieverschwendung!.....	104
5.3.6. Drei regionale Schwerpunkte des Umwelt-AKW-Diskurses .....	107
5.3.7. Das einheitliche Auftreten der Umweltorganisationen im Jahr 1975 .....	109
5.3.8. Zusammenfassung .....	111
5.4. „Stop der Energieverschwendung“: Das Manifest des SBN .....	113
5.4.1. Die Argumentation.....	114
5.4.2. Die Denkmuster .....	117
<b>6. Schlussbetrachtungen</b> .....	<b>120</b>
<b>7. Bibliographie</b> .....	<b>128</b>
<b>8. Anhang</b> .....	<b>138</b>

## 1. Einleitung

Im Dezember 1965 verlangte der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) in einer öffentlichen Stellungnahme, „direkt den Schritt zur Gewinnung von Atomenergie zu tun“.<sup>1</sup> Keine zehn Jahre später, im Sommer 1974, hiess es in einem Manifest desselben Bundes für Naturschutz: „[Es kann] nur eine Lösung geben: Weniger Energieverbrauch statt weitere Atomkraftwerke.“<sup>2</sup> Innert weniger als einem Jahrzehnt hatte der SBN in der Energiepolitik eine Kehrtwendung vollzogen: vom Promotor der Atomenergie zu deren Gegner. Der SBN war nur einer der Akteure in einem sich erstaunlich schnell entwickelnden Prozess, der die Atomenergie im Laufe der 70er Jahre zu einem heissumstrittenen Politikum werden liess, nachdem sie noch Ende der 60er Jahre von einem allseitigen Konsens getragen worden war.

### Fragestellung und Arbeitsthese<sup>3</sup>

Der angetönte dramatische Verlauf der Entwicklung wirft Fragen auf nach deren Hergang und Ursachen. Wie und warum entwickelte sich die vormals allseits akzeptierte Atomenergie binnen weniger Jahre zu einer der wichtigsten politischen Streitfragen? Was hatte sich in den Jahren um 1970 ereignet, das einen derart fundamentalen Wandel erklären könnte?

Diese Fragestellung scheint mir in mehrfacher Hinsicht bedeutsam: Erstens zielt sie auf den Prozess des sozialen Wandels ab. Dieser lässt sich am besten entlang von Entwicklungen analysieren, in denen es zu Brüchen gekommen ist. Die Geschichte des Atomenergiediskurses ist daher ein gutes Untersuchungsobjekt, das eine Annäherung an die Prozesse erlaubt, die die neueste Schweizer Geschichte geprägt haben. Zweitens entwickelte sich der Atomenergiediskurs in wechselseitiger Abhängigkeit mit verschiedenen benachbarten Diskursfeldern. Besonders eng war er mit dem Energie- und Umweltbereich verknüpft. Deshalb kann die Geschichte der Atomenergie als Fallbeispiel für die Entwicklung dieser umliegenden Bereiche studiert werden. Drittens handelt es sich bei der Atomenergie um eines jener Risiken, die durch moderne Produktionsformen erzeugt werden und deren Beurteilungen nicht auf persönlichem Erleben, sondern auf vermitteltem Wissen basieren. Der gesellschaftliche Umgang mit solchen Risiken ist heute brisanter denn je zuvor, wie neben den Debatten um die Atomkraftwerke diejenigen um die Gentechnologie zeigen. Viertens schliesslich wird auch in gegenwärtigen Diskussionen immer wieder auf die Entwicklung der Atomenergiekontroverse Bezug genommen und aus deren Geschichte Schlüsse für die Gegenwart gezogen. Für diese Diskussionen kann die historische Analyse realistische Grundlagen erarbeiten.

Bei einem ersten Blick auf die Entwicklung der Atomenergiekontroverse springt die ungefähre zeitliche Koinzidenz des Auftretens des Widerstandes gegen die Atomkraftwerke mit deren Bauprogramm ins Auge. In der bisherigen Forschung dominiert denn auch die Interpretation, dass die Entstehung der antinuklearen Opposition eine Reaktion auf den Bau dieser Anlagen gewesen sei. Den Umstand, dass die Artikulation von Widerständen zeitlich hinter der AKW-Bautätigkeit herhinkte, hat der Soziologe Hanspeter Kriesi damit erklärt, dass sich diese nicht an den eigentlichen Atomanlagen, sondern an deren Kühltürmen entzündet habe. Die Kühltürme hätten die Gefahren der Atomenergie visualisiert; erst diese Transformation ins sinnlich Wahrnehmbare habe die negativen Reaktionen hervorgerufen.<sup>4</sup>

---

<sup>1</sup> Stellungnahme des Naturschutzrates zur Energiepolitik, 11.12.1965, in: SN, 1/1966, S. 14.

<sup>2</sup> SBN 1974, S. 1.

<sup>3</sup> Hier geht es vorerst nur um die Leitfragen der Arbeit. In Kap. 2 wird die Fragestellung dann im Rahmen von theoretischen und methodischen Vorüberlegungen noch ausdifferenziert.

<sup>4</sup> Kriesi 1982. Vgl. auch Gilg/Hablützel, S. 855, Walter 1996, S. 192.

Krisis These wird in einem der folgenden Kapitel ausführlich besprochen.<sup>5</sup> An dieser Stelle soll vorerst nur das theoretische Modell, das diesen Interpretationen implizit zugrunde liegt, in Frage gestellt werden: Das Modell schliesst vom Ereignis direkt auf die Reaktion und unterschlägt somit gleich zwei Schritte: Erstens denjenigen der Informationsverarbeitung, der Interpretation der Ereignisse und zweitens denjenigen, der von der Interpretation zur Reaktion führt. Die vorliegende Arbeit versucht, genau diese vernachlässigten Schritte in die Analyse einzubeziehen.<sup>6</sup>

Den Ausgangspunkt meiner Arbeit bildet folgende These: Die Auseinandersetzung um die zivile Nutzung der Atomenergie war entscheidend geprägt durch den Umweltdiskurs. Die Atomenergie Diskussion entwickelte sich nicht parallel zum AKW-Bauprogramm, sondern unterlag dem starken Einfluss der Debatten im Bereich der Umwelt. Ereignisse, wie der oben erwähnte Kühlturmentscheid, werden unter diesem Blickwinkel nicht als Ursachen von Protesten und Oppositionen angesehen, sondern lediglich als deren Auslöser. Den Kern meiner Überlegungen bildet die These, dass sich nicht so sehr das Problem (die Atomkraftwerke) wandelte, sondern vor allem das Problemverständnis.

## **Aufbau**

Zur Verifizierung respektive Falsifizierung meiner Arbeitsthese soll der Diskurs um die Atomenergie rekonstruiert und interpretiert werden. Im Mittelpunkt der Arbeit stehen die Meinungsbildungsprozesse zur Atomenergie in ausgewählten Umweltorganisationen, die als Trägerinnen des Umweltdiskurses angesehen werden können. Es sind dies: Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN), der Rheinaubund, der WWF und die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU).

Die Arbeit gliedert sich in vier Teile: Theoretische und methodische Grundlagen (Kap. 2), Hintergründe, Kontexte und Akteure (Kap. 3), Atomenergie Diskurs der 60er Jahre (Kap. 4), Atomenergie Diskurs 1969-1975 (Kap. 5).

Die Kapitel zwei und drei haben einen einführenden Charakter. In Kapitel zwei diskutiere ich die theoretischen Ansätze, auf die die Arbeit Bezug nimmt, erläutere das methodische Vorgehen und kläre Fragen der Begrifflichkeit. In Kapitel drei wird der historische Rahmen abgesteckt, in dem sich der Atomenergie Diskurs bewegte. Es werden die historischen Zusammenhänge, in denen die Entwicklung der Atomtechnologie stand, dargestellt (3.1.), die wichtigsten zeitgenössischen Kontexte, Energiepolitik und Umweltdiskurs, skizziert (3.2.), sowie die oben genannten Umweltorganisationen, die zentralen Akteurguppen der folgenden Ausführungen, näher vorgestellt (3.3).

Die Kapitel vier und fünf widmen sich sodann der Entwicklung des Atomenergie Diskurses von der ersten Hälfte der 60er Jahre (Debatte um den Bau der ersten schweizerischen Atomkraftwerke) bis 1975 (Besetzung von Kaiseraugst, Lancierung der ersten Atomschutzinitiative). Sie sind chronologisch geordnet. Als Trennlinie wurde das Jahr 1969 gewählt, da sich in diesem Jahr erstmals ernstzunehmender Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken zu formieren begann.

Das Hauptgewicht von Kapitel vier liegt auf den mittleren 60er Jahren, in denen sich die schweizerische Elektrizitätswirtschaft entschied, Atomkraftwerke zu bauen. In den Abschnitten 4.1 und 4.2 wird das Verhältnis der Naturschutzkreise, insbesondere des SBN und des Rheinaubundes, zur Atomenergie beleuchtet. Die Brücke zum folgenden Teil der Arbeit schlägt der Abschnitt 4.3, in dem die ereignisarmen Jahre 1966-1969 kurz gestreift werden.

---

<sup>5</sup> Siehe Abschn. 5.1.1.

<sup>6</sup> Siehe dazu die theoretischen Ausführungen in Kapitel 2.

Der eigentliche Schwerpunkt der Arbeit liegt in der Zeit von 1969 bis 1975, in der sich die Atomenergie zu einem brisanten, kontroversen Politikum entwickelte. Sie wird in Kapitel fünf behandelt. Das Kapitel beginnt mit einem längeren Abschnitt zur Genese der Anti-AKW-Bewegung und zur Entwicklung des öffentlichen Atomenergiediskurses (5.1). Darauf folgt ein Teil, in dem die Argumente von Befürwortern und Gegnern aus dem Bereich der Wissenschaft, dem ich eine grosse Deutungsmacht zuschreibe, dargestellt werden (5.2). Diese beiden Abschnitte schildern gleichsam den Kontext, in dem die Meinungsbildungsprozesse in den Umweltorganisationen stattfanden, die ich sodann in den Abschnitten 5.3 und 5.4 ausführlich zur Sprache bringe. Ich werde darlegen, wie und warum die Akteure dieser Organisationen in der ersten Hälfte der 70er Jahre ein völlig neues Bild der Atomenergie konstruierten.

Schliesslich möchte ich noch hervorheben, dass ich, um die Diskussionen der 60er und der 70er Jahre auf einer seriösen Grundlage miteinander vergleichen zu können, ausgewählte Publikationen der Umweltorganisationen aus den beiden Perioden mit derselben textanalytischen Methode untersucht habe. Die Resultate dieser Analysen sind in den Abschnitten 4.2 und 5.4 dargestellt.<sup>7</sup>

### Quellen und Darstellungen

Die vorliegende Arbeit basiert über weite Strecken auf (Primär-)Quellen. Die benutzten Dokumente lassen sich wie folgt klassifizieren:<sup>8</sup>

- Archivbestände des Schweizerischen Bundes für Naturschutz (SBN) und der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU).
- Zeitschriften und Publikationen der ausgewählten Umweltorganisationen Rheinabund, SBN, SGU und WWF.
- Die Jahresrückblicke des „Année politique“ und die Datenbank des Nationalen Forschungsprogramms Nr. 11 „Cohésion nationale et changement technologique“.<sup>9</sup>
- Zeitungen und Flugblätter, wobei ich hauptsächlich auf die entsprechenden Sammlungen des Schweizerischen Sozialarchivs und des Schweizerischen Wirtschaftsarchivs zurückgegriffen habe.
- Zeitgenössische Publikationen zur Atomenergie- und Umweltproblematik.

Zudem führte ich zwei längere Gespräche mit Zeitzeugen: mit Dieter Burckhardt, der von 1959 bis 1987 Zentralsekretär des SBN war, und mit Heribert Rausch, der 1972/73 Zentralsekretär der SGU war und verschiedene Beiträge zur Atomenergie verfasst hat.

Neben dem Quellenstudium arbeitete ich mit Darstellungen, im speziellen zur Geschichte der Atomenergiekontroverse und zur neuesten Umweltgeschichte der Schweiz. Im folgenden soll kurz der Forschungsstand diskutiert und gleichzeitig auf die wichtigsten Publikationen hingewiesen werden.

Mit den Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke in der Schweiz haben sich bereits einige Darstellungen befasst. Das Standardwerk ist Kriesi oben angeführte Studie zur Anti-AKW-Bewegung, die spätere Publikationen merklich geprägt hat.<sup>10</sup> Die gesamte Literatur ist durch drei Gewichtungen gekennzeichnet: Erstens konzentrieren sich die meisten Werke auf die Ereignisse um das geplante AKW Kaiseraugst. Zweitens steht die Frage der Mobilisierung der Anti-AKW-Aktivistinnen und -Aktivisten im Zentrum. Und drittens liegt ihr zeitli-

---

<sup>7</sup> Die Methode wird in Abschn. 2.2 vorgestellt.

<sup>8</sup> Spezielle Aspekte der Quellenlage und ihre Konsequenzen für die Arbeit werden in Kap. 2 diskutiert.

<sup>9</sup> Annexes 1-4. Hg. von Favez/Mysyrowicz.

<sup>10</sup> Kriesi 1982.

cher Schwerpunkt auf den Jahren ab der Kaiseraugster Besetzung von 1975.<sup>11</sup> Bisher nur marginal untersucht wurde die Frühphase der Opposition gegen Atomkraftwerke (1969-1974). Die beste Darstellung hierzu ist noch immer das Kapitel zu Kaiseraugst im Buch von Johannes Zürcher.<sup>12</sup> Einen aufschlussreichen Aufsatz über die parlamentarischen Debatten zur Atomenergie hat zudem Jean-Claude Favez geschrieben.<sup>13</sup> Ebenfalls schlecht dokumentiert sind die Bewegungen gegen AKW-Projekte neben Kaiseraugst - mit der Ausnahme von Graben, mit der sich Kriesis Studie eingehend befasst.

Für das Verständnis der schweizerischen Entwicklungen ist es hilfreich, eine internationale Perspektive auf die Atomenergiekontroverse zu gewinnen. Diesem Zwecke förderlich waren insbesondere die Werke von Joachim Radkau und Dieter Rucht.<sup>14</sup> Als Nachschlagewerk für technische Aspekte diente mir Webers Kernenergie-Lexikon, für rechtliche Fragen konsultierte ich Heribert Rauschs „Atomenergierecht“.<sup>15</sup>

Nun zur Umweltgeschichte: Einen guten Überblick über die Geschichte der Mensch-Umwelt-Beziehungen in der Schweiz seit 1800 hat François Walter verfasst.<sup>16</sup> Sein Buch, das seit kurzem auch auf deutsch erhältlich ist, bildet eine Synthese der vor 1990 geleisteten Forschung. Intensiv mit den Auswirkungen der Wachstumsphase der 50er und 60er Jahre auf die Umwelt hat sich in letzter Zeit Christian Pfister auseinandergesetzt.<sup>17</sup> Die Umweltbewegung dieser Jahre ist von Damir Skenderovic untersucht worden.<sup>18</sup> Einen originellen Einstieg in diese Zeit und Thematik bietet zudem der Ausstellungskatalog „Perlon, Petticoats und Pestizide“.<sup>19</sup> Für die Zeit um 1970 sind drei Darstellungen besonders empfehlenswert: Johannes Zürchers „Umweltschutz als Politikum“, das sich schwergewichtig mit der Umweltbewegung befasst, sowie die Lizentiatsarbeiten von Susanne Niederer-Schmidli und Jörg Wanzek.<sup>20</sup> Die letzteren, die sich beide dem schnellen Bedeutungsgewinn des Umweltthemas um 1970 widmen, ergänzen sich gegenseitig: Während Niederer-Schmidli eine beeindruckende Fülle an Quellenbelegen präsentiert, bemüht sich Wanzek, das Phänomen theoriegeleitet zu erklären.

### **Parteilichkeit und Objektivität**

Ein oft an den Historiker oder die Historikerin herangetragenes Postulat verlangt von ihr oder ihm, die „historische Wahrheit“ festzuhalten, respektive sich einer „objektiven Geschichtsschreibung“ zu verpflichten. Mit besonderem Nachdruck wird diese Forderung jeweils gestellt, wenn es sich beim Gegenstand der Untersuchung um ein Thema handelt, das auch in der Gegenwart noch (oder wieder) umstritten ist. Die Atomenergie, der Gegenstand dieser Arbeit, gehört sicher in diese Kategorie.

Nun handelt es sich bei diesem Postulat aber um einen Ansinnen, das schon rein logisch nicht einlösbar ist. Geschichte oder Geschichtsschreibung entsteht in der Auseinandersetzung des Historikers mit dem Quellenmaterial. Der Standort des Historikers (seine Fähigkeiten, Interessen und Einstellungen) beeinflusst diesen Prozess nicht unerheblich. Trotzdem tritt er mit dem Anspruch auf, wahre Aussagen über historische Sachverhalte zu machen.

---

<sup>11</sup> Vgl. Curdy, Füglistler, Schroeren, Skenderovic 1994b.

<sup>12</sup> Zürcher, S. 47-54.

<sup>13</sup> Favez.

<sup>14</sup> Radkau 1983, Rucht, S. 405-473. Für weitere Literaturhinweise zu international vergleichenden Studien siehe ebd., S. 407.

<sup>15</sup> Weber; Rausch 1980. Für die spezielle Geschichte der atomaren Abfälle lohnt sich ein Blick in das Buch von Marcos Buser.

<sup>16</sup> Walter 1990/1996. Ausführliche Forschungsüberblicke bieten Pfister/Schuler 1992 und Hodel/Kalt.

<sup>17</sup> Pfister 1995a und b.

<sup>18</sup> Skenderovic 1992, 1994a, 1994b.

<sup>19</sup> Andersen 1994.

<sup>20</sup> Zürcher, Niederer-Schmidli 1991 (und 1992), Wanzek. Kurze Aufsätze zu den Lizentiatsarbeiten sind abgedruckt in: *etü*, 2/1992, S. 36-38 (Niederer-Schmidli) u. 1/1996, S. 15-17 (Wanzek).

Diese Spannung zwischen Anspruch auf Wahrheit und Parteilichkeit der Aussagen kann nicht aufgelöst werden. Vielmehr ist sie fruchtbar zu machen, für das historische Gespräch. Dies bedingt dreierlei: Erstens: die Einsicht in dieses Spannungsverhältnis; zweitens: die Offenlegung der theoretischen Prämissen; und drittens: ein systematisches, methodisches Vorgehen, das die vorgebrachten Argumente mit Quellenangaben belegt, sie nachvollziehbar präsentiert und somit kritisierbar macht.<sup>21</sup> Die vorliegende Arbeit versucht, diesen Kriterien der Objektivität Rechnung zu tragen.

Schliesslich möchte ich mich an dieser Stelle bei folgenden Personen bedanken, die mir bei der Arbeit geholfen haben: bei Leonore Schmidlin und Otto Sieber von der pro natura (vormals SBN), sowie Dieter Bürgi von der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz, die mir ermöglichten, die Quellen in den Archiven dieser Organisationen einzusehen; bei Dieter Burckhardt und Heribert Rausch für die aufschlussreichen Gespräche; bei Karin Büchel, Rolf Cavalli, Christof Dejung, Thomas Gull und Pascal Unternährer, die meine Texte Korrektur lasen und kritisierten; schliesslich bei Hansjörg Siegenthaler für die wissenschaftliche Betreuung der Arbeit.

---

<sup>21</sup> Als Richtschnur können Jürgen Kockas „Angemessenheitskriterien historischer Argumente“ dienen (Kocka). Zu Objektivität und Parteilichkeit in der Geschichtswissenschaft vgl. Goertz, S. 130-146.



## 2. Theoretische und methodische Grundlagen

Dieses Kapitel dient der Diskussion der theoretischen Ansätze, auf die die Arbeit Bezug nimmt, sowie der Präzisierung der Fragestellung. Zudem werden das methodische Vorgehen erläutert und Fragen der Begrifflichkeit geklärt.

### 2.1. Theoretischer Rahmen

Die vorliegende Arbeit versteht sich als Beitrag zur Schweizergeschichte, zur Sozialgeschichte und zur Umweltgeschichte. Sie interessiert sich für die Prozesse sozialen Wandels, wie sie sich im Reden über Umwelt in der Schweiz der 60er und 70er Jahre manifestierten.

Was ist Umweltgeschichte? Nach Arne Andersen sollte sie sich „mit dem Mensch-Natur-Verhältnis, der gesellschaftlichen Naturaneignung, beschäftigen. Dies schliesst Produktions- und Reproduktionsverhältnisse ebenso ein wie deren mentale und kulturelle Verarbeitung.“<sup>22</sup> Die Umweltgeschichte hat nicht nur ein weitgefasstes Themenspektrum, sondern befasst sich auch mit allen Zeitepochen. Joachim Radkau warnt den Umwelthistoriker aber davor, zu eifrig in der älteren Geschichte ökologische Krisen zu konstruieren. Die Probe aufs Exempel für die Tauglichkeit umwelthistorischer Konzepte bestehe darin, ob sie der Situation der letzten Jahrzehnte Rechnung tragen. Denn: In den Jahren nach 1945 habe die Umweltproblematik einen Quantensprung vollzogen.

Aus dieser Perspektive ist für Radkau auch die „Genese der weltweiten Umweltschutzbewegung simpel-rational“:

„Die Bewegung entstand schlicht und einfach deshalb, weil der objektive Problemdruck eine historische Schwelle überschritten hatte. Man braucht keine Erklärungsmuster, die mit 'postmodernem Wertewandel', 'Wohlstandssyndrom' oder 'neuen sozialen Bewegungen' operieren. Man sollte triviale Erklärungen nicht zu sehr verachten; sie haben das meiste für sich.“<sup>23</sup>

Diese Erläuterungen stehen allerdings in einem seltsamen Widerspruch zu den Ausführungen in demselben Aufsatz Radkaus zum Konstruktivismus, die in der These gipfeln, dass „das, was wir unter 'Natur' verstehen und als 'Natur' kultivieren möchten, ein Produkt der menschlichen Geschichte ist“.<sup>24</sup>

Radkaus „triviale Erklärung“ wischt denn auch elegant einige theoretische Schwierigkeiten unter den Tisch. Erstens was ist ein „objektiver Problemdruck“? Ich gehe in dieser Arbeit von der Annahme aus, dass es sich bei 'Problemen' um mentale Konstrukte handelt: Die Perception eines Problems als Problem hängt demnach in erster Linie vom Problembewusstsein der Akteure ab und erst in zweiter Linie vom Problem selber. Anders gesagt: Ein Sache wird zum gesellschaftsrelevanten Problem, indem die These irgendwelcher Akteure, dass eben

---

<sup>22</sup> Andersen 1993, S. 682. Auf den Forschungsstand, sowie theoretische Ansätze und Kontroversen der Umweltgeschichte soll hier nicht eingetreten werden. Diesem Thema widmet sich eine Reihe neuerer Aufsätze: Andersen 1993, Pfister/Schuler 1992, Radkau 1994, Sieferle 1993. Ein guter Einstieg in die Forschungsdebatte bietet ausserdem der von Christian Simon herausgegebene Sammelband, der die Beiträge eines Vorlesungszyklus an der Universität Basel im Sommer 1992 über den Stand der deutschsprachigen Umweltgeschichte enthält (Simon). Für die neusten Entwicklungen kann schliesslich die *traverse* 2/1997 (Umweltgeschichte) zur Lektüre empfohlen werden, insb. der Aufsatz von Hodel/Kalt.

<sup>23</sup> Radkau 1994, S. 27.

<sup>24</sup> Ebd., S. 12. Radkau vertritt aber keine radikalkonstruktivistische Sichtweise, sondern billigt der Natur durchaus eine vom Menschen unabhängige Realität zu.

diese Sache ein gesellschaftsrelevantes Problem darstelle, in der Gesellschaft Resonanz findet.<sup>25</sup>

Dieses Theorieproblem besteht nicht nur für Mensch-Umwelt-Beziehungen, sondern auch für Beziehungen unter Menschen, z.B. soziale Fragen. Zwei Besonderheiten der gesellschaftlichen Wahrnehmung der Umwelt verschärfen es aber vergleichsweise noch: Zum einen hat die Umwelt keine eigene Stimme. Sie kann 'ihre' Probleme (sofern sie überhaupt imstande ist, welche zu haben) nicht selber artikulieren. „Umweltprobleme“ sind daher ausnahmslos Problemzuschreibungen durch aussenstehende Menschen; in ihrem wahren Gehalt sind sie immer Gesellschaftsprobleme.<sup>26</sup> Zum anderen sind Modifikationen der Umweltbedingungen oftmals nur schwer erkennbar. Viele Umweltveränderungen (Radioaktivität, CO<sub>2</sub>-Erhöhung, diverse Gift- und Schadstoffe, etc.) entziehen sich dem sinnlichen Wahrnehmungsvermögen des Menschen und sind alleine mit Hilfe naturwissenschaftlicher Methoden nachweisbar.<sup>27</sup> Diese Faktoren sollten aber nicht überbewertet werden, da oft auch der Arzt der Patientin oder der Soziologe der Gesellschaft die Kompetenz verweigert, über ihren Zustand zu urteilen, und da auch in sozialen Fragen die wissenschaftliche Erfassung und Auswertung von Daten eine grosse Rolle spielt.

Eine zweite theoretische Schwierigkeit besteht darin, dass die Wahrnehmung von Problemen noch lange kein Garant für problemorientiertes Handeln ist. Auch diese theoretische Crux stellt sich bei den Mensch-Umwelt-Beziehungen ausgeprägt: Da es sich bei den meisten Umweltgütern um öffentliche Güter handelt, machen Bemühungen um ihre Erhaltung unweigerlich die Bekanntschaft mit dem Problem der „Trittbrettfahrer“. Diese aus der ökonomischen Theorie kollektiven Handelns stammende Erklärungsfigur besagt, dass sich der individuelle Akteur - unabhängig von seiner Problempertzeption - solange nicht für die Lösung eines Problems einsetzt, als er, ohne selber einen Beitrag zu leisten, vom Nutzen kollektiver Tätigkeit als „Trittbrettfahrer“ profitieren kann. Oder umgekehrt: der eigene Beitrag in keinem Verhältnis zum eigenen Nutzen steht - eine Situation, wie sie sich bei öffentlichen Gütern ergibt.<sup>28</sup> Ein Beispiel mag diesen Befund illustrieren: Der freiwillige Verzicht auf den Gebrauch des Automobils ist mit erheblichen Einschränkungen der individuellen Mobilität verbunden, der Nutzen dieser individuellen Aktivität, die Verbesserung des öffentlichen Gutes Luftqualität ist dagegen vernachlässigbar.

Als Zwischenfazit kann nun festgehalten werden: Radkaus „objektiver Problemdruck“, selbst wenn er als solcher wahrgenommen wird, muss noch lange nicht zur Entstehung einer Umweltbewegung führen.<sup>29</sup> Im folgenden sollen zwei theoretische Konzepte näher betrachtet werden, in deren Rahmen die angeführten Schwierigkeiten gehandhabt werden können:

---

<sup>25</sup> Der Soziologe Niklas Luhmann hat diesen Gedanken radikal formuliert: Die Gesellschaft könne sich nur selber ökologisch gefährden. Die vermeintlich objektiven Tatsachen, die normalerweise unter dem Begriff Umweltprobleme subsumiert werden, erhielten erst gesellschaftliche Resonanz, wenn über sie kommuniziert werde. Die Gesellschaft beobachte nur durch Kommunikation und könne nichts anderes als diese Kommunikation durch Kommunikation selbst regulieren. Es handle sich bei der ökologischen Gefährdung also um ein ausschliesslich gesellschaftsinternes Phänomen. Luhmann, S. 62f.

<sup>26</sup> Dieser Gedanke, dass Erkenntnisobjekt (Umwelt) und Erkenntnissubjekt (Mensch) nicht trennbar sind, ist auch ein starkes Argument für eine anthropozentrische Sichtweise. Sie alleine kann klare, rational nachvollziehbare und dadurch im demokratischen Prozess akzeptierbare Kriterien für den Umgang mit der Umwelt liefern, während die Kriterien einer biozentrischen Sichtweise, die sich nicht von den Interessen bewusster Wesen ableiten lassen, zwangsläufig beliebig bleiben müssen. Die Erklärung solcher Kriterien zu allgemeinen Pflichten entspräche einem Regime des Despotismus oder „Ökofaschismus“. Vgl. Hampicke.

<sup>27</sup> Vgl. Beck, S. 67-111.

<sup>28</sup> Vgl. Siegenthaler 1993, S. 47f.

<sup>29</sup> Die Umweltforschung hat eindruckliche Ergebnisse vorgelegt, die zeigen, dass zwischen dem Umweltbewusstsein und dem Umweltverhalten von Individuen eine grosse Diskrepanz besteht. Für neuste Ergebnisse siehe de Haan/Kuckartz. Zu den angesprochenen theoretischen Problemen vgl. Wanzek, S. 17-26.

## Hansjörg Siegenthalers Theorie des sozialen Wandels in modernen Wachstumsgesellschaften und die Diskursanalyse nach Michel Foucault.<sup>30</sup>

Hansjörg Siegenthalers Theorie baut auf dem ökonomischen Modell des individuellen, rational handelnden Akteurs auf, erweitert dieses allerdings um sozial-wissenschaftliche Erkenntnisse. Den individuellen Akteur sieht Siegenthaler eingebunden in „kognitive Regelsysteme“, definiert als Gesamtheit aller Regeln der Selektion, Klassifikation und Interpretation von Informationen, sowie „Institutionen“, definiert als Gesamtheit externer und internalisierter Gebots- und Verbotsnormen.<sup>31</sup> Alle kognitiven Regelsysteme und Institutionen bilden zusammen die „Struktur“ der Gesellschaft. Siegenthaler verknüpft nun den Prozess wirtschaftlichen Wachstums mit dem gesellschaftlichen Strukturwandel. Beide vollziehen sich ungleichmässig: Die Konjunkturzyklen der wirtschaftlichen Entwicklung werden interpretiert in wechselseitiger Abhängigkeit mit dem Wechsel von Perioden stabiler Struktur und Krisenphasen, in denen die Struktur in Bewegung gerät. Strukturperioden sind gekennzeichnet einerseits durch eine stabile Struktur, andererseits aber auch durch eine dynamische wirtschaftliche Entwicklung. Diese auf den ersten Blick paradox anmutende Symbiose von Stabilität und Dynamik erklärt sich dadurch, dass Menschen desto eher bereit sind zu handeln, je besser sie die Konsequenzen ihrer Handlungen abschätzen können. Anders gesagt: Wirtschaftliche Aktivitäten gedeihen am besten im Umfeld stabiler Institutionen und Denkregeln. Andererseits führt diese Symbiose von Stabilität und Dynamik dazu, dass die unveränderte Struktur immer häufiger mit der veränderten gesellschaftlichen Realität kollidiert. Diese Entwicklung kann zum Vertrauensverlust in die bisherige Struktur führen. Sobald dieses Phänomen massenhaft auftritt, schlittert die Gesellschaft in eine Orientierungskrise, in der nun ihre eigene Struktur zum vordringlichen Diskussionsthema wird. In kommunikativ vermittelten sozialen Lernprozessen versuchen die Akteure, ein neues, passenderes Bild der Welt zu gewinnen. Den Erwerb, die Modifikation und Einübung neuer kognitiver Regeln bezeichnet Siegenthaler als „fundamentales Lernen“, das er vom „regelgebundenen Lernen“, dem Routinelernen, das in den Strukturperioden vorherrscht, abgrenzt. Oft wird im Rahmen fundamentaler Lernprozesse auch Änderungen der institutionellen Ordnung initiiert. Der in der Krise vollzogene Strukturwandel kann so die Basis einer neuen Strukturperiode bilden.<sup>32</sup>

Vor dem Hintergrund von Siegenthalers Theorie lässt sich die Thematisierung der Umweltprobleme als Versuch verunsicherter Gesellschaften verstehen, ihre als überholt empfundenen Strukturen zu revidieren. Die Umweltprobleme entstanden nicht einfach, sondern wurden im Zuge sozialer Kommunikationsprozesse entdeckt. Diese Interpretation erklärt auch, wieso die Umweltbeeinträchtigungen nach 1945 ziemlich kontinuierlich stiegen, die Problematik dieses Prozesses um 1970 jedoch sprunghaft neue Dimensionen gewann.<sup>33</sup> Auch für die Bildung der Umweltbewegung bietet Siegenthalers Theorie Erklärungsansätze: Ihr Hauptanreiz könnte darin bestanden haben, dass sie einen Ort der sozialen Kommunikation und die in der Krisenphase hochgeschätzte Möglichkeit für fundamentales Lernen anbieten konnte.

---

<sup>30</sup> Siegenthaler 1993; Foucault.

<sup>31</sup> Zu den Institutionen gehören „alle internalisierten Zwänge, gesellschaftlich informell abgesicherte Begrenzungen der Handlungsspielräume und die von Staates wegen erlassenen und durchgesetzten Normen des positiven Rechts.“ Siegenthaler 1993, S. 26.

<sup>32</sup> Nach Siegenthalers Theorie vollzieht sich der Strukturwandel ungleichmässig. Phänomenologisch ergeben sich gewisse Ähnlichkeiten mit naturwissenschaftlichen Beschreibungen von Prozessen in ökologischen Systemen. Z.B. sinkt der pH-Wert eines Bodens unter Säureeintrag ungleichmässig, da verschiedene Substanzen die Säuren puffern. Solange die Puffersubstanz vorhanden ist, sinkt der pH-Wert nur langsam, sobald sie aufgebraucht ist, dagegen sehr schnell, bis eine andere Puffersubstanz den Sinkflug wieder abbremst. Allerdings gibt es einen gewichtigen Unterschied zwischen Siegenthalers Theorie sozialen Wandels und den naturwissenschaftlichen Theoremen: Während erstere deterministisch argumentieren, legt Siegenthaler Wert auf eine possibilistische Sichtweise (Siegenthaler 1993, S. 18).

<sup>33</sup> Siehe die Abschn. 3.2 und 3.3.

Aufgrund dieser theoretischen Überlegungen lassen sich Fragestellungen in zwei Richtungen formulieren: Erstens: Wer (individuelle Akteure, soziale Organisationen) waren die Promotoren atomkritischer Ideen? Und zweitens: Wie war die soziale Kommunikation organisiert, und wie veränderten sich diese Kommunikationsstrukturen im Verlaufe der Debatte?

Die Problematik von einer anderen Seite beleuchtet die Diskursanalyse, wie sie Michel Foucault entworfen hat.<sup>34</sup> Im Zentrum der Diskursanalyse stehen nicht die individuellen Akteure, sondern die Texte selber, sowie die mit ihnen verbundenen sozialen Praktiken der Kommunikation. Foucault unterteilt die Diskursanalyse in einen „kritischen“ und einen „genealogischen“ Teil, wobei er darauf hinweist, dass die beiden Elemente nie ganz zu trennen sind. Die „Kritik“ zielt auf die Systeme, die den Diskurs umschliessen; sie versucht, die Mechanismen herauszuschälen, die den Diskurs verknappen. Foucault unterscheidet drei Prozeduren, mit Hilfe derer der Diskurs gebändigt wird: die „Ausschliessung“, die „Einschränkung“ und die „Aneignung“. Die wichtigste Form der Prozedur der Ausschliessung ist die Entgegensetzung von „Wahrem“ und „Falschem“, dem der Zutritt zum Diskurs verwehrt bleibt.<sup>35</sup> Die Prozedur der Einschränkung umfasst den „Kommentar“, mit dem an einen früheren Text angeschlossen wird, den „Autor“, dem aber lediglich eine die Diskurse ordnende Funktion beigemessen wird, und die „Disziplin“, in der Regeln und Definitionen der Diskurse festgelegt sind (z.B. wissenschaftliche Disziplinen). Zur Prozedur der Aneignung schliesslich gehört die Definition der nötigen Qualifikation, über die ein Individuum verfügen muss, um überhaupt in einen Diskurs eintreten zu können, oder der Zugang zu Gesellschaften, in denen Diskurse gepflegt werden.<sup>36</sup> Der zweite Teil der Analyse, die „Genealogie“ thematisiert die Formierung der Diskurse. Sie verfolgt, wie Gegenstandsbereiche konstituiert werden, „hinsichtlich deren wahre oder falsche Sätze behauptet oder verneint werden können.“<sup>37</sup> Foucault interessiert sich insbesondere für den Zusammenhang zwischen Diskurs und Macht: Ein Wandel im Diskurs bedeute immer auch eine Verschiebung der Macht.<sup>38</sup>

Der diskursanalytische Hintergrund erlaubt es, einige interessante Fragen zu stellen. Zum einen: Wie sind die Systeme, die die Diskurse der Umwelt und der Atomenergie umgeben, beschaffen? Welche Mechanismen der Diskursverknappung waren wirksam? Zum anderen: Wie haben sich diese Diskurse entwickelt? Welche Überschneidungen haben sich ergeben, und welche Auswirkungen hatten diese Überschneidungen für die beiden Diskurse?

Vordergründig liegt zwischen den Standpunkten Siegenthalers und Foucaults ein tiefer theoretischer Graben. Während Siegenthalers Theorie auf dem individuellen Akteur aufbaut, also vom handelnden Subjekt ausgeht, betont Foucault die Macht des Diskurses, ordnet also das Subjekt der Struktur unter. Ich bin aber der Meinung, dass dieser Graben nur vermeintlich so tief ist und sich zwischen den Theorien Siegenthalers und Foucaults eine für die Ana-

---

<sup>34</sup> Foucault. Foucault definiert den Begriff „Diskurs“ selber nicht. Aus seinen Ausführungen wird aber klar, dass er darunter spezifisch verknüpfte Formationen („Serien“) von Aussagen versteht. Auf andere Diskursbegriffe, wie denjenigen von Habermas, soll hier nicht eingegangen werden, ebensowenig auf die Irrungen und Wirkungen des Diskurses über den Diskurs. Zu diesen Themen siehe Schöttler. Schliesslich möchte ich darauf hinweisen, dass ich die Diskursanalyse zur Schärfung meiner Fragestellung verwende und nicht als methodische Anleitung zur Quelleninterpretation. Zum methodischen Vorgehen der Arbeit siehe Abschnitt 2.2.

<sup>35</sup> Weitere Einschränkungsformen sind bei Foucault das Verbot (z.B. Tabuisierung von Themen, Ritualisierung von Situationen) und die Entgegensetzung von Vernunft und Wahnsinn.

<sup>36</sup> Weitere Aneignungsprozeduren sind nach Foucault „Doktrinen“, die zur Anerkennung derselben Wahrheiten verpflichten, und die „Erziehung“, die die Fähigkeiten zur Aneignung von Diskursen verteilt.

<sup>37</sup> Foucault, S. 44. Hierbei betont Foucault die Diskursabhängigkeit der Erkenntnisse: „Die Welt ist kein Komplize unserer Erkenntnis. Es gibt keine prädiskursive Vorsehung, welche uns die Welt geneigt macht. Man muss den Diskurs als eine Gewalt begreifen, die wir den Dingen antun; jedenfalls als eine Praxis, die wir ihnen aufzwingen.“ Ebd., S. 34f.

<sup>38</sup> Für Foucault ist der Diskurs die Macht schlechthin: „(...) der Diskurs - dies lehrt uns immer wieder die Geschichte - ist auch nicht bloss das, was die Kämpfe oder die Systeme der Beherrschung in Sprache übersetzt: er ist dasjenige, worum und womit man kämpft; er ist die Macht, deren man sich zu bemächtigen sucht.“ Foucault, S. 11.

lyse nützliche Brücke schlagen lässt: und zwar, indem Diskurse als Lernprozesse angeschaut werden. In dieser Perspektive können Phasen, in denen sich die Diskurse kontinuierlich entwickeln, als Perioden regelgebundenen Lernens interpretiert werden; Phasen, in denen die Diskurse sich sprunghaft verändern, bzw. neue Diskurse entstehen, hingegen als Perioden fundamentalen Lernens.

## 2.2. Quellen und methodisches Vorgehen

Im Zentrum der Arbeit stehen die Diskurse zur Atomenergie, wie sie in ausgewählten Umweltorganisationen geführt wurden. Die für die Rekonstruktion dieser Prozesse verwendeten Quellen lassen sich in zwei Kategorien einteilen. In die erste Kategorie fallen die veröffentlichten Texte: Dazu gehören die Zeitschriften, Pressecommuniqués und Jahresberichte der Organisationen. Die zweite Kategorie bilden Dokumente, die für den internen Gebrauch bestimmt waren: hauptsächlich Sitzungsprotokolle, aber auch Arbeitsunterlagen, Korrespondenzen und Positionspapiere.

Beide Quellenkategorien haben ihre Vor- und Nachteile, wenn es darum geht, auf ihrer Grundlage die Diskurse zu rekonstruieren: Die in internen Dokumenten wiedergegebenen Diskussionen fanden im vertraulichen Rahmen statt, zwischen Personen, die sich kannten. Auch wenn es in diesen Gesprächen sicherlich auch um die organisationsinterne Durchsetzung individueller Ansichten ging, dürften sie oftmals in erster Linie der gegenseitigen Verständigung gedient haben und insofern weitgehend frei sein von strategischen Überlegungen. Der intime Rahmen konnte andererseits aber dazu führen, dass gewisse Aspekte erst gar nicht thematisiert wurden, da die Gesprächsteilnehmer voraussetzten konnten, dass in diesen Angelegenheiten eine stillschweigende Übereinstimmung herrschte. Demgegenüber waren die Argumentationen in veröffentlichten Texten normalerweise viel ausführlicher, da die Zielgruppe und somit auch deren Wissensbestände unbekannter und heterogener waren. Allerdings dienten externe Quellen oftmals strategischen Zwecken: Die Lesenden sollten von der Meinung des Schreibenden überzeugt werden. Für den Schreibenden konnte es in diesem Sinne opportun sein, gewisse Aspekte absichtlich zu betonen, zu verniedlichen oder auszulassen.

Ideal ist folglich, wenn beide Quellenkategorien für die Untersuchung zur Verfügung stehen. Ihre parallele Verwertung kann zusätzliche Einsichten bringen: Zwar ergeben sich gewisse Wiederholungen, dafür werden aber auch Unterschiede zwischen der internen Verhandlung und der externen Vermittlung des Themas sichtbar.

Für die vorliegende Arbeit standen mir interne Dokumente vornehmlich für den SBN und die SGU zur Verfügung.<sup>39</sup> Aufgrund dieser Quellenlage wurde den Atomenergiediskursen in diesen beiden Organisationen mehr Raum eingeräumt. Die veröffentlichten Texte aller ausgewählten Organisationen wurden durchgearbeitet, wobei angemerkt sei, dass die SGU als einzige dieser Organisationen bis 1975 kein eigenes Periodikum besass. Die praktische Quellenarbeit verlief zweistufig: In einer ersten Etappe wurde das Quellenmaterial durchgesehen und diejenigen Texte herausgezogen, die die Atomenergie thematisierten. Gleichzeitig richtete sich meine Aufmerksamkeit auf Dokumente, die grundsätzliche Fragen der thematischen und politischen Ausrichtung oder der Arbeitsweise der jeweiligen Organisation behandelten. In einer zweiten Etappe wurden die im ersten Schritt zusammengestellten Textcorpora vorerst zusätzlich chronologisch geordnet, daraufhin analysiert.<sup>40</sup>

---

<sup>39</sup> Ich bat auch den WWF um Archiveinsicht, bekam aber einen negativen Bescheid.

<sup>40</sup> Auskunft über das durchgesehene Quellenmaterial gibt die Bibliographie.

Ein ausgewähltes Korpus von veröffentlichten Texten wurde zudem mit einer eigens hierfür entwickelten Methode bearbeitet.<sup>41</sup> In einem wechselseitigen Prozess von theoretischem Vorwissen, Erkenntnisinteresse und Arbeit am konkretem Material wurde ein Raster von Fragen an die Texte erstellt. Dieses Vorgehen, das man als regelgeleitete Hermeneutik bezeichnen könnte, verfolgt zwei Ziele: Erstens soll die Analysetiefe erhöht werden, indem die Argumentarien auf bestimmte Fragen 'abgeklopft' werden. Insbesondere wird auf diesem Weg versucht, die Denkmuster herauszuschälen, die den Texten zugrunde lagen. Es sollen nähere Hinweise gewonnen werden auf die Art und Weise, wie die Schreibenden die Welt konstruierten und analysierten, sowie auf die Handlungsspielräume, die sie sahen. Zweitens soll die Vergleichbarkeit von Texten erhöht werden, indem sie mit denselben Fragen konfrontiert werden.

Konkret erstellte ich ein Raster von acht Fragen an die Texte, die ich zu vier Paaren gruppiert habe: Das erste Fragepaar lautet: Was bezeichnen die Schreibenden als (vor-)gegeben und was als unbekannt oder unklar? Die Fragen sollen entschlüsseln, wie die Akteure die Situation wahrnahmen. Was galt ihnen als Selbstverständlichkeiten? Wo waren sie sich ihrer Ansichten sicher, wo unsicher? Das zweite Fragepaar zielt auf die perzipierten Grenzen der Handlungsspielräume. Es lautet: Was bezeichnen die Verfasser der Texte als zwingend und was als unmöglich? Worin sahen die Akteure Imperative, denen sie die Macht zuschrieben, bestimmte Handlungsmöglichkeiten zu erzwingen oder zu verunmöglichen? Das dritte Fragepaar lässt sich folgendermassen formulieren: Was bezeichnen die Schreibenden als wünschenswert, was befürchten sie? Diese beiden Fragen sollen die Motive offen legen, die die Akteure für ihr eigenes Handeln hatten. Welche Werte verbanden sie mit den verschiedenen Handlungsoptionen? Bei den drei ersten Fragepaaren wird jeweils nach den konkreten Inhalten und der Herkunft des Gesagten gefragt. Ein Beispiel soll dies verdeutlichen: So wird ermittelt, wovor sich der Autor (laut Text) fürchtet, aber auch, wie er seine Befürchtungen in Zeit und Raum verortet. Dem letzteren Aspekt ist zudem das vierte Fragepaar gewidmet. Es lautet: Welche Zeit- und Ortsbestimmungen werden in den Texten gemacht? Dadurch sollen die zeitlichen und räumlichen Dimensionen, die in den Texten angesprochen werden, erschlossen werden. In welchen räumlichen und zeitlichen Massstäben dachten die Akteure? Wo liegen die diesbezüglichen Grenzen ihrer Wahrnehmung?

Die Analyse der Texte geschieht in zwei Schritten: In einem ersten Schritt wird die Argumentation der Texte nachvollzogen. In einem zweiten Schritt wird diese Argumentation dann mit dem Frageraster konfrontiert. Die Darstellung wurde sodann auf die qualitativen Resultate beschränkt, da die quantitative Auswertung keine weiteren Erkenntnisse hervorbrachte.<sup>42</sup> Die Ergebnisse der Analyse befinden sich in den Abschnitten 4.2 und 5.4. Im Schlusskapitel werden sie verglichen.

---

<sup>41</sup> Die im folgenden beschriebene Methode der Textanalyse habe ich für diese Arbeit entwickelt. Ein wichtige Quelle der Inspiration waren die theoretischen und methodologischen Ausführungen von Willibald Steinmetz in seiner Dissertation „Das Sagbare und das Machbare“ (Steinmetz, insb. S. 24-44). Meine Methode unterscheidet sich aber, sowohl was das Frageraster wie auch das Verfahren der Datenerhebung und -auswertung betrifft, grundlegend von derjenigen von Steinmetz, die sich in die Forschungstradition der historischen Semantik einreihet. Meine Methode steht dagegen eher in der Tradition der klassischen historischen Methode der Hermeneutik. Zur historischen Semantik siehe Busse.

<sup>42</sup> Für die praktische Quellenarbeit waren mir die Anregungen von Christof Dejung hilfreich, der als Untersuchungseinheit für die Analyse von Zeitungsartikeln die einzelnen Abschnitte gewählt hat. Dieses Vorgehen ist empfehlenswert, da die Abschnitte vom Schreibenden selbst gesetzte Sinneinheiten darstellen. Siehe Dejung, S. 87-92.

### 2.3. Begrifflichkeit

„Atomenergie“ oder „Kernenergie“? Für die Bezeichnung derselben Sache werden verschiedene Wörter verwendet.<sup>43</sup> Dasselbe gilt für Reihe weiterer Komposita: „Atomtechnik“ oder „Kerntechnik“, „Atomkraftwerk“ („AKW“) oder „Kernkraftwerk“ („KKW“), „Atomwaffen“ oder „Kernwaffen“. Im heutigen politischen Diskurs widerspiegelt die Begriffswahl meist (nämlich sofern sie bewusst geschieht) die persönliche Einstellung zur Thematik: Der Gebrauch von „Kern“-Komposita signalisiert Befürwortung der Technik, von „Atom“-Komposita dagegen Ablehnung. Verfolgt man die historische Entwicklung der Verwendung der Begriffe, erkennt man, dass bis um 1970 der Gebrauch von „Atom“-Komposita eindeutig dominierte.<sup>44</sup> In der physikwissenschaftlichen Terminologie werden die „Kern“-Komposita bevorzugt, da sie die physikalischen Phänomene exakter beschreiben.<sup>45</sup> Allerdings sprachen auch kernphysikalische Kapazitäten wie Paul Scherrer in der Öffentlichkeit von „Atomenergie“.<sup>46</sup> Welche Terminologie soll nun der Historiker verwenden? Nach reiflichen Überlegungen habe ich mich für den Gebrauch der „Atom“-Komposita verwendet; ausser natürlich bei Zitaten (in der direkten und indirekten Rede), wo die Terminologie der Quelle übernommen wird. Im Gegensatz zu anderen Wissenschaften hat die Geschichtsforschung keine eigene Fachsprache entwickelt, sondern richtet sich üblicherweise nach dem populären Sprachverständnis. In der Alltagssprache scheint mir nun, die Verwendung der „Atom“-Komposita immer noch zu überwiegen. Zudem handelt es sich, wie oben ausgeführt, um die historisch gebräuchlichen Bezeichnungen. Eine Unterwerfung der Erzählsprache unter die physikwissenschaftliche Terminologie schien daher nicht angebracht.<sup>47</sup>

---

<sup>43</sup> Neben Atom- und Kernenergie wird, wohl nicht zuletzt unter dem englischen, resp. amerikanischen Sprach- einfluss, zudem von Nuklearenergie gesprochen (nucleus: lat. für Kern). Erstaunlicherweise wird in keiner der von mir benutzten Darstellungen die eigene Verwendung dieser Begriffe reflektiert. Selbst Matthias Jung, der die Entwicklung des Gebrauchs von Atom- und Kernkomposita in der deutschen Öffentlichkeit unter- sucht, legt über die eigene Begrifflichkeit keine Rechenschaft ab (Jung).

<sup>44</sup> Vgl. Jung, Die Entwicklung der Begriffsverwendung in den für diese Arbeit untersuchten Quellen wird in Abschn. 5.3.8 speziell thematisiert.

<sup>45</sup> „(Atom-)Kern“ bezeichnet den Ort, an dem sich die physikalischen Prozesse abspielen, genauer als „Atom“. Vgl. Weber, S. 119, 134, 137.

<sup>46</sup> Z.B.: Paul Scherrer, Atomenergie - Die physikalischen und technischen Grundlagen, 1945, in: SGK, S. 12-27.

<sup>47</sup> Noch eine Bemerkung zur Verwendung der männlichen und weiblichen Schreibweise: Für die Arbeit wurde das System des alternierenden Gebrauchs der beiden Geschlechtsformen gewählt, wobei das sprachlich unter- schlagene Geschlecht jeweils mitgemeint ist. Ein gewisses Übergewicht der männlichen Variante rechtfertigt sich dadurch, dass mehrheitlich von männlichen Akteuren die Rede ist.

### 3. Hintergründe, Kontexte und Akteure

In diesem Kapitel werden zuerst die historischen Hintergründe der zivilen Nutzung der Atomenergie dargestellt (3.1), danach die wichtigsten zeitgenössischen Kontexte, Energiepolitik und Umweltdiskurs, skizziert (3.2). Schliesslich werden diejenigen Umweltorganisationen, die im Zentrum der nachfolgenden Untersuchungen stehen, kurz vorgestellt (3.3).

#### 3.1. Historische Hintergründe

Es ist sinnvoll, zunächst einmal einen Blick auf die Entwicklungen im Bereich der Atomenergie in der Schweiz der 40er und 50er Jahre zu werfen. In den Vorgängen dieser Zeit liegt ein Schlüssel zum besseren Verständnis der Geschichte der nachfolgenden Jahrzehnte. Die folgenden Ausführungen packen das Thema auf drei Ebenen an: einer wissenschaftlich-wirtschaftlich-militärischen: die Entwicklung der Atomtechnologie (3.1.1), einer rechtlich-politischen: die Ausarbeitung der Atomgesetzgebung (3.1.2) und einer gesellschaftlichen: die Entstehung des Leitbildes „Atomzeitalter“ (3.1.3).

##### 3.1.1. Die Entwicklung der Atomtechnologie in der Schweiz<sup>48</sup>

Schweizer Wissenschaftler wirkten von Anfang an bei der Entwicklung der Atomtechnologie mit. Seit den 20er Jahren befassten sich verschiedene Schweizer Hochschulen mit kernphysikalischer Forschung. Weltweite Beachtung erlangte das Physikalische Institut der ETH Zürich, dem seit 1927 Paul Scherrer vorstand.<sup>49</sup>

Aufgrund ihres militärischen Potentials wurde die Forschung auf dem Gebiet der Atomtechnologie während des Zweiten Weltkrieges unter grossem Aufwand vorangetrieben. 1941 lancierte Präsident Roosevelt in den USA das „Manhattan-Project“, in dessen Rahmen 1945 die Herstellung der ersten Nuklearwaffen gelang. Am 6. und 9. August 1945 verwüsteten amerikanische Atombomben die beiden japanischen Städte Hiroshima und Nagasaki. Dieses grausame Schauspiel führte der Weltöffentlichkeit die enorme Kraft vor Augen, die dieser neuen Technologie innewohnte.<sup>50</sup>

Unter dem Eindruck der amerikanischen Atombombenabwürfe veränderte sich die Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz von Grund auf.<sup>51</sup> Keine drei Monate später, am 5. November 1945, bildete der Bund eine „Studienkommission für Atomenergie“ (SKA), der hauptsächlich Wissenschaftler und Vertreter des Eidg. Militärdepartements (EMD) angehörten. Unter militärischen Gesichtspunkten wurde nun die bisher unsystematische Bundesförderung der Atomtechnologieentwicklung verstetigt. Die stark militärische Ausrichtung fand 1946 ihren Niederschlag in geheimen Richtlinien, in denen das EMD die SKA beauftragte, die „Schaffung einer schweizerischen Bombe oder anderer geeigneter Kriegsmittel, die auf dem

---

<sup>48</sup> Zur Thematik der Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz gibt es Literatur aus zwei Richtungen: einerseits die historisch-kritischen Darstellungen von Peter Hug (Hug 1987 u. 1994), andererseits die Publikation der Schweizerischen Gesellschaft der Kernfachleute (SGK), die von Kernexperten aus Wissenschaft, Verwaltung und Industrie verfasst wurde.

<sup>49</sup> Hug 1987, S. 63-70, SGK, S. 30-37. Als 'Vater der Atomenergie' gilt aufgrund vieler grundlegender Beiträge der britische Physiker Ernest Rutherford. Unter anderem schlug er 1911 ein Atommodell vor, das zwischen Atomkern und Elektronenhülle unterscheidet. Den 'Schlüssel' zur Kernspaltung lieferte James Chadwick 1932 mit der Entdeckung des Neutrons. 1938 fanden Otto Hahn und Fritz Strassmann bei der Bestrahlung von Uran mit Neutronen mittelschwere Kerne; kurz darauf erklärte Lise Meitner diesen Vorgang als „Kernspaltung“. Siehe: Hug 1987, S. 55-62; SGK, S. 30-36; Weber, S. 44f.

<sup>50</sup> Hug 1987, S. 55-62; SGK, S. 30-36; Weber, S. 44f.

<sup>51</sup> Die folgenden Ausführungen beruhen auf Hug 1987, S. 71-90, 197-212; Hug 1994, S. 168-170; SGK, S. 39-42, 60-62.



Prinzip der Atomenergie beruhen, an[zu]streben“<sup>52</sup>. Hug sieht als treibende Kraft hinter dem nun folgenden Technologieförderungs-Programm eine Allianz zwischen militärischen und wissenschaftlichen Interessen. Von den bis Ende 1966 in die Erforschung und Entwicklung der Atomtechnologie investierten 615 Millionen Franken berappten Bund und Kantone 87%, während die Privatwirtschaft nur 13% oder 79 Millionen Franken beisteuerte.<sup>53</sup>

Die seit Mitte der 50er Jahre angestrebte Entwicklung eines eigenen Atomreakortyps endete allerdings in einem Fiasko. Am 21. Januar 1969 verwandelte ein schwerer Unfall den Versuchsreaktor in Lucens in eine - radioaktiv strahlende - Ruine. Dieser Unfall verkürzte aber nur die Agonie eines Projektes, an dem die Privatwirtschaft längst das Interesse verloren hatte. Als sich 1964 und 1965 die Nordostschweizerischen Kraftwerke (NOK) und die Bernischen Kraftwerke (BKW) entschieden, amerikanische Reaktoren einzukaufen, wurde klar, dass es für die Eigenentwicklung keine Inlandnachfrage geben würde. Mit der Firma Gebrüder Sulzer AG zog sich die letzte grosse Unternehmung im Mai 1967 definitiv aus dem Projekt zurück.<sup>54</sup>

Hauptergebnis des grössten Technologieförderungsprojektes der Schweiz war die Schaffung der strukturellen Voraussetzungen für den Einstieg in die Atomenergienutzung: „(...) nur durch dieses Projekt (...) hatte der Bund aber im Atomsektor jene gewaltige wissenschaftlich-technisch-bürokratische Infrastruktur aufbauen können, ohne die sich die Elektrizitätswirtschaft Mitte der 60er Jahre niemals hätte entscheiden können, Atomreaktoren einzukaufen und in Betrieb zu setzen.“<sup>55</sup>

Für die Privatwirtschaft zahlte sich das Engagement ebenfalls aus. Der Schweizer Industrie gelang der „Einstieg in eine neue Technik über die traditionellen Produkte“, wie es Walter Boveri ausdrückte. Dies ermöglichte ihr, in dem Ende der 60er Jahre entstehenden Atomenergiemarkt als Lieferantin von Bestandteilen und Dienstleistungen erfolgreich aufzutreten.<sup>56</sup> Schliesslich wurde in den ersten Jahrzehnten nach 1945 auch die Basis gelegt für die engen Verflechtungen zwischen der Industrie, Elektrizitätswirtschaft und den zuständigen Bundesstellen.<sup>57</sup>

### 3.1.2. Die schweizerische Atomgesetzgebung

Die rechtlichen Grundlagen für eine Atomenergiepolitik wurden in der zweiten Hälfte der 50er Jahre gelegt. 1957 wurde die Bundesverfassung um den Art. 24<sup>quinqüies</sup> ergänzt, der die Gesetzgebung auf dem Gebiete der Atomenergie dem Bund übertrug. Die obligatorische Volksabstimmung vom 24. November 1957 brachte ein wuchtiges Ja: Drei von vier Stimmen und sämtliche Stände befürworteten die Verfassungsänderung.<sup>58</sup>

Bereits zwei Jahre später, am 23. Dezember 1959 verabschiedete die Bundesversammlung das „Bundesgesetz über die friedliche Verwendung der Atomenergie und den Strahlenschutz“, kurz Atomgesetz (AtG) genannt, das bis zu seiner Teilrevision 1978, also während des ganzen in dieser Arbeit betrachteten Zeitraums, unverändert blieb. Das Gesetz behandelte eine breite Palette von Fragen im Bereiche der Atomenergie. Es verpflichtete den Bund zu Förderungsmassnahmen zugunsten von Forschung und Ausbildung, führte ein Bewilligungsverfahren für Atomanlagen ein und regelte Strahlenschutz- und Haftungsfragen. Hin-

---

<sup>52</sup> Ziffer 3 der geheimen „Richtlinien für die Arbeiten der SKA auf militärischem Gebiet“ vom 5.2.1946. Zit. nach Hug 1987, S. 227f. Hervorhebungen wie in der Quelle.

<sup>53</sup> Hug 1994, S. 169f und ausführlich Hug 1987, S. 197-212.

<sup>54</sup> Zum Unfall im Versuchsreaktor in Lucens siehe auch Kap. Abschn. 5.1.1.

<sup>55</sup> Hug 1994, S. 168. Zu einem ähnlichen Schluss gelangt auch der ehemalige Delegierte des Bundesrates für Atomfragen, Urs Hochstrasser: SGK, S. 86f.

<sup>56</sup> SGK, S. 131.

<sup>57</sup> Epple 1979; Kriesi 1982, S. 16-18.

<sup>58</sup> Das genaue Resultat der Abstimmung: 491'745 Ja zu 144'151 Nein. Kriesi 1982, S. 13.

gegen fehlten Ausführungen zu den radioaktiven Abfällen, obwohl diesem Problembereich noch in der Botschaft zum Verfassungsartikel von 1957 grosse Bedeutung beigemessen worden war.<sup>59</sup>

Im Parlament waren zwei Punkte umstritten: die wirtschaftsrechtliche Stellung der Atomwirtschaft und die haftpflichtrechtlichen Bestimmungen. Der Umfang der Haftung des Inhabers einer Atomanlage wurde gegen Widerstände aus dem sozialdemokratischen Lager auf 40 Millionen Franken beschränkt. Als rechtliche Form der Atomwirtschaft wurde eine privatwirtschaftliche Lösung gewählt: Dem Bund gewährte das Gesetz bloss ein polizeiliches Aufsichtsrecht; d.h., Atomanlagen bedurften einer Bewilligung des Bundes, die dieser aber erteilen musste, sofern die im Gesetz definierten Anforderungen erfüllt waren. Die Eidgenössischen Räte verabschiedeten (bewusst) ein eigentliches Atomenergieförderungsgesetz, das Ruedi Epple wie folgt bewertet hat:

„Der Bau und Betrieb von AKW war somit zu einem verhältnismässig staats-, vor allem aber demokratiefreien Raum geworden. Mit staatlicher Unterstützung, aber von demokratischer Kontrolle unbehelligt und lediglich an vorwiegend sicherheitstechnische Auflagen gebunden, konnte die Atomwirtschaft ihre Pläne schmieden und ausführen.“<sup>60</sup>

Nachdem die Referendumsfrist ungenutzt abgelaufen war, trat das Atomgesetz am 1. Juli 1960 in Kraft.<sup>61</sup>

Zur Wahrnehmung der Pflichten, die ihm das Atomgesetz übertragen hatte, baute der Bund seine Bürokratie aus und entwickelte in den 60er Jahren ein mehrstufiges Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke.<sup>62</sup> Zusätzlich zu den Bewilligungen des Bundes brauchte eine Atomanlage die baupolizeiliche Baubewilligung der Gemeinde, sowie die Konzession zur Wassernutzung des Kantons.

Als die Atomenergie ab Ende der 60er Jahre kritisiert wurde, offenbarten die geschaffenen institutionellen Regelungen mehrere Schwachstellen. Einerseits geriet die für den föderalistischen Aufbau der Schweiz ungewohnt zentralistische Entscheidungsstruktur in Konflikt mit regionalen Begehren nach Mitsprache, andererseits lieferte die unklare Kompetenzabgrenzung zwischen dem Bund auf der einen und den Kantonen und Gemeinden auf der anderen Seite der Opposition Ansatzpunkte für den Widerstand mit juristischen Mitteln. Bezeichnenderweise begannen gleichzeitig mit der Kontroverse um die Atomkraftwerke die ersten Diskussionen um eine Revision des Atomgesetzes.<sup>63</sup>

Offensichtlich rechneten die Gesetzgeber in den 50er Jahren nicht mit dem Konfliktfall. Dies wie auch die Geringschätzung oder gänzliche Ignorierung der Gefahren der Atomenergie lässt sich mit dem zeitgenössischen Leitbild des „Atomzeitalters“ erklären.

### 3.1.3. Das Leitbild des „Atomzeitalters“

Der Mythos des Atomzeitalters entstand am Ende des Zweiten Weltkriegs. Die Atombombenabwürfe auf Japan und die amerikanischen Regierungserklärungen zur neuen Technologie bereiteten dem Mythos den Boden. Wie Ladislav Mysyrowicz aufzeigt, wurden diese

---

<sup>59</sup> Die Botschaft zum Verfassungsartikel führte aus: „Möglicherweise wird die Beantwortung der Frage, ob die Atomasche in technisch einwandfreier Weise unschädlich gemacht oder gar nutzbringend verwertet werden kann, über die Art der künftigen Anwendung der Atomenergie entscheiden.“ Zit. nach Rausch, S. 7.

<sup>60</sup> Epple 1979, S. 263.

<sup>61</sup> Zu Entstehung und Inhalt des Atomgesetzes: Energiewirtschaft, S.174-182; Favez, S. 119-135; Kriesi 1982, S. 13-16; Rausch, S. 1-16; Sarasin, S. 19-22; SGK, S. 59-69.

<sup>62</sup> Zur staatlichen Bürokratie: Energiewirtschaft, S. 53-56; SGK, S. 59-69. Siehe auch Hug 1994, S. 168f. Zum Bewilligungsverfahren: Kriesi 1982, S. 19-22, Rausch S. 45-65. Vgl. auch Aubert, S. 152-171.

<sup>63</sup> Auf diese Aspekte wird in Abschn. 5.1.1 ausführlich eingegangen.

Ereignisse in der Schweizer Öffentlichkeit als Zeichen einer bevorstehenden „atomaren Revolution“ gedeutet.<sup>64</sup> Die Atomenergie bot der Welt von Anfang an ihr janusköpfiges Antlitz dar: Die Schreckensvision eines Atomkriegs wurde durch die erhofften Segnungen einer „friedlichen“ Nutzung überlagert.<sup>65</sup> Eine zweite Welle der Atombegeisterung, die in eine regelrechte Atomeuphorie mündete, wurde durch die berühmt gewordene „Atoms-for-Peace“-Rede des US-Präsidenten Eisenhowers ausgelöst, die am 8. Dezember 1953 vor der UNO die Wende in der amerikanischen Atompolitik von der Geheimhaltung zur internationalen Kooperation signalisierte. Die erste Konferenz über die friedliche Verwendung der Atomenergie 1955 in Genf wurde zu einem Medienereignis. Die Konferenz begleitete eine Ausstellung, auf der die Amerikaner einer begeisterten Öffentlichkeit erstmals einen Atomreaktor zugänglich machten. Im Anschluss an die Ausstellung erwarb die Eidgenossenschaft die Anlage, die fortan, auf den mystischen Namen „Saphir“ getauft, dem Atomforschungszentrum in Würenlingen als Forschungsreaktor diente.<sup>66</sup>

Das Atom wurde zum Wahrzeichen einer neuen Ära in der Geschichte der Menschheit. Populärwissenschaftliche Bücher und Aufsätze in Zeitschriften und Zeitungen jeder Couleur verkündeten ihrer Leserschaft in schillernden Bildern die künftigen Errungenschaften des Atomzeitalters: Zum Beispiel sollten atomar betriebene Flugzeuge, Lokomotiven und gar Automobile in nicht allzuferner Zukunft die Menschen von einem Ort zum andern befördern. Walt Disney stellte ihrem Ingenieur Daniel Düsentrieb die Figur des omnipotenten „Atömchens“ zur Seite, und das „Atomium“, ein in Form eines Atommodells gestaltetes Ausstellungsgebäude, war das Symbol der Brüsseler Weltausstellung von 1958.<sup>67</sup> Dass sich die Bereitschaft der Industrie, in die Zukunftstechnologie zu investieren, in engen Grenzen hielt, konnte dieser Euphorie keinen Abbruch tun. Jakob Tanner misst dem Leitbild des Atomzeitalters grosse Bedeutung für das kollektive Bewusstsein der Schweizer und Schweizerinnen in der Nachkriegszeit zu:

„Im Spannungsfeld von kleinem Land und grossen Herausforderungen entfaltete sich hierzulande im Gegenteil ein Zukunftsdiskurs, der stark im Bann der Kernkraft stand. Die schweizerische Nation bewegte sich zwar (wie alle anderen Industrieländer auch) mit Hilfe von fossilen Energieträgern, mit Kohle und (in zunehmenden Masse) Erdöl, in die bessere Zukunft - doch in den Köpfen arbeitete bereits der Spaltpilz. Das 'Atom' und mit ihm die Verheissung eines neuen Zeitalters jenseits von Kummer, Krisen, Knappheit und Krankheit beflügelte die kollektiven Phantasien und fungierte als Kristallisationskern für einen neuen gesellschaftsübergreifenden Fortschrittsglauben im Zeichen ewigen Überflusses.“<sup>68</sup>

Die Verheissungen des Atomzeitalters verdrängten die Diskussion über die Probleme und Gefahren, die mit einer Nutzung der neuen Technologie verbunden waren. Zwar wurden diese Gefahren und Probleme, etwa der radioaktiven Abfälle, in der Zeit bereits erkannt, und sie waren auch nicht nur einem eingeweihten Wissenschaftszirkel zugänglich, nur blieben die Warnungen einzelner Skeptiker grösstenteils unbeachtet.

Ein Beispiel eines solchen mahnenden Propheten ist der österreichische Förster und Autor von Natur- und Heimatromanen Günther Schwab. Im Jahre 1959 veröffentlichte er das Buch

---

<sup>64</sup> Mysyrowicz, S. 11-70.

<sup>65</sup> In deutschen Meinungsumfragen der 50er und 60er Jahre wurde die Atomenergie mehrheitlich zunächst mit der Atombombe assoziiert. Auf diesem Befund baut die These auf, dass die Promotoren der zivilen Nutzung der Atomenergie sich bemühten, deren Vorteile gerade wegen der in der Bevölkerung verbreiteten Atomangst in den leuchtendsten Farben zu schildern. Radkau 1983, S. 87; Rucht, S. 405f.

<sup>66</sup> Mysyrowicz, S. 71-107; Radkau 1983, S. 83f; SGK, S. 47-57.

<sup>67</sup> 'Atomzeitalter-Beispiele' aus: Jung, S. 40-43; Radkau 1983, S. 78-81; Tanner, S. 41.

<sup>68</sup> Tanner, S. 41. Zum Thema des „Atomzeitalter“-Leitbildes, das in diesem Kapitel nur kurz angerissen werden konnte, siehe folgende Literatur: Hug 1987, S. 213-221; Jung, insb. S. 40-81; Mysyrowicz; Radkau 1983, S. 78-100; Sarasin; Stettler.

„Der Tanz mit dem Teufel“, in dem sich einige junge Leute streiten, ob die Welt nun Gottes oder des Teufels sei. Die Klärung bringt ein Besuch beim Teufel selbst; einem Managertypen, der von einem Hochhaus in New York aus sein Unwesen treibt. Eine der Abteilungen des teuflischen Imperiums beschäftigt sich mit dem „Atomtod“, mit der Förderung der Atomtechnologieentwicklung sowohl zu kriegerischen wie zu friedlichen Zwecken. Über mehrere Seiten diskutieren Schwabs Romanfiguren die Risiken auch der friedlichen Nutzung der Atomtechnik, wobei der Autor die Aussagen seiner Protagonisten mit Zitaten und Literaturangaben von namhaften Wissenschaftlern belegte.<sup>69</sup> Im folgenden Jahre gründete Schwab den „Weltbund zum Schutze des Lebens“, der in den 60er Jahren zu einem Sammelbecken der Opposition der ersten Stunde gegen die Atomkraftwerke wurde.<sup>70</sup>

Je näher die kommerzielle Nutzung der Atomenergie in den 60er Jahren rückte, desto mehr verlor das Leitbild „Atomzeitalter“ seinen utopischen Glanz. An die Stelle hochtrabender Versprechungen trat die nüchterne industrielle Realität des Atomkraftwerkbaus. In dem Masse wie das Thema an reeller Bedeutung gewann, schwand seine Popularität im öffentlichen Diskurs.<sup>71</sup>

### 3.2. Zeitgenössische Kontexte

Die vorliegende Untersuchung versucht, die Entwicklungen im Atomenergiebereich im Kontext des gesellschaftlichen Wandels zu verstehen. Sie geht von der These aus, dass die schweizerische Gesellschaft, nach einer etwa zwanzigjährigen Strukturperiode, Ende der 60er Jahre, wie andere Industriegesellschaften auch, in eine Phase tiefgreifenden sozialen Wandels geriet, die sich nach der Theorie Siegenthalers als Krisenphase beschreiben liesse. Indikatoren für diese Entwicklung sind die Entstehung neuer sozialer Bewegungen und neuer Formen der politischen Artikulation ebenso wie die neuartige Problematisierung von Themen wie dem Geschlechterverhältnis oder der Nord-Süd-Beziehungen.<sup>72</sup> Für die Perzeption der Atomenergie waren zwei Kontexte von ausserordentlicher Bedeutung: Energiepolitik (4.1) und Umweltdiskurs (4.2).

#### 3.2.1. Energieverbrauch und Energiepolitik

In den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg erlebte die Schweiz eine langanhaltende Phase der wirtschaftlichen Prosperität. Mit den hohen Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts einher gingen noch höhere jährliche Wachstumsraten des Energieverbrauchs, die in den 50er und 60er Jahren bei durchschnittlich über 6,5% lagen.<sup>73</sup> Der Grossteil des zusätzlichen Energiebedarfs wurde durch den Import von Erdöl vornehmlich aus dem Nahen Osten gedeckt. Zwischen 1950 und 1970 verzweifachte sich der jährliche Bruttoverbrauch an Erdöl. Der Anteil des Erdöls am gesamten Bruttoenergieverbrauch stieg in derselben Zeitspanne von 23,2% auf 74,3%. Aber auch die Elektrizität legte kräftig zu: Der jährliche Landesverbrauch verdreifachte sich von 1950 bis 1970.<sup>74</sup>

<sup>69</sup> Schwab. Kapitel zur Atomenergie: S. 363-417. Vgl. Hermand, S. 126f.

<sup>70</sup> Zu Günther Schwab und dem Weltbund siehe Radkau 1983, S. 435, 445-454. Zu Schwab als Schriftsteller: Ruiss, Gerhard (Hg.). Katalog zur österreichischen Literatur des 20. Jahrhunderts, 1995, S. 359. Einige Bekanntheit erlangte Schwab als Drehbuchautor des populären Heimatfilms „Der Förster vom Silberwald“, der 1954 unter der Regie von Alfons Stummer gedreht wurde. Vgl. Kotsch, S.184.

<sup>71</sup> Jung, S. 65f. Vgl. auch. Abschn. 4.3 dieser Arbeit.

<sup>72</sup> Vgl. Altermatt 1994; Gilg/Hablützel; Kriesi/Levy u.a. 1982; Siegenthaler 1983, 1986, 1994; Tanner.

<sup>73</sup> Auf die Fragen der Zusammenhänge zwischen Wirtschaftswachstum und Energieverbrauch sowie des Einflusses des Energiepreises auf die beiden Grössen kann an dieser Stelle nicht eingetreten werden. Für diese Themen verweise ich auf die von Christian Pfister herausgegebene Publikation „Das 1950er Syndrom“ (Pfister 1995a). Das schweizerische BIP wuchs 1950-1974 jährlich real um durchschnittlich 4,4%. Frey, S. 155.

<sup>74</sup> Sämtliche Angaben beruhen auf den Zahlen in: Historische Statistik, S. 588-599. Der Energiefluss lässt sich auf verschiedene Arten statistisch erfassen. Der Bruttoenergieverbrauch setzt sich zusammen aus der inländisch

Im „Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Ausbau der schweizerischen Elektrizitätsversorgung“ legte die Landesregierung im Dezember 1966 Rechenschaft ab über „die dauerhaften Hauptziele der schweizerischen Energiepolitik“:

- „1. Möglichst billige Energieversorgung,
2. Möglichst ausreichende und sichere Energieversorgung, welche der Unabhängigkeit des Landes dient,
3. Schutz der Gewässer und der Luft und möglichst Wahrung des Landschaftsbildes.“<sup>75</sup>

Dieses Zieldreieck behielt seine Gültigkeit bis in die 70er Jahre hinein. Zwar kündigte der Bundesrat 1968 in seinen „Richtlinien“ für die Jahre 1968-71 einen ausführlichen Bericht zur Energiepolitik an, dieser wurde aber mehrmals verschoben und war am Ende der Legislaturperiode noch immer nicht erschienen.<sup>76</sup> Neue Impulse setzte dann erst die 1974 berufene Expertenkommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK).<sup>77</sup> Der Bundesrat plädierte seit 1963 konsequent für einen möglichst baldigen Bau von Atomkraftwerken zur Sicherung der Stromversorgung.<sup>78</sup>

Die eigentliche Energieversorgung der Schweiz war aber nicht durch den Staat, sondern privatwirtschaftlich organisiert. Um die Bereitstellung von Strom kümmerten sich gegen 1200 Elektrizitätswerke, wobei aber einige wenige grosse Unternehmen den Markt dominierten. Die politischen Interessen der Branche vertrat der 1895 gegründete Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke (VSE).<sup>79</sup>

Als sich in der ersten Hälfte der 60er Jahre die Frage immer dringender stellte, wann die ersten Atomkraftwerke in der Schweiz gebaut werden würden, veröffentlichten zehn grosse Elektrizitätswerke, die zusammen 70% des Stromverbrauchs deckten, 1963 einen Bericht über die „Eingliederung der ersten Atomkraftwerke in die schweizerische Energiewirtschaft“.<sup>80</sup> Zu den 'grossen Zehn' gehörten die sechs Überlandwerke Nordostschweizerische Kraftwerke (NOK), Bernische Kraftwerke (BKW), Elektrizitäts-Gesellschaft Laufenburg (EGL), Energie de l'Ouest-Suisse (EOS), Centralschweizerische Kraftwerke (CKW), Aare-Tessin AG für Elektrizität (Atel), die drei Städtewerke Basel, Bern und Zürich und die Schweizerischen Bundesbahnen (SBB). In den folgenden Jahren erschienen periodisch weitere Berichte, die nun nach ihren Auftraggebern „Zehn-Werke-Berichte“ genannt wurden.<sup>81</sup> Sämtliche dieser Berichte waren nach demselben Strickmuster gemacht: Zur Prognose des zukünftigen Verbrauchs wurde die Methode der Extrapolation angewandt, d.h. die Entwicklung, resp. das Wachstum des Energieverbrauchs der vorangegangenen Jahre wurde mehr

---

gewonnen Energie, den Saldi des Aussenhandels und den Lagerveränderungen. Unter der Endenergie versteht man die Energie, die dem Verbraucher unmittelbar zur Verfügung gestellt wird. Zu Begrifflichkeit und Messprinzip siehe: Ebd., S. 583-587.

<sup>75</sup> Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung über den Ausbau der schweizerischen Elektrizitätsversorgung, vom 13.12.1966, in: BBI, 1966, Bd.2, S. 932-949. Zitat: S. 948. Diese Ziele hatte Bundesrat Spühler bereits 1964 in einem Referat vor der SVA vertreten. Siegrist, S. 51.

<sup>76</sup> SPJ, 1968, S. 81; 1970, S. 98; 1971, S. 96.

<sup>77</sup> Auf die Gesamtenergiekonzeption wird in den folgenden Kapiteln noch ausführlich eingegangen.

<sup>78</sup> Energiewirtschaft, S. 43f. Hug vermutet, dass hinter dem bundesrätlichen Engagement für die Atomenergie auch die Absicht steckte, die Elektrizitätswirtschaft als inländischen Absatzmarkt für die schweizerische Reaktorentwicklung zu gewinnen. Hug 1994, S. 180f.

<sup>79</sup> Zur Geschichte der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft von 1945-75 siehe Thönen 1991 u. 1994. Zum VSE auch die Selbstdarstellung in: Energiewirtschaft, S. 193f.

<sup>80</sup> Eingliederung der ersten Atomkraftwerke in die schweizerische Energiewirtschaft („1. Zehn-Werke-Bericht“), in: Bulletin SEV/VSE, 24/1963, S. 1037-1043.

<sup>81</sup> Weitere „Zehn-Werke-Berichte“ erschienen in den Jahren 1965, 1968, 1973 und 1975. Sie wurden jeweils im Bulletin des SEV/VSE veröffentlicht (10/1965, 59/1968, 5/1973, 18 u. 66/1975). Die „Überlandwerke“ verdankten ihre Bezeichnung dem Umstand, dass sich fast das gesamte Hochspannungsnetz zur weiträumigen Übertragung der Elektrizität in ihren Händen befand. Thönen 1991, S. 20.

oder weniger linear in die Zukunft fortgeschrieben. Darauf führten die Berichte aus, wie die Elektrizitätswirtschaft plante, den prognostizierten Bedarfszuwachs zu decken. Die „Zehn-Werke-Berichte“ waren die wichtigste Grundlage, auf der die Politik von Bund und Elektrizitätswerken aufbaute.

Bis zu Beginn der 60er Jahre erhöhte die Elektrizitätswirtschaft ihre Kapazitäten fast ausschliesslich durch den Bau und die Erweiterung von Wasserkraftwerken. Die Erschliessung der „Weissen Kohle“, wie die Wasserkraft gerne genannt wurde, musste oftmals gegen Widerstände aus der regionalen Bevölkerung oder aus den Kreisen des Natur- und Landschaftsschutzes durchgesetzt werden. Anfangs der 60er Jahre begann die Elektrizitätswirtschaft dann, ernsthaft nach Alternativen Ausschau zu halten. Vorerst fasste sie den Bau einer ganzen Reihe von konventionell-thermischen Kraftwerken ins Auge, die Strom auf der Basis von Erdöl produzieren sollten. Schliesslich wurde aber nur eine der geplanten grösseren Anlagen verwirklicht, die 1966 in Vouvry (VS) den Betrieb aufnahm.<sup>82</sup>

Die Aufgabe der übrigen Projekte hing eng zusammen mit einer plötzlichen Kehrtwende in der Politik der Elektrizitätswerke: Hatte sich noch der „Zehn-Werke-Bericht“ von 1963 gegenüber dem Bau von Atomkraftwerken zurückhaltend geäussert und auf die Karte der thermischen Kraftwerke gesetzt, gaben die BKW und die NOK nur ein Jahr später den Kauf amerikanischer Atomreaktoren bekannt. Das rasche Umschwenken der Elektrizitätswirtschaft auf die Atomenergie, der sie lange äusserst skeptisch gegenüber gestanden war, dürfte ökonomische und politische Gründe gehabt haben: Einerseits verteuerten sich die Erstellungskosten der Wasserkraftwerke in dieser Zeit massiv, während die Wirtschaftlichkeitsprognosen für die Atomkraftwerke zunehmend günstiger ausfielen. Andererseits stiessen die thermischen Kraftwerkprojekte auf vehemente Widerstände in den Standortregionen; und schliesslich drängte der Bundesrat auf einen raschen Einstieg in die Atomenergienutzung.<sup>83</sup>

In der Folge verging kaum ein Jahr, in dem der Öffentlichkeit nicht neue AKW-Projekte bekannt gegeben wurden (vgl. Tabelle 1).

Während die ersten Atomkraftwerke (Beznau I und II, Mühleberg) noch von den betreibenden Elektrizitätswerken (NOK, BKW) alleine gebaut wurden, bildeten sich zur Realisierung weiterer Projekte sogenannte Konsortien: projektbezogene Zusammenschlüsse der beteiligten Unternehmen. Besondere Erwähnung verdienen die Konzerne Motor Columbus und Elektro-Watt, die bei den Projekten Kaiseraugst, Leibstadt und Gösgen federführend mitwirkten. Zur 'Atomwirtschaft' sind zudem Teile der schweizerischen Industrie (z.B. Sulzer, BBC) und Ingenieurunternehmungen zu zählen, die am Bau der Atomkraftwerke partizipierten. Die gemeinsamen politischen Interessen dieser Gruppe vertrat die 1958 gegründete Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA).<sup>84</sup>

Als die Energiepolitik allgemein und die Atomenergie im speziellen anfangs der 70er Jahre zu einem öffentlich diskutierten Politikum wurden, begannen die beiden Verbände der Elektrizitäts- und der Atomwirtschaft, VSE und SVA, ihre Öffentlichkeitsarbeit energisch zu intensivieren. Ihre Tätigkeiten blieben nicht unbestritten: Insbesondere trafen sie auf den entschiedenen Widerspruch einer Anfang der 70er Jahre rasch an Schlagkraft gewinnenden sozialen Bewegung: der Umweltbewegung.<sup>85</sup>

---

<sup>82</sup> Zum Ausbau der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft siehe folgende Literatur: Energiewirtschaft; Thönen 1991 u. 1994; Vischer. Zu den Widerständen dagegen: Skenderovic 1992 u. 1994a; Thönen 1991. Vgl. auch Kap. 4 dieser Arbeit.

<sup>83</sup> Zum Verhältnis der Elektrizitätswirtschaft zur Atomenergie und zum AKW-Bauentschluss siehe SPJ, 1965, S. 169; Hug 1987, S. 162-166, 255-267; Hug 1994.

<sup>84</sup> Zur Atomwirtschaft siehe Epple 1979; GAGAK; Kriesi 1982, S. 16-18. Zur SVA siehe: Feuz u.a.; 25 Jahre SVA.

<sup>85</sup> Zur SVA: Feuz. Der VSE schaffte 1972 eine eigene Informationsstelle. Energiewirtschaft, S. 193.

**Tabelle 1**

Projekt <sup>86</sup>	Initiant	Leistung (in MW)	Öffentliche Bekanntgabe	Bau- beginn	Betriebs- aufnahme	Kühlsystem	Projektaufgabe
Lucens	NGA	30	1961	1962	1968		1969 (Unfall)
Beznau I	NOK	350	1964	1965	1969	Flusswasser	In Betrieb
Beznau II	NOK	350	1967	1968	1971	Flusswasser	In Betrieb
Mühleberg	BKW	300	1964	1967	1972	Flusswasser	In Betrieb
Kaiseraugst	MC	925 <sup>87</sup>	1966	1975			1989
Leibstadt	Elektrowatt	940	1964	1974	1984	Kühlturm	In Betrieb
Gösgen	Atel	920	1969	1973	1978	Kühlturm	In Betrieb
Graben	BKW	1140	1968				1995
Rüthi	NOK		1966/1970				1980
Verbois	EOS		1966				
Inwil	CKW		1971				
Rheinklingen	NOK		1969				1974

Quellen: Annexe 1; SPJ, versch. Jg.; Epple 1979, S. 269f; Kriesi 1982, S. 73f; SGK.

### 3.2.2. Vom „1950er Syndrom“ zur „1970er Diagnose“: Die Wende im Umweltschutz

Mit dem wirtschaftlichen Wachstum der Nachkriegszeit stieg nicht nur der Energieverbrauch, sondern auch die Belastung der Umwelt. Der Flächenbedarf der Siedlungen, das Abfallvolumen sowie die Schadstoffbelastung von Luft, Wasser und Boden nahmen kräftig zu. Der Umwelthistoriker Christian Pfister hat für diesen Prozess den Begriff des „1950er Syndroms“ geprägt.<sup>88</sup> Für Pfister waren die 50er Jahre die Sattelzeit zwischen der Industriegesellschaft und der heutigen Gesellschaftsform, die er aufgrund der zentralen Bedeutung des Konsums als „Konsumgesellschaft“ bezeichnet.<sup>89</sup> In diesem Jahrzehnt habe die Industriegesellschaft den bis dahin (verglichen mit der folgenden Konsumgesellschaft) umweltverträglichen Entwicklungspfad verlassen. Pfister untermauert diese These mit den ähnlichen Entwicklungen einer Vielzahl von Energie- und Stoffflüssen. Sie lassen sich in Wachstumslinien aufzeichnen, die typischerweise den Verlauf einer nach oben gebogenen Kurve nehmen: d.h. der Wert der gemessenen Grösse erhöht sich mit jeder Zeiteinheit stärker. In den 70er Jahren begann man in diesem Zusammenhang von „exponentiellem Wachstum“ zu sprechen.<sup>90</sup>

<sup>86</sup> In der Tabelle nicht berücksichtigt: Forschungsreaktoren: „Saphir“ und „Diorit“ in Würenlingen (Betriebsaufnahmen 1957 und 1960); Standort am Neuenburgersee (1966 im Gespräch); Projekt der BKW am Thunersee (1964).

<sup>87</sup> Projekt mit Kühltürmen.

<sup>88</sup> Pfister 1995a und b. Vgl. auch die Publikation der Interfakultären Koordinationsstelle.

<sup>89</sup> Der Begriff „Konsum“ kann zu Missverständnissen führen: Die Ökonomen bezeichnen mit dem Begriff denjenigen Teil des Sozialprodukts, der endverbraucht wird. (Den anderen Teil nennen die Ökonomen „Investitionen“.) Pfister verwendet „Konsum“ dagegen wie im alltäglichen Sprachgebrauch. Vgl. Pfister et al., S. 26-33; Pfister 1995b, S. 59f.

<sup>90</sup> Pfister spricht von „Wachstumsbeschleunigung“ (Pfister 1995b, S. 57f). Dieser Begriff ist meines Erachtens aber unscharf. Unter Wachstum versteht man im allgemeinen die *Zunahme* der gemessenen Grösse, ausgedrückt z.B. in einer jährlichen Wachstumsrate, die von Jahr zu Jahr die Richtung und Geschwindigkeit der Veränderung dokumentiert. Ein exponentielles Wachstum braucht nun nicht unbedingt eine Beschleunigung der

Die materielle Veränderung von umweltrelevanten Grössen ist aber nur eine Seite, die gesellschaftliche Wahrnehmung dieser Umweltveränderungen die andere. Analog zur Metapher des „1950er Syndroms“ könnte man die Thematisierung der Umweltbelastung zu Beginn der 70er Jahre als „1970er Diagnose“ bezeichnen. Hierbei sollte die „1970er Diagnose“ nicht als blosser Reaktion auf das „1950er Syndrom“ interpretiert werden. Die seit den 50er Jahren markant wachsende Umweltzerstörung ist zwar eine unabdingbare Voraussetzung, aber keine hinreichende Erklärung für diese Thematisierung der Umwelt. Die Diagnose eines Arztes hängt nicht alleine von der Krankheit des Patienten ab, sondern mindestens so stark vom Wissen und den Überzeugungen des Arztes, seinen Instrumenten der Analyse und seiner Fähigkeit, einzelne Indizien zu einem Krankheitsbild zusammenzufügen. Ebenso gründete die „1970er Diagnose“ nicht nur auf Veränderungen des Zustands der Umwelt, sondern auch auf Bewegungen im gesellschaftlichen Bereich.

Die „1970er Diagnose“ veränderte die gesellschaftliche Wahrnehmung der Umwelt fundamental. Es entstand ein neues 'modernes' Umweltbewusstsein, das die Mensch-Umwelt-Beziehungen seither geprägt hat. Im folgenden soll gezeigt werden, wie es zu dieser Wende im Umweltschutz in den Jahren um 1970 kam.

### **Die Entwicklung des Umweltdiskurses seit den 1950er Jahren**

In den 50er Jahren standen die Gewässer im Mittelpunkt des Umweltdiskurses.<sup>91</sup> 1953 erhielt der Bund die Kompetenz, die sicht- und riechbare Gewässerverschmutzung zu bekämpfen. 1955 trat das eidgenössische Gewässerschutzgesetz in Kraft, das sich allerdings bis zu seiner Revision 1971 als ziemlich stumpfe Waffe erwies. Prägende Erlebnisse für die Natur- und Heimatschutzbewegung waren die Oppositionen gegen den Bau von Wasserkraftwerken, insbesondere die nationalen Konflikte um die Projekte bei Rheinau und im Nationalpark an der Spöl. Die Auseinandersetzungen wurden zum Kampf zwischen Technik und Natur, zwischen Materialismus und Idealismus hochstilisiert. Urs Dietschi, freisinniger Nationalrat und Präsident der Eidg. Kommission für Naturschutz, bezeichnete sie als „Kulturkampf des 20. Jahrhunderts“. Die Gegner der Projekte reichten zwei Initiativen und ein Referendum ein, die aber alle vom Volk mit deutlichem Mehr verworfen wurden.<sup>92</sup> Die politischen Kräfteverhältnisse waren damit geklärt: Die Organisationen des Naturschutzes mussten einsehen, dass die grosse Mehrheit des Volkes den modernen „Materialismus“ dem naturschützerischen „Idealismus“ vorzog, dass der Naturschutz bei seinem Kampf gegen den technischen Fortschritt auf verlorenem Posten stand.

In den 60er Jahren versuchten die Naturschutzorganisationen, sich mit der gesellschaftlichen Entwicklung zu arrangieren, und gingen von der Konfrontation zur Kooperation über. 1962 wurde die Bundesverfassung um den Natur- und Heimatschutzartikel (24<sup>sexies</sup>) ergänzt, dem 1966 das entsprechende Bundesgesetz folgte. Diese institutionelle Verankerung des Natur- und Heimatschutzes war seit langem überfällig und dementsprechend politisch unbestritten, stiess aber auch im Volk nur auf bescheidenes Interesse.<sup>93</sup> Grössere Aufmerksamkeit schenkten Politik und Öffentlichkeit neuen Themen: Luftverschmutzung und Lärm wurden nun als Bedrohungen der Gesundheit wahrgenommen. In diesem Kontext stand die

---

Wachstumsrate, sondern vollzieht sich bereits bei einer gleich bleibenden oder sogar leicht abnehmenden (positiven) Wachstumsgeschwindigkeit, da sich die dem Wachstumsprozess unterworfenen Grösse, wie bei den Zinseszinsrechnungen, laufend erhöht.

<sup>91</sup> Für die Zeit vor 1950 siehe Walter 1990/96.

<sup>92</sup> Rheinau-Initiative (1954): 223'114 Ja, 505'330 Nein. Wasserrechts-Initiative (1956): 266'222 Ja, 505'330 Nein. Referendum gegen Spöl-Staatsvertrag mit Italien (1958): 323'727 Ja, 654'939 Nein. Ein weiteres heissumstrittenes Gewässerschutzthema der 1950/60er Jahre war die geplante Binnenschifffahrt.

<sup>93</sup> Der Verfassungsartikel wurde mit 442'559 Ja gegen 116'856 Nein angenommen, bei einer Stimmbeteiligung von 39%. Diese differierte allerdings markant zwischen den Sprachregionen: in den französisch sprechenden Kantonen lag sie bei lediglich 16%, im Tessin gar nur bei 14%. Burckhardt, S. 34.



im Oktober 1965 vom Parlament überwiesene Motion Binder, die gesetzliche Massnahmen zum Schutz vor diesen Umweltbelastungen verlangte - im zeitgenössischen Sprachgebrauch „Immissionen“ genannt; ebenso wie die Initiative gegen den zivilen Überschallknall, die Ende der 60er Jahre lanciert wurde. Die alltäglichen Erfahrungen der Leute mit den Auswirkungen der Umweltverschmutzung, sowie deren politische Thematisierung bereiteten den Boden vor für die „1970er Diagnose“, die ihrerseits wiederum die umweltpolitischen Anliegen der 60er Jahre in kürzester Zeit zu Selbstverständlichkeiten werden liess.<sup>94</sup>

### Die „1970er Diagnose“

Der Genfer Historiker François Walter spricht zu Recht von der „Wende der siebziger Jahre“<sup>95</sup>: Der ungeheuer rasche soziale Wandel rechtfertigt es, von einer Zäsur zumindest auf kognitiver Ebene in den Beziehungen der Menschen zu ihrer Umwelt zu sprechen. Einige Beispiele, die diese Wende belegen:

- Kriesi und Mitarbeiter haben die politische Aktivierung „gewöhnlicher Bürger“ in der Schweiz zwischen 1945 und 1978 untersucht. Die Kategorie „Folgeprobleme des Wachstums“ verzeichnete ab 1969 einen starken Anstieg mit Höhepunkt 1973. Sie gewann auch relativ an Gewicht gegenüber anderen Aktivierungsgründen: Ihr Anteil an allen Ereignissen stieg von 23% (1960-69) auf 29% (1970-74).<sup>96</sup>
- Wider Erwarten der Organisatoren wurde das „Europäische Naturschutzjahr“ 1970 in der Schweiz zu einem grossen Erfolg.<sup>97</sup> Zwei Jahre später fand die erste grosse UNO-Umweltschutzkonferenz in Stockholm statt.<sup>98</sup>
- Ab 1970 fanden an den Schweizer Hochschulen jedes Jahr mehrtägige Symposien statt, die sich mit den Umweltproblemen befassten. Den Auftakt machte 1970 das ETH-Symposium „Schutz unseres Lebensraumes“.<sup>99</sup>
- Am 6. Juni 1971 befürworteten 92,7% der Stimmenden und alle Stände die Aufnahme des Umweltschutzartikels in die Bundesverfassung. Bereits am 26. Mai 1971 hatte der Bundesrat die Einrichtung des Bundesamt für Umweltschutz (BUS) beschlossen.<sup>100</sup>
- Während bei den National- und Ständeratswahlen 1967 Umweltschutzthemen noch kaum eine Rolle spielten, kommentierte die National-Zeitung den Wahlkampf vier Jahre später: „Umweltschutz heisst der Spitzenreiter der Themen-Hitparade“.<sup>101</sup>
- Ab 1970 wurden eine Vielzahl von neuen Vereinigungen gegründet, die sich mit dem Umweltschutz befassten. Die Mitgliederzahlen und finanziellen Mittel neuer und alter Umweltorganisationen stiegen rasant an.<sup>102</sup>

<sup>94</sup> Zum Naturschutz der 1950/60er Jahre: Burckhardt; Skenderovic 1992, 1994a; Walter 1990/96.

<sup>95</sup> Walter 1996, S. 184.

<sup>96</sup> Kriesi/Levy u.a. 1982. Als „Aktivierungsereignisse“ definierten Kriesi und Mitarbeiter Ereignisse, „wo 'gewöhnliche Bürger' politisch aktiv werden“, d.h. „diese Bürger ihre spezifischen gemeinsamen Probleme mit einem Minimum an Engagement auf nicht routinemässige Weise öffentlich artikulieren.“ Zu Definitionen, Datenerhebung und Kategoriebildung: Ebd., S. 16-66. Unterkategorien der Folgeprobleme des Wachstums sind Atomkraftwerke, übrige Infrastrukturprobleme, Verkehr, öffentlicher Raum/Umwelt. Statistiken: Ebd., S. 107-112.

<sup>97</sup> Interview mit Dieter Burckhardt, 26.6.1997. Vgl. Jahresbericht SBN 1970, in: SN 2/1970, S. 49-52. Niederer-Schmidli 1992, S. 190-192.

<sup>98</sup> Siehe Niederer-Schmidli 1992, S. 192-194.

<sup>99</sup> Zu den Symposien vgl. auch Abschn. 5.1.2.

<sup>100</sup> Ebd., S. 183-185. Der erste Absatz des neuen Artikels 24<sup>septies</sup> lautete: „Der Bund erlässt Vorschriften über den Schutz der Menschen und seiner natürlichen Umwelt gegen schädliche oder lästige Einwirkungen. Er bekämpft insbesondere die Luftverunreinigungen und den Lärm.“

<sup>101</sup> NZ, Nr. 489, 24.10.1971. Siehe Niederer-Schmidli 1992, S. 178-183.

<sup>102</sup> Siehe Zürcher. Vgl. auch Abschn. 3.3 dieser Arbeit.

- In der welschen Schweiz wurden auf kantonaler Ebene die ersten grünen Parteien gegründet. Auffallenderweise entstanden diese gerade in den Regionen, in denen die Umweltbewegung schwach war. Dort, wo die Umweltbewegten glaubten, in einer starken Position zu sein, versuchten sie nämlich, ihren Anliegen innerhalb der etablierten Parteien Gehör zu verschaffen.<sup>103</sup>

Die Wende schlug sich auch auf semantischer Ebene nieder: binnen weniger Monate setzte sich um 1970 der Begriff „Umwelt“ durch, als Bezeichnung für die die Menschen umgebende Natur. Er verdrängte bisherige Begriffe völlig: Der „Immissionsschutz“ der Motion Binder fand 1971 als „Umweltschutz“ den Weg in die Verfassung.<sup>104</sup> Der Begriff „Lebensraum“, der noch dem grossen ETH-Symposium von 1970 den Titel gegeben hatte, verschwand allmählich.<sup>105</sup>

Welches waren die Triebfedern dieses Wandels? Es ist bereits erläutert worden, dass der Wandel nicht auf die Veränderungen der Umweltbedingungen direkt zurückgeführt werden kann, sondern auf gesellschaftlichen Interpretationen dieser Veränderungen beruhte, für die der Begriff der „1970er Diagnose“ eingeführt worden ist.

Ein entscheidender Impuls für diese Diagnose kam aus dem Bereich der Wissenschaften. Grundlegende Innovationen fanden in den 60er Jahren in den naturwissenschaftlichen Disziplinen statt; insbesondere die Siegeszüge der Ökologie und der Kybernetik beeinflussten die Analyse der Mensch-Umwelt-Beziehungen nachhaltig. Das neue wissenschaftliche Denken fusste auf neuen Modellen und verwendete neue Begriffe. Die neuerfundene Welt setzte sich aus komplexen, interdependenten „(Öko-)Systemen“ zusammen, in denen „biologische Gleichgewichte“ herrschten und sich „(natürliche) Kreisläufe“ abspielten; oder die sich nach der durch den Bericht „Grenzen des Wachstums“ weltbekannt gewordenen, kybernetischen Methode von Jay W. Forrester durch „rückgekoppelte Regelkreise“ beschreiben liessen. In der Tradition des Holismus sah das ökologische Denken alles mit allem vernetzt und das Einzelne immer auch als Bestandteil des Ganzen.<sup>106</sup>

Ausgehend von den USA kamen seit Ende der 60er Jahre mit ökologischen Methoden arbeitende Wissenschaftler aus der ganzen Welt zu erschreckenden Ergebnissen, die sie fortlaufend in die (Welt-)Öffentlichkeit trugen.<sup>107</sup> Höhepunkt dieser Publikationen war der Bericht „Grenzen des Wachstums“, der im Auftrag des „Club of Rome“ unter der Leitung von Dennis Meadows am Massachusetts Institute of Technology (MIT) erarbeitet wurde. Der Bericht wurde im Sommer 1971 an zwei internationalen Konferenzen in Moskau und Rio de Janeiro vorgestellt und erschien 1972 gleichzeitig auf mehrere Sprachen in Buchform. Er untermauerte die apokalyptischen Zukunftsszenarien früherer Publikationen durch beeindruckende Computersimulationen und löste weltweit heftige Diskussionen aus.<sup>108</sup>

In der Schweiz traf der Bericht auf eine bereits sensibilisierte Leserschaft: Wissenschaftliche Tagungen, Buchpublikationen, Aktivitäten sozialer Bewegungen und Berichte in den Medien

---

<sup>103</sup> Für diese These spricht, dass in Genf, der welschen Hochburg der Umweltbewegung, erst 1983 eine grüne Partei gegründet wurde. Der Umweltclub, die Koordinationsstelle der schweizerischen Umweltorganisationen (siehe Abschn. 3.3.5), lehnte 1975 die Bildung einer „Umweltschutzpartei“ ausdrücklich ab, da der Umweltschutz in allen Parteien diskutiert werden müsse. ArW 68.12, Pro, 6.2.1975, S. 4. Zur Geschichte der grünen Parteien in der Schweiz siehe Rebeaud.

<sup>104</sup> Auf den Ursprung des BV-Artikels in den 60er Jahren verweisen hingegen die spezielle Betonung der Luftverschmutzung und des Lärms.

<sup>105</sup> Ein weiteres Beispiel ist das „Année politique“ das für die Ausgabe zum Jahr 1972 die Kapitelüberschrift von „Natürliche Lebensbedingungen“ in „Erhaltung der Umwelt“ änderte.

<sup>106</sup> Zu den Entwicklungen in den Wissenschaften siehe: Trepl; Gloy 1995, 1996; Wanzek, S. 29-47.

<sup>107</sup> Einen Überblick über diese Publikationen bietet Hermand, S. 128-140.

<sup>108</sup> Meadows. Mit den „Grenzen des Wachstums“ befasste sich in den folgenden Jahren eine grosse Zahl von Publikationen. Eine historische Aufarbeitung der Diskussion fehlt aber ebenso wie eine Darstellung der Geschichte des Club of Rome.

liessen ihn auf einen fruchtbaren Boden fallen. Insbesondere die sozialen Bewegungen spielten bei der Ausgestaltung, Popularisierung und Politisierung der Umweltthematik eine wichtige Rolle. Nicht zuletzt die fortwährenden Sensibilisierungsanstrengungen alter und neugegründeter Umweltorganisationen dürften bewirkt haben, dass in Meinungsumfragen der 70er Jahre der Umweltschutz durchwegs als dringlichstes Problem bezeichnet wurde.<sup>109</sup>

Als Gretchenfrage des Umweltdiskurses entpuppte sich immer mehr die Haltung zum Wachstum. Zwar hatte SBN-Präsident Jakob Bächtold bereits anfangs der 60er Jahren in „den wachsenden materiellen Bedürfnissen“ und der „zunehmenden Bevölkerungszahl“ die grundsätzlichen Gefahren für den „natürlichen Lebensraum“ erkannt. Er wollte diesen aber noch mit einer umfassenden Planung und einer Beschränkung des Ausländerbestands begegnen.<sup>110</sup> In den 70er Jahren wurde nun dagegen das Wachstum selber zur Diskussion gestellt. Die Weltmodelle, die exponentiellen und logistischen Wachstumskurven und die Gleichgewichtsszenarien des Meadows-Berichts gehörten bald zum bildungsbürgerlichen Grundwissen. Dessen Metapher vom Lilienteich, der noch am 29. Tag des Wachstums halbleer, am dreissigsten aber bereits vollständig überwuchert ist, machte die Dynamik exponentiellen Wachstums zudem auch allgemeinverständlich.<sup>111</sup> Auf politischer Ebene wurden nun die Forderungen nach „Nullwachstum“ resp. Verlangsamung des Wirtschaftswachstums gestellt.

Jörg Wanzek hat herausgearbeitet, dass die fundamentale Neuerung des modernen Umweltbewusstseins der 70er Jahre neben dem Denken in komplexen Systemen in der Globalisierung der Perspektive lag, wie sie auf semantischer Ebene in der Metapher vom „Raumschiff Erde“ zum Ausdruck kam.<sup>112</sup> Dem ist beizufügen, dass die Denkhorizonte nicht nur im Raum, sondern auch in der Zeit expandierten. Als Illustration kann das bekannt gewordene Modelljahr von Ernst Basler dienen:

„Um die Zeiträume beziehungsweise die Geschwindigkeiten vergleichbar und bewusster zu machen, nehmen wir an, dass der Zeitraum von 170 Millionen Jahren in ein einziges komprimiert würde. Der Beginn dieser Zeitspanne wurde in der Erdgeschichte bewusst sehr spät gewählt, weil in der Triaszeit, im Januar unseres Modelljahres, bereits eine dichte Vegetationsdecke unsere Kontinente überzog und auf dem Land die Evolution der Säugetiere beginnt. Im März erscheinen die ersten Vogelarten, im Mai neue Laubbäume, wie Feigen, Magnolien, Pappeln. Der Juli bringt den Höhepunkt der Riesenreptilien. Im September sterben die Dinosaurier aus. Im Oktober beginnt die Entwicklung der Primaten, und in der zweiten Novemberwoche erscheinen unsere aufrecht gehenden und Steinwerkzeuge benützenden Vorfahren. Am 31. Dezember um 20 Uhr stirbt die Neandertalergruppe aus. 30 Minuten vor Mitternacht beginnt der Mensch mit Agrikultur die Erdoberfläche erstmals aktiv zu beeinflussen. Innerhalb von 20 Minuten hat sich all das abgespielt, was wir vorhin an technischen Leistungen seit der Erfindung des Rades kennengelernt haben. Die zweite Expansion, nach derjenigen der Agrikultur, die mit der industriellen Revolution einsetzt, begann 36 Sekunden vor Mitternacht, Auto und Flugzeuge sind 12 Sekunden alt, und der Mensch ist im Begriff, in weniger als 30 Sekunden alle fossilen, flüssigen und gasförmigen Brennstoffe zu verbrennen, also das rückgängig zu machen, was die Natur während dieses Jahres kontinuierlich abgelagert hat. Alle 4 Sekunden verdoppeln wir die gesamte bisher erreichte Produktion an Zivilisationsgütern - das entspricht dem (...)

<sup>109</sup> Zur Umweltbewegung der 70er Jahre: Walter 1996, S. 184-206; Zürcher. Zu den Meinungsumfragen: Niederer-Schmidli 1991, S. 75-78; 1992, S. 199f. Zu den Medien: Wanzek, S. 89-114.

<sup>110</sup> Jakob Bächtold, Wo steht der Naturschutz heute?, in SN 5/1963, S. 123-125; Ders., Naturschutz ist auch Menschenschutz, in SN 5/1964, S. 121-124.

<sup>111</sup> Meadows, S. 19-21.

<sup>112</sup> Wanzek, S. 29-33. Die „Raumschiff Erde“-Metapher ist in den Texten der 70er Jahre zur Umweltproblematik allgegenwärtig. In den Wirtschaftswissenschaften tauchte sie als „Raumschiff-Ökonomie“ auf.

3,3prozentigen Wachstum unseres realen Bruttosozialproduktes -, und alle 6,3 Sekunden verdoppelt sich eine Spezies, nämlich der Homo sapiens.“<sup>113</sup>

Um 1972 lässt sich eine Wandlung im Umweltdiskurs erkennen: Die Suche nach alternativen Wegen der Entwicklung löste die Apokalypseszenarien der vorangehenden Jahre ab. Den Auftakt machte im Januar 1972 das englische Umweltmagazin „The Ecologist“, das einen „blueprint for survival“ publizierte, ein 26-Punkte-Programm, das zu einer neuen umweltgerechten und humanen Gesellschaftsordnung führen sollte.<sup>114</sup> 1973 erschien das Buch des deutschen Ökonomen E.F. Schumacher mit dem bis heute sprichwörtlich gebliebenen Titel „Small is Beautiful“. Der programmatische Untertitel der deutschsprachigen Ausgabe lautete „Die Rückkehr zum menschlichen Mass“.<sup>115</sup> Diese und andere Entwürfe konkretisierten sich im Leitbild der „sanften Gesellschaft“: einer Gesellschaft, die durch die dezentrale Organisation in kleinen, überschaubaren und geschlossenen Kreisläufen charakterisiert wurde. Sie bildete die ideologische Grundlage einer breitgefächerten Alternativkultur, die von Wohngemeinschaften über Dritte-Welt-Bewegungen bis zu Umwelt- und Anti-AKW-Organisationen reichte. Einen unmittelbaren Ausdruck fand sie zum Beispiel in der Aussteigerbewegung, die verlassene Alptäler wiederbesiedelte.<sup>116</sup>

### **3.3. Die Akteure: Die Natur- und Umweltschutzorganisationen**

In diesem Abschnitt werden Geschichte und Aufbau derjenigen Umweltorganisationen, die im Zentrum der folgenden Untersuchungen stehen, in der Reihenfolge ihrer Entstehung behandelt, wobei sich die Darstellung auf die Jahre 1960-75 konzentriert.

#### **3.3.1. Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN)**

Der Schweizerische Bund für Naturschutz (SBN) wurde 1909 im Zusammenhang mit der Errichtung des Schweizerischen Nationalparks im Engadin ins Leben gerufen. Als Massenorganisation konzipiert, hatte der SBN die Aufgabe, die für den Nationalpark nötigen Geldmittel aufzubringen. Die Initiative stiess auf ein breites Echo: 1913 zählte der SBN bereits um die 25'000 Mitglieder.

Bald schon übernahm der Bund die Führungsrolle in der schweizerischen Naturschutzbewegung und dehnte seine Aktivitäten über den eigentlichen Gründungszweck hinaus aus. Er schuf weitere Naturreserve, in deren Betreuung und Erweiterung er fortan einen grossen Teil seiner Mittel steckte, setzte sich für den Tier- und Pflanzenschutz ein und fand im Landschaftsschutz ein weiteres, in der Folge sehr konfliktreiches Betätigungsfeld. Zu seinen Hauptzielen gehörte auch die Verbreitung des Naturschutzgedankens, insbesondere unter der Jugend.<sup>117</sup>

Seit 1926 veröffentlichte der SBN eine eigene Zeitschrift, die ab 1935 „Schweizer Naturschutz“/“Protection de la nature“ hiess. Die Mitglieder des SBN erhielten das in deutscher und französischer Sprache gehaltene Periodikum kostenlos zugestellt. Der „Schweizer Na-

---

<sup>113</sup> Basler 1970, S. 82-84. Der Bauingenieur Ernst Basler war Teilhaber des Ingenieurbüros Basler & Hoffmann. Er publizierte mehrere Aufsätze und Bücher zur Umweltproblematik. Von Wissenschaftssoziologischem Interesse ist zudem, dass Basler 1969/70, unmittelbar vor der Ausarbeitung des Berichts „Die Grenzen des Wachstums“, als Gastprofessor am MIT weilte. Basler 1972, S. 7.

<sup>114</sup> The Ecologist, Vol. 2, No. 1, Jan. 1972. Unter dem Titel „Planspiel zum Überleben: Ein Aktionsprogramm“ erschien der Text bereits 1972 auf dem deutschsprachigen Büchermarkt (Goldsmith/Allen).

<sup>115</sup> Schumacher 1973/1977.

<sup>116</sup> Zeitgenössische Aufsätze zur „sanften Gesellschaft“: Zahn, Jungk. Zur Aussteigerbewegung, deren Exponenten auch despektierlich als „Öko-Freaks“ bezeichnet wurden: Kupper, S. 17-19. Einen Überblick über die breite Verästelung der Alternativkultur, die auch auf Traditionen der „68er“-Bewegung zurückgreifen konnte, geben die Alternativkataloge der „Dezentrale“. Alternativkatalog 1975, 1976, 1978.

<sup>117</sup> Zur Geschichte des SBN vgl. Bachmann, Burckhardt, SBN 1993, Skenderovic 1992, Walter.

turschutz“ unterrichtete die Mitglieder über die Aktivitäten des Vereins und brachte Berichte und Reportagen zu Themen des Natur-, Tier-, Landschafts- und Umweltschutzes.

In den 50er Jahren geriet der SBN in eine Krise. Insbesondere die wankelmütige Politik gegenüber den Wasserkraftwerkprojekten Rheinau und Spöl führte zu vereinsinternen Zerwürfnissen. Mitgliederschwund und Gründungen von Naturschutzorganisationen neben dem SBN waren die Folgen.<sup>118</sup> Der SBN überholte daraufhin in mehreren Schritten seine noch aus den Anfangszeiten stammende Organisationsform. Nach den Statutenrevisionen von 1957 und 1964 charakterisierte ein föderalistischer und demokratischer Aufbau die Vereinsstrukturen. Der SBN wurde zum Dachverband von regionalen Sektionen, die sich in den 50er und 60er Jahren in nahezu allen Kantonen etablierten und die einen Grossteil der praktischen Naturschutzarbeit verrichteten.<sup>119</sup> Die neuen Strukturen gewährleisteten einerseits, dass wichtige politische Entscheidungen vereinsintern breit abgestützt wurden, was dem SBN half, die Organisation nach den Querelen der 50er Jahre wieder zu konsolidieren. Andererseits behinderten die langen Entscheidungswege aber auch seine Beweglichkeit. Oberstes Organ des SBN war die Delegiertenversammlung, eine Art Parlament, in das die Sektionen eine ihrer Grösse entsprechende Zahl von Abgeordneten entsandten. Diese nahmen die Jahresberichte ab und wählten Vorstand und Präsidenten, besaßen aber auch die Entscheidungskompetenz bei wichtigen Sachfragen, zum Beispiel bei „Stellungnahmen zu grundsätzlichen Naturschutzfragen“. Der ehrenamtlich arbeitende Vorstand, der alle paar Wochen tagte, leitete die laufenden Geschäfte. Ungefähr viermal jährlich trat der Naturschutzrat zusammen, der mehrheitlich aus Vertretern der Sektionen bestand und die Richtlinien für die Tätigkeit des Vorstandes festlegte. Dem Präsidenten kam die Aufgabe zu, den SBN in der Öffentlichkeit zu vertreten. Von 1961 bis 1969 bekleidete der Berner Bauingenieur und LdU-Nationalrat (1959-79) Jakob Bächtold dieses Amt, von 1969 bis 1984 Willy A. Plattner. Grossen Einfluss auf die praktische Ausgestaltung der SBN-Politik hatte das Zentralsekretariat in Basel, das von 1959 bis 1987 vom Zoologen Dieter Burckhardt geleitet wurde.<sup>120</sup>

In den 60er Jahren verstärkte sich die Zusammenarbeit des SBN mit den eidgenössischen und kantonalen Behörden. Der SBN erstellte ein „Inventar der zu erhaltenden Landschaften und Naturdenkmäler von nationaler Bedeutung“ (KLN), das die Grundlage des späteren Bundesinventars (BLN) bildete. Ende der 60er Jahre betraute der Bundesrat den SBN dann mit der Organisation des Europäischen Naturschutzjahres von 1970.

Ab 1970 erlebte der SBN ein starkes Wachstum. Die Mitgliederzahlen und die finanziellen Mittel stiegen rasch an (siehe Tabelle 2). Das Zentralsekretariat entwickelte sich binnen weniger Jahre vom (abgesehen von wenigen Hilfskräften) Ein-Mann-Betrieb zum mittelgrossen Unternehmen. Dennoch verlor der SBN seine dominante Stellung innerhalb der boomenden Umweltbewegung und wurde Ende der 70er Jahre vom WWF als grösste schweizerische Umweltorganisation abgelöst.

---

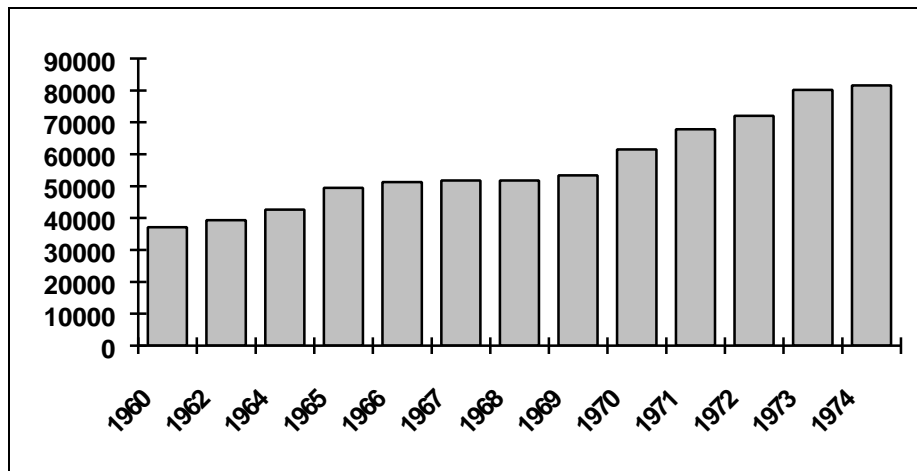
<sup>118</sup> Die Mitgliederzahl sank von 49'000 (1951) auf 37'000 (1960). Zu den Neugründungen siehe folgender Abschnitt.

<sup>119</sup> 1970 existierten in allen Kantonen ausser dem Glarus regionale Sektionen. Viele von ihnen bestanden schon vor ihrer Zeit als SBN-Sektionen. Auf diese Traditionen verweisen bis heute ihre z.T. sehr unterschiedlichen Namen. Eine Aufstellung der Sektionen in: SBN 1993, S. 22.

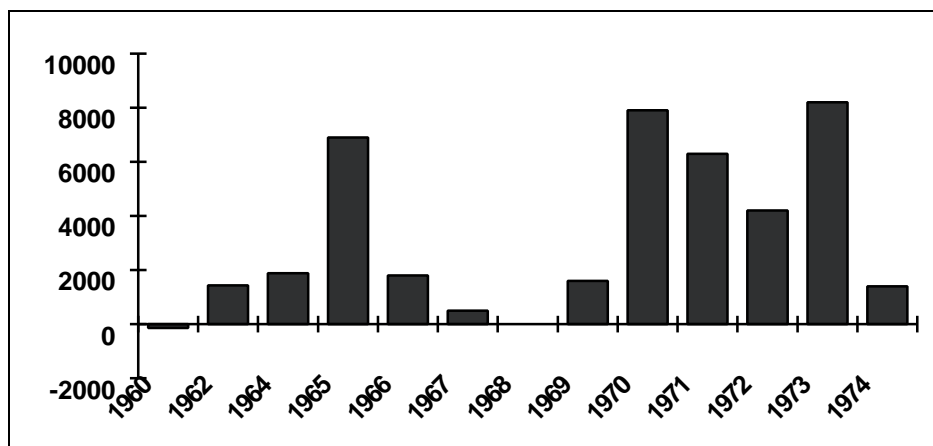
<sup>120</sup> Statuten des SBN, 1964, in: SN 1/1965, Beilage. Vgl. Skenderovic 1992, S. 27-29.

**Tabelle 2: Entwicklung der Mitgliederzahlen und Einnahmen des SBN**

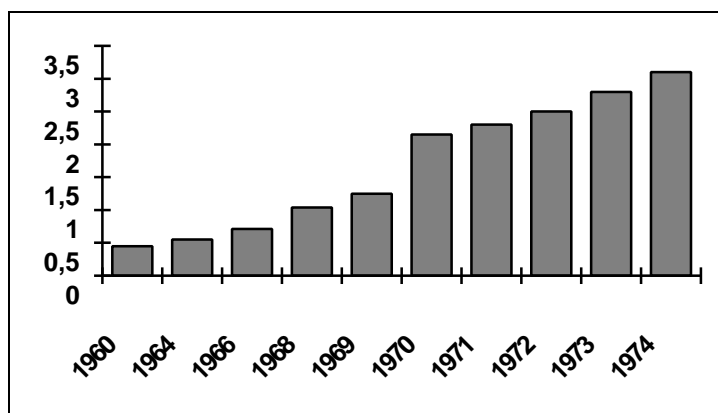
a) Mitgliederzahlen per 31.12. der Jahre



b) Mitgliederzuwachs:



c) Einnahmen (in Mio. sFr.):



## d) Daten der Schaubilder a - c

Jahr	Mitgliederzahl	Mitgliederzuwachs	Einnahmen (Mio. sFr.)
1960	37100	-139	0.45
1962	39300	1428	
1964	42600	1881	0.55
1965	49500	6900	
1966	51300	1800	0.71
1967	51800	500	
1968	51800	0	1.04
1969	53400	1600	1.25
1970	61500	7900	2.15
1971	67800	6300	2.3
1972	72000	4200	2.5
1973	80200	8200	2.8
1974	81600	1400	3.1
1980	96000		

Quelle: Jahresberichte des SBN, in: SN, versch. Nr..

### 3.3.2. Der Rheinaubund

Der Kampf gegen die Wasserkraftprojekte Rheinau und Spöl führte in den 50er Jahren zu Spaltungen in der Naturschutzbewegung: Verschiedene Gruppierungen, wie das „Rheinau-Komitee“ oder das „Schweizerische Komitee für die Erhaltung des Nationalparks“, wandten sich vom SBN ab, als dieser eine kompromissbereite Haltung an den Tag legte. Am 19. März 1960 gründeten diese Naturschutzgruppen dann den Rheinaubund, „Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Natur und Heimat“.<sup>121</sup>

Was das Naturschutzverständnis betraf, unterschied sich der neugegründete Bund, der seinen Sitz in Schaffhausen hatte, kaum vom SBN. Hingegen verfolgten seine Promotoren eine andere Strategie: Der Rheinaubund vermied jegliche Bindungen zu Wirtschaft, Politik oder Verwaltung und verstand sich als eine Art naturschützerische Avantgarde: „Der Rheinaubund will ein kleiner, beweglicher Spähtrupp, eine kampfwillige Kommandoeinheit mit allseitiger Bereitschaft zu tätiger Mitarbeit sein.“<sup>122</sup>

Aushängeschild des Bundes war seine sechsmal jährlich erscheinende Zeitschrift „Natur und Mensch“, die sich im Lauf der 60er Jahre zu einem eigentlichen Forumsblatt des Naturschutzes entwickelte. Sie diente verschiedenen regionalen Naturschutzgruppen als nationale Publikationsplattform, einigen auch als offizielles Mitteilungsorgan. Neben den traditionellen Themen Gewässer- und Landschaftsschutz etablierten sich in der Zeitschrift rasch die neuen Umweltthemen: Luftreinhaltung und Lärmschutz in den 60er Jahren, Atomenergie und Verkehrsprobleme in den 70er Jahren.

Mitte 60er Jahre zählte der Rheinaubund etwa tausend Mitglieder und fünftausend Zeitschriftenabonnenten. Lange Jahre Herz und Seele des Bundes war dessen verantwortlicher Redaktor, der Forstmeister und ehemalige SBN-Präsident (1953-56) Arthur Uehlinger.

Die „1970er Diagnose“ beeinflusste die Zielsetzungen des Rheinaubundes. Das 1972 in Erinnerung an die grossen Kundgebungen von 1952 zur Rettung der Stromlandschaft bei Rheinau veröffentlichte Manifest stellte das Wachstumsproblem ins Zentrum:

„Alle Bemühungen für den Schutz des Lebens und der Umwelt, alle Rettungsmassnahmen auf dem Gebiet des Natur- und Heimatschutzes sind jedoch nur Symptom-

<sup>121</sup> Zur Geschichte des Rheinaubundes: Skenderovic 1992, S. 35-37.

<sup>122</sup> SN, 5/1966, S. 131.

und nicht Ursachenbehandlung, solange das zentrale Problem einer Stabilisierung der Bevölkerung und der Wirtschaft nicht gelöst ist.“<sup>123</sup>

### 3.3.3. Der WWF

Am 11. September 1961 wurde in Zürich der „World Wildlife Fund“ (WWF) International gegründet, der Sitz in Morges nahm. Er bezweckte die „International Union for Conservation of Nature and Natural Resources“ (IUCN), die wissenschaftliche Grundlagenarbeit verrichtete, zu ergänzen, indem er dem internationalen Naturschutz die nötige Publizität und die finanziellen Mittel für Reservatsgründungen und Artenschutzprogramme beschaffen wollte. Noch im Gründungsjahr entstanden in England, den USA und der Schweiz nationale Unterstützungsvereine, denen Neugründungen in weiteren Ländern folgten.<sup>124</sup>

Während den ersten Jahren blieb der am 7. Dezember 1961 in Zürich gegründete schweizerische „Verein zur Förderung des World Wildlife Fund“ bedeutungslos.<sup>125</sup> Dies änderte sich aber ab 1970: Innerhalb eines Jahrzehnts verzehnfachte der WWF seine Mitgliederzahl und löste den SBN als grösste Umweltorganisation der Schweiz ab (siehe Tabelle 3).

1971 gab sich der Verein das neue rechtliche Gewand einer Stiftung und nannte sich fortan „World Wildlife Fund/WWF (Schweiz)“.<sup>126</sup> An der Spitze der Organisation stand ein Stiftungsrat, der sich selber konstituierte. Die praktische Umweltschutzarbeit lag bei der Geschäftsstelle in Zürich; auf regionaler Ebene bildeten sich zudem mehrere Sektionen.

Zu Beginn der 70er Jahre änderte der WWF Schweiz aber nicht nur seine Organisationsstruktur, sondern auch seine inhaltliche Ausrichtung. Aus dem Natur- und Artenschutzverein wurde in kürzester Zeit eine Umweltorganisation, die auch vor handfester Gesellschaftskritik nicht zurückschreckte. Anlässlich des zehnjährigen Bestehens der Organisation erklärte Stiftungspräsident Hans Hüsey, dass „Naturschutz in (wirtschaftlich) entwickelten Ländern auch Umweltschutz sein muss“ und von der unergiebigem Symptom- zur Ursachenbekämpfung vorstossen müsse.

„Die Zerstörung der Lebensgrundlagen der Menschheit, und vielleicht der Erde überhaupt, kann nur durch ein vollständiges Umdenken verhindert werden, durch eine revolutionierende Wandlung des Weltbildes mit Neueinstufung aller Werte.“<sup>127</sup>

Schwerpunkte des WWF waren Öffentlichkeits- und Erziehungsarbeit: 1970 versuchte der WWF, in der Wanderausstellung „Überleben“ eine Gesamtschau der Natur- und Umweltprobleme zu geben; 1971 veröffentlichte er die berühmt gewordenen „44 Punkte“ des Umweltschutzes, eine Anleitung zu individuellem umweltgerechten Verhalten<sup>128</sup>; 1973 gründete er die Schweizerische Beratungsstelle für Umwelterziehung. Bereits seit 1968 publizierte der WWF unter der Redaktion von Wolfgang Naegeli die Zeitschrift „Panda“, die in deutscher und französischer Sprache erschien. Die einzelnen Ausgaben waren meist einem Schwerpunktthema aus der aktuellen Umweltdebatte gewidmet. Die rasante inhaltliche Entwicklung, die der WWF anfangs der 70er Jahre durchmachte, spiegelte sich auch in der Gestal-

<sup>123</sup> Ein Manifest des Rheinaubundes, in: NuM, 4/1972, S. 157-159. Zitat: S. 158.

<sup>124</sup> Die nationalen Zweigorganisationen genossen innerhalb des WWF International grosse Spielräume: Sie verpflichteten sich lediglich auf die grundsätzlichen Ziele der Mutterorganisation und übernahmen von dieser Name und Signet. Dafür mussten sie zwei Drittel der gesammelten Gelder für internationale Projekte zur Verfügung stellen. Zur Gründung und zum Aufbau des WWF siehe: Der WWF stellt sich vor, in: Panda, 2/1973, S. 9-24. Zur Geschichte des WWF vgl. Büchel, S. 26-66.

<sup>125</sup> Skenderovic 1992, S. 39.

<sup>126</sup> Wenn im folgenden vom „WWF“ gesprochen wird, ist immer der WWF Schweiz gemeint.

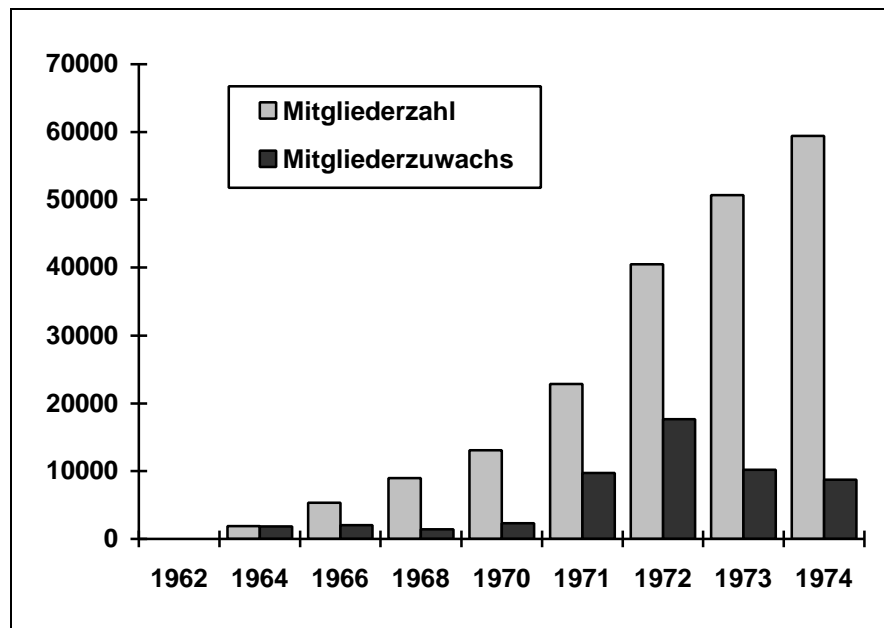
<sup>127</sup> Hans Hüsey, Der WWF Schweiz nach dem ersten Jahrzehnt, in: Panda, 3/1972, S. 12-15. Zitat: S. 13.

<sup>128</sup> WWF (Hg.). Die 44 Punkte des WWF: Was der einzelne tun kann, um der Zerstörung unserer Umwelt Einhalt zu gebieten, Zürich 1971.



tung der „Panda“-Titelseiten: Abbildungen, die die Umweltzerstörung anprangerten, lösten die lieblichen Tierbilder der ersten Jahrgänge ab.

**Tabelle 3: Entwicklung der Mitgliederzahlen des WWF**



	Mitgliederzahl	Mitgliederzuwachs
1962	14	14
1964	1900	1834
1966	5347	2015
1968	8962	1415
1970	13106	2335
1971	22852	9746
1972	40499	17647
1973	50698	10199
1974	59426	8725
1980	113719	9602

Quelle: Mitgliederstatistik WWF, in: Niederer-Schmidli 1991, Anhang D.

### 3.3.4. Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU)

Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) verdankte ihre Entstehung einer Initiativbewegung: Am 8. Juni 1971, zwei Tage nach der überwältigenden Annahme des Umweltschutz-Verfassungsartikels durch das Volk, wurde sie als Rechtsnachfolgerin des Eidgenössischen Aktionskomitees gegen den Überschallknall ziviler Luftfahrzeuge (AKU) gegründet.<sup>129</sup> Die SGU wurde als Verein konzipiert mit der Mitgliederversammlung als oberstem Organ und dem Vorstand als leitendem Gremium. Die eigentliche Politik der Gesellschaft machte aber der Vorstandsausschuss. In den ersten Jahren der SGU bestand er aus dem Präsidenten Meinrad Schär, Medizinprofessor an der Universität Zürich, dem Delegier-

<sup>129</sup> Zum AKU siehe Büchel, S. 67-72; Skenderovic 1992, S. 198-201.

ten Andreas Rickenbach, Rechtsanwalt, Ernest Merian, Direktionsmitglied der Sandoz, Rechtsanwalt Otto Schenker-Sprüngli, Generalsekretär der Liga gegen den Lärm, und Heinz Zumstein, Verwaltungsratsdelegierter der Gesellschaft für Holzstoffverarbeitung. Die Leitung des Zentralsekretariats übernahm ab Oktober 1972 für ein gutes Jahr Heribert Rausch, Dozent für Umweltrecht. Nach einer Übergangsphase führte ab Dezember 1974 der Ökonom Walter Spillmann für mehrere Jahre die Geschäfte. Bis auf die Sekretariatsstellen waren alle Funktionen ehrenamtlich.<sup>130</sup>

Die SGU kann als typisches Kind der „1970er Diagnose“ bezeichnet werden. Sie spiegelte sich in ihrem Namen wie auch ihrer Zielsetzung, die der Systemperspektive verpflichtet war:

„Wir wollen die natürlichen Lebenselemente schützen und erhalten, damit das Gleichgewicht zwischen Luft, Wasser, Boden, Fauna, Flora und dem Menschen wieder hergestellt wird.“<sup>131</sup>

Die Arbeitsschwerpunkte legte die Organisation auf die Bereiche Gesetzgebung (Umweltschutzgesetz), Energie, Verkehr und Konsum.<sup>132</sup> Ihre Aufgabe sah sie in der „politischen Durchsetzung des Umweltschutzes auf der gesamtschweizerischen Ebene“.<sup>133</sup> Dabei lehnte sie sich stark an den Wissenschaftsbetrieb an: Ehrenamtlich arbeitende Fachausschüsse berieten und unterstützten die Gesellschaft in Sachfragen.<sup>134</sup> Die Leitidee Andreas Rickenbachs, der führenden Persönlichkeit sowohl bei der Gründung wie auch in den ersten Jahren der SGU, war, die besten Köpfe des Landes für den Schutz der Umwelt zusammenzubringen. Dieser elitären Ausrichtung blieb die Gesellschaft bis heute treu. Dementsprechend wurde aus der SGU keine Massenorganisation, sondern eine kleine, in der Öffentlichkeit wenig bekannte Vereinigung, die aber über gute Beziehungsnetze zu Politik, Wirtschaft und Wissenschaft verfügte.<sup>135</sup>

Bis 1975 besass die Gesellschaft kein eigenes Periodikum. Sie gab aber einzelne Schriften heraus: Im Dezember 1973 publizierte sie die Broschüre „Umweltschutz beginnt zu Hause“, die auch beim WWF als „Panda“-Nummer erschien, 1975 das „Vademecum“, ein Umwelt-Handbuch.

Die Geschichte der SGU ist auch beispielhaft für die Entwicklung des gesamten Umweltdiskurses: So schlug sich der Umschwung von der Apokalypsestimmung zu den Visionen einer besseren Zukunft auch in den Slogans der Gesellschaft nieder. Bei der Gründung hiess er: „Rettet die Umwelt, wir haben nur eine“; ab 1973 dagegen „Für eine lebenswerte Zukunft“. Mit der Umweltpolitik des Bundes teilte die SGU nicht nur das Anfangsdatum, sondern auch einen analogen Werdegang. Bei ihrer Gründung war unklar, welche Rolle sie in der künftigen Umweltpolitik spielen würde. Die Liste der Gründungsmitglieder las sich wie ein 'Who's who in Switzerland': Als Kollektivmitglieder fanden sich darauf, neben vielen Natur- und Umweltorganisationen, sämtliche Bundesratsparteien, die Grossbanken und Versicherungen, die grossen Konzerne der Chemie- und Maschinenindustrie, der Bauernverband und der Christlich-nationale Gewerkschaftsbund. Aus der Atomwirtschaft partizipierten die SVA, die Motor Columbus und die Elektro-Watt.<sup>136</sup> Zu ihren Einzelmitgliedern zählte die

---

<sup>130</sup> ArSGU, Tätigkeitsbericht 1971-73.

<sup>131</sup> SGU 1971, S. 4.

<sup>132</sup> ArSGU, Tätigkeitsbericht 1971-73, S. 4. Anfänglich engagierte sich die SGU auch für eine Umweltbildung im Schulunterricht, zog sich aber bald aus diesem Tätigkeitsfeld zurück, das andere Organisationen wie SBN und WWF abdeckten.

<sup>133</sup> SGU-Bulletin, März 1975, S. 4.

<sup>134</sup> Zwischen 1971 und 1975 bildete die SGU eine ganze Reihe von Fachausschüssen (FA), die aber z.T. nur kurze Zeit bestand hatten. U.a.: Ausbildung, Naturwissenschaft und Technik, Ökonomie, Recht, Verkehr, Biologischer Landbau, Konsum und Umweltschutz, Energie, Fremdstoffe in der Nahrungskette.

<sup>135</sup> 1975 zählte die SGU 1340 Einzel- und 346 Kollektivmitglieder. Für die Entwicklung der Mitgliederzahlen und Finanzen siehe Büchel, S. 76-80.

<sup>136</sup> SGU 1971, S. 34-39; ArSGU, Mitgliederverzeichnis, Mai 1973.

SGU neben namhaften Wissenschaftlern und Vertretern aus Wirtschaft und Verwaltung über hundert eidgenössische Parlamentarier, was die NZZ zu folgendem Kommentar bewegte:

„Es liegt somit im Bereich des Möglichen, dass die Gesellschaft für Umweltschutz sowohl im National- wie auch im Ständerat eine 'absolute Mehrheit' erlangt, so dass man eigentlich annehmen müsste, der raschen Verwirklichung ihrer Postulate könne nichts mehr im Wege stehen. Die Zukunft wird zeigen, wie ernst dieses Bekenntnis zu Schutze der natürlichen Lebensgrundlagen seitens der Parlamentarier gemeint war.“<sup>137</sup>

Tatsächlich zerbrach diese grosse Allianz (wie in der Umweltpolitik allgemein) in kurzer Zeit: Einerseits zeigte sich an konkreten Sachfragen, dass sich unter der gemeinsamen Wort-hülse „Umweltschutz“ ganz unterschiedliche Standpunkte verbargen. Andererseits hatten sich viele Gruppierungen der SGU offensichtlich im Glauben angeschlossen, dass in dieser Körperschaft die zukünftige Umweltpolitik der Schweiz ausgehandelt werden würde. Den Vorstand der SGU sahen diese entsprechend als Ort der politischen Interessensvertretung.<sup>138</sup> Der Vorstandsausschuss teilte den Vorstand deshalb in „echte“ und „unechte“ Umweltschützer ein und versuchte, bei personellen Mutationen die Gewichte zugunsten ersterer zu verschieben.<sup>139</sup> Ebenfalls verwehrte er „unterwanderungsverdächtigen“ Gruppierungen die Mitgliedschaft.<sup>140</sup>

Es zeigte sich bald, dass die Rolle eines „koordinierenden Dachverbandes“, die ihr die NZZ bei der Gründung voraussagte<sup>141</sup>, die Möglichkeiten der Gesellschaft bei weitem überstieg. Die SGU hatte alle Hände voll zu tun mit dem Aufbau der eigenen Organisation, ihrer Situierung in der politischen Landschaft und der Lancierung der ersten Aktivitäten. Immerhin initiierte sie die Zusammenarbeit der Umweltorganisationen im sogenannten „Umweltclub“.

### 3.3.5. Der Umweltclub

In den Jahren um 1970 entstand eine grosse Zahl neuer sozialer Bewegungen im Umweltbereich.<sup>142</sup> Dadurch erhöhte sich das Bedürfnis nach Kommunikation zwischen den einzelnen Organisationen. Auf Initiative der Gesellschaft für Umweltschutz trafen sich ab Herbst 1972 die Geschäftsführer von SGU, WWF, SBN, Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU), Aktion Gesunde Schweiz Jetzt (AGSJ) und Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege (SLL) allmonatlich zur „Koordination zwischen zielverwandten Organisationen“. Die Sitzungen, die am Sitz der SGU abgehalten wurden, sollten die Transparenz zwischen den teilnehmenden Organisationen erhöhen und dienten der gegenseitigen Information, sowie der Koordination der Aktivitäten. 1973 wurde diese Institution „Umweltclub“ benannt.<sup>143</sup>

---

<sup>137</sup> NZZ, Nr. 263, 10.6.1971.

<sup>138</sup> So verlangte z.B. der Schweizerische Bauernverband quasi als Gegenleistung für die Kollektivmitgliedschaft einen Vorstandssitz. Der Antrag wurde abgelehnt. ArW 68.4.1, ProVA 4, S. 3.

<sup>139</sup> „Das längerfristige Ziel lautet: Der Kreis der Vorstandsmitglieder und der Kreis der echten Umweltschützer ist identisch.“ ArW 68.4.1, ProVA 13, 14.12.1972, S. 1. Vgl. auch ArW 68.4.1, ProVA 9, 3.8.1972, S. 3; 10, 31.8.1972, S. 4.

<sup>140</sup> So bemühten sich z.B. Vertreter des Autotransportgewerbes um die Mitgliedschaft, obwohl die SGU ein Referendum gegen die Erhöhung der Höchstgewichte und -masse der Lastwagen angekündigt hatte. Die Mitgliedschaft wurde ihnen verwehrt. ArW 68.4.1, ProVA 9, 25.10.1971.

<sup>141</sup> NZZ, Nr. 263, 10.6.1971.

<sup>142</sup> Vgl. Zürcher 1978, S. 93-109.

<sup>143</sup> Die Administration des Umweltclubs lag ebenfalls bei der SGU. Zum Umweltclub siehe die Unterlagen in ArW 68.12.1 (Protokolle) u. 13.1 (Korrespondenz). Zur AGU vgl. Abschn. 5.3.6.

Im Mai 1974 beschloss der Umweltclub, sich für weitere Umweltorganisationen zu öffnen. Daraufhin trat ihm eine ganze Reihe von Gruppierungen bei.<sup>144</sup> Wurde im kleineren Rahmen der Anfangszeit auch inhaltliche Arbeit geleistet, stand fortan der gegenseitige Informationsaustausch im Vordergrund.

---

<sup>144</sup> U.a.: Aktion Saubere Schweiz (ASS), Liga gegen den Lärm, Institut de la Vie (IV), Groupe 2002, Schweizerische Vereinigung für Gewässerschutz und Lufthygiene (VGL). Der Rheinaubund gehörte nicht zum Umweltclub, da er keinen Geschäftsführer hatte. Interview mit Dieter Burckhardt 26.6.1997.

## 4. 'Atome für die Natur': Der Diskurs der 1960er Jahre

Das Schwergewicht dieses Kapitels liegt auf den mittleren 60er Jahren, den Jahren, in denen sich die schweizerische Elektrizitätswirtschaft entschied, Atomkraftwerke zu bauen. Im Abschnitt 4.1 wird das Verhältnis der Naturschutzkreise, insbesondere des SBN und des Rheinaubundes, zur Atomenergie beleuchtet. Darauf wird im Abschnitt 4.2 eine Auswahl von Texten, die in den Zeitschriften der beiden genannten Organisationen erschienen sind, unter Verwendung einer speziellen Methodik analysiert. Die Brücke zum folgenden Kapitel schlägt schliesslich der Abschnitt 4.3, in dem die ereignisarmen Jahre 1966-1969 kurz gestreift werden.

### 4.1. Die Debatte über den „Schritt zur Atomenergie“

Im Lauf des 20. Jahrhunderts hatten sich die Organisationen des Naturschutzes als schlagkräftige (wenn auch meist erfolglose) Opposition gegen den Bau von Kraftwerken hervorgetan. Die Äusserungen ihrer Exponenten zu Fragen der Energieversorgung wurden daher stark beachtet und besaßen politisches Gewicht.<sup>145</sup> Dieser Abschnitt geht zuerst den Ursprüngen des grundlegenden Arguments nach, das die Atomenergie im Dienste des Naturschutzes sah (4.1.1). Daraufhin werden die Prozesse der Meinungsbildung und -vertretung der beiden Organisationen SBN und Rheinaubund in der Atomenergie-Debatte der mittleren 60er Jahre beleuchtet (4.1.2 und 4.1.3). Schliesslich thematisiere ich nach der Opposition im Energie- auch diejenigen im Atomtechnologie-Bereich: die Friedensbewegung, die gegen die atomare Rüstung kämpfte (4.1.4).

#### 4.1.1. Naturschutz im „Atomzeitalter“

Die Ideen eines unbegrenzten Fortschritts der Menschheit waren in der Zeit der beiden Weltkriege arg erschüttert worden. Nach 1945 beflügelte die Rede vom Anbruch des „Atomzeitalters“, eines modernen Goldenen Zeitalters, diese Vorstellungen von neuem. Der Glaube an das ungeheure Potential des Atoms, das in naher Zukunft Energie im Überfluss versprach, beeinflusste auch das Denken der Naturschützer.

Bereits 1946 tauchte anlässlich der ersten Debatte über die Atomenergie in den eidgenössischen Räten das Argument auf, die Weiterentwicklung der Atomtechnologie helfe, die Natur zu schützen. Im Namen des Naturschutzes und der „amis de la nature en général“ äusserte der radikal-demokratische Genfer Ständerat Albert Malche sein Unbehagen gegenüber der schnell wachsenden Zahl von Staudämmen in der Schweiz. Mit der Atomtechnik ergebe sich nun ein „fait nouveau“, die die Notwendigkeit dieser Bauten in Frage stelle. Deshalb gelte es:

„(...) mettre un frein à l'enthousiasme de certains milieux pour la construction de bassins hydroélectriques, en raison des événements qui pourraient se produire dans trois, quatre ou cinq ans“.<sup>146</sup>

Die Atomenergie wurde zur grossen Hoffnungsträgerin der Vertreter des Naturschutzes. Sie sollte die Wasserkraft ersetzen und so die verbliebenen natürlichen Flusslandschaften vor der Verbauung bewahren. Das Argument des kommenden „Atomzeitalters“, das die hydroenergetische Nutzung überflüssig machen werde, äusserten die Naturschützer dann auch in

<sup>145</sup> Ein Beleg für diese Aussage ist die Aufmerksamkeit, welches das „Année politique“ dem SBN schenkte. SPJ, 1965, S. 170; 1966, S. 71; 1967, S. 77.

<sup>146</sup> Amtl. sten. Bull. SR, 1946, S. 268f. Zu den Parlamentsdebatten siehe Mysyrowicz, S. 37-44.

den grossen Auseinandersetzungen der 50er Jahre um die Kraftwerksbauten bei Rheinau und an der Spöl.<sup>147</sup>

Die trotz antimoderner und technikkritischer Grundhaltung atomgläubige Ausrichtung des Naturschutzes illustriert ein 1956 im „Schweizer Naturschutz“ erschienener Artikel zur Energiefrage. Der Autor prangerte zunächst einmal „die Vergnügungs- und Verschwendungssucht des modernen Großstadt- und Massenmenschen“ an. Trotzdem sah er aber ein, dass es „eine schwierige Zeit geben [wird], wenn nicht bald mehr Energie produziert wird“. Nach einer Aufzählung der neusten Entwicklungen der US-Amerikaner und Russen in der Atomtechnologie brachte der Autor eine weitere Alternative ins Spiel - allerdings nur als Zwischenlösung auf dem Weg zur Atomenergienutzung.

„Als Ersatz könnten einige thermische Grosswerke gebaut werden. Wir benötigen Erfahrungen auf diesem Gebiet, wenn wir später Nuklearenergie auszunützen wünschen.“<sup>148</sup>

Die Atomtechnologie sollte wenn nicht eine Versöhnung, so doch zumindest ein Nebeneinander von Technik und Natur ermöglichen. Im Hinblick auf die zukünftigen Segnungen der Atomenergie schmolzen alte Gegensätze dahin: Progressive und Konservative, Technikbegeisterte und Naturbewahrer, sie alle setzten gewaltige Hoffnungen in die neue Technologie; oder wie Mysyrowicz treffend formuliert hat:

„l'image mythique de l'énergie nucléaire a pu simultanément exalter les rêves prométhéens des uns et nourrir la nostalgie d'une nature préservée des agressions de la technique industrielle, des autres.“<sup>149</sup>

Die Tradition des „Atomzeitalter“-Arguments im Naturschutzdiskurs erklärt, warum die grundsätzlichen Positionen in der AKW-Debatte Mitte der 60er Jahren bereits seit geraumer Zeit geklärt waren. Die Naturschützer argumentierten entsprechend einheitlich. Neu war alleine, dass die kommerzielle Nutzung der Atomenergie nun in konkrete Nähe rückte und nicht mehr nur als wünschenswerte, bei allem zeitgenössischen Optimismus aber noch ungewisse Zukunftsmelodie erklang.

#### 4.1.2. Die Diskussionen im SBN (1962-66)

##### **Die interne Meinungsbildung**

Jakob Bächtold, Präsident des SBN von 1961 bis 1969, fiel bereits zu Beginn der 60er Jahre durch seine öffentliche Aktivität auf dem Gebiet der Atomenergie auf. Um 1961/62 legte Bächtold ein Projekt für ein unterirdisches „Atomheizkraftwerk“ im Sandstein der Engelhalbinsel von Bern vor. Mit der an das Kühlwasser abgegebenen Wärme wollte er einen Teil der Stadt heizen und so die durch die vielen Ölheizungen verursachte Luftverschmutzung bekämpfen.<sup>150</sup>

---

<sup>147</sup> Walter, S. 180-182.

<sup>148</sup> R.Z., Der Energiebedarf der Erde, in: SN, 4/1956, S. 114-116. In die 50er Jahre fiel auch ein erster 'Konfliktfall' zwischen Atomenergienutzung und Naturschutzinteressen - mit aus heutiger Sicht allerdings eher kuriosem Inhalt: Vom besorgten Gemeinderat von Klingnau (AG) aufmerksam gemacht, wandte sich der SBN an die Reaktor AG mit der Frage, ob radioaktive Strahlen des Atomreaktors in Würenlingen, der kurz vor Betriebsaufnahme stand, die Wasser- und Zugvögel des Klingnauer Stausees vertreiben könnten. Die Antwort der Reaktor AG, unterstützt durch Gutachten von Prof. Paul Scherrer und der Strahlenbiologin Hedi Fritz-Niggli, konnte die Bedenken des SBN zerstreuen. Briefwechsel: ArSBN, K 3.4. Bericht dazu: SN, 3/1956, S. 89f.

<sup>149</sup> Mysyrowicz, S. 44.

<sup>150</sup> SN, 1/1966, S. 2. Die Idee, Atomkraftwerke für Heizzwecke zu bauen, war nicht neu. In den 50er Jahren planten Wissenschafts- und Industriekreise ein AKW an der Clausiusstrasse mitten in der Stadt Zürich. Das Werk, das sie in einer Kaverne vierzig Meter unter dem Boden errichtet wollten, sollte im Sommer Strom liefern und im Winter die ETH heizen. Hug 1994, S. 177. Sicherheitsbedenken hatte man offenbar keine. Für die unterirdi-

Im Dezember 1962 reichte Bächtold im Nationalrat ein Postulat ein, in dem er prophezeite, dass die Schweiz in etwa zehn Jahren in eine Zwangslage geraten werde, die sie nötigen könnte, „gegen den Willen der Mehrheit des Volkes hydraulische oder thermische Kraftwerke zu errichten“. Deshalb ersuchte er den Bundesrat, „zu prüfen, wie der Einsatz der Atomenergie für unsere Elektrizitätsversorgung gefördert werden kann, um die erwähnte Energieklemme zu vermeiden“.<sup>151</sup>

Ebenfalls 1962 begann der SBN, sich mit den Plänen der Elektrizitätswirtschaft auseinanderzusetzen, die den Bau mehrerer grosser, auf der Basis von Öl arbeitender thermischer Kraftwerke vorsahen.<sup>152</sup> Die Diskussionen wurden von Beginn weg vor dem Hintergrund alternativer Möglichkeiten der Elektrizitätsgewinnung geführt: der Nutzung von Wasserkraft und der erwarteten Anwendung von Atomkraft.<sup>153</sup>

Nachdem der SBN bereits 1961 eine umfassende Planung auf dem Sektor der Energiebeschaffung gefordert hatte, erwähnte der Jahresbericht 1962 dann erstmals die Atomenergie. Im Abschnitt „Gewässerschutz“ wurde ausgeführt:

„Langsam nähern wir uns dem Vollausbau unserer Gewässer. Immer deutlicher zeichnet sich ein Engpass in der Energieversorgung ab, wenn nicht auf das letzte nutzungswürdige Gewässer gegriffen werden soll. Fachleute geben offen zu, dass die Schweiz in bezug auf die Atomnutzung, verglichen mit dem Ausland, stark im Rückstand ist. (...) Der Vorstand hat in einer Eingabe dem Bundesrat seine Sorge über die fehlende, aber dringend nötige Gesamtplanung der Energiebeschaffung ausgedrückt, die auch den berechtigten Wünschen des Naturschutzes Rechnung trägt.“<sup>154</sup>

Dass sich beim SBN im folgenden ein neuer Orientierungsbedarf zum Thema Energieversorgung und Naturschutz manifestierte, zeigt die Bildung einer speziellen „Kommission für Energiewirtschaftsfragen“, die am 1. Oktober 1963 zum ersten Mal zusammentraf. Sie wurde von SBN-Präsident Bächtold präsiert und setzte sich aus je zwei Mitgliedern des Vorstandes und des Naturschutzrates sowie Sekretär Dieter Burckhardt zusammen.<sup>155</sup> Zur Debatte stand die Frage, wie thermische Kraftwerke in bezug auf den Naturschutz, insbesondere auf die Lufthygiene, zu beurteilen seien. Bächtold verknüpfte die Thematik sogleich mit der Atomenergie:

„Die Abklärung über die Fragen der thermischen Kraftwerke müssen uns zeigen, ob man sich in bezug auf den Einsatz von Atomkraftwerken noch Zeit lassen kann oder nicht.“<sup>156</sup>

In diesem Zusammenhang fragten sich die Sitzungsteilnehmer, ob ausländische Atomreaktoren eingekauft werden sollten und ob sich allenfalls errichtete thermische Kraftwerke in einem späteren Schritt durch Atomkraftwerke ersetzen liessen.<sup>157</sup>

---

sche Anlage von Atomkraftwerken und die Nutzung der Wärme zu Heizzwecken engagierte sich Jakob Bächtold auch noch in den 70er Jahren. Siehe Abschn. 5.3.2.

<sup>151</sup> Postulat Bächtold vom 14.10.1962, vom Nationalrat überwiesen am 2.10.1963. Zit. nach: Verh. B.vers., Herbstsession 1963, S. 20.

<sup>152</sup> Zu den thermischen Kraftwerkprojekten: Energiewirtschaft, S. 38-42; zum Widerstand dagegen: Skenderovic 1992, S. 132-147. Auslöser der Diskussionen im SBN-Vorstand war ein Schreiben des Aargauischen Bundes für Naturschutz bezüglich thermischer Kraftwerkprojekte im Aargau. ArSBN, B 1.1, ProV 53/8, 15.8.1962, S. 6f.

<sup>153</sup> ArSBN, K 3.4.

<sup>154</sup> Jahresbericht 1962, SN, 2/1963, S. 52. Jahresbericht 1961, SN, 2/1962, S. 54.

<sup>155</sup> Aus dem Vorstand nahmen der Ingenieur E. A. Thomas und H. Utzinger Einsitz, aus dem Naturschutzrat W. Knoll und G. Lehner, der Direktor bei der Elektrowirtschaft war. Die Kommission verfügte also über einiges Fach- und Insiderwissen.

<sup>156</sup> ArSBN, K 3.2, „Protokoll der ersten Sitzung der Kommission für Energiewirtschaftsfragen vom 1. Oktober im Bahnhofsbüfett Zürich“, 1963, S. 3.

<sup>157</sup> Ebd. Die Sitzungsteilnehmer vereinbarten, zur Klärung der aufgeworfenen Fragen eine Aussprache mit Vertretern der Elektrizitätswirtschaft zu suchen. Für die folgenden beiden Jahren sind keine weiteren Sitzungen der Kommission dokumentiert. Auf den nächsten Hinweis stiess ich erst im Dezember 1965, als der Natur-

Das Gespräch der Kommission und im speziellen die Aussage Bächtolds geben uns ein Bild über den Stand der Diskussion im Vorfeld der wegweisenden Jahre 1964/65: Unbestritten war, dass die Zukunft der Elektrizitätsversorgung der Atomenergie gehören würde. Als kritischer Faktor entpuppte sich die Zeit, glaubten die Akteure doch, - wie die Analyse von Zeitschriftenartikeln noch verdeutlichen wird - einem Wettlauf beizuwohnen zwischen steigendem Elektrizitätsbedarf und technischem Wandel der Produktion. Für den SBN stellte sich daher die Frage, ob es aus Sicht des Naturschutzes tolerierbar wäre, auf dem Weg von der Wasserkraft zur Atomenergie eine Übergangsphase mit thermischen Kraftwerken einzuschleppen, oder ob der direkte Schritt in die Atomenergie gewagt werden müsste. Ein weiterer Ausbau der Wasserkraft sollte auf jeden Fall verhindert werden.

Die Diskussion entwickelte sich nun in einem rasanten Tempo. Bereits im Mai 1964, noch bevor die ersten Elektrizitätswerke ihre Pläne zum Kauf von amerikanischen Reaktoren bekannt gaben, war man sich im Vorstand des SBN einig, dass ein Umbruch in der Elektrizitätsversorgung kurz bevorstehe:

„Nachdem die Produktion von Atomenergie wirtschaftlich geworden ist, stehen wir an einem Wendepunkt der Energiewirtschaft.“<sup>158</sup>

An der Generalversammlung des SBN am 31. Mai 1964 betonte Jakob Bächtold:

„Für den Naturschutz ist es von grösster Bedeutung, feststellen zu können, dass Kernenergie konkurrenzfähig geworden ist und dass somit kein zwingender Grund mehr besteht, jedes geeignete Gewässer ohne Rücksicht auf die Landschaft der Energiegewinnung zu opfern.“<sup>159</sup>

Zu den thermischen Kraftwerken meinte er:

„Es wird heute sogar mit Recht gefordert, keine oder nur ganz wenige mit Öl oder Kohle geheizten thermischen [sic] Kraftwerke, für die in unsrem Land kaum annehmbare Standorte gefunden werden können, zu bauen, sondern unmittelbar auf Atomenergie umzustellen.“<sup>160</sup>

Im Frühling 1964 war man im SBN also zum Schluss gekommen, dass die Nutzung dieser Energiequelle vor dem Durchbruch stehe und die volle politische Unterstützung des Naturschutzes verdiene.<sup>161</sup> Dies erleichterte dem SBN bestimmt auch die Entscheidung, die lokalen Widerstände gegen thermische Kraftwerkprojekte zu unterstützen.

Im Jahresbericht 1964 hiess es dann unter der neuen Abschnittsüberschrift „Erhaltung der Gewässer und der reinen Luft“ (Vorjahr: „Gewässerschutz“):

„Zu den ethischen und hygienischen Gründen, die gegen einen Vollausbau der Wasserkräfte sprechen, kommen auch ökonomische. Nicht zuletzt den jahrelangen Anregungen unseres Präsidenten ist es zu verdanken, dass der Bundesrat das grüne Licht für Atomkraftwerke erteilt hat. Vorläufig geht aber der Kampf des SBN gegen die Trockenlegung ganzer Wassersysteme weiter. (...) Grosse Sorge bereiten die Projekte

---

schutzrat beschloss, die „Kommission für Energiewirtschaft“ zu reaktivieren. ArSBN, B 6, ProN 56/4, 11.12.1965, S. 10. Die fehlende Kontinuität in der Kommissionsarbeit interpretiere ich dahingehend, dass vorläufig kein weiterer Orientierungsbedarf mehr bestand, nachdem (wie die folgenden Ausführungen zeigen werden) im ersten Halbjahr 1964 zentrale Fragen im Zusammenhang mit der Energieversorgung geklärt werden konnten.

<sup>158</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 55/5, 6.5.1964, S. 3. Der Vorstand notierte zudem, dass die Atomkraftwerke „kriegswirtschaftlich“ viel weniger verletzbar seien als mit Öl und Kohle betriebene Werke. Der atomaren Energieproduktion wurde also ein höheres Mass an Autarkie zugeschrieben als der thermischen.

<sup>159</sup> SN, 5/1964, S. 124. Das Zitat ist in der Quelle kursiv hervorgehoben.

<sup>160</sup> Ebd.

<sup>161</sup> Die ökonomische Beurteilung geschah auf Grundlage in- und ausländischer Berichte über die Preisentwicklung der Atomenergie. SN, 5/1964, S. 124. Siehe auch die Artikel in NuM, Jan/Feb 1964, S. 128f; Sep/Okt 1964, S. 52f.



thermischer Kraftwerke. Der SBN hat in erster Linie durch Vermittlung von Unterlagen beim Kampf gegen diese Quelle gefährlicher Luftverunreinigung mitgeholfen.“<sup>162</sup>

### Die Propaganda für die Atomenergie

Die Ansprache Bächtolds an der Generalversammlung 1964 signalisierte gleichsam den Beginn einer neuen Phase in der Energiepolitik des SBN: die externe Meinungsäußerung löste die interne Meinungsbildung ab. Präsident Bächtold entfaltete in der zweiten Jahreshälfte von 1964 und 1965 eine rege Öffentlichkeitsarbeit: In Reden, Vorträgen und Artikeln orientierte er „über den neuesten technischen Stand der Atomnutzung und warnte vor den Folgen der Luftverunreinigung durch thermische Kraftwerke“. Im „Schweizer Naturschutz“ erschienen im selben Zeitraum sechs jeweils mehrseitige Artikel, die grundsätzlich zur schweizerischen Energiepolitik Stellung nahmen. Der Vorstand liess sich in diesen Monaten nur noch einmal, im Februar 1965, über die „Tendenzen der Energiebeschaffung“ informieren.<sup>163</sup>

Im August 1965 trat dann die Sektion Schaffhausen an den Naturschutzrat heran und forderte, eine öffentliche Stellungnahme zum „Kraftwerkproblem“ zu erarbeiten. Wasserkraftwerke, die „zu den grössten Problemen des Naturschutzes“ führten seien „bis jetzt (...) notwendiges Übel zur Beschaffung der elektrischen Energie“ gewesen. In der Bedrängnis „kommt die Atomenergie zu Hilfe“: Durch die Möglichkeit, elektrische Energie aus Atomkraft zu gewinnen, könne auf weitere Wasserkraftwerke verzichtet werden. Dadurch sei für den SBN eine günstige Situation entstanden, um die „noch natürlichen Gewässer“ zu verteidigen. Das Atomkraftwerk der NOK werde Strom zu 2,8 Rp./kWh liefern und sei daher ein „Verbündeter mit wirtschaftlich schwerwiegenden Argumenten“, den es einzusetzen gelte. Man müsse einerseits die öffentliche Meinung beeinflussen und andererseits gegen konkrete Wasserkraftprojekte vorgehen. Unterstützung erhielt der Schaffhauser Antrag durch den Zürcher Geographieprofessor Emil Egli: Es sei „höchste Zeit, der Bevölkerung klarzumachen, dass das Zeitalter der 'weissen Kohle' überwunden ist.“ Der Rat beschloss daraufhin, erstens bei der Regierung des Kantons Aargau und beim Bundesrat auf eine Einstellung der Bautätigkeiten am Kraftwerk Koblenz-Kadelburg hinzuwirken, und zweitens den Vorstand mit der Ausarbeitung einer öffentlichen Stellungnahme zu beauftragen.<sup>164</sup>

Diese Diskussion illustriert, wie eng die Propaganda der Naturschützer für die zukünftige Nutzung der Atomenergie mit ihrer Opposition gegen den Bau von Wasserkraftwerken verknüpft war. Insbesondere die vom SBN bekämpften Projekte Koblenz-Kadelburg und Neubannwil und Flumenthal waren 1965 in eine entscheidende Phase getreten.<sup>165</sup>

Die Formulierung der Stellungnahme fiel dem Vorstand nicht leicht, insbesondere wollte man einer Fehlinterpretation vorbeugen. Inzwischen war er nämlich zur Einsicht gelangt, dass thermische Kraftwerke durch ihre Luftverschmutzung „ohne Zweifel dem Naturschutz grösseren Schaden [bringen] als hydraulische Kraftwerke.“<sup>166</sup> Am 11. Dezember 1965 ging die Ausarbeitung der Stellungnahme für die letzte Runde zurück in den Naturschutzrat. In der Diskussion erachtete Bächtold die Auseinandersetzung mit einer Gruppe von Leuten, „die gegen die Nutzung der Atomenergie Sturm läuft“, als notwendig und wies darauf hin, dass grundsätzlich bei Atomkraftwerken wie bei thermischen Kraftwerken die Verschmut-

---

<sup>162</sup> Jahresbericht 1964, SN, 2/1965, S. 54.

<sup>163</sup> Jahresbericht 1965, SN, 2/1966, S. 50. ArSBN, B 1.1, ProV 56/1, 9/10.2.1965, S.4. Der inhaltlichen Analyse der Zeitschriftenartikel ist der Abschn. 4.2 gewidmet.

<sup>164</sup> ArSBN, B 1.2, Akte 83/65: Brief Minder an den Naturschutzrat vom 8.8.1965; B 6, ProN 56/3, 28.8.1965, S. 11-14. An der Sitzung erwog man gar, einen Gegenbericht zum zweiten „Zehn-Werke-Bericht“ vom 5. Mai 1965 zu verfassen.

<sup>165</sup> Zu den Oppositionen in den 60er Jahren gegen Wasserkraftprojekte siehe Skenderovic 1992, S. 92-118.

<sup>166</sup> ArSBN, B1.1, ProV 56/4, 15.9.1965, S. 6f.

zung von Luft und Wasser verhindert werden müsse. „Diese Gefahren dürfen wir nicht verschweigen.“ Abschliessend resümierte er aber:

„[Die] Steigerung des Energiebedarfs um jährlich 5% ist eine Tatsache. Ebenso ist es eine Tatsache, dass die Nutzung der Atomenergie heute einen technischen Stand erreicht hat, der es uns erlaubt, diese Energiequelle zu verwenden.“<sup>167</sup>

Die nach längerer Diskussion verabschiedete Stellungnahme hielt dann fest,

„daß sich heute der Bau von neuen Wasserkraftwerken nicht mehr rechtfertigt. Zu dieser Überzeugung führen auch volkswirtschaftliche, technische und finanzielle Überlegungen. Der daraus erwachsende Gewinn steht in keinem Verhältnis zu den Schäden in bezug auf den Wasserhaushalt und die Landschaft, nicht zuletzt weil sich neue Möglichkeiten der Energiebeschaffung bieten. Der Naturschutzrat warnt ebenso eindringlich vor den Gefahren der Luftverunreinigung durch thermische Kraftwerke und unterstützt die vom Bundesrat mehrfach zum Ausdruck gebrachte und vom SBN seit Jahren vertretene Auffassung, direkt den Schritt zur Gewinnung von Atomenergie zu tun (...).“<sup>168</sup>

Das Jahr 1966 brachte dann zwei wichtige Entscheide im Wasserkraftsektor: den Verzicht auf das Kraftwerk Koblenz-Kadelburg und den Baubeschluss für die Kraftwerke Neubannwil und Flumenthal. Ende Jahr bekräftigte der Naturschutzrat nochmals seine „grundsätzliche Ablehnung weiterer Wasserkraftwerke“.<sup>169</sup> Die wegweisenden Entscheidungen der grossen Elektrizitätsunternehmen zugunsten der Atomenergie waren zu diesem Zeitpunkt aber bereits gefallen.

In den folgenden Jahren verlor der Abschnitt „Erhaltung der Gewässer und der reinen Luft“ deutlich an Gewicht. Die Lage hatte sich entspannt, sowohl im Bereich der Wasserkraftnutzung wie auch der thermischen Kraftwerke. Im Sommer 1966 reichten die NOK ein Gesuch ein für ein Atomkraftwerk anstelle der bisher geplanten thermischen Anlage in Rüthi/SG. Daraufhin wurde es auch um die Oppositionsbewegung ruhig, die für Naturschutzanliegen in den 60er Jahren die grössten Massen mobilisieren konnte. Eine kurze Phase des 'energiepolitischen Friedens' war eingeläutet.<sup>170</sup>

#### 4.1.3. Der Rheinaubund

Der Rheinaubund vertrat in der Energiepolitik eine nahezu identische Position wie der SBN.<sup>171</sup> Er propagierte die Atomenergie ebenfalls als Ersatz für die Wasserkraft. Den regionalen Oppositionsbewegungen gegen die thermischen Kraftwerksprojekte bot die Zeitschrift „Natur und Mensch“ eine Plattform.<sup>172</sup>

Anfangs 1964 warf Redaktor Arthur Uehlinger der Elektrizitätswirtschaft vor, sich allzulang gegen die Verwendung der Atomkraft gesperrt zu haben.

„Sie behauptete, diese sei noch auf lange Zeit hinaus unwirtschaftlich, was durch deren Anwendung im Ausland bereits widerlegt ist. Der wahre Grund des Hinauszögerns

---

<sup>167</sup> ArSBN, B6, ProN 56/4, 11.12.1965, S. 6-10.

<sup>168</sup> Stellungnahme des Naturschutzrates zur Energiepolitik vom 11.12.1965, in: SN, 1/1966, S. 14 (deutsche Fassung) und S. 26 (französische Fassung).

<sup>169</sup> Jahresbericht 1966, SN, 2/1967, S. 45.

<sup>170</sup> Siehe Abschn. 4.3.

<sup>171</sup> Auch die Schweizerische Vereinigung für Heimatschutz (SVH) begrüsst den Entscheid, Atomkraftwerke zu bauen. Siehe Skenderovic 1992, S. 120. Zur Geschichte der SVH: ebd., S. 32-35. Ausserdem gab es Vorstösse in kantonalen und kommunalen Parlamenten, die entweder den Einsatz der Atomenergie anstelle hydraulischer oder thermischer Kraftwerke verlangten oder die Exekutive aufforderten, eine aktive Atomenergieförderungs politik zu betreiben. Siehe Annexe 1, S. 161f, 168f, 173-177.

<sup>172</sup> Siehe Skenderovic 1992, S. 132-147.

war wohl ein nicht genannter: *Den Wasserwirtschaftsplan noch auszuführen, in den man schon so ungeheure Summen investiert hat (...).*<sup>173</sup>

Auf den ersten Seiten der September/Okttober-Ausgabe 1964 publizierte „Natur und Mensch“ das Schlusskapitel aus dem bereits 1960 erschienen Buch „Bis zum letzten Wildwasser?': Gedanken über Wasserkraftnutzung und Naturschutz im Atomzeitalter“ von Prof. Dr. Otto Kraus, dem Landesbeauftragten für Naturschutz in Bayern. Weiter hinten in derselben Ausgabe titelte die Zeitschrift „Atomenergie heute schon sechsmal (!) billiger als der Strom der Engadiner Kraftwerke“.<sup>174</sup>

In der Januar/Februar-Ausgabe 1965 folgte ein weiterer Beitrag von Otto Kraus, in dem der Autor ein Ende der Wasserkraftnutzung und den Umstieg auf andere Energieträger, vor allem auf die „friedliche Atomkraftnutzung“, forderte.<sup>175</sup>

Wie der SBN setzte auch der Rheinaubund auf das Preisargument, und wie beim SBN war das Werben für die Atomenergie mit der Opposition gegen konkrete Kraftwerksprojekte verknüpft. Vor allem hoffte der Rheinaubund, den Kraftwerksbau an der Spöl, den er in den 50er Jahren vergeblich bekämpft hatte, doch noch zu stoppen; eine Hoffnung, die durch eine zeitweise Unternehmenskrise der Engadiner Kraftwerke und durch steigende Baukosten noch zusätzlich genährt wurde.<sup>176</sup>

Anlässlich der Jahresversammlung vom 15. Mai 1965 beschloss der Rheinaubund eine Erklärung „Für eine zeitgemässe Gewässerschutz- und Energiepolitik“, die seinen Standpunkt ausführlich darlegte. Zur Atomenergie heisst es darin:

„Angesichts der schon in vielen Ländern verbreiteten, technisch ausgereiften Anlagen zur Stromgewinnung mittels Atomreaktoren, welche kostenmässig die Energie aus herkömmlichen Wasser- und Schwerölkraftwerken weit unterbieten, wendet sich der Rheinaubund *entschieden gegen die Erstellung weiterer Laufkraftwerke und größerer Speicherwerke*, die im Widerspruch stehen zu den Belangen des Gewässerschutzes (...), des Landschaftschutzes, des Fremdenverkehrs, der Konjunkturdämpfung und der Wirtschaftlichkeit. Es wäre unverantwortlich, heute, im Zeitpunkt eines tiefgreifenden Strukturwandels im Energiesektor, die restlichen unverbauten Gewässer unter Aufbietung unverhältnismässig hoher Kosten und zu Lasten der Steuerzahler und Stromkonsumenten noch zu zerstören.“<sup>177</sup>

#### 4.1.4. Die Antiatombewegung und die „friedliche“ Nutzung der Atomenergie

Ein kritischeres Verhältnis zur Atomtechnologie als der Naturschutz hatte die Friedensbewegung. Im Mai 1958 wurde die „Schweizerische Bewegung gegen die atomare Aufrüstung“ (SBgaA) gegründet. Sie lancierte eine Volksinitiative, welche die Ausrüstung der Schweizer Armee mit Atomwaffen verbieten wollte, und fügte der politischen Kultur neue ausserinstitutionelle Aktionsformen bei wie die Ostermärsche.<sup>178</sup>

<sup>173</sup> NuM, Jan/Feb 1964, S.128f. Kursive Stellen wie in der Quelle.

<sup>174</sup> NuM, Sep/Okt 1964, S. 40-42, S. 52f.

<sup>175</sup> Otto Kraus, *Energiewirtschaft des Alpenraums im Umbruch: Wasserkraftnutzung am Ende?*, in: NuM, Jan/Feb 1965, S. 119-123. Der ursprünglich in der NZZ am 16.12.1964 erschienene Artikel wurde auch im „Schweizer Naturschutz“ (2/1965, S. 33-36) publiziert. Der an diesen beiden Orten verwendete Originaluntertitel des Aufsatzes lautet „Am Ende der Wasserkraftnutzung“. Arthur Uehlinger konnte Otto Kraus nach dessen Pensionierung 1968 als ständiges Mitglied der Redaktion von „Natur und Mensch“ gewinnen. NuM, Mai/Juli 1968, S.250f.

<sup>176</sup> Vgl. den zweitletzten Abschnitt der Erklärung des Rheinaubundes vom 15. Mai 1965, in: NuM, Mai/Juni 1965, S. 203f, sowie NuM, Sep/Okt 1964, S. 42f, 52f.

<sup>177</sup> Für eine zeitgemässe Gewässerschutz- und Energiepolitik, Erklärung des Rheinaubundes, 15. Mai 1965, in: NuM, Mai/Juni 1965, S. 203f.

<sup>178</sup> Die Atominitiative der SBgaA wurde 1962 in einer Volksabstimmung im Verhältnis eins zu zwei (286'895 Ja, 537'138 Nein) abgelehnt. Das gleiche Schicksal ereilte ein Jahr später die als Gegenvorschlag lancierte Atom-

Der „friedlichen“ Nutzung der Atomenergie jedoch stimmte die Antiatombewegung, wie der Naturschutz, ausdrücklich zu. Auf ihren Ostermärschen verkündeten die Friedensaktivisten und -aktivistinnen die Losung „Nieder mit den Atomwaffen - für die friedliche Verwendung der Atomenergie“. Zwar wollten vereinzelt Personen nicht nur die militärische, sondern auch die zivile Nutzung bekämpfen, diese wurden aber innerhalb der Bewegung klar zurückgebunden.<sup>179</sup> Der Kommunist und Pazifist Theo Pinkus erinnert sich:

„Da gab es den alten Elektroingenieur Schönenberger, der fast auf jeder Versammlung gegen unsere Losung auftrat. Die friedliche Verwendung sei eine absolute Illusion, meinte er, denn erstens könne die Atomenergie auch bei der friedlichsten Einrichtung immer für Atomwaffen benutzt werden, zum zweiten sei diese Energie selber derart gefährlich, dass man sie grundsätzlich ablehnen müsse. Wir betrachteten diesen Mann mehr oder weniger als 'Maschinenstürmer'.“<sup>180</sup>

Der Glaube an Technik und Fortschritt war auch in der Antiatombewegung fest verankert.

Trotzdem gab es Kontinuitätslinien zwischen der Antiatombewegung der späten 50er und frühen 60er Jahre und der Opposition gegen die Atomkraftwerke zu Beginn der 70er Jahre. Zu den AKW-Gegnern der ersten Stunde gehörten nämlich Personen, die bereits die Ostermärsche mitgemacht hatten; so Alexander Euler und Hansjürg Weder, die am 5. Mai 1970 das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK) mitbegründeten. Und in Erinnerung an die Antiatombewegung belebte die Anti-AKW-Bewegung in der zweiten Hälfte der 70er Jahre die Tradition der Ostermärsche wieder, die sie nun als Pfingstmärsche durchführte.<sup>181</sup>

#### **4.2. Der Atomenergiediskurs in den Zeitschriften des SBN und des Rheinaubundes**

Im folgenden soll die Argumentation der Naturschützer anhand sieben im „Schweizer Naturschutz“ erscheinender Artikel sowie zweier Kommentare von Arthur Uehlinger in „Natur und Mensch“ genauer untersucht werden. Vier der Artikel stammen aus der Feder von Jakob Bächtold, von denen er zwei als Reden hielt. Die restlichen drei Artikel verfassten Heinz Kreis, Redaktor der Basler Nachrichten, Erwin Ruchti, Redaktor beim Bund, und Otto Kraus.

Liste der Aufsätze:<sup>182</sup> (chronologisch geordnet, in Klammern die künftige Zitierweise)

- Uehlinger: Vorbemerkung - zu einem Artikel Energiewirtschaft. (Uehlinger 1).
- Kreis: Kraftwerke sind nur ein Teilaspekt unseres Wasserhaushaltes. (Kreis).

---

initiative II der SP, welche die Anschaffung von Atomwaffen dem obligatorischen Referendum unterstellen wollte. Zur Geschichte der Antiatombewegung siehe Heiniger; zur schweizerischen Friedensbewegung der 50er und beginnenden 60er Jahre Epple 1994.

<sup>179</sup> Heiniger, S. 172.

<sup>180</sup> Zit. nach Thönen 1991, S. 177. Das Wort „Maschinenstürmer“ bezeichnete ursprünglich die Anhänger einer Arbeiterbewegung am Anfang des 19. Jahrhunderts, die aus Opposition gegen die Mechanisierung in der Textilindustrie und die damit verbundenen Arbeitsentlassungen die Maschinen zerstören wollten. Später begann man, „Maschinensturm“ für die Benennung atavistischer Technikfeindschaft zu gebrauchen. Bis heute steht der Begriff für eine blinde, irrationale Aversion gegen das Neue. Siehe Sieferle 1984, S. 65-82.

<sup>181</sup> Füglistner, S. 69f. Kriesi 1982, S. 36-38. Zum NAK siehe Abschn. 5.1.1.

<sup>182</sup> Quellennachweis der Artikel:

- Uehlinger 1: NuM, Jan/Feb 1964, S. 128f.
- Kreis: SN, 5/1964, S. 129-131.
- Uehlinger 2: NuM, Sep/Okt 1964 S. 40.
- Kraus: SN, 2/1965, S. 33-36 (NuM, Jan/Feb 1965, S. 119-123).
- Bächtold 1: SN, 3/1965, S. 63-67 (Referat, Gewässerschutzkundgebung, Bern, 9.3.1965).
- Ruchti: SN, 3/1965, S. 67-70.
- Bächtold 2: SN, 5/1965, S. 113f (Referat, Delegiertenversammlung SBN, Olten, 19.6.1965).
- Bächtold 3: SN, 1/1966, S. 1-3.
- Bächtold 4: SN, 2/1967, S. 25-29.

- Uehlinger: Vorbemerkung - zum Artikel von Kraus. (Uehlinger 2).
- Kraus: Energiewirtschaft des Alpenraums im Umbruch: Am Ende der Wasserkraftnutzung. (Kraus).
- Bächtold: Energiepolitik. (Bächtold 1).
- Ruchti: Umbruch in der Elektrizitätswirtschaft. (Ruchti).
- Bächtold: Energiepolitik und Naturschutz. (Bächtold 2).
- Bächtold: Thermische Kraftwerke. (Bächtold 3).
- Bächtold: Grenzen der Wasserkraftnutzung. (Bächtold 4).

Die Aufsätze gehen von unterschiedlichen thematischen Ausgangspunkten aus, kommen aber alle auf grundsätzliche Fragen der Elektrizitätswirtschaft und Energiepolitik zu sprechen. Da zudem die Argumentation sehr homogen ist, behandle ich sie nicht einzeln, sondern gemeinsam. Von der Hauptlinie abweichende Ausführungen werden speziell vermerkt, ebenso Argumente, die sich im Laufe der Zeit änderten.

In einem ersten Teil der Analyse (4.2.1) stelle ich die Argumentationsschemata dar; im zweiten Teil (4.2.2) versuche ich, die dahinter liegenden Denkmuster aufzudecken. Der methodische Ansatz, der der Analyse zugrunde liegt wurde in Abschnitt 2.2 ausführlich beschrieben. Zur Erinnerung: Die im ersten Teil herausgefilterten Argumentationen der Texte werden mit einem Raster von acht, paarweise gruppierten Fragen konfrontiert: Gegebenes - Unbekanntes/Unklares, Zwingendes - Unmögliches, Wünschenswertes - Befürchtetes, Zeitbestimmungen - Ortsbestimmungen. Im übrigen korrespondiert dieser Abschnitt mit dem vierten Abschnitt des folgenden Kapitels (5.4), in dem das energiepolitische Manifest des SBN aus dem Jahre 1974 mit Hilfe der gleichen Methodik untersucht wird.

#### 4.2.1. Die Argumentation

Impliziter oder expliziter Angelpunkt der Argumentationen sämtlicher untersuchter Artikel ist der steigende Energiebedarf. Jakob Bächtold führte aus:

„Als grundsätzliche Bemerkung sei vorausgeschickt, dass der Energiebedarf (auch elektrische Energie) dank fortschreitender Mechanisierung, dank Zunahme der Bevölkerung und des Lebensstandards stetig zunimmt (im Mittel 6% pro Jahr). Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen.“<sup>183</sup>

Und wenn man keine behördlichen Einschränkungen wolle, müsse man „davon ausgehen, dass der Energiebedarf gedeckt werden muss!“<sup>184</sup> In gleicher Weise argumentierte Arthur Uehlinger, auch wenn er an das Volk appellierte, in seinen Ansprüchen Mass zu halten, und beklagte, dass diesen „leider nur zu leicht nachgegeben“ werde.<sup>185</sup>

Zur Deckung dieses kommenden Mehrbedarfs sahen die Autoren hauptsächlich drei Möglichkeiten, den weiteren Ausbau der Wasserkraftnutzung, die Errichtung von thermischen Kraftwerken auf Öl- oder Kohlebasis und/oder von Atomkraftwerken. Die Wahl zwischen diesen Alternativen habe aufgrund einer umfassenden Gesamtsicht, einer langfristigen Planung und unter Wahrung des Allgemeininteressens zu erfolgen. Wie jede Politik, betonte Bächtold, sei die Energiepolitik eine „Kunst des Möglichen“.

---

<sup>183</sup> Bächtold 1, S. 64.

<sup>184</sup> Ebd. S. 65. Kreis geht vom „unaufhaltsam wachsenden Kraft- und Wärmebedarf“ aus. Kreis, S. 129. Vgl. auch Bächtold 2, 3 und 4.

<sup>185</sup> „Bei wachsender Bevölkerungszahl und immer steigenden Ansprüchen, denen leider nur zu leicht nachgegeben wird, wächst der Konsum.“ Uehlinger 1, S. 129. Vgl. auch Uehlinger 2, S. 40.

„Und möglich heisst je länger je mehr: umfassende Berücksichtigung aller Belange. Nicht maximale Nutzung, maximale Rendite, sondern optimale Nutzung! (...) Wasserkraft (...), Sonnenenergie (Kohle, Öl) und Kernenergie optimal und rücksichtsvoll zu nutzen, ist wahre Energiepolitik. Hierfür sich einzusetzen, gehört ebenfalls zu den Aufgaben des Naturschutzes.“<sup>186</sup>

Zu welchen Entscheidungen eine solche „wahre“ Energiepolitik 1964/65 führen müsse, war für die Naturschützer ein klarer Fall: sofortiger Abschluss des Ausbaus der Wasserkräfte und Übergang zum Bau von Atomkraftwerken. Ihr wichtigstes Argument war nun aber kein naturschützerisches, sondern ein ökonomisches: Die Wasserkraft könne in Zukunft schlichtweg nicht mehr mit der Atomenergie konkurrieren.

Der wirtschaftliche Durchbruch der Atomenergie, den die internationale Fachpresse verkündete, liess die Autoren durchgängig, vielfach bereits im Titel, von einem „Umbruch“, einer „Wende“ in der Energiewirtschaft sprechen; oder in bezug auf die Nutzung der Wasserkraft von einer „Grenze“ oder dem „Ende einer Epoche“. Sinnbild dieser Wende waren die finanziellen Schwierigkeiten der Engadiner Kraftwerke, deren laufende Bauten am Kraftwerk Spöl enorme Summen verschlangen.<sup>187</sup> Mit dem Argument<sup>188</sup> der grösseren Wirtschaftlichkeit von Atomkraftwerken im Rücken sahen die Naturschützer das Ende eines langen konfliktreichen und mit schweren Niederlagen (Rheinau, Spöl) gepflasterten Weges in greifbare Nähe gerückt.<sup>189</sup>

Vorerst unklar war noch, in welchem zeitlichen Rahmen der Übergang von der hydraulischen zur nuklearen Energie stattfinden könne. Im Laufe des Jahres 1965 wurden die Aussagen hierzu immer optimistischer, sprachen die Autoren 1964 noch von der erreichten Preisparität, war sie 1965 aufgrund neuer in- und ausländischer Berichte und Verlautbarungen überzeugt, dass die Atomenergie billiger sei. Damit einher ging eine veränderte Einstellung zu den thermischen Kraftwerken. Konnte sich Jakob Bächtold 1964, trotz schwerwiegender Vorbehalte vor allem in bezug auf die Lufthygiene, noch ganz wenige solche Werke als Zwischenstufe auf dem Weg zur Atomenergie vorstellen, vertrat er anfangs 1966 den Standpunkt, dass neben der sich bereits in Betrieb befindlichen Anlage von Vouvry keine weiteren Anlagen gebaut werden sollten.<sup>190</sup>

Nun glaubten die Naturschützer zwar an die Determiniertheit des technischen Fortschritts, wussten aber, dass dessen Umsetzung auch von der Politik abhängig war. Zufrieden registrierten sie die Entwicklung im Energiesektor und begrüsst die Hinwendung zur Atomenergie, vergassen aber nicht, darauf hinzuweisen, dass die Naturschutzkreise schon seit Jahren solche Schritte gefordert hatten, und übten scharfe Kritik an der bisherigen Politik von Behörden und Elektrizitätswerken: Diese hätten nicht längerfristig geplant und die Erschliessung anderer Energiequellen neben der Wasserkraft vernachlässigt.<sup>191</sup>

Neben dem zentralen ökonomischen Argument führten die Naturschützer 1964 und 1965 eine ganze Palette weiterer Gründe ins Feld, die gegen die Wasserkraft und für die Atomenergie sprachen. Sie argumentierten, dass Wasser in der Gesamtheit seiner Funktionen angeschaut werden müsse: Dann stehe dem energetischen Nutzen Naturzerstörung und Landschaftsverwüstung (und damit auch Einbussen im Fremdenverkehr), der Verlust an Trinkwasser und die verminderte Selbstreinigungskraft gegenüber. Gegen die Wasserkraft spreche auch ihre Wetterabhängigkeit, und trotz Erfahrungen aus fast hundert Jahren seien die

---

<sup>186</sup> Bächtold 2, S. 114. Vgl. auch: Kreis, S. 130f; Kraus, S. 35; Bächtold 1, S. 63.

<sup>187</sup> Kreis, S. 129; Kraus, S. 33. Vgl. auch NuM, Sep/Okt 1964, S. 52f.

<sup>188</sup>

<sup>189</sup> Zu den Auseinandersetzungen bei Rheinau und an der Spöl vgl. die Abschn. 3.2.2, 3.3.1 u. 3.3.2.

<sup>190</sup> SN, 5/1964, S. 123; Bächtold 3. Bächtold betonte 1966, dass „die ungeheuren Mengen von Gasen“ und „die stets latente Gefahr der Wasserverschmutzung“ untragbare Belastungen für Natur und Mensch darstellten.

<sup>191</sup> Z.B. Bächtold 1, S. 63-65.

Sicherheitsprobleme immer noch nicht vollständig gelöst.<sup>192</sup> Schliesslich, wurde dargelegt, seien die hydraulisch verwertbaren Wasserläufe sowieso in wenigen Jahren ausgeschöpft.

„Der Griff nach den letzten Naturschönheiten am Wasser sei nichts anderes als ein Ausverkauf am Ende einer Epoche.“<sup>193</sup>

Die allgemeinen Vorbehalte wurden begleitet von einer Opposition gegen konkrete, sich in Bau oder Planung befindliche Werke.<sup>194</sup>

Haupteinwand gegen den Bau von neuen Wasserkraftwerken war aber, dass sich in Form der Atomenergie eine Alternative anbiete, die billiger und verkehrswirtschaftlich günstiger sei und welche Luft und Wasser nicht verschmutze, sondern Natur und Landschaft schone.<sup>195</sup> Die erforderlichen Brennelemente seien auf dem Weltmarkt leicht erhältlich, und Vorräte, die für Jahre reichten, liessen sich auf kleinstem Raume lagern; die Auslandabhängigkeit sei daher minimal.<sup>196</sup>

Von besonderem Interesse ist, dass Bächtold und Kraus auch Gefahren der Atomenergie diskutieren.<sup>197</sup> Diese Stellen zeigen nämlich, welche Risiken die Autoren sahen als auch wie und auf welchen Grundlagen sie diese einschätzten. Beide Männer sprachen folgende Problemfelder an:

- die (Un-)Möglichkeit einer Reaktorexpllosion,
- die Gefahr einer radioaktiven Verseuchung,
- die Beseitigung der radioaktiven Abfälle.

Kraus bezog sich bei seinen Ausführungen auf Experten und Schriften verschiedener Institutionen der internationalen Atomforschung.<sup>198</sup> Bächtold stellte fest: „Durch Mitteilungen der Vereinigung für Atomenergie sind wir schon seit Jahren gut informiert!“ und führte weiter aus, dass die Schweiz mit dem Atomreaktorbau kein Neuland betrete, sondern auf reiche Erfahrungen vor allem aus den USA und England zurückgreifen könne.<sup>199</sup> Für Kraus sprach hingegen gerade die Neuheit der Atomtechnik für ihre zukünftige Sicherheit:

„Nachdem die Technik aber erst am Anfang dieser Entwicklung steht, dürfte kaum ein Zweifel darüber bestehen, dass das *Problem der Sicherung* vor Strahlungsschäden wie auch der risikofreien Beseitigung des Atommülls so gut wie *vollkommen beherrscht* werden wird.“<sup>200</sup>

---

<sup>192</sup> Der Rheinaubund wies in seiner Erklärung zur Gewässerschutz- und Energiepolitik zudem auf die konjunktureldämpfende Wirkung eines Ausbaurverzichts hin. NuM, Mai/Juni 1965, S. 204.

<sup>193</sup> Kraus, S. 33.

<sup>194</sup> Bächtold 1, S. 64-66, Bächtold 2, S. 114. Bei den Projekten im Mittelland warfen die Naturschützer den Kraftwerksinitianten vor, es ginge ihnen hauptsächlich darum, die aus Sicht des Naturschutzes irrealen Binnenschiffahrtspläne zu verwirklichen. Ein Hauptproblem der Opposition insbesondere in den Berggebieten war, dass sich die Standortgemeinden meist zugunsten des Kraftwerkbaus aussprachen, da dieser ihnen Arbeitsplätze und dauernde Mehreinnahmen aus Wasserrechten und Steuern versprach. Hier müssten neue Wege gefunden werden, welche die Entwicklung der Bergkantone nicht zu Lasten der Natur fördere, verlangten die Naturschützer. (Kreis, Uehlinger 2). Dieser Themenkomplex ist heute auf internationaler Ebene wieder aktuell - unter den Schlagwörtern „Umwelt und Entwicklung“.

<sup>195</sup> „Verkehrswirtschaftlich günstiger“ heisst, dass die Erzeugung der Elektrizität näher beim Ort des Verbrauchs stattfindet und die Elektrizität so weniger weit transportiert werden muss.

<sup>196</sup> Argumenteliten für die Atomenergie bei Kraus, Bächtold 1, 2, 3 und Ruchti. Das Argument der geringen Auslandabhängigkeit entkräftete einen Haupttrumpf in den Händen der Wasserkraftbefürworter - die autarke Energieproduktion - und schuf gleichzeitig einen Vorteil gegenüber den ölbetriebenen thermischen Kraftwerken.

<sup>197</sup> Kraus, S. 35f; Bächtold 1, S. 66f; Bächtold 2, S. 114; Bächtold 3, S. 2.

<sup>198</sup> Kraus zitierte Experten aus den USA und Schweden, das Deutsche Atomforum und einen Direktor von „Euratom“, der Europäischen Atomgemeinschaft.

<sup>199</sup> Bächtold 1, S. 65.

<sup>200</sup> Kraus, S. 35.

Bei der Nutzung insbesondere hochalpiner Gewässer bestehe dagegen ein „latentes Dauerisiko“ durch Naturkräfte, „deren Beherrschung nicht in jedem Fall in der Macht des Menschen steht. Sind aber bei der friedlichen Nutzung der Atomkraft nicht jederzeit kontrollierbare Kräfte am Werk?“<sup>201</sup>

Zu den mit der Radioaktivität verbundenen Problemen meinte auch Bächtold:

„Das Problem der Beseitigung der radioaktiven Abfälle darf fürs erste als gelöst betrachtet werden. Verbesserungen sind ohne Zweifel noch zu erwarten. Aber auch die Gefahr der radioaktiven Verseuchung der Umgebung (der Luft und der Gewässer) ist weitgehend gebannt.“<sup>202</sup>

Die radioaktiven Rückstände könnten nach Belgien ins europäische Zentrum für die Aufbewahrung radioaktiver Stoffe gesandt werden. „Die Rückstände brauchen also nicht bei uns gelagert zu werden.“<sup>203</sup>

Beide versicherten, dass die Sicherheit „wie auf keinem andern Gebiet gewährleistet“<sup>204</sup> und eine Explosion des Reaktors technisch unmöglich sei:

„Ein Atomkraftwerk ist keine Atombombe. Es kann keine Atomexplosion, sondern höchstens eine Dampfexplosion vorkommen, gegen die man sich, wie bei einem thermischen Kraftwerk schützen kann.“<sup>205</sup>

Immerhin warnte Bächtold vor allzu grossem Optimismus und plädierte für unterirdische Anlagen und „eine strenge, wirksame Kontrolle der Luft und des Wassers im Einflussbereich eines Atomkraftwerks“.<sup>206</sup>

In den internen Diskussionen wurde die Sicherheitsproblematik einiges ernster genommen. Dies zeigt, dass die Geringschätzung der Risiken neben dem festen Glauben in die Möglichkeiten der Technik und dem blinden Vertrauen in die Aussagen der Fachleute auch taktisch bedingt war. Im Sommer 1966, also erst nach der 'heissen' Phase der energiepolitischen Weichenstellungen, unternahm Jakob Bächtold dann auch einen Vorstoss im Nationalrat: Am 29. Juni reichte er eine Interpellation ein, die den Bundesrat aufforderte, zu einer ausführlichen Liste von Sicherheitsfragen bezüglich der Atomkraftwerke Auskunft zu geben.<sup>207</sup>

Die Zukunft der Energieversorgung sahen die Autoren in einem Zusammenspiel von Atomkraft- und Pumpspeicherwerken. Ab 1970 könne, rechnete Jakob Bächtold vor, der anfallende Mehrbedarf an Elektrizität vollständig durch den Bau von Atomkraftwerken gedeckt werden. Da sich Atomkraftwerke aber - zumindest vorerst - nur für den Dauerbetrieb und somit für die Deckung der Grundlasten eignen würden, sollen sie durch (Pump-)Speicherwerke ergänzt werden, welche die Bedarfsspitzen übernehmen könnten. Die Erstellung einiger kleiner Speicherwerke sei deshalb noch wünschenswert, obwohl „im Prinzip die Ära der Wasserkraftnutzung abgeschlossen“ sei.<sup>208</sup> Daneben frönte Bächtold einigen techni-

<sup>201</sup> Ebd. S. 36. Es geht nicht klar aus dem Text hervor, ob die Formulierung des zitierten Satzes als Frage rhetorisch oder als Hinweis auf noch Ungeklärtes gemeint ist.

<sup>202</sup> Bächtold 1, S. 67.

<sup>203</sup> Bächtold 3, S. 2. Vgl. auch Bächtold 2, S. 114.

<sup>204</sup> Bächtold 1, S. 66.

<sup>205</sup> Bächtold 3, S. 3. Vgl. auch Kraus, S. 35.

<sup>206</sup> Bächtold 1, S. 66f.

<sup>207</sup> Bächtolds Liste umfasste sieben Fragen, welche folgende Probleme ansprachen: Explodieren des Reaktorgehäuses, Anlage in einer Kaverne, radioaktiv verseuchte Abluft, radioaktive Teilchen im Wasser, radioaktive Rückstände, Strahlendosen bei Normalbetrieb, Kontroll- und Überwachungsinstanzen. NuM, Juli/Aug 1966, S. 40. Zu den SBN-internen Gesprächen über die Sicherheit der AKW siehe Abschn. 4.1.2. Unter den archivierten Unterlagen befindet sich auch ein vierseitiges Flugblatt „Atomenergie - Segen oder Fluch?“, im Frühjahr 1965 in Luzern von einem „Aktionskomitee für Aufklärung über die Atomgefahren“ herausgegeben. ArSBN, K 3.4.

<sup>208</sup> Diese Zukunftsvision findet sich in sämtlichen Texten Bächtolds, sowie bei Kraus, S. 36, Ruchti, S. 69. Konkrete Berechnungen z.B. in Bächtold 2 und 4.



zistischen Utopien: Dank den ständigen Fortschritten auf dem Gebiet der Energieübertragung, postulierte er, „dürften Energielieferungen nach der Schweiz aus Gezeitenkraftwerken der Atlantikküste, ja sogar von den gewaltigen Wasserkraftreserven Grönlands bald keine Utopie mehr sein.“<sup>209</sup> Kraus seinerseits träumte bereits von der Renaturierung der „Flussleichen“.<sup>210</sup>

#### 4.2.2. Die Denkmuster<sup>211</sup>

Zwei vorgegebene Sachverhalte begrenzten die Ausführungen der Naturschützer: Wachstum und Fortschritt, respektive der steigende Energiebedarf und die Vorstellungen über die technische Entwicklung. Insbesondere das Wachstum besass einen zwingenden Charakter: der Energiebedarf nimmt „unaufhaltsam“ zu und „muss“ gedeckt werden. Diese Aussagen beruhten auf der Beobachtung der gesellschaftlichen Entwicklungen (Bevölkerungszunahme, steigende Bedürfnisse etc.) oder - konkreter - des Wachstums der Energienachfrage der 50er und 60er Jahre. Die festgestellten Entwicklungen wurden sodann in die nähere Zukunft extrapoliert. Die so errechneten Werte bildeten die fixe Grundlage aller folgenden Gedankengänge.<sup>212</sup>

Auch der zweite vorgegebene Sachverhalt, der technische Fortschritt, folgte seinen eigenen Gesetzen, wie folgendes Zitat aus dem Aufsatz von Otto Kraus belegt:

„Muss man es im Grunde nicht fast wie ein Wunder empfinden, dass Wirtschaft und Technik ausgerechnet zu diesem äussersten Zeitpunkt diese *Grenzmarke* erreichen? Und fast grotesk mag es wirken, dass dieser Umstand keineswegs nur Überlegungen zu verdanken ist, die in die Wertskala des Kulturellen und Ethischen fallen; vielmehr musste sich eben dieselbe Wirtschaft und Technik durch ihren eigenen Fortschritt diese Grenze setzen - ein Segen für die Natur und damit für den Menschen.“<sup>213</sup>

Der technische Fortschritt war im Endeffekt ebenfalls zwingend. Nochmals Otto Kraus:

„Nachdem sich immer deutlicher abzeichnet (...), dass auf weite Sicht gesehen, die (...) Wasserkraft (...) nur ein *kurzfristiges Provisorium* in der Entwicklung von Wirtschaft und Technik darstellt, so wird die *friedliche Nutzung der Atomkraft wohl weiter ausgebaut* werden, ob wir sie wollen oder nicht.“<sup>214</sup>

Die Determiniertheit, die dieser Entwicklung zugeschrieben wurde, illustriert die zeitgenössische Terminologie der „Stufen“: Auf die Wasserkraft folgte die „Zwischenstufe“ der thermischen Kraftwerke, die sodann „übersprungen“ werden sollte zugunsten der Atomenergie. Deshalb ist es nur aus heutiger Sicht erstaunlich, dass die Naturschützer alternative Möglichkeiten der technischen Entwicklung wie die Nutzung von Sonnenenergie überhaupt nicht wahrnahmen. An fehlenden wissenschaftlichen Grundlagen lag es nicht, hatte doch das Sozial- und Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Universität Freiburg 1962 eine um-

<sup>209</sup> Bächtold 2, S. 113. Neben den „gewaltigen Möglichkeiten der Ausnützung der Schmelzwasser auf Grönland“, dachte Bächtold auch „an die noch ungenützten Wasserkräfte in Afrika“, wobei er einräumte, dass diese für die Entwicklung jenes Kontinenten benötigt würden. Bächtold 3, S. 3. Die Grönland-Idee spukte dann auch in den 70er Jahren wieder in den Köpfen herum. Siehe Häsler, S. 138.

<sup>210</sup> Kraus, S. 36.

<sup>211</sup> Die Ausführungen in diesem Kapitel illustrieren die Sicht der Akteure des Naturschutzes. Als grammatikalische Form der Darstellung habe ich den Indikativ gewählt. Ein Satz, wie: „das Wachstum war unaufhaltsam“, soll nun aber nicht heissen, dass *ich* glaube, so sei es gewesen, sondern immer, dass die damaligen *Akteure* glaubten, so sei es.

<sup>212</sup> Die bedeutendsten Zukunftsberechnungen aufgrund solcher Extrapolationen waren die „Zehn-Werke-Berichte“ der Elektrizitätswirtschaft. Die Methode der Extrapolation wurde von den Naturschützern nicht hinterfragt, Differenzen bestanden nur in der Art und Weise, wie der berechnete Mehrbedarf gedeckt werden sollte.

<sup>213</sup> Kraus, S. 35. Kursive Stellen wie in der Quelle.

<sup>214</sup> Ebd., S. 36. Kursive Stellen wie in der Quelle.

fangreiche und sorgfältig dokumentierte Studie veröffentlicht, die die Solartechnik als eine der Atomenergie ebenbürtige Alternative bezeichnete.<sup>215</sup> Doch die Studie fand nicht nur bei den Behörden und Elektrizitätsunternehmen keine Resonanz, sie stiess auch bei den Naturschützern auf taube Ohren. Zu stark war die Fixierung auf die Atomtechnologie, deren segnenverheissender Mythos sich seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs in den Köpfen der Streiter für eine unversehrte Natur verankert hatte.

Wachstum und Fortschritt waren also zwingend, unmöglich war hingegen kaum etwas. Einzig für den weiteren Ausbau der Wasserkräfte postulierten die Naturschützer aufgrund natürlicher Grenzen ein unumgängliches Ende. Für die Atomenergie galt im Gegensatz dazu die Devise, der Fortschritt macht's möglich.

Obwohl die Naturschützer den generellen Ablauf der technischen Entwicklung als gegeben erachteten, erkannten sie die politischen Möglichkeiten, die kommerzielle Umsetzung der Atomtechnologie entweder zu verzögern, was sie den Behörden und Elektrizitätsunternehmen vorwarfen, oder zu fördern. In diesem Bereich sahen die Naturschutzorganisationen ihren politischen Handlungsspielraum.

Handlungsleitendes Motiv der Naturschützer war eine Befürchtung: die Angst, dass auch die letzten naturnahen Flusslandschaften dem Kraftwerkbau zum Opfer fallen. Ihr Ansatzpunkt war also defensiver und negativer Natur. Die Zeit drängte: Die Befürchtungen bezogen sich auf die Gegenwart und die folgenden Jahre, ihre realen Gegenstände waren die Kraftwerkbauten und -projekte der Elektrizitätswirtschaft. Die wünschenswerte Zukunft leitete sich aus den Befürchtungen sowie den gegebenen Ideen des Fortschritts ab. Diese Konstruktion der Wirklichkeit machte aus den Naturschützern eifrige Promotoren der Atomenergie.

Die Naturschützer akzeptierten die Zwänge des Wachstums und äusserten keine grundsätzliche Kritik, schon gar nicht am technischen Fortschritt, schliesslich waren sie überzeugt, nicht mehr wie in den 50er Jahren gegen den Strom der Zeit anzuschwimmen, sondern auf der vordersten Woge dieses Fortschritts zu reiten. Das Hauptargument der Naturschützer zugunsten der Atomenergie und gegen die Wasserkraft war denn auch kein naturschützerisches, sondern ein ökonomisches: der erwartete Preisvorteil der Atomkraftwerke. Die Naturschützer frohlockten bei jeder Ankündigung, die noch tiefere Gestehungskosten des Atomstroms prophezeite. Der Gedanke, dass sinkende Energiepreise eine höhere Nachfrage nach sich ziehen, war ihnen offensichtlich fremd.

Zeitlich konzentrierten sich die Befürchtungen, Wünsche und Erwartungen auf die nahe Zukunft, die ihrerseits aus den Erfahrungen der jüngsten Vergangenheit konstruiert wurde; oder genauer: es ging um die Gestaltung der entscheidenden „Übergangszeit“ zwischen dem „hydraulischen“ und dem „atomaren Zeitalter“ der Energieversorgung, dessen Anbruch die Naturschützer mitzerleben glaubten. Zwar sprachen sie auch von der Notwendigkeit einer Planung der „ferneren Zukunft“, und in fast jedem Artikel war die Rede von den „Rechten der kommenden Generationen“. Die konkreten Zukunfts-Entwürfe reichten aber bis maximal zehn Jahre in die Zukunft, und mit dem Topos der „Rechte zukünftiger Generationen“ war das Recht auf unverbaute Flussläufe gemeint, ein Recht also, das die Naturschützer in den nächsten Jahren als gefährdet ansahen.

Ort der sprachlichen Handlungen war die Schweiz. Ein gutes Beispiel hierfür sind die Ausführungen Bächtolds zur Problematik des radioaktiven Abfalls:

---

<sup>215</sup> Gaudard, Gaston. *Nouvelles énergies et structure économique: Les aspects économiques des énergies nucléaires et solaires*, Fribourg 1962. Vgl. Hug 1994, 181f. Auch in der Bundesrepublik wurde die Option der Sonnenenergie durch die Atomenergie verdrängt. Radkau 1983, S. 88.

„Ausgebrannte Uranstäbe aus unseren Kraftwerken können wir an das europäische Zentrum in Belgien (...) senden. Die Rückstände brauchen also nicht bei uns gelagert zu werden.“<sup>216</sup>

Was dort mit ihnen passierte, schien ihn nicht weiter zu kümmern. Aus dem Lande, aus dem Sinn! Die Schweiz wurde nur verlassen, wenn es um die technischen Entwicklungen auf internationaler Ebene ging oder technizistische Utopien ausgeheckt wurden. Gerade letztere aber offenbarten die Schweiz-, respektive Heimatzentriertheit dieses Denkens. Während Bächtold die Gewässer der Schweiz vor der Elektrizitätswirtschaft retten wollte, sah er in den „noch ungenutzten Wasserkraften“ von Grönland und Afrika - frei von naturschützerischen Bedenken - eine zukünftige Energiequelle.<sup>217</sup>

Für die Naturschützer lagen die Dinge bezüglich der Atomenergie im grossen Ganzen klar. Einzig über Stand und Geschwindigkeit des technischen Fortschritts der Atomkraftnutzung herrschten vorerst einige Unsicherheiten, die sich in der anfänglich ambivalenten Haltung gegenüber den thermischen Kraftwerken niederschlugen. Auch in den Bewertungen der Risiken der Atomkraftnutzung versteckten sich in Worten wie „so gut wie“ und „weitgehend“ kleine Unsicherheiten, die aber weniger eine grundsätzliche Skepsis ausdrückten, sondern vor allem die Einsicht, dass Technik nie hundertprozentig sicher sein kann. In den SBN-internen Gesprächen, an denen weniger taktiert wurde, hatte die Diskussion der Gefahren einen grösseren Stellenwert. Insgesamt vertrauten die Naturschützer aber den Aussagen und Berichten der Experten und glaubten an die Lösungskapazitäten des technischen Fortschritts.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass vermeintliche Sachzwänge sowie Wachstums-, Fortschritts- und Technikgläubigkeit Mitte der 60er Jahre den Diskurs im Naturschutz zur Atomenergie prägten. Die Sichtweise der Naturschützer war auch gekennzeichnet durch kurze Zeithorizonte - die jüngste Vergangenheit verkündete die nahe Zukunft - und durch ihre räumliche Verortung in der Schweiz. Diese Konstruktion der Welt verband sich mit der konkreten und unmittelbaren Befürchtung, dass weitere Gewässer der Elektrizitätsgewinnung geopfert würden. In der Atomenergie sahen die Naturschützer den goldenen Ausweg, der Fortschritt und Naturschutz versöhnen würde. Durch ihren möglichst raschen Einsatz hofften sie, die bedrohten Flusslandschaften zu retten.

Der Glauben der Naturschützer in Wachstum, Fortschritt und Technik wurde von grossen Teilen der Gesellschaft geteilt. Nur kleine Minderheiten warnten vor den Gefahren der Atomenergie oder erarbeiteten alternative Konzepte technischer Entwicklung. Sie vermochten aber nicht, in den atomenergiegläubigen Diskurs einzubrechen. Sie waren, um mit Michel Foucault zu sprechen, in seiner Aussenwelt herumschleichende „Monstren“.<sup>218</sup> Erst die Umbruchphase zu Beginn der 70er Jahre ebnete ihren Argumenten den Weg in die gesellschaftspolitische Arena.

#### **4.3. Die Jahre des 'energiepolitischen Friedens' (1966-1969)**

Ende 1966 waren sich Bundesbehörden, Elektrizitätswerke und Naturschutzkreise einig, dass der „direkte Sprung in die Atomenergie“ den schweizerischen Bedürfnissen am besten entspreche. Im Laufe des Jahres hatten die Elektrizitätswerke bereits die thermischen Kraftwerksprojekte fallengelassen; ebenso das umstrittene Laufkraftwerkprojekt Koblenz-Kadelburg - dies, obwohl die Bauarbeiten schon begonnen hatten. Dafür hatten die NOK

---

<sup>216</sup> Bächtold 3, S. 3.

<sup>217</sup> Der begehrlische Blick Bächtolds auf die Naturgüter jenseits der nationalen Grenzen, ist bemerkenswert. Immerhin war der SBN seit Jahrzehnten im internationalen Naturschutz tätig.

<sup>218</sup> Foucault 1976, S. 24. Zu den Personen, die bereits anfangs der 60er Jahre vor der Atomenergie warnten, siehe Abschn. 3.1.3.

1965 auf der Aarehalbinsel Beznau die Erstellung des ersten kommerziellen Atomreaktors in der Schweiz in Angriff genommen. Im März 1967 erfolgte der Spatenstich der BKW in Mühleberg. Zudem kündigten verschiedene Gesellschaften den Bau weiterer Atomkraftwerke an: Bereits 1966 waren die Projekte in Leibstadt, Kaiseraugst, Verbois und Rütli öffentlich bekannt. Ende 1967 entschlossen sich die NOK, in Beznau einen zweiten Reaktor zu errichten. Angesichts dieser Baueuphorie machte man sich verschiedentlich, ebenfalls bereits 1966, Gedanken, wie die Ausführung dieser Pläne zeitlich gestaffelt werden könnte.<sup>219</sup>

Für Deutschland hat Jung festgestellt, dass die Öffentlichkeit ihr Interesse an der Atomenergie weitgehend verlor, als diese von der technizistischen Utopie zur technisch-industriellen Realität überging. Die Atomenergie war nun kein populäres Thema mehr, sondern wurde auf die Wissenschaftsseiten der Zeitungen verbannt. Ein neuer technischer Mythos fesselte die Massen: die Raumfahrt und deren 'Wettlauf' zum Mond.<sup>220</sup>

In der Schweiz spielte sich die gleiche Entwicklung ab: Der Bau der ersten Atomkraftwerke schritt in aller Ruhe voran. Einzig das sich immer deutlicher abzeichnende Scheitern der Eigenentwicklung eines schweizerischen Atomreaktors lieferte Gesprächsstoff und Schlagzeilen.<sup>221</sup> Bei SBN und Rheinaubund war die Atomenergie in diesen Jahren kein Thema mehr.<sup>222</sup> In den Regionen um Beznau und Mühleberg traf der Bau der Atomkraftwerke auf keine nennenswerten Widerstände. Ein anfängliches Misstrauen bei der lokalen Bevölkerung konnten die Elektrizitätswerke durch gezielte Informationskampagnen rasch zerstreuen. Im Berner Grossen Rat stiess 1967 die Vorlage, welche die Berner Kraftwerke zum Bau von Mühleberg ermächtigte, vornehmlich auf wohlwollendes Desinteresse.<sup>223</sup> Ausnahmen bestätigen nur die Regel: Die Regierung von Basel-Stadt erkundigte sich 1966 beim Bundesrat über die potentiellen Gefahren der Atomkraftwerke; Nationalrat Schalcher bezeichnete 1968 die „Atomspaltung“ als eine der Gefahren der Technisierung. Vor 1969 erklangen kritische Stimmen aber nur ganz vereinzelt, gehört wurden sie kaum.<sup>224</sup>

---

<sup>219</sup> SPJ, 1966, S. 69-72; 1967, S. 76f. Einzig die fortdauernden Auseinandersetzungen um die Wasserkraftprojekte an der Aare: Neu-Bannwil und Flumenthal, die schliesslich beide gebaut wurden, trübten in den Jahren 1967/68 den 'energiepolitischen Frieden'. Vgl. Skenderovic 1992, S. 109-118; Thönen 1991, S. 165-169; Thönen 1994, S. 51.

<sup>220</sup> Jung, S. 65f.

<sup>221</sup> SPJ, 1966, S. 72-74; 1967, S. 78f; 1968, S. 82. Hug 1987, S. 167-173; Hug 1994, S. 169. Siehe auch Abschn. 3.1.1.

<sup>222</sup> In den Jahresberichten 1967-1970 des SBN fand die Atomenergie keine Erwähnung, und sie war ab 1967 bis 1969 ebenfalls kein Thema in den Zeitschriften von SBN und Rheinaubund.

<sup>223</sup> Fehlender lokaler Widerstand: Feuz u.a., S. 27f; Thönen 1991, S. 174f. Zur Debatte im Berner Grossen Rat: Thönen 1991, S.178f. Laut Feuz interessierten sich die Leute in den Standortgemeinden viel mehr für die wirtschaftlichen Vorteile als für die Sicherheitsfragen.

<sup>224</sup> Kritische Stimmen im Raum Basel: Annexe 1, S. 185f, 191f, 198. Postulat Schalcher betreffend „Gefahren der Technisierung“ vom 26.9.1968: NuM, 4/1969, S. 170-173.

## **5. Die Entdeckung der "Grenzen des Wachstums": Atomenergie- und Umweltdiskurs 1969-1975**

Dieses Kapitel behandelt die Jahre von 1969 bis 1975, in denen die Atomenergie zunehmend in Frage gestellt wurde. In Abschnitt 5.1 wird die Genese der Anti-AKW-Bewegung und die Entwicklung des öffentlichen Atomenergiediskurses über diesen Zeitraum geschildert. Darauf folgt ein Abschnitt (5.2), in dem die Argumente von Befürwortern und Gegnern aus dem Bereich der Wissenschaft, sowie ihr Ringen um Geltung thematisiert werden. Diese beiden Abschnitte schildern den Kontext, in dem die Meinungsbildungsprozesse in den Umwelterganisationen stattfanden. Diese werden sodann im Abschnitt 5.3 ausführlich dargestellt. Der letzten Abschnitt (5.4) widmet sich ganz dem energiepolitischen Manifest des SBN von 1974, das mit Hilfe derselben textanalytischen Methodik unter die Lupe genommen wird, die bereits in Abschnitt 4.2 angewendet wurde.

### **5.1. Die Genese des Widerstandes gegen die Atomkraftwerke**

Im folgenden sollen die wichtigsten Entwicklungslinien des AKW-Diskurses herausgeschält werden. Besondere Aufmerksamkeit soll dem Zusammenspiel von Ereignissen und Oppositionen geschenkt werden. Der Abschnitt ist grundsätzlich chronologisch aufgebaut, wobei aber nicht streng dem zeitlichen Lauf der Dinge gefolgt, sondern eine Darstellung in thematischen Blöcken vorgenommen wird. Aufgrund der vorherrschenden Zielsetzungen des Widerstandes werden zwei Phasen unterschieden: die erste Phase ist gekennzeichnet durch eine nur partielle Infragestellung des AKW-Baus, die zweite durch dessen grundsätzliche Ablehnung. Der Schwerpunkt des Abschnitts liegt auf der ersten Phase, da die zweite in den folgenden Abschnitten noch ausführlich thematisiert wird. Einen Überblick über die wichtigsten Ereignisse gibt die Zeittafel im Anhang (8.3).

#### *5.1.1. Partiieller Widerstand gegen den Bau von Atomkraftwerken (1969-72)*

Die erste Phase des partiellen Widerstandes lässt sich wiederum zweiteilen, in eine Anfangsphase, die von 1969 bis 1971 dauerte, und eine anschliessende Zeitspanne, in der die Konstruktion von Kühltürmen im Zentrum der Aufmerksamkeit rückte.

#### **Die Anfangsphase**

Das Jahr 1969 war in vielerlei Hinsicht ein Schlüsseljahr. 1969 ereigneten sich im Bereich der zivilen Nutzung der Atomenergie einige wichtige Geschehnisse: Im Januar besiegelte ein schwerer Unfall das Schicksal des Versuchsreaktors in Lucens, im März veröffentlichte der Bund den Bericht einer Expertenkommission zu Atomkraftwerken und Gewässerschutz, im Juni und August befanden die Stimmberechtigten der Gemeinde Kaiseraugst zweimal über eine Vorlage, die das AKW-Projekt auf dem Gemeindegebiet betraf, und im Juli begann mit der Betriebsaufnahme von Beznau I in der Schweiz das „Zeitalter“ der kommerziellen Nutzung der Atomenergie. 1969 war gleichzeitig auch das Jahr, in dem sich erstmals auf verschiedenen Ebenen Oppositionen manifestierten, die auf öffentliche Resonanz stiessen und politische Wirkung zeitigten.

Am 29. Januar 1968 hatte das Versuchsatomkraftwerk in Lucens zum ersten Mal das öffentliche Netz mit „einheimischem Atomstrom“ gespiesen.<sup>225</sup> Kaum ein Jahr später aber, am 21. Januar 1969, setzte ein schwerer Unfall dem Betrieb bereits wieder ein Ende. Was die amtliche Verlautbarung 'technikerdeutsch' einen „Zwischenfall“ nannte, war, wie die nachträglichen

---

<sup>225</sup> SPJ, 1968, S. 82.

che Untersuchung zutage förderte, eine ausser Kontrolle geratene Kernspaltungsreaktion, welche in einer Kernschmelze gipfelte. Der Unfall, der sich in Lucens ereignete, ist vergleichbar mit demjenigen im amerikanischen Atomkraftwerk TMI-2, besser bekannt unter dem Namen Harrisburg, welcher 1979 weltweit für Schlagzeilen sorgte und die Kontroversen um die Atomkraftwerke anheizte.<sup>226</sup> Was sich im Versuchsreaktor von Lucens genau abspielte, wurde allerdings (zumindest öffentlich) erst gute zehn Jahre später bekannt; solange liess der Bericht der von Bundesrat Bonvin eingesetzten Untersuchungskommission auf sich warten.<sup>227</sup> Doch von Anfang an irritierte sensible Beobachter, dass „Zwischenfall“ in der französischen Fassung des amtlichen Communiqué „sérieuse havarie“ hiess. Ebenfalls bereits 1969 wurde klar, dass der Unfall die Anlage irreparabel zerstört hatte.<sup>228</sup>

Daher ist es nicht erstaunlich, dass in der Folge die Frage nach der Sicherheit der Atomkraftwerke gestellt und in diesem Zusammenhang bei Diskussionen das eine oder andere Mal auf Lucens verwiesen wurde.<sup>229</sup> Vielmehr verwundert den heutigen Betrachter das bescheidene Ausmass des Echos, das der Unfall in Lucens auslöste. Der AKW-Bau wurde nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Das Unfallrisiko blieb auch in den kurz darauf losbrechenden Kontroversen vorerst noch lange ein Randthema; Lucens selber verschwand allmählich aus den Diskussionen.<sup>230</sup>

Das Ereignis von Lucens ist ein schönes Beispiel dafür, dass ein Faktum nicht per se wirkt, sondern erst dessen (kontextabhängige!) Interpretation über die öffentliche Wahrnehmung und die politische Wirkung entscheidet. Im, was die Atomenergie betraf, nahezu kritikfreien Raum des anbrechenden Jahres 1969 vermochte der Unfall von Lucens wohl, bei bestimmten Leuten ein gewisses Misstrauen zu wecken. Im allgemeinen scheint aber die Interpretation der SVA vorbehaltlos akzeptiert worden zu sein, die festhielt: „(...) la sûreté des systèmes de sécurité ait précisément été confirmée par cet accident“.<sup>231</sup>

Die Politisierung der AKW-Frage unter kontroversen Vorzeichen vollzog sich in einem anderen Sachbereich - dem Gewässerschutz. Seit Mitte der 60er Jahre war den zuständigen Behörden des Bundes das Problem des Kühlwassers beim Betrieb von Atomkraftwerken be-

---

<sup>226</sup> Der Versuchsreaktor war insgesamt nur wenige Wochen in Betrieb, da er zwischenzeitlich wieder abgeschaltet wurde. Zum Unfall: Annexe 1, S. 221; Hug 1987, S. 173; Hug 1994, S. 169, SGK, S. 145-149. Zur technikdeutschen Semantik (nach Weber, S. 228f): „Störfall“ ist der „Sammelbegriff für alle Vorkommnisse in Kernanlagen, insbesondere in Kernkraftwerken, die den normalen Betrieb stören - von rein technischen Pannen bis zum denkbar schwersten Unfall.“ 'Störfälle' werden eingeteilt in „Schwerer Unfall“, „Unfall“, „Schwerer Zwischenfall“, „Zwischenfall“ und „Betriebsstörung“. Einen 'Schweren Zwischenfall' kennzeichnet „keine oder keine unzulässige Strahlenexposition in der Umgebung (...), jedoch umfangreiche Zerstörungen innerhalb der Anlage.“ Als „Schwere Zwischenfälle“ klassifiziert Weber die 'Vorkommnisse' von Lucens und Harrisburg. Die von mir verwendete Terminologie orientiert sich an der Umgangssprache. Zu Harrisburg: Kriesi 1982, S. 44; Weber, S. 91-93.

<sup>227</sup> Die Untersuchungskommission wurde am 5. Februar 1969 von Bundesrat Bonvin eingesetzt. Ihren Schlussbericht veröffentlichte sie im Juni 1979: Kommission für die sicherheitstechnische Untersuchung des Zwischenfalls im Versuchs-AKW Lucens (UKL): Schlussbericht über den Zwischenfall im Versuchs-AKW Lucens, Bern Juni 1979. (Annexe 1, S. 222; Hug 1994, S. 182; SGK, S. 145-149). Angesichts dieser selbst für schweizerische Verhältnisse enorm langen Dauer drängt sich die Frage auf, ob aus politischen Gründen die Aufklärung absichtlich verzögert wurde. Pikantes Detail: Im Februar 1979 hatte das Schweizer Volk über die Atomschutz-Initiative, im Mai 1979 über die Revision des Atomgesetzes abgestimmt.

<sup>228</sup> In der Folge wollte die „Nationale Gesellschaft zur Förderung der industriellen Atomtechnik“ (NGA) die Anlage in Lucens in eine Zentrale zur Behandlung und Lagerung radioaktiver Abfälle umwandeln, womit sie aber bei der Gemeinde auf Widerstand stiess. SPJ, 1969, S. 93f; Annexe 1, S. 230, 237f. Zum amtlichen Communiqué: TA, Nr. 18, 23.1.1969. Das Französische kennt offenbar keine gleichermassen elaborierte technische Fachsprache wie das Deutsche.

<sup>229</sup> Z.B. in der AKW-Debatte im Basler Grossen Rat vom 22. Mai 1969. Siehe weiter unten.

<sup>230</sup> Bezeichnenderweise spielt Lucens in AKW-kritischen Darstellungen zu Kaiseraugst kaum eine Rolle. So fehlt der Unfall beispielsweise in Salfingers Chronologie (Salfinger, S. 107-119), und er wird auch bei Schroeren nicht erwähnt. „Wenig öffentliches Echo“ auf den Unfall in Lucens: Vgl. SGK, S. 149.

<sup>231</sup> Zitat aus: Feuz u.a., S. 32. Vgl. SGK, S. 148.

kannt. Die in den 60er Jahren projektierten Atomkraftwerke sahen vor, zur Kraftwerk Kühlung erhebliche Wassermengen aus Flüssen oder Seen zu entnehmen und in erwärmtem Zustand diesen Gewässern wieder zurückzugeben.<sup>232</sup> 1966 übertrug das EDI einer Expertenkommission unter Leitung des Direktors des Eidg. Amtes für Gewässerschutz, Fritz Baldinger, die Aufgabe, die Auswirkungen einer künstlichen Temperaturerhöhung von Gewässern zu untersuchen und Empfehlungen für Richtlinien auszuarbeiten. Der Bund stellte den 'Bericht Baldinger', der das Datum 19.3.1968 trägt, am 28. Februar 1969 offiziell den „interessierten Kreisen“ zu, am 7. März ging eine Mitteilung „Atomkraftwerke und Gewässerschutz“ des EDI und EVED an die Presse. Darin wurde festgehalten, aus Gründen des Gewässerschutzes „ergeben sich gewisse einschränkende Bedingungen für den Betrieb der Atomkraftwerke“. Der Bericht schlug zudem provisorische Grenzwerte vor und empfahl die Erstellung von Wärmelastplänen für Aare und Rhein.<sup>233</sup>

Daraufhin erhob die basellandschaftliche Regierung am 25. März 1969 beim Bundesrat eine Einsprache, in der sie unter Bezugnahme auf den Bericht der Expertenkommission verlangte, dass vom Bau weiterer Atomkraftwerke am Hochrhein und dessen Zuflüssen solange abgesehen werde, bis die Beeinträchtigungen des Wärmehaushaltes der Flüsse durch die geplanten Kühlsysteme genauer abgeklärt seien. Insbesondere sorgte sich die Kantonsregierung um die Versorgung der Bevölkerung der Region Basel mit Trinkwasser und der Industrie mit Brauchwasser. Es sei bedenklich, dass die thermische Beanspruchung eines nationalen Gewässers nur einer einzigen Branche in diesem Ausmasse zugesprochen werden solle. Die „unterliegenden Kantone“ seien bei den Vernehmlassungsverfahren „in krasser Art und Weise“ übergangen worden: Sie seien nie offiziell über die Gesamtkonzeption informiert worden, noch hätten sie die Gelegenheit gehabt, vor massgeblichen Instanzen ihre Bedenken anzubringen.<sup>234</sup> Die politische Debatte war lanciert.

In der Sitzung vom 22. Mai befasste sich der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt mit Atomkraftwerken. Die Debatte endete mit einer einstimmig(!) beschlossenen Resolution:

„Der Grosse Rat des Kantons Basel-Stadt gibt seiner Besorgnis darüber Ausdruck, dass im Einzugsgebiet des Hochrheins der Bau von Atomkraftwerken geplant ist, ohne dass dabei dem Schutz des lebensnotwendigen Wassers und der Luft sowie der Bewahrung vor der Gefährdung durch radioaktive Abfälle genügend Rechnung getragen wird. Er fordert den Regierungsrat auf, bei den Behörden des Bundes und der betroffenen Kantone vorstellig zu werden, damit keine Bewilligung für den Bau und den Betrieb von Atomkraftwerken, welche öffentliche Gewässer als Kühlwasser verwenden oder welche geeignet sind, in irgendeiner Weise gesundheitsschädigend zu wirken, erteilt werden. Wenn dafür die gesetzlichen Grundlagen fehlen, so ist deren Schaffung zu verlangen. Der Bundesrat ist ferner zu ersuchen, auch mit den anstossenden Staaten entsprechende Abmachungen zu treffen.“<sup>235</sup>

Die baselstädtischen Parlamentarier hieben damit in dieselbe Kerbe wie die Regierung Basellands. Zwar verschärfen sie die basellandschaftlichen Forderungen und gewichteten den

---

<sup>232</sup> Für technische Details siehe Weber, S. 146f. Vgl. Abschn. 3.2.1.

<sup>233</sup> Sozarch 92.3C, QS, „Atomkraftwerke und Gewässerschutz“, Pressemitteilung des EDI und EVED, Bern 7.3.1969. BLZ, Nr. 73, 27.3.1969. Vgl. Zürcher, S. 47. Der Bericht selber trägt das Datum vom 19.3.1968 (Annexe 1, S. 214). Dieser Umstand hat in mehreren Darstellungen zum Fehlschluss geführt, dass der Bericht bereits im März 1968 veröffentlicht worden und bekannt gewesen sei. Die kantonalen Stellen wie auch die Öffentlichkeit wurden aber erst 1969 über den Inhalt des Berichtes informiert. Vgl. dazu: SPI, 1968, S. 82; 1969, S. 92f; BLZ, Nr. 73, 27.3.1969.

<sup>234</sup> Ein ähnlich gehaltenes Schreiben richtete die Baselbieter Regierung an die Regierung des Kantons Aargau, die sie zu „freundnachbarlicher Rücksicht“ aufforderte. BLZ, Nr. 73, 27.3.1969.

<sup>235</sup> Zit. nach LNN, Nr. 51, 3.3.1971. Die Resolution war nicht als Absage an die Atomenergie gedacht. Der Radikale Bertschmann, der das Thema mit einer Interpellation angerissen hatte, bezeichnete die Beschaffung von Kernenergie ausdrücklich als „nötig und richtig“. Zur Diskussion im Grossen Rat: NZZ, Nr. 309, 23.5.1969; Annexe 1, S. 224-226; Favez, S. 147f.

Aspekt der Sicherheit stärker, im Zentrum ihrer Argumentation standen aber ebenfalls der Gewässerschutz und die vorenthaltene Möglichkeit der Mitsprache.

Das EVED reagierte schnell: Bereits am 12. Mai 1969 hatte Bundesrat Bonvin die Regierungen der Kantone, deren Gebiete von der Aare unterhalb des Bielersees und vom Rhein unterhalb des Bodensees berührt wurden, zu einer Aussprache getroffen.<sup>236</sup> Die Forderung der Vertreter der Region Basel, ins Vernehmlassungsverfahren über Standort und Erstellung des AKW Kaiseraugst einbezogen zu werden, lehnte der Bundesrat aber ab, indem er auf die Atomgesetzgebung hinwies, nach der nur der Standortkanton bei der Erteilung der Bewilligungen zu begrüssen sei. Dennoch zeitigten die politischen Vorstösse der Basler Kantone Wirkung: Am 4. August 1969 teilte das EVED den beiden Kantonsregierungen mit, dass ihren Amtsstellen Einsicht in die Unterlagen gewährt würde, die die Sicherheit des Kraftwerkes Kaiseraugst betreffen. Um „zur allgemeinen Beruhigung das Angebot des Bundes mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln auszuschöpfen“, beauftragten die Regierungen der beiden Basler Halbkantone hierauf im März 1970 den amerikanischen Professor Tsivoglou, ein Expertengutachten zum AKW-Projekt Kaiseraugst zu erstellen.<sup>237</sup>

Kaiseraugst, auf das bereits das Hauptaugenmerk der Basler Politiker gerichtet war, rückte im Sommer 1969 noch mehr ins Zentrum der AKW-Diskussion. Das von der Motor Columbus vorangetriebene Projekt trat 1969 in eine entscheidende Phase. Als letztes Traktandum der Kaiseraugster Gemeindeversammlung im Juni 1969 stand - ohne nähere Erläuterungen - eine Zonenplanänderung auf dem Programm. Erst an der schlecht besuchten Versammlung selber kristallisierte sich heraus, dass die Änderung des Zonenplanes mit dem auf diesem Gelände projektierten AKW-Bau zusammenhing. Die anwesenden Bürger lehnten daraufhin den Antrag mit 46 zu 45 Stimmen bei 25 Enthaltungen ab. Da aber das nötige Quorum nicht erreicht wurde, musste die endgültige Entscheidung auf einen Urnengang im August verschoben werden.<sup>238</sup>

Um den nun einsetzenden Abstimmungskampf zu verstehen, ist es notwendig, einen zweiten Oppositionsstrang in die Untersuchung einzubeziehen, dessen Spuren tiefer in die 60er Jahre hineinführen und der, um eine gängige Metapher zur Beschreibung der Herkunft politischer Initiativen zu verwenden, nicht „von oben“ - wie der Protest der Basler Politiker - lanciert, sondern „von unten“ durch eine Anzahl „Einzelkämpfer“ geflochten wurde.

In Kaiseraugst selber war die Familie Casty aktiv, auf deren Anregung bereits 1967 ein kontroverser Abend zum Thema Atomkraftwerke im Dorf veranstaltet wurde. Als AKW-Gegner sprachen Dr. Walter Herbst, Radiologe aus Freiburg i. Br., und Günther Schwab aus Salzburg. Letzterer schrieb im Anschluss an dieses Treffen das Buch „Morgen holt dich der Teufel: Neues, Verschwiegendes und Verbotenes von der 'friedlichen' Atomkernspaltung“.<sup>239</sup>

---

<sup>236</sup> Dies waren die Kantone ZH, BE, SO, BL, BS, SH, AG, TG. Anlässlich des Treffens bildete man zum weiteren Studium der Probleme zwei Kommissionen. Zudem nahmen die eidgenössischen Behörden nun Kontakt mit Deutschland auf und verhandelten über eine Aufteilung von Erwärmungsrechten am Rhein. NZZ, Nr. 309, 23.5.1969; AZ, Nr. 60, 14.3.1970; SPJ, 1969, S. 93. Vgl. Zürcher, S. 48f.

<sup>237</sup> Pressemitteilung der Baudirektion Basel-Landschaft und des Sanitätsdepartements Basel-Stadt vom 14.3.1970, in: AZ, Nr. 60, 14.3.1970. Die Formulierung von Zürcher, dass die beiden Basler Regierungen mit dem Auftrag an Tsivoglou ihren Forderungen auf Mitsprache Nachdruck verleihen wollten, ist etwas irreführend (Zürcher, S. 48). Primär schöpften sie den ihnen gewährten Spielraum aus. Zum Tsivoglou-Gutachten siehe weiter unten.

<sup>238</sup> Salfinger, S. 108.

<sup>239</sup> Günther Schwab. *Morgen holt dich der Teufel: Neues, Verschwiegendes und Verbotenes von der 'friedlichen' Atomkernspaltung*, Salzburg/Stuttgart 1968. Das Buch schildert in Romanform, eine Diskussion über die Nutzung der Atomkraft. Diese findet in „Egliswyl“ statt, einem Bauerndorf an der Aare, und wird vom Teufel, der hinter den Befürwortern die Fäden zieht, am Fernsehschirm in New York verfolgt. Die Voten der Diskussion belegte Schwab durch Quellenangaben in einem angefügten Apparat. Als Muster diente ihm die Region um das im Bau befindliche AKW Beznau. Vgl. Zimmermann, S. 25f. Zu Schwab, der sich bereits Ende der 50er Jahre gegen die zivile Nutzung der Atomenergie ausgesprochen hatte, siehe auch Abschn. 3.1.3.



Im Sommer 1968 sandte Schwab ein Exemplar seines Buches an Werner Zimmermann. Der 75jährige Zimmermann, eine der schillerndsten Figuren in der schweizerischen und deutschen Lebensreformbewegung der 20er und 30er Jahre, nahm Schwabs Faden unverzüglich auf, holte erste Erkundigungen auf der AKW-Baustelle in Mühleberg ein und begann ab Oktober 1968 mit der Publikation atomkritischer Artikel, die zuerst in der freiwirtschaftlichen Zeitung „evolution“, ab Frühjahr 1969 auch in der Zeitschrift „Volksgesundheit“, dem Organ des Schweizerischen Vereins für Volksgesundheit (SVV), erschienen. Zudem hielt Zimmermann Vorträge, nahm an Diskussionen teil und stellte an Informationsveranstaltungen von Bund und Atomwirtschaft kritische Fragen. Seine Erlebnisse und Erkenntnisse stellte er 1972 in seinem Buch „bis der Krug bricht: Atomkraft - Segen oder Fluch?“ zusammen.<sup>240</sup>

Zimmermanns rege Aktivitäten blieben nicht wirkungslos: Als sich nach der Gemeindeversammlung in Kaiseraugst Ende Juni 1969 die Gegnerinnen und Kritiker des AKW-Projekts in der Bürgerinitiative „Kaiseraugster für gesundes Wohnen“ zusammenschlossen, gehörten neben der Familie Casty die lokalen Mitglieder der Volksgesundheit zu den Promotoren.<sup>241</sup>

Wissenschaftliche Unterstützung erhielt die Bürgerinitiative durch den ehemaligen Leiter des physikalisch-chemischen Instituts der Universität Basel, Professor Max Thürkauf. Thürkauf hatte in den 60er Jahren durch seine Vorlesungen und Publikationen zu philosophisch-wissenschaftlichen Problemen auf sich aufmerksam gemacht. Seine kritischen Betrachtungen zu Methoden und Theorien der Naturwissenschaften und ihrer praktischen Anwendung kosteten ihn 1968 die Stelle des Institulleiters, die er seit 1963 bekleidet hatte.<sup>242</sup> Im Sommer 1969 nun publizierte Thürkauf in der Basler Zeitung „Doppelstab“ mehrere AKW-kritische Artikel und trat an Veranstaltungen der „Kaiseraugster für gesundes Wohnen“ als Referent auf.<sup>243</sup>

Die Bürgerinitiative trat, wie zuvor die Basler Politiker, nicht prinzipiell gegen den AKW-Bau auf, sondern richtete ihren Widerstand gegen den Standort Kaiseraugst. Sie argumentierte mit der Erwärmung der Flüsse und den unbekanntem Einflüssen auf das lokale Klima, den fehlenden Abkommen mit den deutschen Nachbarn und der Strahlengefährdung und wünschte sich ganz allgemein eine Entwicklung Kaiseraugsts zu einer Wohn- und nicht zu einer Industriegemeinde.<sup>244</sup>

---

Schwabs Buch beeinflusste auch die ersten Anti-AKW-Bewegungen in Deutschland: Radkau 1983, S. 445. Zur Veranstaltung in Kaiseraugst, die Ende Februar 1967 stattfand, und zur Rolle der Familie Casty: Annexe 1, S. 198; Zimmermann, S. 48. Vgl. auch das Interview in Füglister, S. 43-51.

<sup>240</sup> Werner Zimmermann. bis [sic] der Krug bricht: Atomkraft - Segen oder Fluch?, Ostermündigen/Bern 1972. Volksgesundheit, 1969, versch. Nummern. Zur Rolle von Schwabs Buch: Zimmermann, S. 25f. Zu Zimmermann und der Lebensreformbewegung der 1920er und 30er Jahre in der Schweiz, siehe Walter 1990, S. 171-174; zur deutschen Bewegung, siehe Krabbe.

<sup>241</sup> Annexe 1, S. 231f.; Feuz u.a., S. 29f. Auch der Name der Bürgerinitiative erinnert an den SVV.

<sup>242</sup> Der Ordinarius des Instituts sowie das Erziehungsdepartement der Stadt Basel legten Thürkauf den Rücktritt nahe. Thürkauf, S. 9-14; Zimmermann, S. 60f. Der neuberufene Ordinarius soll Thürkauf seinen Standpunkt folgendermassen dargelegt haben: „Sehen Sie, Herr Kollege, Ihre Betrachtungen sind an sich sehr interessant, und als Antithese können sie der These (der richtigen Naturwissenschaften) durchaus nützlich sein. Aber - um es Ihnen mit einem Vergleich deutlich zu machen - ich würde, obwohl ich Militärdienstverweigerern durchaus ehrenwerte Gründe zugestehe, niemals einen Militärdienstverweigerer in den Generalstab aufnehmen.“ Thürkauf, S. 12.

<sup>243</sup> Zimmermann, S. 50f; BN, Nr. 334, 13.8.1969. Eine Sammlung von Thürkaufs Aufsätzen erschien 1970 im Doppelstab Verlag: Thürkauf, Max. Atomkraftwerke 50 Jahre zu früh, Basel 1970. Grosse Aufmerksamkeit erntete 1973 sein Buch „Pandorabüchsen der Wissenschaft“. Es erschien im anthroposophischen Verlag „Die Kommenden“. Ob Thürkauf selber Anthroposophe war, entzieht sich meiner Kenntnis. Zu Thürkaufs Einfluss auf die Bildung der regionalen Opposition vgl. die Äusserungen von Hansjürg Weder in NWA, S. 3f.

<sup>244</sup> BN, Nr. 334, 13.8.1969; Interview mit Richard Casty in: Die Tat, Nr. 191, 15.8.1969; Salfinger, S.108.

Die Befürworter, angeführt vom Gemeinderat, sammelten sich währenddessen im „Aktionskomitee Kernkraftwerk Kaiseraugst“. Ihre Trümpfe waren ökonomischer Natur: Sie versprachen zusätzliche Steuereinnahmen und Aufträge für das lokale Gewerbe.<sup>245</sup>

In der Gemeindeabstimmung vom 17. August 1969 schwangen die Befürworter bei einer Stimmbeteiligung von 97% mit 174 zu 125 Stimmen oben aus. Die NZZ warf daraufhin die Frage auf, ob ein Entscheid, der Zehntausende von Menschen inner- und ausserhalb der Schweiz betreffe, dem Urteil einer Gemeinde von 315 Einwohnern überlassen werden könne.<sup>246</sup> Die institutionellen Regelungen, die die Mitsprachemöglichkeiten und die Entscheidungskompetenzen zuwies, gerieten auch an dieser Stelle unter Druck.

In der Region wollte man den Entwicklungen nicht tatenlos zusehen. Im Februar 1970 reichten die Gewerkschaftskartelle der beiden Basler Kantone beim Bundesrat eine Petition ein, in der sie ein Bauverbot für Atomkraftwerke in dichtbesiedelten Gebieten forderten. Am 9. April 1970 bekräftigten beide Basler Kantonsparlamente ihre Vorbehalte in Resolutionen.<sup>247</sup>

Im Mai 1970 schufen sich die Opponenten aus dem Raum Basel, zu dem auch das aargauische Fricktal zu zählen ist, ein regionales Gefäss, das Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst (NAK). Initianten waren der LdU-Obmann des Bezirks Rheinfelden Hans Schneider, der bereits in der Kaiseraugster Bürgerinitiative aktiv in Erscheinung getreten war, der Architekt Ernst Egeler, die baselstädtischen Grossräte Alexander Euler (SP) und Hansjürg Weder (LdU), die sich aus der Zeit der Ostermärsche kannten, und der Physiker Peter Niklaus. An der Gründungsversammlung am 5. Mai 1970 in Rheinfelden nahm auch die regionale Politprominenz teil, so etwa der freisinnige Ständerat Werner Jaulin, der das Tagespräsidium übernahm. Die Versammelten wählten Hans Schneider zum Präsidenten, Egeler und Euler zu Vizepräsidenten. Zudem verabschiedeten die Gründungsmitglieder die Satzungen des Komitees, in denen es sich einerseits „gegen den Standort eines Atomkraftwerks in Kaiseraugst“ wandte und andererseits generelle Forderungen in bezug auf den Bau von Atomkraftwerken stellte. Die Vorbehalte, die das NAK gegenüber den Atomkraftwerken anbrachte, betrafen die Sicherheitsvorkehrungen, die Abgabe von Radioaktivität bei Normalbetrieb, das Unfallrisiko, den Gewässerschutz, die klimatischen Auswirkungen, das Problem der radioaktiven Abfälle und die fehlenden internationalen Wassernutzungsverträge.<sup>248</sup>

Das NAK wurde in den folgenden Jahren zum Sammelbecken der Opposition gegen das AKW Kaiseraugst. Politiker aller Parteien, Wissenschaftler und Geschäftsleute gehörten ihm an; etablierte Leute, deren Durchschnittsalter zwischen 40 und 50 Jahren lag. Unterstützung erhielt das Aktionskomitee von Seiten der Gewerkschaftskartelle, Ärztesgesellschaften und Fischereiverbände. Anfang 1972 zählte es 1200 Einzelmitglieder sowie 14 Gemeinden des Rheintals als Kollektivmitglieder.<sup>249</sup>

Die Politik des NAK wurde durch den Vorstand bestimmt, der den Mitgliedern einmal jährlich Rechenschaft ablegte. Die Aktivitäten orientierten sich an traditionellen Mustern: Die Mitglieder führten persönliche Gespräche in ihrem Umfeld, das Komitee erarbeitete Infor-

---

<sup>245</sup> Salfinger, S. 108f; Zimmermann, S. 48-51.

<sup>246</sup> Annexe 1, S. 233; SPJ, 1969, S. 93. Die Frage nach den Entscheidungsregeln wurde in der Herbstsession 1969 auch in den eidgenössischen Räten aufgeworfen.

<sup>247</sup> Annexe 1, S. 244-246.

<sup>248</sup> Satzungen des NAK: NuM, 3/1970, S. 106f. Zur Gründungsversammlung: NuM, 3/1970, S. 104-107; 4/1970, S. 151-153. Die Sekundärliteratur zur NAK ist ziemlich dürftig. Die besten Hinweise bieten Füglistler, S. 69-75, Schroeren, S. 19-24, und der Rückblick des NWA zum zehnjährigen Bestehen (NWA). In zahlreichen (anderen) Darstellungen wird das NAK fälschlicherweise von Beginn weg als Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke (NWA) bezeichnet. Diesen Namen nahm es aber erst 1974 an, bei der rechtlichen Umwandlung in einen Verein und im Zeichen einer inhaltlichen Radikalisierung - der generellen Ablehnung des Baus von Atomkraftwerken. NZ, Nr. 166, 30.5.1974; vgl. auch die oben erwähnten Darstellungen.

<sup>249</sup> Annexe 1, S. 247f; NZZ, Nr. 156, 3.4.1971.

mationsunterlagen und machte die Öffentlichkeit mit Resolutionen, Petitionen und Pressekonferenzen auf ihre Anliegen aufmerksam. Zudem bediente es sich aller verfügbarer Rechtsmittel, erhob Einsprachen, Rekurse, Beschwerden und erwog bereits 1971 die Lancierung einer Volksinitiative.

Das NAK betonte immer wieder, nicht prinzipiell gegen die Nutzung der Atomenergie zu sein. Die Zielsetzung des Komitees erfuhr aber bereits im Gründungsjahr insofern eine Ausweitung, als es sich nicht mehr nur gegen den Standort Kaiseraugst, sondern allgemein gegen den Bau von Atomkraftwerken in dichtbesiedelten Gebieten aussprach. So warnte das NAK im Februar 1971 in einem Kommuniqué an die Genfer Presse auch vor dem Standort Verbois. Da das Aktionskomitee aber seine Finger mit Nachdruck auf alle offenen Fragen des Betriebs von Atomkraftwerken legte, geriet es in den Verdacht, eine fundamentale Opposition zu betreiben. So kommentierte die NZZ im April 1971: „Mit solcher Argumentation diskriminiert das Aktionskomitee sich selber und vor allem sein gewiss bedenkenswertes Anliegen in höchst bedauerlicher Weise.“<sup>250</sup>

Das NAK war lange Zeit die wichtigste Organisation, die sich kritisch mit dem Bau von Atomkraftwerken auseinandersetzte. Sein Beitrag zur Meinungsbildung, insbesondere in der Region Basel, sollte nicht unterschätzt werden.<sup>251</sup>

Im Laufe des Jahres 1970 wurden nun verschiedene Aspekte der Atomenergie öffentlich thematisiert.<sup>252</sup> Im Vordergrund stand weiterhin die Frage der thermischen Belastung der Gewässer. Als die Aargauer Kantonsregierung im Mai 1970 der Motor Columbus die Bewilligung zur Kühlwasserentnahme erteilen wollte, gingen bei ihr nicht weniger als 14 Einsprachen ein, darunter solche der beiden Basler Kantone, der Fischereivereinigung und des eben erst gegründeten NAK.<sup>253</sup>

Die Intervention der Basler Kantone wurde im Kanton Aargau gar nicht goutiert. Im Sommer 1970 strapazierten unschöne, über die Medien in die ganze Schweiz verbreitete Wortgefechte die nachbarlichen Beziehungen. Die Aargauer Regierung lehnte dann im September alle Einsprachen ab, die Basler Regierungen appellierten aber ans Aargauische Verwaltungsgericht und darauf ans Bundesgericht. Ein Abschluss des Konzessionierungsverfahrens wurde zudem durch den Bund verzögert, der mit Deutschland über thermische Verschmutzungsrechte am Rhein verhandelte.<sup>254</sup>

Im Dezember 1970 wandte sich die Aqua Viva, ein im gleichen Jahr gegründeter nationaler Dachverband von 33 Organisationen, die für den Schutz der Gewässer eintraten, an den Bundesrat. Weitere Konzessionierung und Projektierung von Atomkraftwerken seien unrealistisch und mit den Postulaten des Umweltschutzes unvereinbar, solange nicht die Folgen der Flusserwärmung durch die AKW Mühleberg, Beznau I und II über längere Zeit genauestens abgeklärt worden seien. 1970 hatte das Thema Atomkraftwerke bereits im Zentrum der Jahresversammlungen regionaler Gewässerschutzverbände gestanden.<sup>255</sup>

---

<sup>250</sup> NZZ, Nr. 156, 3.4.1971. NAK-Kommuniqué zu Verbois: Annexe 1, S. 259.

<sup>251</sup> Vgl. die Analyse von Abstimmungsergebnissen am Ende dieses Abschnitts.

<sup>252</sup> Einen Einblick, welche Themen an einschlägigen Veranstaltungen aufgegriffen wurden, geben die Berichte über die Gründungsversammlung des NAK (NuM, 3/1970, S. 104-107 u. 4/1970, S. 151-153) und der Jahresversammlung der „Interessengemeinschaft Bielersee“ (NuM, 5,6/1970, S. 235-239). Die Zeitschrift „Natur und Mensch“ tat sich ab 1970 allgemein als Plattform für AKW-kritische Beiträge hervor. Siehe Abschn. 5.3.1.

<sup>253</sup> Annexe 1, S. 247, NZ, Nr. 225, 22.5.1970. Die Standortbewilligung für Kaiseraugst hatte der Bund bereits am 15. Dez. 1969 erteilt (zusammen mit derjenigen für Leibstadt). Annexe 1, S. 241.

<sup>254</sup> Annexe 1, S. 246f; Zürcher, S. 48f; LNN, Nr. 51, 3.3.1971. Die Schweiz wünschte eine Aufteilung der Kühlkapazitäten des Rheins entsprechend der eingebrachten Wassermengen, Deutschland hingegen entsprechend der Länge der Uferstrecken. In Zahlen ausgedrückt hiess das: Die Schweiz beanspruchte 80%, Deutschland wollte ihr aber nur 55% zugestehen. Zürcher, S. 48.

<sup>255</sup> Die Aqua Viva wurde am 11. März 1970 gegründet und war vornehmlich gegen die Ausweitung der Binnenschifffahrt (insb. das Projekt des „Transhelvetischen Kanals“) gerichtet. Ihr gehörten u.a. der SBN, der Rhei-

Neben die Gewässerschutzdebatte trat 1970 auch eine öffentliche Diskussion der Gefahren der Radioaktivität. Das Problem der radioaktiven Abfälle wurde dabei aufgeworfen ebenso wie das Risiko und die Auswirkungen eines Reaktorunfalls, ausgelöst durch technische Pannen oder äussere Einwirkungen wie Flugzeugabstürze, Krieg oder Sabotage.<sup>256</sup>

Ins Zentrum der Sicherheitsdiskussion rückte aber eine Kontroverse über die Abgabe radioaktiver Strahlung an die Umgebung durch die Atomkraftwerke während des Normalbetriebs und, nachdem diese Abgabe von Atomenergiefachleuten bestätigt worden war, die Frage, inwiefern die damit verbundene Erhöhung der Radioaktivität gesundheits- und umweltschädigend sei. Die Befürworter betonten, dass die zusätzliche Belastung in der Umgebung der Atomkraftwerke im Vergleich zu den Schwankungen der natürlichen Strahlenbelastung oder zur Belastung durch medizinische Anwendungen nicht ins Gewicht falle.<sup>257</sup> Die Kritiker hingegen argumentierten, dass jegliche radioaktive Strahlung, ob natürlich oder künstlich entstanden, schädlich sei und die Belastung daher möglichst tief gehalten werden müsse. Sie beriefen sich auf neuste amerikanische Studien, die zu alarmierenden Ergebnissen gekommen waren. Die Namen ihrer Autoren, Gofman, Tamplin und Sternglass, gewannen rasch an Bekanntheit.<sup>258</sup> In diesem Zusammenhang kam es auch zu verschiedenen öffentlichen Aufrufen von Ärzten. Im Sommer 1970 verliehen Ärztevereinigungen der beiden Kantone Basel und des Aargaus in einem gemeinsamen Memorandum ihrer Sorge Ausdruck; kurz darauf auch die Niederösterreichische Ärztesgesellschaft. Im April des folgenden Jahres bezeichneten hingegen neun Radiologie-Professoren von schweizerischen Universitäten die Erhöhung der Radioaktivität durch den AKW-Betrieb als insignifikant.<sup>259</sup>

Der Aspekt der radioaktiven Belastung war ebenfalls Gegenstand der Untersuchungen von Prof. Tsivoglou, der im Juni 1970 sein Gutachten zuhanden der Basler Regierungen ablieferte. Darin kam der amerikanische Professor zum Schluss, dass das AKW Kaiseraugst punkto Strahlengefahr der örtlichen Bevölkerung zugemutet werden könne, empfahl aber aufgrund des Standortes in dichtbesiedeltem Gebiet „strenge und vielleicht sogar ungewöhnliche Sicherheitsvorkehrungen“. Und weiter hiess es: „Ob ein solcher Standort wünschenswert ist

---

naubund und Fischereigesellschaften an. Vgl. Annexe 1, S. 257f; Zürcher, S. 56, 98. Resolution der Aqua Viva vom 14.12.1970 in: NuM, 1/1971, S. 47. Generalversammlungen der „Arbeitsgemeinschaft zum Schutz der Aare“ (ASA) und der „Interessengemeinschaft Bielersee“ (IGB): Annexe 1, S. 257. Bericht letzterer in: NuM, 5,6/1970, S. 235-239.

<sup>256</sup> SPJ, 1970, S. 100f; vgl. Zürcher, S. 48. Der Absturz einer Swissairmaschine zu Beginn des Jahres 1970 bei Würenlingen in unmittelbarer Nähe des Eidg. Instituts für Reaktorforschung liess die Frage aufkommen, was geschähe, wenn ein Flugzeug direkt auf eine Atomanlage aufschlagen würde. In diesem Zusammenhang wurde auch die alte Forderung nach unterirdischer Anlage der Werke wieder geäussert. Zu Abfällen: Konradin Kreuzer, Radioaktive Abfälle, in: NuM, 3/1970, S.107f; zu Unfällen: Ders., sicherheit [sic] wird klein geschrieben, in: NuM, 5,6/1970, S. 239-241.

<sup>257</sup> Vgl. z.B. die Stellungnahme der Radiologieprofessoren vom April 1971 (Annexe 1, S. 263; Graeb, S. 85) oder den Aufsatz von Urs Hochstrasser (Hochstrasser).

<sup>258</sup> Dr. John W. Gofman und Dr. Arthur R. Tamplin von der Berkley University in Kalifornien führten zwischen 1963 und 1969 eine Forschungsarbeit im Auftrag der Atomic Energy Commission (USAEC) durch, in der sie Zusammenhänge zwischen Strahlendosen und Krebsfällen untersuchten. Ihre Ergebnisse lösten ab 1969 heftige Kontroversen in den USA aus. Prof. Dr. Ernest J. Sternglass, Radiologe an der Universität Pittsburgh publizierte ab 1970 mehrere Untersuchungen, in denen er die Auswirkung radioaktiver Strahlung im Zusammenhang mit Atomversuchen und in der Umgebung von AKW auf die Kindersterblichkeit beschrieb. 1971 setzte die UASEC dann die erlaubte maximale Strahlendosis um das 100fache herunter. Graeb, S. 156-165, Häsler, S. 119-125; Zimmermann, S. 67f, 79-88, 119-121. Ebenfalls rezipiert wurden die Untersuchungen des deutschen Walter Herbst, Leiter des radiologischen Instituts der Universität Freiburg i.B., der in der Schweiz auch persönlich in Erscheinung trat. Vgl. z.B. Häsler, S. 126-131; Zimmermann, S. 72f. Für bibliographische Hinweise siehe das Literaturverzeichnis von Graeb, S. 193-200. Zur Rezeption in der Schweiz vgl. Feuz u.a., S. 33. Einen guten Überblick über die Debatte um die Gefährlichkeit radioaktiver Strahlung gibt das Kapitel „Die unheimlichen Strahlen“ in Alfred A. Häslers 1972 erschienen Buch „Mensch ohne Umwelt?“. Häsler, S. 109-138.

<sup>259</sup> Das österreichische Memorandum wurde auch von schweizerischen Ärzten und Wissenschaftlern unterzeichnet und erschien zuerst in der Zeitschrift der schweizerischen Chiropraktiker. Annexe 1, S. 251f, 255, 263; SPJ, 1970, S. 101. Weitere Stellungnahmen von Ärzten: siehe Annexe 1, S. 255.

oder nicht, ist eine soziale und politische Frage (...) und kann nur von der betroffenen Bevölkerung entschieden werden.“<sup>260</sup> Wie nun dieser Befund zu interpretieren sei, wurde in der Folge Thema ausgiebiger Kontroversen.<sup>261</sup>

Mit der Sicherheitsfrage verfolgten die AKW-Kritiker auch die internationalen Entwicklungen bezüglich der Standortwahl. So wies das NAK auf die amerikanischen Richtlinien hin, welche die Bevölkerungsdichte im Umkreis von Atomkraftwerken beschränkten; und als der bundesdeutsche Wissenschaftsminister Leussink 1970 die Genehmigung für ein AKW-Projekt der BASF in Ludwigshafen wegen der Nähe zur Stadt vorerst für zwei Jahre auf Eis legte, spitzte man in Basel die Ohren.<sup>262</sup> Nebenbei: Leussink prägte in seiner Begründung den Begriff „Restrisiko“, dem noch eine lange Karriere im AKW-Diskurs bevorstehen sollte.<sup>263</sup>

Die SVA, die Elektrizitätswerke und die Bundesbehörden reagierten auf die öffentlich bekundeten Vorbehalte und Befürchtungen mit einer Informationskampagne. Ihre Atomexperten nahmen an kontradiktorischen Veranstaltungen teil, hielten Referate und publizierten Artikel. Die SVA erstellte Informationsmaterial für verschiedene Zielgruppen und führte im November 1970 in Bern während dreier Tage eine grosse Informationstagung durch, der ein speziell auf die Medienleute ausgerichtetes Seminar folgte. Angeführt von Bundesrat Bonvin zählten die Experten von Bund und Atomwirtschaft die vielen Sicherheitsmassnahmen auf, betonten die Ungefährlichkeit von Atomkraftwerken und wiesen darauf hin, dass zur Deckung des Energiebedarfs der Bau von Atomkraftwerken notwendig sei.<sup>264</sup>

Das Auftreten 'Schulter an Schulter' von Experten der Atomlobby und des Bundes hatte mittelfristig verhängnisvolle Folgen. Der Bund hatte bereits zu Beginn der Auseinandersetzungen seine Stellung als neutraler Dritter verloren. Bald schon machte sich bei vielen das Gefühl breit, völlig einseitig aufgeklärt worden zu sein; das Informationsmaterial der SVA wurde als Propaganda gebrandmarkt, und der Ruf nach unabhängigen Experten wurde laut.<sup>265</sup>

An den Veranstaltungen lernten sich aber auch die AKW-Gegner kennen. So gehörte Werner Zimmermann zu ihren Stammgästen ebenso wie die beiden Chemiker Konradin Kreuzer, der sich ab 1970 regelmässig in der Zeitschrift des Rheinaubundes zu den Atomkraftwerken äusserte, und Ralph Graeb, aus dessen Feder das 1972 erschienene Buch „Die sanften Mörder - Atomkraftwerke demaskiert“ stammte.<sup>266</sup>

Wie die SVA die Situation im Frühling 1971 einschätzte, können wir dem Bericht „L'opinion publique suisse face à l'énergie nucléaire“ entnehmen, den die SVA zuhanden der „4. Internationalen Konferenz für die friedliche Nutzung der Atomenergie“ erstellte.<sup>267</sup>

---

<sup>260</sup> Prof. E.C. Tsivoglou. Control of Radioactive Pollution at Kaiseraugst, Switzerland, 4.6.1970. Zitate aus der Übersetzung der empfehlenden Zusammenfassung, zit. nach LNN, Nr.51, 3.3.1971. Vgl. Konradin Kreuzer, Die radioaktive Gefährdung durch das Atomkraftwerk Kaiseraugst, in: NuM, 5/1971, S. 226f. Die Gewässerschutz-Problematik war nicht Thema der Expertise Tsivoglous.

<sup>261</sup> Vgl. die Artikel von Konradin Kreuzer in: NuM, 1/1972, S. 42-46 und 2/1972, S. 75-81.

<sup>262</sup> NZ, Nr. 432, 20.9.1970; NZZ, Nr. 156, 3.4.1971; Zimmermann, S. 70. Zum Projekt in Ludwigshafen, das die BASF übrigens 1972 aufgab: Jung, S. 74f; Radkau 1983, S. 376-382.

<sup>263</sup> Jung, S. 74f. Leussink verwendete den Begriff „Restrisiko“ als Argument gegen den Bau eines AKW in unmittelbarer Stadtnähe. Später wurde der Begriff von den AKW-Befürwortern übernommen, die ihn zur sprachlichen Risikominimierung verwendeten, indem sie das Risiko der Atomkraft zu einem Restrisiko verkleinerten.

<sup>264</sup> Annexe 1, S. 254; SPJ, 1970, S. 101. Feuz u.a., S. 33-36. Am 16.12.1970 folgte eine weitere Tagung für die Parlamentarische Gruppe für Natur- und Heimatschutz. ArSBN 3.4.1. Auf die Argumente der Befürworter wird in Abschn. 5.2.1 näher eingegangen.

<sup>265</sup> Vgl. Häsler, S. 116-118; Zürcher, S. 52. Vgl. Abschn. 5.2.3.

<sup>266</sup> Graeb. Das Buch fand auch in Deutschland Verbreitung: Radkau 1983, S. 450f. Zimmermann, S. 66-79. Zu Kreuzer siehe Abschn. 5.3.1.

<sup>267</sup> Feuz u.a..

Die Autoren der Studie halten fest, dass es auch heute nur wenige wirkliche Gegner der Atomenergie gebe. Diese teilen sie in vier Kategorien ein: a) Politiker, die meistens nicht fundamentale Opponenten seien; b) Individualisten, meist universitärer Bildung, die aus ideologischen oder philosophischen Gründen gegen technischen Fortschritt und die moderne Konsumgesellschaft kämpften und deren wichtigster Exponent Max Thürkauf sei; c) eine Gruppe innerhalb der Vereins für Volksgesundheit um Werner Zimmermann und d) verschiedene Personen wie Utopisten, Sektierer und Randfiguren, deren Ideen denjenigen der Hippies glichen. Die Politiker würden sich hauptsächlich auf die Leute aus Kategorie b stützen, während die Personen der Kategorien c und d oft in Gruppen an Veranstaltungen erschienen. In einigen pamphletartigen Absätzen verschreien die Autoren die Gegner sodann als Demagogen, unter denen sich aber keine wirklichen Spezialisten befänden.<sup>268</sup>

Interessant sind die Einschätzungen der Autoren der Studie, weshalb die Gegner auf eine solch grosse Resonanz stiessen:

„L'apparition et surtout l'extension rapide de l'opposition contre les centrales nucléaires coïncida avec la période durant laquelle l'opinion publique suisse commença à s'occuper de façon toujours plus étroite des problèmes de l'environnement. L'énergie atomique paraît maintenant devoir payer pour les erreurs passées de la technique et jouer en vérité le rôle d'un bouc-émissaire. (...) Le fait que les adversaires de l'énergie nucléaire trouvent un écho auprès d'un vaste public a probablement sa raison d'être dans le malaise aujourd'hui largement répandu que suscite un développement technique aux effets menaçants pour beaucoup d'être humains, ce malaise peuvent conduire jusqu'à une véritable hostilité envers le progrès.“<sup>269</sup>

Die Autoren machen auf den gesellschaftlichen Kontext aufmerksam, in dem die Umwelt problematisiert und der technische Fortschritt hinterfragt worden ist. Indem sie aber der Atomenergie einfach die Rolle des Sündenbocks zuschreiben, der für alle technischen Fehlleistungen gerade stehen muss, nehmen sie die Kritiker und deren Argumente nicht ernst. In einer abschliessenden Bilanz geben sich die Autoren denn auch optimistisch, dass trotz gewisser Probleme die Öffentlichkeit durch systematische und objektive Information für die Atomenergie gewonnen werden könne. Insbesondere für die letzte Zeit stellen sie Fortschritte in dieser Beziehung fest. Die Medien würden wieder objektiv und positiv über die Atomkraftwerke berichten, während die Gegner immer weniger Echo fänden.<sup>270</sup>

An der Analyse, die die Überwindung der AKW-Opposition zum Problem der hinreichenden Kommunikation erklärte, hielten Bund und Atomwirtschaft, zumindest gegen aussen, auch in den folgenden Jahren fest. Mochte diese Analyse in der Anfangszeit der AKW-Kontroverse eine gewisse Berechtigung haben, entpuppte sie sich später als eindeutiges Fehlurteil; was sich nur schon darin äusserte, dass der Anteil der AKW-Gegner in denjenigen Gegenden am grössten war, in denen das Thema am intensivsten diskutiert wurde.<sup>271</sup> Aber noch im Herbst 1972 tat Bundesrat Bonvin dem Nationalrat kund: „Actuellement, la difficulté n'est pas scientifique, technique ou économique, elle est psychologique.“<sup>272</sup>

---

<sup>268</sup> Ebd., S. 32f. Die NAK wehrte sich in einem Pressecommuniqué gegen die Diffamierungen der „Opponenten der herkömmlichen Atomkraftwerksprojekte“ im SVA-Bericht. BN, Nr. 402, 24.9.1971.

<sup>269</sup> Feuz u.a., S. 32.

<sup>270</sup> Ebd., S. 36. Die SVA versuchte in den folgenden Jahren, mit einer grossangelegten Propaganda die Öffentlichkeit von der Atomenergie zu überzeugen. Auch begann sie, sich intensiv mit der Opposition auseinanderzusetzen. Ebd. S. 33-35. Dabei arbeiteten die Promotoren der Atomenergie international zusammen: Gemeinsam mit dem „Atomic Industrial Forum“ veranstaltete die SVA 1972 und 1974 zwei mehrtägige Kolloquien über die amerikanische Anti-AKW-Bewegung. Annexe 1, S. 297, 382.

<sup>271</sup> Vgl. Kriesi, S. 5f. Allerdings halte ich im Gegensatz zu Kriesi nicht die Standortnähe, sondern die Kommunikationsstrukturen für das ausschlaggebende Kriterium. Siehe weiter unten.

<sup>272</sup> Zit. nach Favez, S. 152.

In einem wohl erst kurz vor Beginn der Konferenz im September 1971 beigefügten „Post Scriptum“ weisen die Autoren auf das Verbot der Flusswasserkühlung hin und fragen besorgt, ob die Konstruktion von Kühltürmen neue Opposition, besonders aus Kreisen des Natur- und Heimatschutz, wecken werde.

„Après la controverse nucléaire, sommes-nous à la veille d'une autre controverse, cette fois-ci sur les tours de réfrigération?“<sup>273</sup>

### Der Kühlturmstreit

Am 8. März 1971 setzte der Bundesrat den Auseinandersetzungen um die thermische Belastung der Gewässer ein Ende, indem er für die noch nicht im Bau befindlichen Atomkraftwerke an Rhein und Aare die Flusswasserkühlung verbot. Seiner Entscheidung stützte er ab auf die Ergebnisse neuer wissenschaftlicher Untersuchungen sowie die Empfehlungen des Expertenberichts „Baldinger“.<sup>274</sup>

Die Regierung des Kantons Aargau reagierte sehr ungehalten und warf dem Bundesrat Kurslosigkeit vor. Die Motor Columbus hingegen passte sich rasch den neuen Gegebenheiten an und legte bereits wenige Wochen nach dem bundesrätlichen Entscheid ein revidiertes Projekt mit Kühltürmen vor.<sup>275</sup>

Die Motor Columbus musste nun ein neues Baugesuch beim Gemeinderat von Kaiseraugst stellen, das vom 12. bis 22. Juli 1971 öffentlich aufgelegt wurde. Damit war die Ruhe der letzten Monate im Nu dahin. Das Projekt mit zwei 115 Meter hohen Kühltürmen löste in der Region eine Welle von Protesten aus. Binnen Tagen trafen beim Gemeinderat acht Einsprachen ein, und ein von 219 Kaiseraugster Stimmberechtigten unterschriebenes Begehren verlangte die Einberufung einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung. Am 10. August 1971 titelte „Der Bund“: „Der 'Kühlturmkrieg' bricht los“.<sup>276</sup>

Die Opposition gegen ein AKW mit Kühltürmen kam zum Teil aus neuen Kreisen und brachte neue Argumente vor. Lautstark meldete sich nun der regionale Fremdenverkehr zu Wort, an seiner Spitze die Gemeinde Rheinfelden, die um ihre Attraktivität als Kurort bangte. In einer gemeinsamen Einsprache bezeichneten der Gemeinderat und Tourismusvereine von Rheinfelden die Kühltürme als eine „Schockwirkung, eine seelische Belastung“, ihre gigantischen Ausmasse stellten eine „unannehmbare Beeinträchtigung“ der Landschaft dar. Zudem befürchteten sie klimatische Auswirkungen, insbesondere die vermehrte Bildung von Nebel. Die Argumente des Landschaftsschutzes und der Klimaänderung brachte ebenfalls die Aargauer Sektion des SBN vor, und auch in Basel machte man sich nun erst recht Sorgen um den regionalen Klimahaushalt.<sup>277</sup>

Zwar entlastete der 'Kühlturmentscheid' die Gewässerschutzdebatte, aber die Ängste betreffend Strahlengefahr blieben, die Klimafrage wurde akzentuiert und Vorbehalte bezüglich des Landschaftsschutzes kamen neu hinzu. Ausserdem wurde die Standortfrage abermals aktuell. Von verschiedener Seite wurde zu Recht darauf hingewiesen, dass die Standortplanung unter der Annahme der Flusswasserkühlung stattgefunden hatte. Unter den neuen

<sup>273</sup> Feuz u.a., S. 37.

<sup>274</sup> SPJ, 1971, S. 97f.

<sup>275</sup> Die Aargauer Regierung argumentierte, der Bundesrat habe mit den Standortbewilligungen für Kaiseraugst und Leibstadt praktisch auch die Flusswasserkühlung genehmigt (Vgl. Favez, S. 149f). Die Atomwirtschaft hatte offensichtlich mit dem Entscheid des Bundesrates gerechnet. Das Studienkonsortium für das AKW Leibstadt präsentierte seine Kühlturmvariante bereits im Juni 1971. SPJ, 1971, S. 98.

<sup>276</sup> Annexe 1, S. 272; Bund, Nr. 184, 10.8.1971.

<sup>277</sup> Annexe 1, S. 272; Zitate: Bund, Nr. 184, 10.8.1971. Vgl. Zürcher, S. 49f. Zum SBN vgl. Abschn. 5.3.2. Der Einsprache von Rheinfelden verliehen die Ortsparteien der BGB, CVP, FdP und SP mit einer von über tausend Personen unterschriebenen Petition Nachdruck. Eine weitere Petition stammte von 14 Basler und Aargauer Gemeinden. 1973 wurde zudem eine kantonale Initiative zum Schutze der aargauischen Heilbäder lanciert, die sich u.a. gegen die geplanten Kühltürme in Kaiseraugst wandte. Zürcher, S. 49.

Voraussetzungen müsse nun auch die Wahl sämtlicher Standorte nochmals überprüft werden. Dabei kristallisierten sich zwei völlig gegensätzliche Ansichten heraus: Während die einen aus Gründen des Landschaftsschutzes forderten, die Atomkraftwerke seien in Industriezonen und möglichst nahe beim Verbraucher zu erstellen, was den zusätzlichen Vorteil biete, dass die überschüssige Wärme, sobald dies technisch möglich sei, zur Heizung der Grossstädte verwendet werden könne, proklamierten die anderen hingegen genau das Gegenteil: Aus Gründen der Sicherheit und wegen der klimatischen Auswirkungen müssten die Atomkraftwerke in möglichst dünn besiedelten Gebieten errichtet werden, wobei manche an verlassene Alpentäler dachten.<sup>278</sup> Erstere verabsolutierten darauf die Frage nach der Sicherheit:

„Dieses oft zugunsten eines Standortes ins Feld geführte Argument [schwache Besiedlungsdichte] ist jedoch nicht stichhaltig. Entweder sind Atomkraftwerke sicher, dann können sie auch, wie in den USA, in der Nähe grosser Agglomerationen erstellt werden, oder sie sind unsicher, dann dürfen sie überhaupt nicht gebaut werden.“<sup>279</sup>

An dieser Stelle lohnt es sich, einen Blick auf die Entwicklungen in denjenigen Regionen zu werfen, in denen ebenfalls Atomkraftwerke geplant waren.<sup>280</sup> Wie in Kaiseraugst entzündeten sich die ersten Widerstände auch andernorts nicht erst an den Kühltürmen, sondern bereits an der Erwärmung der Gewässer. Als im Dezember 1969 das Projekt der NOK, ein AKW bei Rheinklingen im Kanton Thurgau zu errichten, an die Öffentlichkeit sickerte, kündigte das regionale „Rheinkomitee“, das im Zusammenhang mit Projekten zur Bodenseeregulierung gebildet worden war, entschiedenen Widerstand der Bevölkerung an.<sup>281</sup> Ebenfalls aus Naturschutzkreisen stammte eine Einsprache gegen die Wasserentnahme beim AKW-Projekt Graben, während die gleichgeartete, gegen das Projekt Gösgen gerichtete Opposition im Kanton Solothurn von den Gemeinden Olten und Schönwerd ausging.<sup>282</sup>

Zwischen Sommer 1971 und Herbst 1972 gaben verschiedene Gesellschaften AKW-Projekte mit Kühltürmen bekannt; in Leibstadt, Inwil, Graben, Rüthi/SG, Gösgen und Verbois.<sup>283</sup> In allen diesen Regionen stiessen sie auf Opposition.

In Leibstadt bildete sich im August 1971 ein „Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Leibstadt“. An seiner Spitze standen lokal bekannte Persönlichkeiten aus den Nachbargemeinden Leibstadts, u.a. zwei Gemeindepräsidenten. Das Komitee leistete Aufklärungsarbeit, sammelte Unterschriften für eine Petition und reichte Ende 1972 Einsprache gegen die Erteilung der Baubewilligung ein. Als die KKW Leibstadt AG den Opponenten eine Abfindungssumme von drei Millionen Franken offerierte, verzichteten diese im Dezember 1973 dann aber darauf, ihre Einsprachen weiterzuziehen, und gaben den Widerstand gegen den

---

<sup>278</sup> SPJ, 1972, S. 86f; Zürcher, S. 51f. Vgl. die Diskussionen im SBN: Abschn. 5.3.2.

<sup>279</sup> ArSBN, K 3.4, ENHK: Vernehmlassung zum Projekt eines Kernkraftwerkes Graben der BKW, 17. Aug. 1972. Die Bundesbehörden beschäftigten sich seit Juni 1970 mit der Standortplanung. Im Frühjahr 1973 erschien dazu der Bericht der „Eidg. Kommission für elektrische Anlagen“. Sarasin, S. 31; Zürcher, S. 51f.

<sup>280</sup> Die regionalen Widerstände gegen AKW neben Kaiseraugst sind mit der Ausnahme der Bewegung gegen das AKW Graben, mit der sich Kriesi ausführlich beschäftigt hat (Kriesi 1982), bisher kaum wissenschaftlich untersucht worden. Die folgenden Ausführungen stützen sich deshalb vorwiegend auf Quellen: die Quellsammlung Annexe 1, die Zeitschrift „Natur und Mensch“ und das „Année politique“. Als Sekundärliteratur diente Kriesi 1982, S. 23-25, 73-81.

<sup>281</sup> NuM, 1/1970, S. 32f. Das AKW-Projekt Rheinklingen war nach Landkäufen durch die NOK bekannt geworden. Im Herbst 1974 wurde es offiziell aufgegeben. Annexe 1, S. 240.

<sup>282</sup> Graben: Kriesi 1982, S. 78. Kriesis Datierung der Einsprache des Naturschutzvereins Oberaargau auf den November 1971 scheint mir allerdings fragwürdig, hatte doch der Bundesrat im März 1971 die Kühlwasserentnahme an Rhein und Aare verboten. Möglich wäre, dass die NOK für Graben eine gemischte Kühlung (Flusswasser und Kühltürme) anstrebten, wie die ATEL für Gösgen, deren Kühlprojekt am 18.2.1972 vom Bund aber abgelehnt wurde. Annexe 1, S. 289. Zu Gösgen: Annexe 1, S. 256f.

<sup>283</sup> Annexe 1, S. 270-313.



AKW-Bau auf.<sup>284</sup> Das Beispiel Leibstadt machte Schule: In Graben zielte der Widerstand der Behörden der umliegenden Gemeinden vor allem auf eine Beteiligung am finanziellen Gewinn ab, in Gösgen nahmen die AKW-Promotoren einer solchen Opposition durch eine Steuergeldregelung, die auch die Nachbargemeinden berücksichtigte, von Beginn weg den Wind aus den Segeln.<sup>285</sup>

Der Widerstand in der Region Gösgen flammte denn auch erst auf, als die Standortgemeinde Däniken im November 1972 die Baubewilligung für das AKW erteilen wollte. Dagegen erhoben nun 35 Organisationen und Einzelpersonen Einsprachen. Wie in Kaiseraugst waren unter den Einspracheführern Vertreter des Natur- und Landschaftsschutzes und der Tourismusbranche - die solothurnische Sektion des SBN und Einwohner des Thermalortes Lostorf. Während der Einsprachefrist wurde auch die „Aktion Pro Niederamt“ gegründet, auf deren Konto die Organisation der ersten schweizerischen Demonstration gegen Atomkraftwerke ging, an der im April 1973 in Olten weit über tausend Menschen teilnahmen. Ende 1973 lancierte sie zudem eine kantonale Initiative, welche die Absetzung der solothurnischen Regierung verlangte. Die Initiative kam allerdings nie zustande, und als die Bauarbeiten in Gösgen nach Abschluss der Einspracheverfahren Ende 1973 aufgenommen wurden, verschwand die Gruppierung vorläufig.<sup>286</sup>

Gegen das Projekt im luzernischen Inwil, das im November 1971 von der CKW öffentlich publik gemacht wurde, regten sich die ersten Widerstände in der aargauischen Nachbargemeinde Dietwil.<sup>287</sup> Das Projekt Rüthi, erstmals im März 1972 offiziell vorgestellt, stiess auf heftigen Widerspruch von der anderen Seite des Rheins, insbesondere aus dem Vorarlberg, etwas später auch aus dem Fürstentum Liechtenstein. Im Kanton St. Gallen kündigten die kantonale Sektion des SBN und die Kantonspartei des LdU Opposition an.<sup>288</sup> Ebenfalls aus Naturschutzkreisen erwuchs dem Projekt Graben Widerstand. Zudem zählen zu den ersten Opponenten des AKW wiederum Mitglieder der Volksgesundheit - wie schon in Kaiseraugst und übrigens auch in Inwil und Verbois.<sup>289</sup>

Von besonderem Interesse ist Verbois, handelte es sich doch um das einzige AKW-Projekt in der Romandie. Die federführende EOS informierte die Bevölkerung im Herbst 1972 über das Projekt, worauf sich sofort ein breiter, von mehreren Organisationen getragener Widerstand formierte.<sup>290</sup>

Leibstadt, Inwil, Graben, Rüthi, Gösgen und Verbois waren Nebenschauplätze des Ringens um die Atomkraftwerke, Hauptschauplatz blieb Kaiseraugst; und dies aus zwei Gründen: Zum einen hatte sich in der Region Basel die breitgefächertste und hartnäckigste Opposition gebildet, zum anderen war das Bauvorhaben der Motor Columbus bis Ende 1973 das Projekt, welches von allen am weitesten fortgeschritten war. Kaiseraugst wurde deshalb zum Testfall.

---

<sup>284</sup> Für die Aufgabe des Widerstandes war auch der Bundesgerichtsentscheid im Falle Kaiseraugst massgebend, der einen Weiterzug der Einsprachen aussichtslos erscheinen liess. Annexe 1, S. 335f; Kriesi 1982, S. 24f.

<sup>285</sup> Zu Gösgen: Annexe 1, S. 256f, 315; Kriesi 1982, S. 24, Anm. 18. Zu Graben: Kriesi 1982, S. 79f.

<sup>286</sup> Annexe 1, S. 314f; Kriesi 1982, S. 23f. 1975, im Anschluss an die Besetzung von Kaiseraugst, wurde die Aktion Pro Niederamt wiederbelebt und zur Geburtshelferin der UeBA Aargau/Solothurn. Kriesi 1982, S. 30f. Gösgen war dann in der 2. Hälfte der 70er Jahre Schauplatz heftiger Auseinandersetzungen zwischen Anti-AKW-Aktivistinnen und -Aktivistinnen und der Polizei.

<sup>287</sup> Annexe 1, S. 282f. Am 17.3.1972 organisierte der Gemeinderat von Dietwil eine kontradiktorische Veranstaltung zum Thema AKW. Bericht von Werner Zimmermann in NuM, 3/1972, S. 140-142.

<sup>288</sup> NuM, 4/1972, S. 198-201. Zur SBN-Sektion vgl. Kap. 5.3.2. Wie Kaiseraugst stand Rüthi anfangs der 60er Jahre bereits als Standort für ein thermisches Kraftwerk zur Diskussion. Auf diese Zeit gingen auch die Landkäufe der NOK zurück.

<sup>289</sup> Der Naturschutzverein Oberaargau reichte im März 1973 eine Petition mit 12'000 Unterschriften gegen den Standort des geplanten AKW beim Bundesrat ein. NuM, 5/1972, S. 263; 6/1972, S. 296f. Zur Volksgesundheit: Graben: Kriesi 1982, S. 78f; Inwil: Annexe 1, S. 345f; Verbois: Annexe 1, S. 338f.

<sup>290</sup> Auf diese Oppositionsbewegung werde ich in Abschn. 5.3.6 zurückkommen.

Der Testfallcharakter des AKW-Projekt Kaiseraugst offenbarte sich insbesondere im Bereich der Rechtsprechung. Die Entscheide im Falle Kaiseraugst hatten präjudizierende Wirkung auf die Verfahren bei den anderen AKW-Projekten.

Im Mai 1972 gab die 1971 eingesetzte Eidg. Kühlturmkommission ihre Zustimmung zum Projekt Kaiseraugst.<sup>291</sup> Der Gemeinderat von Kaiseraugst konsultierte daraufhin die Stimmberechtigten, die in einer ausserordentlichen Gemeindeversammlung die AKW-Pläne im Stimmenverhältnis von 3 zu 1 abschmetterten. Das Resultat sei zweifellos eindeutig, hinterlasse aber dennoch „einen zwiespältigen Eindruck“, kommentierte die NZZ das Abstimmungsergebnis.

„Bei allem Respekt vor den demokratischen Institutionen unseres Landes kann nicht übersehen werden, dass eine einzelne Gemeinde mit der Aufgabe, einen solch weit-schichtigen und ihren sonstigen Arbeitsbereich in jeder Hinsicht sprengenden Ent-scheid zu fällen, eindeutig überfordert wird.“

Zudem werde gegen den Entscheid des Gemeinderates mit Sicherheit rekuriert.

„Das letzte Wort in dieser Frage von landesweiter Bedeutung wird also ganz bestimmt nicht in Kaiseraugst gesprochen, und gerade dies ist es, was die am Donnerstag abend durchgeführte 'Übung in Demokratie' so fragwürdig erscheinen lässt.“<sup>292</sup>

Tatsächlich stand die Kaiseraugster Gemeindeabstimmung am Anfang eines bis zum Dezember 1973 dauernden Rechtsstreites. Dabei ging es um die elementare Frage, wer die Entscheidungsgewalt im Atomenergiebereich hat, ob Gemeindeautonomie oder Bundeskompetenzen schwerer wiegen, respektive, ob auf Gemeindeebene der Bau eines AKW verhindert werden kann.

Am 19. Juni 1972 folgte der Kaiseraugster Gemeinderat der Willensäusserung der Bevölkerung und lehnte das Baugesuch ab. Darauf begann sich das Beschwerdenkarussell zu drehen. Wie bereits 1970 beim Streit um die Kühlwasserentnahme hiessen die Stationen: Kantonsregierung Aargau, Verwaltungsgericht Aargau und schliesslich Bundesgericht. Treibende Kraft im Lager der AKW-Gegner war das NAK. Die obersten Schweizer Richter nahmen sich der Angelegenheit in ungewohnter Eile an: Nur Wochen nach deren Eingang lehnten sie im Juli und August 1973 alle Beschwerden ab, wobei sie auf drei der vier Klagen aus formalrechtlichen Gründen gar nicht erst eintraten. In ihrer Urteilsbegründung hielten die Richter fest, dass alle wesentlichen Aspekte betreffend Bau und Betrieb von Atomkraftwerken im Atomgesetz geregelt seien und somit in die Kompetenz des Bundes fielen. Am 5. Dezember 1973 erteilte der Gemeinderat schliesslich die Baubewilligung für das AKW Kaiseraugst.<sup>293</sup> Damit hatte die Atomwirtschaft einen wichtigen Durchbruch erzielt. Die Einspracheverfahren bei Gösgen und Leibstadt konnten Ende 1973 ebenfalls abgeschlossen werden.<sup>294</sup> Nach der Niederlage vor allen Instanzen waren die Möglichkeiten des Widerstandes auf dem Rechtsweg ausgeschöpft.

Unterdessen befassten sich nun aber auch die eidgenössischen Räte mit der AKW-Problematik. Die rechtlichen Verfahren sowie die offen ausgebrochenen politischen Zwistigkeiten unter den Kantonen und zwischen den Kantonen und dem Bund offenbarten die

---

<sup>291</sup> Noch im selben Jahr folgten die positiven Bescheide für die Projekte Leibstadt, Gösgen und Graben. Die folgenden Ausführungen basieren auf: Annexe 1; SPJ, 1972, 1973; Fred Müller, Erfolg in der letzten Phase?, in: NZ, Nr. 299, 25.9.1974; Kriesi 1982, S. 25f.; Salfinger, S. 111-114; Zürcher, S. 49f.

<sup>292</sup> NZZ, Nr. 277, 16.6.1972.

<sup>293</sup> NZ, Nr. 383, 8.12.1973. Eine Spezialkommission des Kaiseraugster Gemeinderates, in die auch zwei Vertreter des NAK berufen wurden, erarbeiteten im Herbst 1973 noch Auflagen zur Baubewilligung.

<sup>294</sup> Ein Spezialfall war die juristische Auseinandersetzung um das in Inwil geplante AKW. Hier wurde die Gemeindeabstimmung angefochten, welche eine knappe Zustimmung zu einer Zonenänderung zugunsten des AKW-Projekts ergeben hatte. Das Verfahren endete 1974 mit einer Niederlage der Projektgegner vor dem Bundesgericht. Annexe 1, S. 345f.

Mängel des Ende der 50er Jahre zur Lenkung der Atomenergieentwicklung entworfenen institutionellen Arrangements. Ab 1972 strengten mehrere politische Vorstösse eine Revision des Atomgesetzes von 1959 an. Aktivitäten eidgenössischer Parlamentarier wurden begleitet durch Standesinitiativen der Kantone Aargau, Basel-Land und Basel-Stadt; und auch der Bundesrat zeigte sich geneigt, die Atomgesetzgebung zu überholen.<sup>295</sup>

Die regionalen Bewegungen, die sich in der AKW-Frage engagierten, griffen zum Instrument der Volksinitiative. 1974 und 1975 sammelten sie Unterschriften für mehrere kantonale Initiativen, mit denen sie die jeweiligen Kantonsregierungen verpflichten wollten, gegen den Bau von Atomkraftwerken einzutreten. Bereits 1971 drohte das NAK mit der Lancierung einer nationalen Volksinitiative. Nach der Niederlage auf dem juristischen Feld nahmen diese Pläne konkretere Gestalt an.<sup>296</sup>

Nach Abschluss der juristischen Verfahren hemmten zwei neue Faktoren das Fortschreiten des AKW-Bauprogramms: die Kapitalknappheit der Unternehmen und die zögerliche Erteilung der Bewilligungen durch den Bund. Ab Ende 1973 tauchte bei allen AKW-Projekten Probleme auf, den enormen Kapitalbedarf zu decken. Kapital wurde knapp, und im Laufe des Jahres 1974 spannte sich die Lage auf dem Kapitalmarkt weiter an. Aber auch die fortwährende Opposition gegen die AKW-Projekte dürften die Kapitalaufnahme erschwert haben, sei es, indem sie zu einer allgemeinen Verunsicherung beitrugen und so das Anlagerisiko erhöhten, oder sei es, indem sie Investitionen direkt verhinderten. So verwarfen die Stimmbürger von Basel-Stadt im Frühjahr 1974 eine Beteiligung am AKW Gösgen. Die Kapitalknappheit spiegelte sich in den Zinssätzen für AKW-Anleihen wider: Betrag der Zinssatz für eine Gösgen-Anleihe 1973 noch 5¾%, stieg er im Laufe des Jahres 1974 auf 8% an.<sup>297</sup>

Andererseits traten Verzögerungen durch die schleppende Erteilung der amtlichen Bewilligungen ein. Der neue Vorsteher des EVED, Bundesrat Ritschard, machte den Mangel an verfügbaren Fachleuten dafür verantwortlich und erinnerte in diesem Zusammenhang daran, dass „die Zeit vorbei war, in der das Bewilligungsverfahren für ein Atomkraftwerk ablief wie das Bahnhofskino“.<sup>298</sup> Verschiedentlich wurde aber die Vermutung geäußert, dass die verzögerte Behandlung der Bewilligungsgesuche weniger mit einem Personalmangel zu tun hatte, als vielmehr dazu diente, den politischen Handlungsspielraum des Bundes im Atombereich über die engen, im Atomgesetz definierten Grenzen hinaus auszuweiten.<sup>299</sup>

### **Fazit: Früher Widerstand**

Wieso bildete sich Ende der 60er Jahre Widerstand gegen die Erstellung von Atomkraftwerken, der die schweizerische Gesellschaft in den 70er Jahren erschüttern sollte? Gilg und Hablützel halten in der „Geschichte der Schweiz und der Schweizer“ eine einfache Erklärung bereit: Mit den Atomkraftwerken kam auch die Opposition, das 'Problem' traf auf seine 'Antwort':

---

<sup>295</sup> Annexe 1, S. 333, 370, 380; SPJ 1972, S. 87f. Zum Inhalt der Vorstösse siehe Favez, S. 151-156.

<sup>296</sup> Kantonale Initiativen in BS, BL, SH, ZH, SG und LU. Siehe auch Abschn. 5.3.1. Zur „Atomschutz-Initiative“, die im Juni 1975 lanciert wurde siehe Abschn. 5.3.7. Zum Werdegang der Initiativen vgl. Aubert, S. 144-160.

<sup>297</sup> SPJ, 1973, S. 84, 1974, S. 88f; Vgl. Kriesi 1982, S. 26f; Sarasin, S. 35f. Zinssätze, ebd., S. 35.

<sup>298</sup> Die Bauarbeiten am AKW Leibstadt mussten wegen einer fehlenden Bewilligung im Sommer 1974 unterbrochen werden. SPJ, 1974, S. 88; Vgl. Kriesi 1982, S. 26; Sarasin, S. 36-38; Zitat Ritschard: ebd., S. 36.

<sup>299</sup> Da der Bund nur über polizeirechtliche Kompetenzen verfügte, d.h. einem Gesuch, das die gesetzlichen Vorschriften erfüllte, die Bewilligung erteilen *musste*, blieb ihm, falls er einem Gesuch nicht stattgeben wollte, nur der Weg der Nichtbehandlung. Rausch vermutet allerdings, dass diese Praxis im Einvernehmen mit der Atomwirtschaft erfolgt sei. Rausch, S. 45-47; vgl. auch Sarasin, S. 36-38. Eine genauere Verifizierung dieser Thesen wird erst aufgrund der Dokumente des Bundes möglich sein.

„Als 1969 in Beznau (AG) das erste schweizerische Atomkraftwerk seine Produktion aufnahm, begannen sich nun auch gegen die neue Energiequelle Bedenken und Widerstände zu regen“.<sup>300</sup>

Die Ausführungen in diesem Kapitel dürften klar gemacht haben, dass zwischen der Inbetriebnahme des AKW Beznau und dem Auftauchen von Oppositionen nur eine zeitliche, aber kaum eine inhaltliche Koinzidenz bestand.

Wieso nahm dieser Widerstand in der Region Basel seinen Anfang? Kriesi betont drei „kontextstrukturelle Merkmale“: Erstens leide die Region Basel in besonderem Masse an den Folgeproblemen des Wachstumsprozesses, zweitens sei im oberrheinischen Dreiländereck eine international gesehen einmalige Konzentration von Atomkraftwerken projektiert gewesen, und drittens zeichne sich Stadt und Region Basel durch eine spezifische politische Kultur aus, die für schweizerische Verhältnisse besonders gesellschaftskritisch sei.<sup>301</sup> Alle diese Faktoren spielten sicherlich eine Rolle. Vor allem trugen sie dazu bei, dass die Opposition gegen die Atomkraftwerke in der Region Basel einen besonders starken Zulauf erfuhr und breiten Rückhalt fand.

Wer aber die Entfesselung der Kontroverse um die Atomkraft erklären möchte, muss den konkreten Ort und Zeitpunkt sowie die Promotoren und Motive der ersten Oppositionen unter die Lupe nehmen. Dann zeigt es sich, dass andere Ursachen ausschlaggebend waren, die einerseits in den institutionellen Regelungen angelegt waren, die Ende der 50er Jahre für den Atomenergiebereich entworfen worden waren, und andererseits darin gründeten, dass man es in den 50er und 60er Jahren in festem Glauben an Technik und Fortschritt für unnötig befunden hatte, die in der Zeit durchaus erkennbaren und von einigen, allerdings marginalisierten, Leuten auch erkannten Probleme einer zivilen Nutzung der Atomkraft in einem breiteren Rahmen zu erörtern.

Wieso sich der Widerstand im Frühjahr 1969 ausgerechnet in der Region Basel entzündete, lässt sich vor diesem Hintergrund mit einem Zusammenspiel von politischen Grenzen und Entscheidungsregeln erklären. *Pièce de résistance* war von Anfang an das AKW-Projekt in Kaiseraugst. Wichtig ist in diesem Zusammenhang, sich die geopolitische Lage Kaiseraugsts vor Augen zu halten: Die Gemeinde Kaiseraugst gehört zum Kanton Aargau, grenzt aber an den Kanton Basel-Land und liegt nur zehn Kilometer rheinaufwärts der Stadt Basel, hingegen mehrere Dutzend Kilometer von Aarau entfernt.

Mit der Publikation des Berichts der Expertenkommission Baldinger wurde den Basler Politikern schlagartig zwei Dinge bewusst: nämlich, dass die Region Basel am meisten unter den Nebenwirkungen des AKW-Baus leiden würde, sie aber nichtsdestotrotz bei den Projektierungen völlig übergangen worden war. Die zentralistische Atomgesetzgebung kollidierte mit dem föderativen Aufbau der Schweiz.<sup>302</sup>

Da die Atomgesetzgebung die Basler nicht einmal zur Vernehmlassung zuliess, geschweige denn, ihnen Mitbestimmungsmöglichkeiten gewährte, versuchten diese nun - wie die landchaftlichen und städtischen Verlautbarungen im Frühjahr 1969 sehr schön belegen - fehlende rechtliche Kompetenzen durch politischen Druck zu kompensieren. Um ihren Forderungen nach Beteiligung am Entscheidungsprozess Nachdruck zu verleihen, brachten die Basler Politiker nicht nur die Kühlwasserfrage zur Sprache, sondern wiesen nach und nach auch auf andere Probleme - Strahlengefahr, radioaktiver Abfall, etc. - hin, die zwar seit längerem

---

<sup>300</sup> Gilg/Hablützel, S. 855.

<sup>301</sup> Kriesi 1982, S. 22. Zum Standortargument (zweitens) vgl. auch ebd., S. 5f.

<sup>302</sup> Der Bericht „Baldinger“ trägt das Datum vom 19. März 1968, die Basler Behörden erhielten ihn aber erst am 28. Februar 1969. Hinzu kam noch, dass in Basel finanzielle Anreize fehlten, da die Erträge des AKW Kaiseraugst im Kanton Aargau versteuerten worden wären.

bekannt und somit 'abrufbar' waren, aber bis dahin nie öffentlich ausdiskutiert worden waren.

Politische Grenzen, die Betroffene oder genauer gesagt, solche, die sich betroffen fühlten, von der Mitsprache oder von der Beteiligung an den erwarteten Profiten ausschlossen, blieben auch in der folgenden Zeit eine wichtige Quelle für die Bildung von Opposition, sei es auf kommunaler, kantonaler, nationaler oder internationaler Ebene.

Mit ihren Aktionen schufen die Basler Politiker eine öffentliche Plattform, auf der nun verschiedene Aspekte der Atomenergienutzung kritisch diskutiert werden konnten. Im Sommer 1969 bildeten die Kaiseraugster Gemeindeabstimmungen einen zusätzlichen Schauplatz für die Auseinandersetzungen. Nun fanden auch diejenigen kritischen Stimmen Resonanz, die bisher ungehört verhallt waren.

Neben der Problematik der Kühlwasserentnahme rückte die Diskussion der nuklearen Risiken immer mehr ins Zentrum. Die Kritiker des AKW-Baus konnten sich an den Kontroversen in anderen Ländern, insbesondere den USA, orientieren. Der internationale Informationstransfer schlägt als exogener Faktor zu Buche, der die Bildung von Widerstand förderte, der aber nur dank der endogen geschaffenen Resonanz zur Entfaltung gelangen konnte. So brach die öffentlichen Debatte um die Atomkraftwerke in der Schweiz etwa gleichzeitig aus wie in den USA, aber ein Jahr früher als in der Bundesrepublik und Frankreich.<sup>303</sup>

Die Befürworter aus der Atomwirtschaft und den eidgenössischen Behörden beschwichtigten und beteuerten die Sicherheit der Anlagen. Sie glaubten, im Besitze der wissenschaftlichen 'Wahrheit' zu sein. 1970 blies die AKW-Allianz zu einer grossangelegten Propagandaoffensive, welche ihre Wirkung auf die öffentliche Meinung, zumindest kurzfristig, nicht verfehlte.

Mit dem Verbot der Flusswasserkühlung im März 1971 und der dadurch erforderlichen Ausrüstung der Atomkraftwerke mit Kühltürmen tauchte jedoch ein neues Problem auf. Die Bedeutung des bundesrätlichen „Kühlturmentscheids“ wird in der Forschung allerdings eindeutig überbewertet: Kriesi sieht den „Kühlturmentscheid“ als das konstituierende Moment des Widerstandes:

„Bezeichnenderweise waren es denn auch die weithin sichtbaren Kühltürme und weniger die unsichtbare Radioaktivität, an denen sich der Widerstand erstmals in der Schweiz entzündete.“<sup>304</sup>

Das Urteil Kriesis ist von späteren Publikationen übernommen worden.<sup>305</sup> Zunächst müssen wir einmal festhalten, dass sich der Widerstand, wie die vorangegangenen Ausführungen gezeigt haben, keineswegs erstmals an den Kühltürmen „entzündete“. Zweitens basiert Kriesis Urteil auf einem (zu) einfachen Handlungsmodell: Die Kühltürme machten die unsichtbaren Gefahren der Atomenergie quasi sichtbar. Ihre visuelle Wahrnehmbarkeit löste sodann den Widerstand aus. Vom Ereignis, den drohenden Kühltürmen, wird monokausal auf die Reaktion, Widerstand dagegen, geschlossen, auf das 'Problem' folgt unweigerlich die 'Reaktion'. Ich kann weder die theoretischen Grundlagen noch das darauf aufbauende Urteil Kriesis teilen. Der „Kühlturmentscheid“ war *kein* Wendepunkt, die Zäsur ist vielmehr in den

---

<sup>303</sup> Eine vergleichende Untersuchung der Konflikte um die zivile Nutzung der Atomenergie in den USA, der Bundesrepublik und Frankreich findet sich bei Rucht, S. 405-473. Eine Aufsatzsammlung, die v.a. einzelne Länder(gruppen)studien vereint, hat Lutz Mez herausgegeben (Mez). Zur deutschen Anti-AKW-Bewegung siehe auch Radkau 1983, S. 434-461; zur französischen Bewegung: Touraine.

<sup>304</sup> Kriesi 1982, S. 5. Vgl. auch ebd., S. 16 („Diese ersten drei Werke [Beznau I und II, Mühleberg] konnten noch ohne nennenswerten Widerstand von Seiten der Bevölkerung erbaut werden. Bezeichnenderweise haben sie keine Kühltürme, sondern werden allein mit Flusswasser gekühlt.“) und ebd., S. 23.

<sup>305</sup> Vgl. Skenderovic 1994b, S. 41f; Walter 1996, S. 192. Auch Favez, der im übrigen allerdings eine differenzierte Analyse der Genese des Widerstandes vorlegt, spricht vom „Kühlturmschock“: Favez, S. 150.

Jahren 1972/73 anzusetzen, als sich die Interpretationsmuster bezüglich der Atomenergie grundlegend änderten.<sup>306</sup>

Dennoch war der „Kühlturmentscheid“ wichtig, da er folgenreich war: Erstens erwuchsen dem AKW-Bau neue Widerstände aus den Kreisen des Natur- und Landschaftsschutzes sowie der Tourismusbranche, ohne dass die alte Gegnerschaft ihren Widerstand aufgab. Zusätzlich wurden auch die lokalen Oppositionsbewegungen gestärkt.

Zweitens begannen die juristischen Verfahren nochmals von vorne - im Falle Kaiseraugst, nachdem sich die Gemeinde geweigert hatte, dem Baugesuch der AKW-Betreiber beizustimmen. Dies war in doppelter Hinsicht von Bedeutung: Zum einen traten die Unzulänglichkeiten der Bewilligungspraxis bei Atomkraftwerken nun derart offenkundig zutage, dass die Entscheidungsregeln im AKW-Bereich zu einem nationalen politischen Thema wurden. Zum anderen verzögerte sich die Ausführung der Projekte, und so konnte in der Zwischenzeit eine weiterführende Diskussion der AKW-Problematik erfolgen. Im übrigen betrachteten die AKW-Gegner die Einspracheverfahren unter anderem als ein Spiel auf Zeit.<sup>307</sup>

Für die nun folgende entscheidende Periode der Meinungsbildung, in deren Verlauf ein Übergang von der partiellen zur grundsätzlichen Opposition gegen Atomkraftwerke stattfand, war der „Kühlturmentscheid“ hingegen nur von marginaler Bedeutung. So wurde zwar bereits 1971 in Zusammenhang mit den Kühlturmplänen von einer „Gigantomanie“ gesprochen, die Interpretation der Kühltürme als Symbole einer durch und durch menschenfeindlichen Technik folgte jedoch erst in den folgenden Jahren, in denen sich die ökologische Kritik mehr und mehr des AKW-Diskurses bemächtigte.

#### *5.1.2. Grundsätzlicher Widerstand im Zeichen der ökologischen Kritik (1972-75)*

Für das Eindringen der ökologischen Kritik in den AKW-Diskurs lässt sich kein bestimmter Ausgangspunkt definieren, wie etwa für die Opposition gegen die Kühltürme. Dieses Eindringen lässt sich nicht an einem einmaligen Ereignis festmachen, sondern geschah allmählich in einem Prozess, für den, wie im folgenden belegt werden soll, 1972 und 1973 die entscheidenden Jahre waren.

In Abschnitt 5.2 wird untersucht, wie das Thema AKW in diesen Jahren von Wissenschaftlern der pro- und contra-Seite behandelt wurde. In Abschnitt 5.3 werden dann die Meinungsbildungsprozesse innerhalb von ausgewählten Natur- und Umweltschutzorganisationen verfolgt. Da auf die inhaltlichen Schwerpunkte der ökologischen Kritik an der Atomenergie in diesen Kapiteln ausführlich eingegangen wird, geht es nun vorerst darum, ein paar Anhaltspunkte zu präsentieren, die das Eindringen des ökologischen Diskurses in den AKW-Diskurs belegen.

### **Einsetzen der ökologischen Kritik an der Atomenergie**

Während der Bau von neuen Atomkraftwerken 1972 und 1973 zuerst durch die Abklärungen der eidgenössischen Kühlturmkommission, darauf durch die juristischen Verfahren blockiert war, wurde intensiv darüber kommuniziert, wie denn diese Atomkraftwerke zu beurteilen seien.

Die Bemühungen diese Frage zu klären, fanden ihren Ausdruck in verschiedenen Veranstaltungen. Vom 3. bis 5. Februar 1972 organisierte das Gottlieb-Duttweiler-Institut (GDI) in Rüschlikon bei Zürich eine internationale Studententagung „Energie, Mensch und Umwelt“, an der Wissenschaftler aus ganz Westeuropa und den USA teilnahmen. Die Tagung, die ur-

<sup>306</sup> Zu den theoretischen Grundlagen dieser Arbeit siehe Abschn. 2.1.

<sup>307</sup> Das NAK gab offen zu, dass das Weiterziehen der Beschwerden auch eine Verzögerungstaktik war. TA, Nr. 136, 15.6.1973.

sprünglich von der Atomwirtschaft angeregt worden war, wies in verschiedener Hinsicht der Entwicklung der AKW-Diskussion die Richtung.

In den vorbereitenden Besprechungen machten die Organisatoren des GDI ein „eigentliches Kommunikationsproblem“ aus, was die Funktion der Energiewirtschaft betraf. Die einen vertraten die Ansicht, dass die Energiewirtschaft exekutiven Charakter habe, d.h. die Ansprüche und Wünsche der Wirtschaft befriedigen müsse, während andere ihr aufgrund ihrer Schlüsselstellung im Wirtschaftssystem eine instrumentale Rolle zuschrieben, d.h. eine Gesamtverantwortung gegenüber der Wirtschaft übertrugen. Das GDI sah es nun als seine Aufgabe an,

„(...) zu einer Problematik alle betroffenen und interessierten Kreise im gemeinsamen Gespräch zu sammeln. Deshalb wollen wir die Frage der Atomkraftwerke in den weiteren Rahmen des gesamten Energieproblems stellen.“<sup>308</sup>

Zur Tagung wurden deshalb nicht nur Spezialisten der Atomtechnologie eingeladen, sondern Vertreter verschiedener Energiebranchen und wissenschaftlicher Disziplinen, neben Technik-, auch Naturwissenschaftler und Ökonomen. AKW-Befürworter trafen auf Kritiker. Geleitet wurde die Tagung von Professor Gerhard Kade von der Technischen Hochschule Darmstadt, der - ein pikantes Detail - im Vorjahr an der Generalversammlung des SVA als Referent vorgesehen, aber nach Durchsicht seines Vortragmanuskripts von den Veranstaltern wieder ausgeladen worden war.<sup>309</sup> Als Referenten traten unter anderen Pierre A. Tschumi, Ordinarius für Umweltbiologie an der Universität Bern und Ernst Friedrich Schumacher, deutscher Ökonom aus London, auf. Als Podiumsteilnehmer war mit John W. Gofman einer der meistzitierten amerikanischen AKW-Kritiker zugegen. An den Diskussionen beteiligten sich Peter Brenner, Journalist beim WWF, Christoph Leuthold von der AGU, Peter Niklaus vom NAK und Theo Ginsburg, Hans Christoph Binswanger und Samuel Mauch, die am „Nationalfondsprojekt Wachstum und Umwelt“ (NAWU) zusammenarbeiteten.<sup>310</sup>

Inwiefern war die GDI-Tagung richtungsweisend? Erstens in der Art der Thematisierung der AKW-Frage als Teil des ganzen Energiebereiches, der während der Tagung seinerseits wiederum unter dem Blickwinkel der Entwicklung von Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft diskutiert wurde. Die Gespräche verknüpften die Atomenergiedebatte mit der Wachstumsproblematik und der Frage nach der zukünftigen Entwicklung der Gesellschaft. Zweitens in der personellen Zusammensetzung der Gesprächsrunden, die den technischen Rahmen völlig sprengte. Drittens in der Art der Argumentation, die nicht mehr nur einzelne Aspekte der Atomenergie kritisierte, sondern den Bau von Atomkraftwerken von mehreren Perspektiven aus grundsätzlich ablehnte. Und viertens in bezug auf die konkreten Referenten und Gesprächsteilnehmer, die auch später immer wieder in die Diskussionen eingriffen, sowie der geäußerten Voten, die 1973 in Buchform erschienen und auch anderenorts wieder reproduziert wurden.<sup>311</sup> Der 1976 erschiene zweite Band des Alternativkatalogs bezeichnete die Tagung denn auch bereits als „legendär“.<sup>312</sup>

Die Ausweitung des AKW-Diskurses kann ebenfalls mit dem Vergleich zweier Veranstaltungen in Rheinfelden illustriert werden: Bei der ersten, die im Oktober 1970 stattfand,

---

<sup>308</sup> Energie, Mensch und Umwelt, S. 9.

<sup>309</sup> Zimmermann, S. 118; Energie, Mensch und Umwelt, S. 9.

<sup>310</sup> Referate und Diskussionen der Tagung: Energie, Mensch und Umwelt. Zum NAWU siehe Abschn. 5.2.2.

<sup>311</sup> Energie, Mensch und Umwelt. Die Grundsatzdokumentation des GDI von 1975 wider die Kernenergie reproduzierte die Referate von Schumacher, Tschumi und des Amerikaners John Esposito, ein längeres Votum von Gofman sowie den Schlussappell der Tagung von 1972. GDI 1975b, S. 13-35, 79-91.

<sup>312</sup> Alternativkatalog 2, S. 130. Zur öffentlichen Resonanz der Tagung, siehe SPJ, 1972, S. 85.

kreuzten Chemiker, Physiker und Radiologen die Klinge; an der zweiten im April 1972 referierten der Ökonom Schumacher und der Biologe Tschumi.<sup>313</sup>

Interessant ist ferner, wie das Thema Atomkraftwerke an der grossen Umweltagungen behandelt wurde, welche ab 1970 jeden Herbst an der ETH Zürich und an der Hochschule St. Gallen abgehalten wurden. Am grundsteinlegenden Symposium „Schutz unseres Lebensraumes“ im November 1970 an der ETH Zürich und am 1. Symposium für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der HSG 1971 referierten der Direktor des Eidg. Amtes für Energiewirtschaft und ein Vertreter der Motor Columbus über die ökologischen Vorzüge der Atomenergie gegenüber anderen Energieträgern. Am 2. St. Galler Symposium 1972 war (Atom-)Energie kein explizites Thema, hingegen sprachen die Referenten im Zeichen der Publikation des Berichts des Club of Rome viel über „Wachstum“ - ein Terminus, der je länger je mehr zu einer zentralen Bezugsgrösse in der AKW-Diskussion werden sollte. Das ETH-Symposium „Technik für oder gegen den Menschen“ im November 1973 schliesslich behandelte Energieerzeugung und -verwendung als eines der Haupttraktanden. Dort trafen nun die Meinungen von Gegnern und Befürwortern von Atomkraftwerken aufeinander.<sup>314</sup>

Auch in der politischen Diskussion wurde die gesamte Energiepolitik zunehmend problematisiert. Die Beobachter des „Année politique“ hatten bereits für das Jahr 1970 ausgemacht:

„Le pays ne se préoccupe plus seulement de son approvisionnement, mais encore de plus en plus des dangers de pollution et de contamination que lui font courir les divers sources d'énergie.“<sup>315</sup>

Im Rückblick auf das Jahr 1972 hielten sie fest:

„Mit dem zunehmenden Energieverbrauch stellen sich immer dringender zwei zentrale Probleme für die schweizerische Energiepolitik: einerseits geht es um die Möglichkeiten der zukünftigen Bedarfsdeckung und andererseits um das Verhältnis zwischen Energieproduktion und der Erhaltung der natürlichen Lebensbedingungen.“<sup>316</sup>

1972 fand diese Problematik auch den Weg ins Bundeshaus: Gleich mehrere parlamentarische Vorstösse verlangten nach einer „Gesamtenergiekonzeption“. Auf der einen Seite warnte man vor einer drohenden Versorgungslücke, auf der anderen Seite bestand man auf die Berücksichtigung ökologischer Aspekte in der Energiepolitik und verlangte die Abkehr vom herkömmlichen Wachstumsdenken. Der St. Galler Unabhängige Franz Jäger forderte in einer Motion gar eine Stabilisierung der Energieproduktion und die Benützung der Energie als Hebel zur Steuerung der wirtschaftlichen Entwicklung. Jäger ordnete hierbei auch die AKW-Frage diesem Interpretationsrahmen unter. Der Einfluss der Studie des Club of Rome auf die Entwicklung der Debatte war unübersehbar.<sup>317</sup>

Im Februar 1973 skizzierte der Bundesrat als Antwort auf fünf parlamentarische Vorstösse die „Grundzüge einer schweizerischen Gesamtenergiekonzeption“, welche darauf von der SGU grundsätzlich kritisiert wurde. 1973 stellten Organisationen des Umweltschutzes auch als erste nationale Verbände die Atomenergie öffentlich in Frage. Im April forderte die SGU,

---

<sup>313</sup> Veranstaltung 1970: Annexe 1, S. 254. Veranstaltung 1972: AZ, Nr. 89, 17.4.1972; BN, Nr. 159, 17.4.1972. Das Referat von Schumacher wird in Abschn. 5.2.2 untersucht.

<sup>314</sup> Leibundgut; Walterskirchen; Horn u.a.; Fornallaz. Siehe Abschn. 5.2.

<sup>315</sup> SPJ, 1970, S. 98.

<sup>316</sup> SPJ, 1972, S. 85.

<sup>317</sup> SPJ, 1972, S. 85. Favez, S. 153f. Die Erarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption postulierte auch die Arbeitsgruppe Perspektivstudien unter Leitung des Ökonomieprofessors Kneschaurek. Einige Vorstösse nahmen direkten Bezug auf die Club of Rome-Studie, so das Postulat „Gesamtenergiekonzeption“ des freisinnigen Letsch. Amtl. Bull. NR, 1972, S. 1800-1803.



dass vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke eine Gesamtenergiekonzeption ausgearbeitet werden müsse. Im Juni sprach sich der WWF für ein Moratorium aus.<sup>318</sup>

Im Herbst 1973 brach dann die sogenannte Erdölkrise über die Welt herein. Seit Anfang Oktober befanden sich Ägypten und Israel im Krieg. Mitte desselben Monats entschied die OAPEC, die Organisation der arabischen erdölexportierenden Länder, die 'Erdölwaffe' einzusetzen. Darauf verdoppelten sich die Weltmarktpreise für Erdöl in kürzester Zeit, und Versorgungsengpässe begannen sich abzuzeichnen. Der Bundesrat sah sich zu Sofortmassnahmen veranlasst, von denen insbesondere die Anordnung dreier autofreier Sonntage in kollektiver Erinnerung geblieben ist.<sup>319</sup> Der „Erdölschock“ war aber nicht Initiator, sondern nur Katalysator einer Neuausrichtung der Energiepolitik, wie die Entwicklung des Diskurses zeigt.<sup>320</sup> Im Sommer 1974 trat der Bundesrat schliesslich auf die Forderungen ein, die seit gut zwei Jahren im Raume standen, und setzte eine Expertenkommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK) ein.<sup>321</sup>

Im Herbst 1973 hatte Willy Ritschard Roger Bonvin, der das Amt seit 1968 innegehabt hatte, als Vorsteher des EVED abgelöst. Zwei Zitate, das erste von Bonvin aus dem Frühjahr 1972, das zweite von Ritschard aus dem Herbst 1974, mögen nochmals, diesmal auf der Ebene des Bundesrates, den tiefgreifenden Wandel des AKW-Diskurses illustrieren:

Roger Bonvin:

„Ja, ich übernehme die Verantwortung für den weiteren Bau von Atomwerken. Es sterben heute in der Schweiz mehr Leute an Herzinfarkten aus Ärger wegen der Schwierigkeiten, die ihnen die Atomwerkgegner bereiten, als an der Radioaktivität der Kernkraftwerke.“<sup>322</sup>

Willy Ritschard:

„Der faustische Pakt bezog sich auf das Problem der radioaktiven Abfälle, vor allem der schwer abbaubaren, von denen ich gesagt habe, dass die Lagerung dieser Abfälle eine gesellschaftliche Stabilität voraussetze, die nie erhältlich sei. - Ich will jetzt nicht auf die Problematik der Atomkraftwerke eingehen (...). Man kann sich in dieser Frage nicht überzeugen. Hier gibt es einfach Gläubige und es gibt Ungläubige, und man findet für jeden Experten, der das eine sagt, einen, der das Gegenteil beweist.“<sup>323</sup>

### **Die Integration der alternativen Subkultur und die nationale Koordination der Opposition**

Ab Ende 1973 kam auf Seiten der Opposition nochmals neue Akteure ins Spiel. Einerseits hatte sich im Zuge der thematischen Ausbreitung des Diskurses auf immer weitere Felder in den Jahren 1972 und 1973 der gesellschaftliche Charakter der AKW-Frage offenbart. Andererseits verlangte das Scheitern der Opposition, die Atomkraftwerke auf dem Rechtsweg zu verhindern oder zumindest einen Entscheid der Bevölkerung herbeizuführen, nach neuen Wegen. Diese beiden Faktoren prägten den Kontext, in dem ab Ende 1973 neue Gruppierungen das Thema aufgriffen, welche Kriesi in seiner Studie zur Opposition gegen Graben als Vertreter der alternativen Subkultur beschrieben hat.<sup>324</sup>

<sup>318</sup> Siehe Abschn. 5.3.3 und 5.3.4.

<sup>319</sup> Annexe 1, S. 355-160. Vgl. Walter 1996, S. 184f. Weitere bundesrätliche Massnahmen waren der Appell an die Bevölkerung, sparsam mit Heizöl umzugehen, sowie die Beschränkung der Höchstgeschwindigkeiten auf Autobahnen auf 100 km/h.

<sup>320</sup> Zur Interpretation der Erdölkrise vgl. Abschn. 5.3.5.

<sup>321</sup> SPJ, 1974, S. 86. Vgl. Abschn. 5.3.3.

<sup>322</sup> Zit. nach Panda, 3/1973, S. 9.

<sup>323</sup> Amtl. Bull. NR, 1974, S. 1647. Zu den Biographien von Bonvin und Ritschard siehe Altermatt 1991, S. 512-517, 545-550.

<sup>324</sup> Kriesi 1982.

Im November 1973 entstand im Kreise Basler Jungsozialisten die Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst (GAK). Hauptinitiator war der Sissacher Politologiestudent Ruedi Epple, der sich bereits seit einiger Zeit mit der Theorie des gewaltfreien Widerstandes, wie sie seit Ende der 60er Jahre von Theodor Ebert verfochten wurde, auseinandergesetzt hatte. Diskussion und Anwendung dieses Konzeptes blieben auch später ein zentrales Element der Aktivitäten der Bewegung.

Kampf um mehr (Basis-)Demokratie, Methode des gewaltfreien Widerstandes und Ziel einer ökologischeren Gesellschaft prägten die „Grundsatzerklärung der GAK“:

„Immer mehr grundsätzliche Entscheide, welche unser Zusammenleben in der Gesellschaft betreffen, werden durch Interessengruppen gefällt, ohne dass die Bevölkerung angehört wird. Dieser Zustand ist unhaltbar. In Sorge um eine derartige Entwicklung, die der echten Demokratie zuwiderläuft, haben sich 'Gewaltfreie Organisationen' gebildet.(...) Für folgende Ziele setzen wir uns mit aller Kraft ein:

- Baustop des Atomkraftwerkes Kaiseraugst, bis in der Region ein demokratischer Entscheid der betroffenen Bevölkerung vorliegt.
- Gesamtenergiekonzeption unter Berücksichtigung der ökologischen Grenzwerte unseres Lebensraumes.
- Einschränkung der Energieverschwendung und Entwicklung anderer Energieformen.
- Alternativen zum exponentiellen Wirtschaftswachstum.(...)“<sup>325</sup>

Die GAK fand rasch eine breite Unterstützung in der Region Basel und machte durch unkonventionelle Aktionen auf sich aufmerksam, etwa den „Probe-Hock“ auf dem Baugelände in Kaiseraugst zwischen Weihnachten und Neujahr 1973/74 oder den „Alu-Boycott“ 1974/75. Ins Zentrum der nationalen Aufmerksamkeit geriet die Bewegung am 1. April 1975, als sie das Baugelände in Kaiseraugst besetzte und so den Beginn der Bauarbeiten am AKW verhinderte. Der Erfolg der Besetzung, die elf Wochen dauerte, hatte eine nationale Ausstrahlungskraft; noch 1975 wurden in anderen Regionen mehrere „Gewaltfreie Aktionen“ gegründet.<sup>326</sup>

1974 stiessen auch die Organisationen der Neuen Linken zur Opposition. Die Progressiven Organisationen der Schweiz (POCH) starteten in mehreren Kantonen politische Initiativen und versuchten, der Debatte eine klassenkämpferische Richtung zu geben.<sup>327</sup> Im Anschluss an die Besetzung von Kaiseraugst spaltete sich die Anti-AKW-Bewegung in einen gemässigten Flügel um die GAK und einen fortschrittlichen Flügel um die Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst (GAGAK).<sup>328</sup>

Ab 1973 wurde auch versucht, die regionalen Anti-AKW-Organisationen auf nationaler Ebene zu koordinieren, die Gründung eines Dachverbandes scheiterte aber. In Luzern wurde im Oktober 1973 hingegen die erste Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke (UeBA) gegründet.<sup>329</sup> Die neuerdings nationale Ausrichtung der AKW-Gegner zeigte sich auch in der

<sup>325</sup> „Grundsatzerklärung der GAK“, zit. nach Schroeren, S. 35.

<sup>326</sup> Die Geschichte der GAK ist gut erforscht, daher habe ich mich auf das Wesentlichste beschränkt. Zur GAK siehe vor allem das Buch von Schroeren. Ausserdem: Füglistler, S. 76-82; Kriesi 1982, S. 27-33. Neue „GAK“ entstanden in Graben, Bern und Inwil.

<sup>327</sup> SPJ, 1974, S. 89.

<sup>328</sup> Kriesi 1982, S. 32f.

<sup>329</sup> Immerhin fanden 1973 und 1974 verschieden Koordinationssitzungen statt. Annexe 1, S. 379. ArSGU, 130, Aktennotiz „KKW-Gegner“. Die UeBA Luzern handelte sich den Ruf ein, von rechtsgerichteten Politikern dominiert zu sein, da ihrem Patronatskomitee acht NA- oder Republikaner-Mitglieder angehörten. Annexe 1, S. 352; SPJ, 1973, S. 84; Kriesi 1982, S. 25. Tatsächlich war das Patronatskomitee mit Persönlichkeiten aus der ganzen Schweiz breit abgestützt. Ihm gehörten u.a. an: Wolfgang Naegeli (WWF), Physikprofessoren Walter Heitler und Jean Rossel, EVP-Nationalrat Heinrich Schalcher, Hansjürg Weder (NAK) und Werner Zimmermann. Sozarch, 92.3.C, QS, „UeBA LU: Atomkraftwerke ja oder nein?“, Flugblatt, verm. 1974.

Ausarbeitung einer eidgenössischen Volksinitiative, die 1974 konkrete Formen anzunehmen begann.<sup>330</sup>

Im Mai 1974 gab sich das NAK das juristische Gewand eines Vereins und änderte seinen Namen: Fortan nannte es sich „Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke“ (NWA). Mit dem Namen radikalisierte es auch seine Zielsetzung und forderte von nun an einen Baustopp für alle Atomkraftwerke.<sup>331</sup>

Mit der Integration von Teilen der Alternativen Subkultur erfuhr das Lager der AKW-Gegnerinnen nochmals eine wichtige Stärkung. Die Motivation dieser Leute lag einerseits im Kampf gegen eine als „Unrechtsstaat“ empfundene Bürokratie, und andererseits in der Horrorvision einer überwachten Gesellschaft, eines „Atomstaates“. Die Kühltürme eigneten sich hierbei vorzüglich zur Symbolisierung dieses zentralistischen, grosstechnischen, die menschlichen Dimensionen sprengenden „Systems“.

Wie entwickelte sich die öffentliche Meinung zu den Atomkraftwerken? Die Frage ist schwierig zu beantworten, da die Quellenlage unzureichend ist. Anhaltspunkte bieten die Resultate einiger Umfragen, sowie von Abstimmungen.<sup>332</sup>

**Tabelle 4: Abstimmungen und Meinungsumfragen**

Datum	Anlass	dafür	dagegen	keine Meinung
1) Sept. 1973	Gösgen-Abstimmung Stadt Zürich	66	34	-
2) Dez. 1973	Umfrage der SVA	65	19	16
3) Feb. 1974	Gösgen-Abstimmung Kt. Basel-Stadt	35	65	-
4) 1976	Umfrage der Isopublic	56	36	8
5) 1979	Abstimmung Atomschutz-Initiative	51	49	-
6) 1979	Analyse Vox	40	60	-

Anmerkungen:

- 1,3) Abstimmungen über die finanzielle Beteiligung am AKW Gösgen, Zürich: 23.9.1973, Basel: 25.2.1974.
- 5,6) „Dafür“ meint *für* die Atomenergie, also *gegen* die Initiative.
- 6) Die VOX-Analyse zur Abstimmung über die Atomschutz-Initiative ergab, dass eine grosse Zahl der Abstimmenden die Bedeutung von ja und nein verwechselt hatte und somit entgegen ihrer Meinung stimmte. Diese individuellen Fehler brachten die Initiative zu Fall.

Im Lauf der 70er Jahre wuchs mit der Dauer der Auseinandersetzung um die Atomenergie auch die Zahl der AKW-kritischen Stimmen. Auf eine positive Korrelation zwischen Diskursintensität und Ablehnung der Atomenergie deuten auch die Abstimmungsergebnisse von Zürich und Basel (1 und 3) hin. Basel blickte 1974 bereits auf eine längere, leidenschaftlich geführte Debatte zurück, und regionale Oppositionsbewegungen, insbesondere des NAK, leisteten seit Jahren Aufklärungsarbeit. Diese Abstimmungen bedürfen allerdings einer nä-

<sup>330</sup> Siehe Abschn. 10.6.

<sup>331</sup> NZ, Nr. 166, 30.5.1974.

<sup>332</sup> Die Tabelle sowie die folgenden Ausführungen beruhen auf: SPI, 1973, S. 83; 1974, S. 88f; Kriesi 1982, S. 3-6; VOX, S. 15f. Zur Abstimmung 1979 vgl. auch Skenderovic 1994a, S. 46-49.

heren Untersuchung. Bei der Umfrage der SVA schliesslich muss man berücksichtigen, dass sie - wohl nicht zufällig - kurz nach Ausbruch der Erdölkrise erhoben wurde.

Signalwirkung für Politik und Öffentlichkeit hatte die Besetzung von Kaiseraugst: Der starke Rückhalt, den die Besetzer und Besetzerinnen in der Region fanden, machte unwiderrufflich klar, dass es sich bei der AKW-Opposition nicht um marginale Grüppchen von Idealistinnen und Chaoten handelte, sondern um eine von breiten Bevölkerungsschichten mitgetragene Bewegung.<sup>333</sup>

## 5.2. Die Rolle der Wissenschaftler

In diesem Abschnitt soll die Rolle der Wissenschaftler im Diskurs über die Atomenergie näher beleuchtet werden. Zuerst werden die Promotoren der Atomenergie und ihre Argumente vorgestellt, danach die Gegner und ihre Argumente. Anhand exemplarischer Aufsätze soll dargestellt werden, welche Argumentationslinien zu welchem Zeitpunkt geäussert wurden. Derart kann annäherungsweise auch festgemacht werden, welche Argumente wann verfügbar waren. Der letzte Teil des Abschnitts widmet sich dem 'Kampf um die Wahrheit'. Wie versuchten die Akteure beider Seiten, ihren Argumenten und ihrer Autorität den nötigen Nachdruck zu verleihen und die Gegenseite zu desavouieren?

### 5.2.1. Die Promotoren der Atomenergie und ihre Argumente

Als Promotoren der Atomenergie traten Vertreter des Bundes und der Elektrizitäts- und Atomwirtschaft in der Öffentlichkeit auf. Auf Seiten des Bundes stiegen, angeführt von Bundesrat Roger Bonvin, etwa Hans Rudolf Siegrist, Direktor des Bundesamtes für Energiewirtschaft, Peter Courvoisier, Chef der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen, und Urs Hochstrasser, in den 60er Jahren Delegierter des Bundesrates für Atomfragen, in den Ring. Prominentester Exponent der Privatwirtschaft war Michael Kohn, Delegierter des Verwaltungsrates der Motor Columbus, der im Verlauf der Auseinandersetzungen regelrecht zum Feindbild der Anti-AKW-Bewegung - zum „Atompapst“ - wurde.<sup>334</sup>

Die folgenden Ausführungen, die die Argumentationsmuster dieser Promotoren beleuchten, beziehen mehrere Referate und Aufsätze ein, die zwischen November 1970 und Frühjahr 1974 gehalten oder publiziert wurden.<sup>335</sup>

„Die Schweiz ist in den kommenden Jahren auf die Kernenergie für die Deckung eines Teils ihres Energiekonsums angewiesen. Das Öl dominiert heute in beträchtlichem Ausmass die schweizerische Energiewirtschaft. Diese Tatsache muss für uns einigermaßen beunruhigend wirken, nicht nur vom Standpunkt der Umweltprobleme, sondern auch demjenigen der Versorgungssicherheit. Eine bessere Verteilung auf andere Energieträger erscheint deshalb wünschenswert.“<sup>336</sup>

---

<sup>333</sup> Zur Kaiseraugster Besetzung und deren Wirkung siehe Schroeren und Füglistler sowie Favez, S. 157-166 und Kriesi 1982, S. 30-33.

<sup>334</sup> Hier nur eine Reminiszenz: Der populäre Basler Liedermacher Aernschd Born widmete Kohn in seinem Lied „D'Ballade vo Kaiseraugscht“ eine ganze Strophe.

<sup>335</sup> Verwendete Quellen(für die vollständigen bibliographischen Angaben siehe die Bibliographie):

- Hans Rudolf Siegrist, Die Auswirkungen der Energiewirtschaft auf die Umwelt, 1970.
- Urs Hochstrasser, Sicherheitsmassnahmen und Garantien beim Betrieb von Kernkraftwerken, 1971.
- Heinz Baumberger, Wirtschaftliche Probleme einer umweltkonformen Energieversorgung, 1971.
- Michael Kohn, Perspektiven der schweizerischen Energiepolitik, 1973.
- E. Trümpy, Aktuelle Probleme der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft, 1973.
- Rudolf A. Leder: Kernenergie, notwendig und sicher, 1974.

<sup>336</sup> Hochstrasser, S. 114.

So beginnt der Aufsatz von Urs Hochstrasser der im Sommer 1971 im „Schweizer Naturschutz“ erschien. Diese wenigen Zeilen beinhalten die Kernpunkte der Argumentation der Atomenergiebefürworter.

Die Promotoren der Atomenergie gingen davon aus, dass der Energiebedarf in den nächsten Jahren weiter ansteigen werde, wobei sie sich auf die Entwicklung des Energieverbrauchs der jüngsten Vergangenheit abstützten. Im wesentlichen wurde das Wachstum der Vergangenheit in die Zukunft extrapoliert und so der zukünftige Bedarf an Energie errechnet. Auf dieser methodischen Grundlage entstanden zu Beginn der 70er Jahre gleich mehrere Perspektivstudien, die alle zu ähnlichen Ergebnissen gelangten: Sie prophezeiten eine Verdoppelung des Energiebedarfs bis Mitte 80er Jahre und eine Verdrei- oder Vervielfachung bis ins Jahr 2000.<sup>337</sup>

Aufgabe der Energiepolitik war nun, aus Sicht dieser Leute, die Nachfrage zu befriedigen, d.h. Mittel bereitzustellen, um den wachsenden Energiebedarf zu decken. Die Wahl der Mittel sollte sich am „magischen Dreieck“ billig - sicher (unabhängig) - umweltgerecht orientieren, das Bundesrat Spühler bereits 1964 proklamiert hatte.<sup>338</sup>

Im Zentrum der Aufsätze stand das Postulat der Umweltgerechtigkeit der Energieversorgung. Hierzu wurde analysiert, wie die Nutzung der einzelnen Energieträger die Umwelt beeinflusst, was de facto auf einen Vergleich zwischen den flüssigen Brenn- und Treibstoffen, sprich Erdöl, und der Atomenergie hinauslief. Andere Energieträger wurden zwar in den Vergleich einbezogen, fielen aber als zu unbedeutend (Holz, Kohle, Gas, und erst recht Sonnen- und Windenergie) oder als nicht weiter ausbaufähig (Wasserkraft) aus den Traktanden. Einzig in der Kernfusion sah man eine ernsthafte Option.<sup>339</sup>

Beispielhaft für diese Argumentation ist das Referat, das Heinz Baumberger, Leiter der wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Motor Columbus, im Oktober 1971 am Umweltsymposium in St. Gallen hielt.<sup>340</sup> Die Verwendung von Erdöl, das 1970 nahezu 80% des Gesamtenergieverbrauchs der Schweiz ausmachte, bringe, so Baumberger, verheerende Umweltbeeinträchtigungen durch die Verschmutzung von Luft und Wasser mit sich. In globaler Perspektive beunruhige zudem die Vermehrung des CO<sub>2</sub>-Gehalts der Atmosphäre, die zu Klimamodifikationen ungewissen Ausmasses führen könnte; und schliesslich setze das Raubbauproblem - die Tatsache, dass die Erdölvorkommen viel schneller ausgebeutet werden als sich neue bilden können - der Nutzung dieser Energiequelle früher oder später Grenzen.<sup>341</sup>

„Als Alternative zur ölthermischen kommt die nuklear-thermische Elektrizitätserzeugung in Frage. Diese steht gegenwärtig im Brennpunkt der öffentlichen Diskussion, wobei die Streitpunkte immer ökologischer Natur sind. Behaftet mit dem Odium der Atombombe haben die Kernkraftwerke dabei nicht immer mit einer sachlichen Argumentation zu rechnen. Ohne Zweifel gilt es hier zwischen echten und unechten Umweltproblemen zu unterscheiden.“

---

<sup>337</sup> Trümpy, S. 172-176. Siehe auch Baumgartner, S. 225-227, Kohn, S. 161-164. 1972/73 erschienen Perspektivstudien vom Eidg. Amt für Energiewirtschaft und von der Arbeitsgruppe Perspektivstudien (Kneschaurek) sowie der vierte „Zehn-Werke-Bericht“ der Elektrizitätswerke.

<sup>338</sup> Siegrist, S. 5; Baumgartner, S. 225; Trümpy, S. 171f. Bundesrat Spühler sprach 1964 noch nicht von „Umweltschutz“, sondern nannte „Schutz der Gewässer und der Luft und möglichste Wahrung des Landschaftsbildes“ als Ziele.

<sup>339</sup> Baumgartner, S. 229-239; Siegrist, S. 52-63; Leder, S. 39.

<sup>340</sup> Nach demselben Muster wie Baumbergers Referat ist auch dasjenige von Siegrist aufgebaut.

<sup>341</sup> Baumgartner, S. 229-231, 236-239; Vgl. auch den Aufsatz von Siegrist. Der „Treibhauseffekt“ - auch der Begriff - war bereits anfangs der 70er Jahre bekannt, auch wenn bezüglich der Auswirkungen der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Anteils der Atmosphäre noch grössere Unklarheiten bestanden. So wurde auch die These des „Eiszeiteffekts“ vertreten.

Als „unechte“ Umweltprobleme gelten für Baumberger die radioaktive Gefährdung durch Verstrahlung bei Normalbetrieb und die Möglichkeit einer Havarie. Zwar gebe es „nirgendwo in der Welt der Technik eine absolute Sicherheit“, aber der Sicherheitsstandard bei kommerziellen Atomkraftwerken sei äusserst hoch. „Gesamthaft gesehen ist das Strahlungsrisiko (...) extrem klein, insbesondere wenn man es mit anderen Risiken des zivilisatorischen Lebens vergleicht.“

Auch die radioaktiven Abfälle würden kein „eigentliches Umweltproblem“ darstellen, sondern seien eine Frage der Technik. Das einzige „echte“ Umweltproblem ist für Baumberger die Abfallwärme, die infolge der begrenzten Aufnahmekapazität der Gewässer den Bau von Kühltürme erforderlich mache. Die damit verbundenen Landschaftsbeeinträchtigungen müssten in Kauf genommen werden, könnten aber durch die Wahl der Standorte in Industrieregionen, welche durch die „an sich eleganten Formen der Kühltürme“ weniger gestört würden, vermindert werden.<sup>342</sup> Das CO<sub>2</sub>-Problem stelle sich bei der Atomenergie nicht, das Raubbauproblem nur für die heute gängige Reaktortechnologie. Durch die Einführung schneller Brutreaktoren würden sich die der Umfang der Rohstoffvorräte verfünzigfachen.<sup>343</sup>

Der darauf folgende Vergleich der verschiedenen Energieträger bezüglich ihrer Umweltbelastung fällt eindeutig zugunsten der Atomenergie und zu Lasten der flüssigen Brenn- und Treibstoffe aus.<sup>344</sup>

Aufgrund seiner Analyse formulierte Baumberger „ökologische Postulate bezüglich der Energieversorgung“: Im Vordergrund steht die Forderung, die stark umweltschädigenden Energieträger durch „saubere“ zu substituieren:

„Wenn wir von der realistischen Annahme eines weitgehend exogen bestimmten weiteren Wachstums des Energieverbrauchs ausgehen, so können wir daraus ableiten, dass mit der Inbetriebnahme jedes Atomkraftwerkes der Verbrauch von Energieträgern mit grösserer Umweltverschmutzung verhindert wird. Dies ist der Fall, weil oft Elektrizität an Stelle von Erdöl als Energieträger verwendet werden könnte (...). Der Kampf gegen Atomkraftwerke gemahnt an die etwas groteske Situation, in der versucht wird, einem Kranken den Schnupfen auszutreiben, derweil er an Krebs leidet. (...) Man kann mit Fug und Recht behaupten, dass der Bau von Atomkraftwerken gerade aus ökologischen Gründen vordringlich ist. Dabei wäre es wünschenswert, wenn die Atomelektrizität vor allem auch einen Einbruch in das Gebiet der Heizungen und der Warmwasseraufbereitung von privaten Haushalten erzielen würde (...).“<sup>345</sup>

Mehr über die Vorstellungen der Befürworter als viele Worte besagt die Abbildung „Zeitlicher Verlauf der installierten Kraftwerksleistung in der Schweiz“ aus dem anfangs erwähnten Aufsatz von Hochstrasser. Das Bild zeigt zwei zunehmend steiler steigende Kurven, die

---

<sup>342</sup> Baumgartner, S. 233-235; Zitate, S. 233 und 234. Auch für Leder stellten sich in der „Langzeitperspektive“ nur zwei Probleme: „Beseitigung der lokal anfallenden Abwärme und die sichere Beseitigung der radioaktiven Abfälle. (...) Beide Probleme sind zwar ernst, aber vorwiegend organisatorischer und technologischer, nicht grundsätzlicher Natur.“ Leder, S. 39.

<sup>343</sup> Die Brutertechnologie wurde als mittelfristige Perspektive der Atomtechnologie auch in den folgenden Jahren beibehalten: Kohn, S. 166, Leder, S. 39. Im Hinterkopf behielten die Atomenergiepromotoren - „für eine allerdings noch etwas unbestimmte Zukunft“ (Baumgartner, S. 238) - auch die Möglichkeiten der Kernfusion, die praktisch unbegrenzte Energiemengen bereitstellen könnte. In diesem Zusammenhang wurde auch von „Reaktorgenerationen“ gesprochen: Bei der gängigsten Variante (es gab verschiedene) folgte der ersten „Generation“ der AKW, als zweite Generation die Schnellen Brüter und als dritte die Fusionsreaktoren. Vgl. Radkau 1983, S. 69-71.

<sup>344</sup> Baumberger, S. 239-241. Vgl. auch Siegrist, S. 64; Kohn, S. 165.

<sup>345</sup> Baumgartner, S. 242f. Weitere Forderungen Baumbergers sind die Verbesserung der einzelnen Energieträger, die Reduktion der Zunahme des Gesamtenergieverbrauchs und die Förderung der Forschung. Ebd., S. 241-248.

zwei mögliche Varianten der zukünftigen Entwicklung der Kernenergieproduktion darstellen. Die zugrunde gelegten „jährlichen Zuwachsraten“ von 4,5% respektive 5,5% liegen in der Grössenordnung des damals prognostizierten Anstiegs des Stromverbrauchs der Schweiz. Das Wachstum der Leistung und die Zahl der Kraftwerke ist 'nach oben' offen, wie das an die Aufzählung der bekannten Atomkraftwerksprojekte angehängte Wörtchen „usw.“ offenbart.<sup>346</sup>

In den Jahren 1972 und 1973 wurde die Frage der Energieversorgung dann zusehends mit der Debatte um die Grenzen des Wachstums verknüpft. Von Umweltschutzseite wurde die Drosselung der Energiezufuhr gefordert.

Am ETH-Symposium „Technik für oder gegen den Menschen“ im November 1973, also kurz nach Beginn der Erdölkrise, betonte Michael Kohn, dass die Schweiz, damit die Elektrizitätswirtschaft nur schon ihren Anteil am Energieverbrauch halten könne, bis zum Jahr 2000 „mindestens 10 neue Kernkraftwerke“ in Betrieb haben müsse. Ansonsten beraube sie sich der Möglichkeit, sich „der politischen und wirtschaftlichen Bevormundung seitens der Erdölländer besser zu entziehen“. Aber auch ökologische Gründe sprächen für die Kernenergie:

„Durch Gas und Kernenergie in Form von Elektrizität und Wärme werden die flüssigen Brenn- und Treibstoffe mit ihren heutigen Immissionen zum Teil ersetzt. Umweltschutz heisst nicht nur Drosselung und Elimination - sondern auch Substitution.“<sup>347</sup>

Am selben Symposium behauptete Trümpy, der Präsident des VSE, bereits ab 1975/76 drohe ein „Elektrizitätsmanko“, und nur der Bau von Kernkraftwerken lasse hoffen, dass dieses nur vorübergehend sei. Hierbei müsse man bedenken, dass nicht zuletzt ein aktiver Umweltschutz Strom brauche.<sup>348</sup> In diesem Sinne antwortete auch Rudolf Leder vom SVA auf die Forderung des WWF nach einem AKW-Bau-Moratorium:

„Die einzige Möglichkeit, die technische Zivilisation mit den Umweltbedingungen in Einklang zu bringen, besteht in der Ablösung der bestehenden Durchsatz-Wirtschaft durch eine Kreislaufwirtschaft (...). Der Übergang von der Durchsatz- zur Kreislauf-Wirtschaft erfordert aber zusätzlichen Energieverbrauch. (...) Aus diesem Grunde ist eine Drosselung der Energieproduktion zum Zwecke der Begrenzung des Wachstums materieller Parameter unserer Zivilisation widersinnig, sofern man sich zur Beibehaltung des heutigen Lebensstandards der Allgemeinheit und somit letztendlich zu einer demokratischen Gesellschaftsordnung ohne wohlstandsbevorzugte Eliten und energiebenachteiligte Mehrheiten bekennt.“

Da die Vorräte an fossilen Brennstoffen ebenso begrenzt seien wie die Möglichkeiten der Energieerzeugung mittels Alternativtechnologien, biete die „Nutzung der Kern-Brennstoffe in sogenannten Brutreaktoren“ den einzigen Ausweg.<sup>349</sup> Ähnlich argumentierte Kohn:

„[Die] vehementen Gegenforderungen nach Stillstand und Umkehr, nach Steuerung und Drosselung des Energieangebots und die Opposition gegen neue Produktionsanlagen übersehen allesamt, dass damit Eingriffe in die Wirtschaft und Gesellschaft verbunden sind, die unsere Lebensverhältnisse entscheidend verändern. (...) Kommandopulte unserer Kraftwerke können nicht zu Kommandostellen unserer Wirtschaft werden.“<sup>350</sup>

Trümpy schliesslich gab seiner Überzeugung Ausdruck,

---

<sup>346</sup> Hochstrasser, S. 119.

<sup>347</sup> Kohn, S. 164f. Zitat: S. 165.

<sup>348</sup> Trümpy, S. 172-177. Als Beispiele für stromintensiven Umweltschutz führt Trümpy die Förderung des öffentlichen Verkehrs, die Kläranlagen und die Recyclingtechnik auf.

<sup>349</sup> Leder, S. 37-39.

<sup>350</sup> Kohn, S. 168.

„(...) dass langfristig nicht die Emissionen der elektrischen Produktionsanlagen die entscheidenden Grenzen für die Stabilisierung unseres künftigen Weltsystems bilden werden, sondern, dass im Gegenteil die anderswo festgelegten Schranken (...) durch die Elektrizität noch erweitert werden können.“<sup>351</sup>

Zusammenfassend können wir festhalten: Ausgehend von einem weiteren Wachstum des „Energiebedarfs“ argumentierten die Promotoren der Atomenergie, dass der Bau von Atomkraftwerken hinsichtlich des Umweltschutzes die bessere Alternative sei als die Ausweitung der Energieversorgung auf der Basis von Erdöl. Aus diesem Grunde sei gar eine Substitution der flüssigen Brenn- und Treibstoffe durch den „sauberen“ Atomstrom anzustreben. Die Gefahren und Probleme der Atomenergie habe man entweder technisch im Griff (Strahlungsrisiko) oder ständen vor technischen Lösungen (radioaktive Abfälle, Raubbauproblem). Hinsichtlich des Wachstums vertraten die Befürworter der Atomenergie eine 'Durchbrecher-These': Sofern genügend Energie bereitgestellt werde, behaupteten sie, könne ein technischer Umweltschutz die ökologischen Probleme lösen. Die „künstliche“ Verknappung auf der Angebotsseite lehnten sie ab, da diese auf die wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklung zerstörerisch wirken würde.

### 5.2.2. Die Gegner der Atomenergie und ihre Argumente

Öffentlich gegen die Atomenergie sprachen sich Wissenschaftler aus ganz unterschiedlichen Disziplinen aus; verbindendes Merkmal war ihr Engagement in der Umweltdebatte. Zu diesen Wissenschaftlern gehörten der Umweltbiologe Pierre A. Tschumi von der Universität Bern und der in London wirkende, deutsche Ökonom Ernst Friedrich Schumacher, der sich in den Jahren 1972 und 1973 mehrmals in der Schweiz aufhielt, ebenso wie der Berliner Zukunftsforscher Robert Jungk, der zum medienwirksamsten Wortführer des Anti-AKW-Protests in Deutschland wurde.<sup>352</sup> Aber auch Schweizer Physikprofessoren äusserten sich kritisch: so Walter Heitler von der Universität Zürich und Jean Rossel von der Universität Neuenburg.<sup>353</sup>

Eine hervorragende Rolle im Lager der Gegner spielte eine Gruppe von Wissenschaftlern, die im sogenannten „NAWU“-Projekt zusammenarbeiteten. NAWU hiess „Nationalfondsprojekt Wachstum und Umwelt“ und stand unter der Leitung des Ökonomieprofessors Hans Christoph Binswanger, der bereits 1969 seine Antrittsvorlesung an der Hochschule St. Gallen unter den Titel „Wirtschaftliches Wachstum - Fortschritt oder Raubbau?“ gestellt hatte.<sup>354</sup> Das Projekt startete 1972 mit finanzieller Unterstützung des Nationalfonds, aber auch von privater Seite, etwa dem SBN, und vereinigte ein interdisziplinäres Forschungsteam mit Vertretern von vier Hochschulen (ETH und Universität Zürich, Universität Konstanz, Handelshochschule St. Gallen) und der Wirtschaft. Die ursprüngliche Zielsetzung lautete:

„Wie und mit welchen politisch-rechtlichen Steuerungsstrukturen ist es möglich, aus der Phase eines exponentiellen Wachstums in geordneter Weise, ohne ökonomische Krisen, in ein ökonomisch-ökologisches Gleichgewicht zu gelangen?“

---

<sup>351</sup> Trümpy, S. 183.

<sup>352</sup> Alle drei Wissenschaftler partizipierten an der Tagung des GDI im Februar 1972 (Energie, Mensch und Umwelt), Tschumi und Jungk am Symposium in St. Gallen 1972 (Horn u.a.), Schumacher und Tschumi an einer Veranstaltung des NAK im April 1972 (AZ, Nr. 89, 17.4.1972) und Schumacher am ETH-Symposium 1973 (Fornallaz). Zur Rolle von Jungk in der deutschen Anti-AKW-Bewegung: Radkau 1983, S. 435.

<sup>353</sup> Beide Physiker waren im Patronatskomitee der UeBA Luzern: Sozarch, 92.3.C, QS, „UeBA LU: Atomkraftwerke ja oder nein?“, Flugblatt, verm. 1974. Rossel war zudem Vorstandsmitglied der SGU, 1978 erschien sein Buch „Atompoker: Kernindustrie in kritischem Licht“ - das französische Original erschien ein Jahr zuvor (Rossel).

<sup>354</sup> Der Text der Vorlesung, der sich auch heute noch mit Gewinn liest, findet sich in Binswanger 1991, S. 27-41. Er wurde erstmals in der NZZ veröffentlicht: NZZ, Nr. 351, 31.7.1970.



Die Fragestellung wurde aber bald schon durch den Einbezug gesellschaftlicher Aspekte erweitert.<sup>355</sup>

Verschiedene Mitarbeiter des NAWU-Projekts griffen in den folgenden Jahren in die AKW-Debatte ein. Wie im folgenden Abschnitt (5.3) dargelegt wird, übten sie einen nachhaltigen Einfluss auf die Meinungsbildung in den Umweltorganisationen. Zu dieser Gruppe gehörten Samuel Mauch und Elmar Ledergerber, ihr profiliertester Exponent war aber Theo Ginsburg. 1964 hatte der Physiker Ginsburg noch eine wissenschaftliche Studie „Die friedliche Nutzung von nuklearen Explosionen“ publiziert, einige Jahre später wechselte er aber die Seiten. Er selbst schrieb über seine 'Konversion':

„Erst viel später, Ende der sechziger Jahre, wurde mir die schreckliche Wahrheit klar - und seither bin ich vom Saulus zum Paulus geworden: ich verschrieb mich dem Kampf gegen die Atomkraft, sowohl in der Form der Bombe, wie auch seines siamesischen Zwillings, dem Atomkraftwerk.“<sup>356</sup>

Im folgenden soll anhand zweier Aufsätze von Ernst Friedrich Schumacher und Theo Ginsburg die Argumente der AKW-Gegner beleuchtet werden.

Den ersten Text „Atomkraftwerke und unsere Umwelt“ hielt Schumacher als Referat an einer Veranstaltung des NAK im April 1972 in Rheinfelden. Der Text wurde in der Zeitschrift des Rheinaubundes publiziert.<sup>357</sup>

Als erstes führt Schumacher aus, dass die Atomenergie weder notwendig, noch billig, noch unerschöpflich sei. Aufgrund der begrenzten Uranvorkommen der Welt seien die Atomkraftwerke nicht in der Lage, einen wesentlichen Beitrag zur Weltenergieversorgung zu leisten. Die Atomenergie mache ökonomisch nur Sinn als eine Spekulation auf die Schnellen Brüter respektive der vorsorglichen Materialproduktion für diese, die unabsehbare neue Gefahren beinhalte.<sup>358</sup> Bereits der Bau von Atomkraftwerken sei aber mit einer „ganz neuen Dimension der Gefährdung“ verbunden:

„(...) nicht die Gefahr, dass im ernstesten Unglücksfall einige Menschen zu Schaden kommen, sondern eine irreversible Gefährdung der genetischen Substanz des Menschen und allen Lebens auf Erden.“<sup>359</sup>

An den propagierten Möglichkeiten der Ingenieurkunst, die Atomtechnik zu beherrschen, müsse aus „gesundem Menschenverstand“ heraus gezweifelt werden:

„Warum passieren denn eigentlich überhaupt irgendwo Unglücksfälle, wenn unsere Ingenieurkunst perfekt ist? Und auch wenn unsere Ingenieurkunst perfekt wäre, ist der Mensch als Individuum und als soziales Wesen so perfekt, dass er sich immer und ausnahmslos an alle Vorschriften und Vorsichtsmassnahmen hält, dass er sich nie irrt, nie neurotisch, schizopren, verrückt, zerstörungswütig oder sonstwie böse wird?

---

<sup>355</sup> Binswanger 1978, Vorwort. Ergebnisse des NAWU-Projekts wurden 1978 im sogenannten „NAWU-Report“ veröffentlicht, wobei NAWU nun für „Neue Analysen für Wachstum und Umwelt“ stand: Binswanger 1978. Auf Seite 11 des Reports findet sich eine Liste der Mitarbeiter. Zum NAWU-Projekt siehe auch: Ginsburg 1974, S. 201f, Ginsburg 1987, S. 74-77.

<sup>356</sup> Ginsburg 1987, S. 72f.

<sup>357</sup> Schumacher 1972.

<sup>358</sup> Die AKW-Gegner lehnten die Brütertechnologie aus drei Gründen ab: Erstens würden die „Schnellen Brüter“ höhere Risiken in sich bergen als die AKW. Zweitens bestehe die Gefahr eines Missbrauchs des Plutoniums, das bei Brüterkraftwerken in grossen Mengen entsteht und zur Herstellung von Atomwaffen verwendet werden kann. Drittens erhöhe die Brütertechnik die Uranausnutzung und somit die Ressourcenbasis um ein Vielfaches und mache so die Atomenergie erst zu einer längerfristig bedeutsamen Option, resp. - aus Sicht der Gegner - Gefahr. Bis heute wurden nur wenige Brutkraftwerke gebaut, die bekannteste und wohl auch umstrittenste Anlage, der „Superphenix“, steht in Frankreich. Zur Brütertechnologie siehe Elektrizitätswirtschaft, S. 142-144; Weber, S.37-40. Vgl. auch die Abschn. 5.2.1 u. 5.3.4.

<sup>359</sup> Schumacher 1972, S. 250.

Kann sich ein Techniker oder Wissenschaftler dafür verbürgen, dass es nie wieder Krieg, nie wieder Bürgerkrieg oder Aufstände oder Attentate oder Verzweiflungsaktionen von Leuten geben wird (...). Nie wieder so etwas? „Nie“ ist ein langer Begriff, und die Gefährdung durch Radioaktivität ist ebenso lang; d.h. Zeiträume, die länger sind als die gesamte uns bekannte Geschichte menschlicher Zivilisation. (...) Angesichts dieser langfristigen Prospekte - langfristig nicht in historischen, sondern in geologischen Dimensionen - werden alle diffizilen und hochwissenschaftlichen Berechnungen über das Entweichen von Radioaktivität aus im Betrieb stehenden Anlagen zu einer irreführenden Lächerlichkeit.“<sup>360</sup>

Tatsächlich fand in der Folge ein Wandel im Atomenergiediskurs statt: Die Problematik der Abfälle verdrängte diejenige der radioaktiven Emissionen bei Normalbetrieb als dominantes Thema.<sup>361</sup>

Schumacher fährt fort, die reichen Länder müssten einen neuen Lebensstil finden, der nicht eine „immer grösserer Gewalttätigkeit gegen die Natur“ erzwingt, sie müssten die Material- und Energieverschwendung stoppen und die „Einkommensenergien“ aus Sonne, Wind, Gezeiten und anderen Quellen mobilisieren.

„Eine Lebenseinstellung, die unbedenklich die Zukunft der Biosphäre den grössten Gefahren aussetzt, die dann durch immer grössere Anstrengungen von Wissenschaft und Technik zwecks Unfallverhütung und Absicherung gegen radioaktive Verseuchung überkompensiert werden sollen, führt in die Sackgasse, aus der es bald kein Entrinnen mehr geben wird. Wir dürfen uns von technologischen Enthusiasten, die sich in die Supertechnik so verliebt haben, dass sie für die lebenszerstörenden Folgen dieser Technik jedes Gespür verloren haben, nicht länger überrumpeln lassen.“<sup>362</sup>

Der zweite Text, ein Referat von Theo Ginsburg „Langfristige Aspekte des Energiewachstums“, entstand anderthalb Jahre später, im November 1973, anlässlich des Symposiums der ETH Zürich „Technik für oder gegen den Menschen“.<sup>363</sup>

Ginsburg stellt die Atomenergie in den Rahmen des Energie- und Wirtschaftswachstums sowie der Rohstoffvorräte und der Belastungsfähigkeit der Umwelt. Das Wachstum stosse schon heute überall an wirtschaftliche, soziale und ökologische Grenzen.

„Mit anderen Worten: dem materiellen Überfluss unserer modernen Wohlstandsgesellschaft folgt die ständige Erosion der Lebensqualität des einzelnen wie ein Schatten, der sich nicht mehr abschütteln lässt.“<sup>364</sup>

Ginsburg greift daraufhin eine Studie des amerikanischen Wissenschaftlers und Propheten des Atomzeitalters Alvin Weinberg von 1970 auf.<sup>365</sup> In der dieser prognostiziert Weinberg, dass sich der globale Energieverbrauch bis ins Jahr 2100 verzwanzigfachen werde. Bis 2040 werde die Atomenergie Öl und Naturgas vollständig ersetzen und ab diesem Zeitpunkt 90% der Energieproduktion übernehmen. Anhand von Weinbergs Vision des Atomzeitalters erläutert Ginsburg - in ähnlicher Weise wie der oben zitierte Schumacher - , welche Dimensionen aufgrund einer solchen Entwicklung das Transport- und Abfallproblem, die Erstellung

<sup>360</sup> Ebd., S. 250f.

<sup>361</sup> So war das Problem der radioaktiven Abfälle ab 1972 ein Hauptthema der parlamentarischen Debatten zur Atomenergie auf Bundesebene. Siehe Favez, S. 154-156. Und in diesem Zusammenhang ist auch die Gründung der „Nationalen Genossenschaft für die Lagerung radioaktiver Abfälle „(Nagra) im Dezember 1972 zu sehen. Zur Nagra siehe Energiewirtschaft, S. 50-53.

<sup>362</sup> Schumacher 1972, S. 251.

<sup>363</sup> Ginsburg 1974. Laut Ginsburg trug sein Referat ursprünglich den Titel „Atomenergie“, der ihm aber untersagt wurde. Ginsburg 1987, S. 74f.

<sup>364</sup> Ginsburg 1974, S. 204.

<sup>365</sup> Weinberg, Alvin M.; Hammond, R. Phillip. Limits to the Use of Energy, American Scientist, July-August 1970.

und Stilllegung von Reaktoren, die allgegenwärtige Sicherheitsproblematik und deren soziale Implikationen annehmen würden.

In diesem Zusammenhang begegnet er auch einem Vorwurf an die Ökologen:

„Warum - so lautet die Frage - richten sich ihre Vorbehalte in bezug auf unsere Energiepolitik immer wieder in erster Linie gegen die sogenannte sauberste Energieform, die Kernenergie, welche *heute* doch nur knapp 3 Prozent unserer Bedürfnisse befriedigt, und nicht gegen das so stark im Vordringen begriffene und für die Luftverschmutzung verantwortliche Öl? Diese Haltung der Warner kann wohl nur verstanden werden, wenn man in Betracht zieht, dass der Ökologe weit eher in Zeiträumen von Generationen als in Jahren oder Jahrzehnten zu denken gewohnt ist. Aus [obenstehendem Diagramm] ist klar ersichtlich, dass die heute eingeschlagene globale Energiepolitik dahin tendiert, von der Monokultur des Öls zur Monokultur der Nuklearenergie zu führen. Das wirklich langfristige Problem der Menschheit ist deshalb nicht das Öl, sondern die Kernenergie.“<sup>366</sup>

Das Angebot der Atomenergie als Alternative zum Erdöl sei ein „Faustscher Handel“.

„Der einzig sinnvolle Weg, um [vom Erdöl] sukzessive wirklich unabhängiger zu werden, kann nur darin bestehen, unsere Bedürfnisse nicht ständig anwachsen zu lassen, sondern auf eine Stabilisierung hinzutendieren und dabei gleichzeitig alternative Techniken und Energien zu entwickeln, welche unsere Umwelt möglichst geringfügig beeinträchtigen.“<sup>367</sup>

Im Vortrag, der dem Referat Ginsburgs folgte, skizzierte dann U. Zahn, wie eine alternative „Sanfte Gesellschaft“ mit Hilfe der „Sanften Technologie“ ihre Bedürfnisse befriedigen könnte. Im Vordergrund steht die Entwicklung dezentraler, dem jeweiligen Problem angepasster, kreativer und auf möglichst lokalen Materialkreisläufen basierender Techniken. Dem Vorwurf, dieser Weg führe „zurück ins tiefe Mittelalter“, begegnet Zahn, dass,

„(...) im Mittelalter fast keine Häuser fließendes Wasser aufwiesen, auch kein Sonnenheizung. Auch war der biologische Landbau noch unbekannt. Von sanften Geräten und mit organischen Gasen betriebenen Kochherden war auch noch nicht viel zu sehen.“<sup>368</sup>

Die Wissenschaftler, die gegen die Atomenergie auftraten, lehnten einerseits die Atomkraftwerke ab, weil die Probleme, die sie verursachten, auf lange Sicht nicht verantwortbar seien. Andererseits plädierten sie für einen alternativen Weg der gesellschaftlichen Entwicklung, der die drohende Diskrepanz zwischen Angebot und Nachfrage nach Energie nicht durch die Bereitstellung neuer Energiemengen, sondern hauptsächlich durch eine Verminderung des Verbrauchs lösen will. Seit der Publikation des Berichts des Club of Rome waren die „Grenzen des Wachstums“ auch einer breiteren Öffentlichkeit ein Begriff. Diese Grenzen, gaben die ökologisch sensibilisierten Wissenschaftler zu Bedenken, rückten infolge der exponentiell wachsenden Wirtschaftstätigkeiten sowohl auf Seiten der Ressourcen, wie auch auf Seiten der Umweltbelastung immer schneller näher. Sie forderten daher in Abkehr von der bisherigen Wachstumsphilosophie ein grundlegendes Umdenken und Umschwenken.<sup>369</sup>

---

<sup>366</sup> Ebd., S. 210.

<sup>367</sup> Ebd., S. 211.

<sup>368</sup> Zahn, S.220f.

<sup>369</sup> „Umdenken - Umschwenken“ lautete auch der Titel einer 1975 in mehreren Städten gezeigten Ausstellung der „Arbeitsgemeinschaft Umwelt“ (AGU). Ausstellungskatalog: AGU 1975.

### 5.2.3. Der 'Kampf um die Wahrheit' und die Erosion der Expertenmacht

Praktisch mit Beginn der Kontroversen um die Atomkraftwerke setzte auch ein Kampf um die 'Quellen der Wahrheit' ein. Es lag in der Komplexität der Fragen, dass es selbst für eine gebildete Zuhörerschaft nicht einfach war, zwischen 'richtigen' und 'falschen' Argumenten zu unterscheiden. Alfred A. Häsler schrieb in seinem 1972 erschienen Buch:

„Der Laie steht dieser Auseinandersetzung, bei der übrigens die befürwortende Seite über beträchtlich mehr propagandistische Mittel verfügt als die kritisierende, hilflos gegenüber. Fachleute bestreiten einander die Kompetenz, werfen einander Voreingenommenheit, Einseitigkeit oder gar finanzielle Abhängigkeit vor.“<sup>370</sup>

Befürworter und Gegner der Atomenergie bezichtigten sich gegenseitig, die Öffentlichkeit nicht sachlich, sondern polemisch zu unterrichten, nicht an den Verstand, sondern an Emotionen zu appellieren. Im Zentrum der 'gegnerischen' Kritik standen die populären Produkte aus dem Hause der SVA: die Broschüre „Kernenergie: Sicher, Sauber, Unentbehrlich, Uerschöpflich“, die zwischen 1971 und 1973 in einer Auflage von über einer Million (!) Exemplaren an die schweizerischen Haushalte verteilt wurde, oder der Film „Energie 2000“.<sup>371</sup>

Aus gewissen Äusserungen von Bundesrat Bonvin lässt sich schliessen, dass man insbesondere auf Seiten der Bundesexperten Mühe hatte zu begreifen, dass es nicht einfach richtige und falsche Argumente gab. Noch an der Jubiläumsveranstaltung zum 25. Jahrestag der Gründung der SVA im November 1983 erklärte Walter Winkler, der die SVA zwischen 1971 und 1978 präsidiert hatte:

„Die Wahrheit über die Kernenergie - und es gibt eine solche Wahrheit, die über jeder wissenschaftlichen Kontroverse steht - wird sich über kurz oder lang durchsetzen müssen.“<sup>372</sup>

Wo diese Wahrheit nach Meinung Winklers liegt, ist unschwer zu erraten.

Doch der Kampf entflammte nicht nur im Bereich der Argumente, sondern auch in demjenigen der Argumentierenden. Die Befürworter monierten, dass sich unter den Gegnern keine „wirklichen“ Fachleute befänden, dass die „wahren Autoritäten“ der Atomphysik auf ihrer Seite stünden. Die Gegner hielten dagegen, dass zu ihrem Lager durchaus anerkannte Wissenschaftler der Physik gehörten, und beriefen sich ansonsten auf Publikationen aus der internationalen Fachpresse.<sup>373</sup>

Ab etwa 1970 sahen sich die Atomfachleute mit einer frappanten Erosion ihrer Expertenmacht konfrontiert, welche gleich auf drei Ebenen einsetzte. Erstens wurde die Unabhängigkeit der Experten in Zweifel gezogen. Da die Fachleute der Privatwirtschaft und des Bundes gemeinsam auftraten, wurden sie auch gemeinsam als Interessensvertreter desavouiert. Bald schon wurde der Ruf nach unabhängigen Experten laut. Ausgehend von der Region Basel drang diese Forderung 1972 auf die Bundesebene vor.<sup>374</sup>

Zweitens wurde nun auch die Kompetenz der Atomfachleute in Frage gestellt. Mit der Ausdehnung des Atomenergiediskurses auf immer weitere Belange - von technischen auf medizinische, ökologische, wirtschaftliche und soziale Fragen - wurden die Kompetenzbereiche der Spezialisten völlig gesprengt. Einerseits forderte man nun die Erweiterung der Exper-

---

<sup>370</sup> Häsler, S. 116f.

<sup>371</sup> Die Auflage der Broschüre: Winkler, S. 4. Kritische Kommentare schrieben Konradin Kreuzer zur Broschüre und die AGU zum Film. In: SN, 8/1973, S. 14-16.

<sup>372</sup> Winkler, S. 3. Der reichlich selektive Rückblick Winklers auf die öffentliche Kontroverse um die Atomenergie steht übrigens genau in der Tradition dieses Kampfes um die 'Wahrheit'. Zu Bonvin siehe Abschn. 5.1.

<sup>373</sup> Befürworter: z.B. Feuz u.a., S. 32f. Gegner: z.B. IV, SGU, „Offener Brief an die SVA“ (siehe Abschn. 5.3.3); SBN 1974, S. 12-14 (siehe Abschn. 5.4).

<sup>374</sup> Feuz u.a., S. 36, Häsler, S. 116-118. Vgl. Zürcher, S. 52 und zu den Debatten im Bundesparlament Favez, S. 151-153.

tenkreise um Wissenschaftler aller gesundheits- und umwelt-relevanten Disziplinen, andererseits warf man den Atomexperten vor, ihre Bravourstücke in völliger Blindheit gegenüber grösseren ökologischen Zusammenhängen aufzuführen.<sup>375</sup>

Drittens schliesslich wurde die Möglichkeiten einer verlässlichen wissenschaftlichen Expertise in komplexen Fragen generell bezweifelt. Hierbei verwies man auf vergangene Fehlbeurteilungen der Wissenschaft, bei welchen die negativen Nebenwirkungen und Spätfolgen neuer Technologien übersehen worden waren. Das klassische Beispiel für ein solches wissenschaftliches Fehlurteil, das in fast keinem Argumentarium gegen die Atomenergie fehlte, betraf das Pflanzenschutzmittel DDT.<sup>376</sup> Aus diesen Zweifeln an den Möglichkeiten wissenschaftlicher Erkenntnis wie auch an der technischen Beherrschbarkeit komplexer Vorgänge wurde das Postulat der 'Übervorsichtigkeit' in risikoreichen Gebieten entwickelt.<sup>377</sup>

### **5.3. Der Atomenergiediskurs in den Umweltorganisationen**

In diesem Abschnitt werden die Prozesse der Meinungsbildung zur Atomenergie in den ausgewählten Organisationen des Natur- und Umweltschutzes verfolgt. Bei der Darstellung ergaben sich einige Probleme: Erstens spielten sich die Meinungsbildungsprozesse in den einzelnen Organisation zeitlich mehr oder weniger parallel ab, und zweitens kommunizierten die Organisationen miteinander. Dadurch entstanden sowohl chronologische wie thematische Überschneidungen. Ich löste diese Probleme folgendermassen: Als Analyseebene wurden die einzelnen Organisationen gewählt, da sie eigenständige Kommunikationsgemeinschaften darstellten. Hierauf beurteilte ich zuerst die diskursiven Ereignisse der einzelnen Prozesse in Hinsicht auf ihre Bedeutung für den AKW-Diskurs aller Organisationen. Die wichtigsten Ereignisse stellte ich sodann, chronologisch geordnet, ins Zentrum einzelner Abschnitte. Dadurch konnten die Überschneidungen zwar nicht eliminiert, aber reduziert werden, ohne die kommunikativen Einheiten der Organisationen auseinanderzureissen. (Mit Ausnahme des SBN, der in zwei Teilen behandelt wird.) Die Ereignisse: die Aufnahme des AKW-Diskurses durch den Rheinaubund 1970 (Abschn. 5.3.1), die Einsprachen des SBN zu verschiedenen AKW-Projekten 1971 und 1972 (5.3.2), die öffentliche Stellungnahme der SGU im April 1973 (5.3.3), die öffentliche Stellungnahme des WWF im Juni 1973 (5.3.4) und schliesslich das „energiepolitische Manifest“ des SBN von 1974 (5.3.5). Abschnitt 5.3.6 ergänzt das Bild durch die Darstellung von Umweltorganisationen mit regionalen Schwerpunkten, deren Aktivitäten aber nationale Ausstrahlung hatten. Die Abschnitte 5.3.1 bis 5.3.6 behandeln die Zeit von 1969 bis 1974; der folgende Abschnitt (5.3.7) ist dann dem Auftreten aller untersuchten Umweltorganisationen im Schlüsseljahr 1975 gewidmet. Schliesslich fasse ich die wichtigsten Erkenntnisse nochmals zusammen (5.3.8).

#### **5.3.1. Die Zeitschrift „Natur und Mensch“ als Forum für die AKW-Kritik**

Atomkraftwerke waren ab 1969 wieder ein Thema in der Zeitschrift „Natur und Mensch“. In der vierten Nummer dieses Jahres finden sich zwei Beiträge von Jakob Zimmerli, in denen sich der vormalige Präsident der SBN-Sektion Aargau und damalige Aargauer Kantonsrat der EVP zu Atomkraftwerken und Naturschutz äusserte. Im Zentrum seiner Ausführungen stand die Kühlwasserproblematik, wie sie vom „Bericht Baldinger“ aufgeworfen worden war. „Müssen wir im Interesse des Naturschutzes auf diesen Fortschritt verzichten?“, fragte

---

<sup>375</sup> Forderung: z.B. „Österreichisches Ärztememorandum“, siehe Häsler, S. 128f, Vorwurf: z.B. Schumacher 1972, S. 251f. Das Argument der fehlenden Kompetenz wurde auch von Befürwortern verwendet: So wurde den Organisationen des Natur- und Umweltschutzes das Recht abgesprochen, sich überhaupt zur Atomenergie zu äussern. Siehe Abschn. 5.3.4 u. 5.3.5.

<sup>376</sup> Z.B. Schumacher 1972, S. 251; Ginsburg 1974, S. 211; SBN 1974, S. 13f.

<sup>377</sup> Z.B. durch den WWF: Panda, 3/1973, S. 9. Vgl. Abschn. 5.3.4.

sich der Naturschützer und gab auch gleich die Antwort: Er glaube nicht, aber eine „ganz bedeutend vermehrte Rücksicht auf die Natur“ tue not.<sup>378</sup>

Ende 1969 berichtete Otto Kraus, der eifrige Verfechter eines 'Atome für die Natur' in den frühen und mittleren 60er Jahren, über den „Vormarsch der Atomkraftnutzung“ in Deutschland:

„Unser Kommentar: Der technische Fortschritt wird es sicher auch ermöglichen, das Problem der Beseitigung des Atom-Mülls einwandfrei zu lösen. Jedenfalls mag man erkennen, wie berechtigt der Kampf der Vertreter des Naturschutzes gegen weitere zerstörende Eingriffe in die Restbestände der alpinen Gewässer war.“<sup>379</sup>

Otto Kraus blieb auch während der 70er Jahre Redaktor von „Natur und Mensch“, meldete sich aber in der kurz nach seinem Statement losbrechenden AKW-Kontroverse nicht mehr zu Wort.

Anfangs 1970 weitete der verantwortliche Redaktor Arthur Uehlinger die Debatte gleich selbst auf den Bereich der nuklearen Gefahren aus, indem er sich und die Leser fragte: „Ist es ein Spiel mit dem Feuer?“:

„Kaum 10 Jahre sind es her, dass, wenn beim Bau von Wasserkraftwerken nach Atomkraftwerken gefragt wurde, die stereotype Antwort erteilt wurde: es seien noch langfristige und notwendige Abklärungen zu treffen, bevor man in der Schweiz an den Bau solcher herantreten könne. Man tat es mit besorgter Miene, wir aber dachten, dass die Zurückhaltung mit der Kapitalbeschaffung für die noch im Bau befindlichen Wasserkraftwerke zusammenhänge. (...) Wir aber, die wir früher selbst froh waren, dass nicht das letzte Fliessgewässer zur Energiegewinnung herangezogen werden musste, fragen uns heute, ob denn ganz im Stillen alle Probleme für den Bau solcher Atomkraftwerke in Wohngegenden gelöst worden seien und keine Gefahren mehr für die nahe Umwelt beständen? Da kam der departementale Trost, dass die Auswirkungen auf den Fluss, an dem die Werke stünden oder zu stehen kämen, unbedenklich seien, wenn dessen Erwärmung durch das zurückströmende Kühlwasser nicht mehr als 3° betrüge. Als ob es nur um das Kühlwasser ginge. Waren nicht auch andere Probleme zu lösen? Die *Beseitigung radioaktiver Abfälle z.B. und die Auswirkungen ausgestrahlter Radioaktivität auf alles, was in der Umgebung lebt, zu studieren?* Kennt man diese, sind sie untersucht worden, liegen Erfahrungen vor? Oder ist es ein Spiel mit dem Feuer, das wir betreiben?“<sup>380</sup>

Daraufhin entwickelte sich die Zeitschrift des Rheinaubundes rasch zu einem regelrechten Forum für atomenergiekritische Beiträge. 1970 berichtete sie über die Widerstände gegen das AKW-Projekt bei Rheinklingen und über die Gründung des „Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst“ (NAK), sowie über diverse Veranstaltungen, die sich mit dem Thema AKW auseinandergesetzt hatten. In den folgenden Jahren veröffentlichte sie Berichte der regionalen Oppositionsbewegungen gegen die Atomkraftwerke Kaiseraugst, Rüthi, Graben und Inwil, eine Petition des Naturschutzvereins Oberaargau gegen den Standort des AKW Graben unterstützte sie durch die Publikation des Unterschrif-

---

<sup>378</sup> Jakob Zimmerli, Elektrizitätswirtschaft und Naturschutz, in: NuM, 4/1969, S. 168-170. Interpellation Jakob Zimmerli im Grossen Rat des Kantons Aargau: Das biologische Gleichgewicht erhalten, in: NuM, 4/1969, S. 180; Begründung: NuM, 6/1969, S. 263f.

<sup>379</sup> Otto Kraus: Vormarsch der Atomkraftnutzung, in: NuM, 6/1969, S. 298. Zu Otto Kraus frühere Rolle siehe Abschn. 4.1 u. 4.2.

<sup>380</sup> z\*, Ist es ein Spiel mit dem Feuer?, Vorbemerkung Arthur Uehlinger, in: NuM, 2/1970, S. 60-63. Zitat: S. 60f, Hervorhebungen wie in der Quelle. z\* ist vermutlich das Kürzel von Redaktor Christian Zinsli. Ab 1970 wird im Jahresinhaltsverzeichnis der Zeitschrift „Atomkraftwerke“ als eigene Rubrik geführt.

tenbogens.<sup>381</sup> Ebenso druckte die Redaktion die Stellungnahmen verschiedener Organisationen zum AKW-Bau ab, wie der BASNU oder der SGU.<sup>382</sup> Die Zeitschrift ist deshalb eine ausgezeichnete Quelle für die verschiedenen Bewegungen, die die Atomenergie kritisierten.

Ab 1970 erschienen zudem mehrere Artikel von Konradin Kreuzer, in denen der Chemiker unter Bezugnahme auf die internationale Fachliteratur verschiedene Probleme thematisierte, welche die Nutzung der Atomenergie mit sich brachte: die Lagerung radioaktiver Abfälle, das Unfallrisiko und die Strahlengefahr. Er wies einerseits auf die ungelösten Fragen hin und warf den Atomfachleuten verantwortungsloses Handeln vor, andererseits forderte er, wegen des nuklearen Risikos keine Atomkraftwerke in dichtbesiedelten Räumen zu errichten. Nationale Aufmerksamkeit gewann Kreuzer sodann mit seiner Auslegung des Expertenberichts „Tsvoglou“, zu der sich das Eidg. Amt für Energiewirtschaft gezwungen sah, offiziell Stellung zu nehmen.<sup>383</sup> 1973 gründete Kreuzer dann das „Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft“, das sich mit verschiedenen Publikationen, unter anderem einem Kommentar zur SVA-Broschüre „Kernenergie: Sicher, Sauber, Unentbehrlich, Unerschöpflich“, gegen die Atomkraftwerke engagierte.<sup>384</sup>

1972 änderten sich die Argumentationen der Aufsätze in „Natur und Mensch“ markant. Es wurden nicht mehr nur Vorbehalte gegenüber einzelnen Standorten oder technischen Aspekten der Sicherheit angebracht, sondern die Atomkraftwerke als ganzes und aus grundsätzlichen Überlegungen abgelehnt. Der Einfluss des ökologischen Diskurses ist unverkennbar: Kreuzer hinterfragte den „Strombedarf“ und somit die Notwendigkeit des Baus von Atomkraftwerken, der Ökonom Schumacher brandmarkte aus ökologischer Sicht die Atomkraftnutzung als „schreckenserregende Verantwortungslosigkeit“, der Physiker Niklaus vom NAK thematisierte die Risiken in einer stark ausweiteten Perspektive:<sup>385</sup>

„Radioaktivität bringt Gefahren einerseits in einem gewissen Umkreis der Werke, also örtlich - und andererseits eine Gefahr über längere Zeiträume: über 10, 20 oder auch 100 Jahre. Man kann die Risiken etwa in Form einer Tabelle darstellen:

Ort	Zeit	Normalbetrieb	Unfälle, Pannen	Abfälle
5 km	5/50 Jahre	?	?	?
50 km	5/50 Jahre	?	?	?
Planet Erde	5/50 Jahre	?	?	?

<sup>381</sup> Atomkraftwerk bei Rheinklingen?, o.A., in: NuM, 1/1970, S. 32f. z\*, Nordwestschweizerisches Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst, in: NuM, 3/1970, S. 104-107 und 4/1970, S. 151-153. K. Hubacher, Atomkraftwerke - Nutzen oder Gefahr?, Jahresversammlung der Interessengemeinschaft Bielersee, in: NuM, 5,6/1970, S. 235-239. Werner Zimmermann, Dietwil: Aussprache für und wider den Bau eines Atomkraftwerks, in: NuM, 3/1972, S. 140-142. K.R., Zunehmende Sorgen um die Luft im Rheintal: Pläne für Atomkraftwerk Rüthi und Heizölanlage Sennwald alarmieren Umweltschützer, in: NuM, 4/1972, S. 198-201. Naturschutzverein Oberaargau: Petition an den Bundesrat gegen den Standort des geplanten Atomkraftwerkes Graben, in: NuM, 5/1972, S. 263.

<sup>382</sup> BASNU, Atomkraftwerk Kaiseraugst lässt sich nicht verantworten, Dez. 1971, in: NuM, 1/1972, S. 39-42. SGU, Stellungnahme der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz zum Bau von Kernkraftwerken, in: NuM 2/1973, S. 77-79.

<sup>383</sup> Konradin Kreuzer, Radioaktive Abfälle, in: NuM, 3/1970, S.107f. Ders., sicherheit wird klein geschrieben, in: NuM, 5,6/1970, S. 239-241. Ders., Atomkraftwerke 5fach fragwürdig, in: NuM, 3/1972, S. 142-144. Zur „Tsvoglou-Kontroverse“: Konradin Kreuzer, Die radioaktive Gefährdung durch das Atomkraftwerk Kaiseraugst, in: NuM, 5/1971, S. 226-227. Ders., Replik auf eine Stellungnahme des Eidgenössischen Amtes für Energiewirtschaft auf meine „Tsvoglou-Analyse“, in: NuM, 1/1972, S. 42-46 u. 2/1972, S. 75-81. NuM, 1/1973, S. 16-18. Zur Expertise „Tsvoglou“ vgl. auch Abschn. 5.1.1.

<sup>384</sup> ArSGU, 130, Aktennotiz, „Besprechung K. Kreuzer/H. Rausch vom 5.7.73 betr. Energiepolitik“.

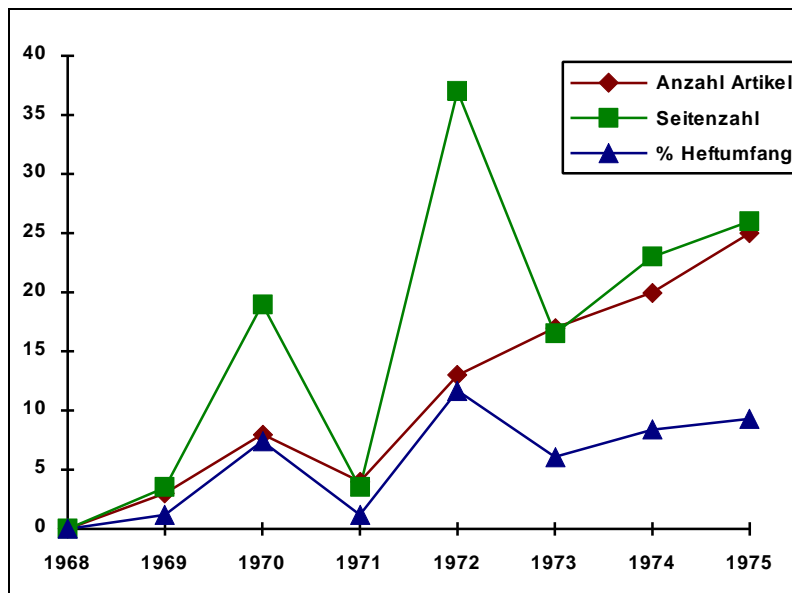
<sup>385</sup> Konradin Kreuzer, Atomkraftwerke 5fach fragwürdig, in: NuM, 3/1972, S. 142-144. Kreuzer bezieht sich in diesem Zusammenhang auf zwei Meinungsmacher im Umweltdiskurs, den Biologen Tschumi und den Ökonomen Binswanger. E.F. Schumacher, Atomkraftwerke und unsere Umwelt, in: NuM, 5/1972, S. 248-252. (Vgl. Abschn. 5.2.2.) P. Niklaus, Radioaktivität und Abfälle: Eine Warnung zum Atomkraftwerk-Projekt Kaiseraugst, ebd., S. 252-257.

(...) Wir behaupten, dass kein einziges der grundlegenden Probleme genügend abgeklärt ist: „Spätwirkung kleiner Strahlendosen = nicht abgeklärt; Unfallgefahr = noch keine genügende Sicherheit vorhanden; langfristige Lagerung der Abfälle = nicht gesichert.“

Ab 1973 entwickelte Fridolin Forster in mehreren Aufsätzen die Idee, Atomkraftwerke auf dem Weg der Volksinitiative zu verbieten. 1974 initiierte er im Kanton Schaffhausen auch die erste kantonale Initiative gegen Atomkraftwerke und beteiligte sich zusammen mit Konradin Kreuzer an der vom NAK patronierten Ausarbeitung der eidgenössischen Atomschutzinitiative.<sup>386</sup>

Die Zeitschrift „Natur und Mensch“ kann als 'Fiebermesser' des Anti-AKW-Diskurses verwendet werden, da sie sozusagen von Beginn weg eine seiner Plattformen war (siehe Tabelle 5).

**Tabelle 5: Anti-AKW-Diskurs im „Natur und Mensch“**



Jahr	Anzahl Artikel	Seitenzahl	Anteil Heftumfang (in %)
1968	0	0	0
1969	3	3½	1.2
1970	8	19	7.4
1971	4	3½	1.2
1972	13	37	11.7
1973	17	16½	6.1
1974	20	23	8.4
1975	25	26	9.3

Quelle: NuM, 1968-1975.

<sup>386</sup> Fridolin Forster, Soll man die Atomkraftwerke auf dem Wege der Initiative verbieten?, in: NuM, 4/1973, S. 198f. Ders., Eine Initiative gegen Atomkraftwerke im Kanton Schaffhausen, in: NuM, 1/1974, S. 33. Ders., Warum eine Kantonale Initiative gegen Atomkraftwerke?, in: NuM, 3/1974, S. 130-134. Fridolin Forster ist auch Autor des 1974 erschienenen Buches „Wohlstand ohne Grenzen?: Die volkswirtschaftlichen und geistigen Voraussetzungen des Umweltschutzes“. Eine Kurzfassung findet sich im Panda, 2/1974, S. 37-42.



Nach einem ersten Höhepunkt 1970 verlor das AKW-Thema im folgenden Jahr zwischenzeitlich an Bedeutung, bevor es 1972 erneut vermehrte Berücksichtigung fand. Die hohe durchschnittliche Seitenzahl im Jahre 1972 widerspiegelt, dass in diesem Jahr viele Artikel erschienen, welche die AKW-Frage grundsätzlich und ausführlich diskutierten, während in den folgenden Jahren vermehrt Stellungnahmen und kürzere Nachrichten publiziert wurden.<sup>387</sup>

Der Rheinaubund stellte aber nicht nur seine Zeitschrift als Diskussionsforum zur Verfügung, sondern engagierte sich auch als Organisation in der AKW-Frage. In einem zu seinem 20jährigen Bestehen veröffentlichten Manifest postulierte er unter anderem folgende Massnahmen:

- „- Einschränkung der wirtschaftlichen Expansion;
- Eindämmung statt Förderung des Energieverbrauchs;
- Keine Bewilligung neuer Atomkraftwerke, solange deren Notwendigkeit nicht eindeutig erwiesen und deren optimaler Standort nicht eindeutig abgeklärt ist;“<sup>388</sup>

Organisationsintern befasste sich eine Energiegruppe mit der AKW-Frage.<sup>389</sup> 1973 schloss sich der Rheinaubund nachträglich der Stellungnahme der SGU an, und 1974 unterstützte er die UeBA Luzern, die ein sofortiges Bauverbot für Atomkraftwerke forderte.<sup>390</sup>

Die zentrale Bedeutung des Rheinaubundes für den Anti-AKW-Diskurs bestand aber zweifellos im frühen Aufgreifen der Problematik und in der Bereitstellung ihrer Zeitschrift für atomkritische Stimmen als nationale Plattform der Kommunikation.

### 5.3.2. SBN (I): Die Atomkraftwerke als Problem des Landschaftsschutzes oder die Ästhetik von Kühltürmen

1969 und 1970 war die Atomkraft kein Thema beim SBN. Weder der Unfall in Lucens, noch der Bericht Baldinger, weder die Debatten in den Basler Kantonen, noch die Gründung der ersten lokalen und regionalen Oppositionsbewegungen stiessen in den Gremien des Naturschutzbundes auf Resonanz. Einzig eine Anfrage des langjährigen Sektionspräsidenten Jakob Zimmerli im Aargauer Kantonsparlament wurde im Vorstand als „interessant“ vermerkt, ohne dass aber näher darauf eingegangen wurde.<sup>391</sup>

Dies änderte sich erst im Sommer 1971. Am 6. Juli dieses Jahres reichte die Motor Columbus beim Gemeinderat Kaiseraugst das Baugesuch für ein AKW mit zwei Kühltürmen ein, das vom 12.-24. Juli öffentlich aufgelegt wurde.<sup>392</sup> Daraufhin erhielt das SBN-Sekretariat sehr viele Anrufe.<sup>393</sup> Neben sieben anderen Parteien reichte am 23. Juli auch der Aargauische Bund für Naturschutz, die kantonale Sektion des SBN, nach Absprache mit Präsident Plattner eine Einsprache gegen das Projekt ein. Die Sektion begründete ihren Schritt mit „klimatischen“ und „landwirtschaftlich-ästhetischen Erwägungen“. Sie beantragte, „vor Erteilung

<sup>387</sup> Natürlich beruht diese 'Diskurs-Fieberkurve' auf einer dünnen empirischen Grundlage. Für fundiertere Aussagen müssten weitere Quellen, etwa Zeitungen, beigezogen werden. Die Resultate werden aber bestätigt durch zeitgenössische Analysen, wie die der SVA von 1971 (Feuz u.a., vgl. Abschn. 5.1.1). Die Kurve korrespondiert zudem gut mit derjenigen, die Kriesi und Mitarbeiter für die Anzahl Aktivierungsereignisse zu Atomkraftwerken gezeichnet haben: Kriesi/Levy u.a. 1982, S. 110.

<sup>388</sup> Ein Manifest des Rheinaubundes, in: NuM, 4/1972, S. 157-159. Zitat: S. 158.

<sup>389</sup> ArSGU, 130, Aktennotiz, „Besprechung K. Kreuzer/H. Rausch vom 5.7.73 betr. Energiepolitik“. Die Energiegruppe bestand aus Kreuzer, Forster, Prof. Wieland und Ing. Koch.

<sup>390</sup> UeBA Luzern, Warum sind Atomkraftwerke trotz der Energiekrise keine Alternativen?, in: NuM, 1/1974, S. 33f.

<sup>391</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 60/9, 22.10.1969, S. 10. Zu Zimmerlis Anfrage siehe Abschn. 5.3.1. Ansonsten finden sich weder in den Protokollen des Vorstandes und Naturschutzrates, noch im Schweizer Naturschutz Hinweise zur Atomenergie. Als offizieller Organisator des Naturschutzjahres fehlten dem SBN vermutlich in den Jahren 1969-70 auch schlicht die Kapazitäten, sich mit der AKW-Frage auseinanderzusetzen.

<sup>392</sup> Salfinger, S. 111. Vgl. Abschn. 5.1.1.

<sup>393</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 62/8, 18.8.1971, S. 4.

der Baubewilligung die vorauszusehenden klimatischen Auswirkungen der Kühltürme [„Wind, Lufttemperatur, Feuchtigkeit (Nebelbildung!)“] durch unabhängige meteorologische Fachleute sorgfältig abklären zu lassen“, und bemängelte, dass der „unter der Voraussetzung eines mit Flusswasser gekühlten Kernkraftwerkes gewählte Standort in der Nähe grosser Wohnsiedlungen und eines Kurgebiets“ sich nun „als sehr unzuweckmässig“ erweise. „Die überdimensionierten [sic] Kühltürme würden das Landschaftsbild entscheidend entstellen.“ Daher beantragte die Sektion ein Gutachten der Eidg. Natur- und Heimatschutzkommission (ENHK) über die Zweckmässigkeit des Standorts unter den veränderten Bedingungen.<sup>394</sup>

Die Einsprache erschien auch im „Schweizer Naturschutz“, wobei sie mitten in einen längeren Artikel von Urs Hochstrasser geschaltet wurde, in welchem der vormalige Delegierte des Bundes für Atomfragen die Leser und Leserinnen von der Notwendigkeit und Unbedenklichkeit der Atomenergie zu überzeugen suchte und den Bau von Atomkraftwerken als Beitrag zum Umweltschutz anpries.<sup>395</sup>

An der Vorstandssitzung vom 18. August konnte Präsident Plattner berichten, dass den Anträgen der Einsprache entsprochen werde. Daraufhin holte Jakob Bächtold zu einem längeren Monolog aus über die Arbeit der ENHK und die AKW-Frage allgemein. Die ENHK, die den Auftrag bekommen hatte, sowohl die Standortfrage wie auch die klimatischen Auswirkungen abzuklären, entsandte zu Studienzwecken eine Delegation ins Ruhrgebiet. Vom Standpunkt des Immissionsschutzes aus gebe es keine Argumente gegen die Kühltürme, erläuterte Bächtold. Neue Kühlsysteme hätten keine Nebelbildung mehr zur Folge, und zudem würden sie die Luft von Staub reinigen. Wichtig sei der Gesichtspunkt des Landschaftsbildes. Die Besichtigung im Ruhrgebiet habe gezeigt, „dass ästhetisch sehr schöne Lösungen möglich sind“, vor allem im Industriegebiet, während die Kühltürme in freier Landschaft als fremde Elemente sehr stark stören würden. Der im Falle Kaiseraugst vorgesehene Standort liege nun im durch die Zonenordnung klar bezeichneten Industriegebiet. „Kernkraftwerke werden kommen. Wichtig ist für den Naturschutz die Standortfrage. Im Sinne eines Testfalls wird der Entscheid von Kaiseraugst deshalb wichtig.“ Der Vorschlag, Atomkraftwerke in den Alpenraum zu verlegen, missachte die starken Belastungen der Landschaft. Zur Zeit produziere die Schweiz zwar mehr elektrische Energie, als sie brauche, fuhr Bächtold fort, dies ändere sich aber mit dem steigenden Verbrauch sehr rasch. Zusammenfassend hielt er fest:

„(...), dass die Standortfrage für den Natur- und Landschaftschutz entscheidende Bedeutung zukommt, und dass jedes neue Projekt sehr sorgfältig in dieser Hinsicht geprüft werden muss. Der SBN kann aber nicht grundsätzlich gegen Atomkraftwerke auftreten. Kein technisches Werk ist absolut vollkommen. Auch bei einem Atomkraftwerk können Unglücksfälle vorkommen. Nur kennen wir die Gefahren und haben eine Vielzahl von Vorkehrungen und Sicherungen getroffen, die eine Gefährdung nahezu ausschliessen.“<sup>396</sup>

In der folgenden Vorstandssitzung vom 8. September griff Regine Käser, die an der Augustsitzung gefehlt hatte, das Thema nochmals auf und erkundigte sich, wie man sich in offiziellen Kreisen „das Problem der Deckung des Energiebedarfs vorstelle, wenn der Bedarf um jährlich 4,5% zunimmt. Die Zahl der Kühltürme kann nicht ins unendliche [sic] gesteigert werden.“ Jakob Bächtold unterstrich die Wichtigkeit dieser Frage:

---

<sup>394</sup> SN, 4/1971, S. 118.

<sup>395</sup> SN, 4/1971, S. 114-119. Zum Inhalt des Hochstrasser-Artikel siehe Abschn. 5.2.1. Die Publikation des Aufsatzes von Hochstrasser zeigt, dass der SBN zu diesem Zeitpunkt noch hinter der Atomenergie stand.

<sup>396</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 62/8, 18.8.1971, S.4f.

„Bis jetzt hat man generell zu kurzfristig geplant und damit zur Verschärfung der Umweltprobleme beigetragen. (...) Die Lösung der aufgeworfenen Frage ist unerlässlich, denn einige hundert Kühltürme in unserm Land sind undenkbar.“<sup>397</sup>

Darauf wurde das Thema AKW wieder zur Seite gelegt. Der Jahresbericht 1971 erwähnt (im Abschnitt „Gewässerschutz, Immissionsschutz“) „Atomkraftwerke“ dann auch nur in einer stichwortartigen Aufzählung weiterer von Vorstand und Rat diskutierter Fragen - nach „Motorschlitten“ und vor „Kunststoffe“.<sup>398</sup>

Wir können ein erstes Zwischenfazit ziehen: Die Kühlturmpläne in Kaiseraugst brachten also die Atomenergie wieder auf die Traktandenliste der SBN-Vorstandssitzungen. In den durch die Person Bächtolds geprägten Diskussionen dominierte die Perspektive des Landschaftschutzes, welche die Atomkraftwerke wegen ihrer Kühltürme als ästhetisches Problem analysierte und deshalb die Wahl des Standortes als entscheidende Frage identifizierte. Die Problematik des exponentiell wachsenden Bedarfs wurde zwar erkannt, aber noch nicht durchgedacht. So wurde der Bau von Atomkraftwerken nicht grundsätzlich in Frage gestellt; das Vertrauen in die Möglichkeiten der Technik und die Lösungskompetenzen der Institutionen des Bundes war weiterhin ungebrochen. Der wesentliche Meinungswandel beim SBN fand also nicht infolge des 'Kühlturmentscheids' statt.

Leider konnten die folgenden Diskussionen in Vorstand und Rat nicht mehr mit derselben Akribie rekonstruiert werden, da der Vorstand anfangs 1972 beschloss, zum System des Beschlussprotokolls überzugehen.<sup>399</sup>

Der nächste Anstoss zur AKW-Thematik kam aus der Ostschweiz. Am 27. März 1972 unterrichtete die NOK erstmals die Öffentlichkeit über ihr AKW-Projekt in Rüthi im sanktgallischen Rheintal.<sup>400</sup> Anfangs Mai 1972 wandte sich dann der Sanktgallisch-Appenzellische Naturschutzbund (SGANSB), Sektion des SBN, mit einer dreiseitigen Erklärung „Atomkraftwerk Rüthi unerwünscht“ an die Presse.

Nachdem sich die Naturschützer über die ihres Erachtens völlig ungenügende Informationspolitik der NOK, die erst die fixfertige Lösung auf den Tisch gelegt habe, beschwert haben, legen sie ihre Gründe dar, wieso ein AKW in Rüthi unerwünscht sei. Ihre Argumente richten sich hauptsächlich gegen den Standort, der ihnen in dreifacher Hinsicht unzumutbar erscheint: Da Rüthi nicht im Schwerpunkt des Verbrauchs liege, sei ein massiver Ausbau der Hochspannungsleitungen erforderlich. Zweitens bestehe keine Aussicht, die Abwärme sinnvoll zu verwenden; diese werde daher verschleudert, was bedenklich sei hinsichtlich „begrenzter Rohstoffreserven der Erde“ und den klimatischen Konsequenzen der Wärmeabgabe an die Atmosphäre. Neue Atomkraftwerke müssten in unmittelbarer Nähe grosser Städte gebaut werden, „wo sie zu gegebener Zeit mit einem Fernheizkraftwerk [...] für die Stadt kombiniert werden können.“ Drittens schliesslich störe das AKW das Landschaftsbild. „Zur Skyline von Schwamendingen oder Oberwinterthur mag ein Kühlturm passen.“ Ausserdem bezweifelt die SGANSB die Energiemangel-Argumentation der Elektrizitätswerke: „Für die Umweltschutzkreise sind demgegenüber die Zeiten vorbei, wo 'der Bedarf' das Mass aller Dinge ist.“ Es sei „auf jeden Fall in absehbarer Zukunft nicht mehr

---

<sup>397</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 62/9, 8.9.1971, S. 2f. Bächtold wies in diesem Zusammenhang auf die beiden durch das EVED neugebildeten Eidg. Kommissionen hin. Die eine hatte den Auftrag, die Auswirkungen der Kühlturmprojekte in Kaiseraugst und Leibstadt zu überprüfen („Kühlturmkommission“), die andere untersuchte verschiedene Kühlsysteme, wobei sie insbesondere die Verwendung von Abwärme zur Fernheizung von Städten prüfte. Vgl. SPJ, 1971, S.98. Bächtold war Mitglied beider Kommissionen.

<sup>398</sup> Jahresbericht 1971, SN, 3/1972, S. 42.

<sup>399</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 63/11, 12.1.1972.

<sup>400</sup> Annexe 1, S. 294f.

verantwortbar und nicht mehr möglich [...], den Energiebedarf zu decken, wenn er wie bisher ansteigt. Wir werden lernen müssen zu sparen.“<sup>401</sup>

Der Vorstoss der SGANSB brachte das Thema wieder auf die Traktandenliste des Zentralvorstandes. In den Anträgen zuhanden der Sitzung am 5. Juli 1972 schrieb Sekretär Burckhardt, es bestehe ein „Dilemma“ zwischen dem „gedankenlosen Wunsch“ der Bevölkerung nach unbeschränktem Energieangebot und der Angst vor den mit den Atomkraftwerken verbundenen Gefahren und Nachteilen. Zwar sei sich der SBN einig, den Bau hydraulischer Kraftwerke abzulehnen und den „Stromverschleiss“ zu drosseln, „aber in der Stellungnahme zu den Atomkraftwerken generell und zu den Standorten im Speziellen besteht keine Einigkeit.“ So zeigten sich Unterschiede in den Auffassungen der Sektionen, was insbesondere in der Region um Kaiseraugst, wo gleich drei SBN-Sektionen aktiv seien, stossend sei. Der Vorstand müsse deshalb gewisse Richtlinien festlegen, um Differenzen zu vermeiden. Dabei seien auch die möglichen Strahlungsschäden zu beurteilen. Da es den meisten Vorstandsmitgliedern am nötigen Einblick in die komplexe Materie fehle, gelte es zunächst, die Bereiche festzulegen, über die Informationen einzuholen seien, sowie die Personen, die diese erteilen könnten.<sup>402</sup>

In der Sitzung vom 5. Juli 1972 öffnete sich sodann das Spektrum der Perspektiven. Das Protokoll fasst die Diskussion folgendermassen zusammen:

„Der Vorstand behandelt, ausgehend von der Standortfrage für Atomkraftwerke, eingehend die mit Energiedeckung und Energiekonsum zusammenhängenden, für den Naturschutz wichtigen Fragen. Er beleuchtet ein grosses Spektrum von Problemkreisen wie unnötigen Energieverbrauch, Gefahren und Belastung der Umwelt durch Atomkraftwerke, mangelhafte und falsche Orientierung der Behörden über direkte oder indirekte Gefahren aus atomarer Energienutzung, einseitig auf quantitatives und nicht qualitatives Wachstum zugeschnittene Energiepolitik, Problematik der Tätigkeit von Fachexperten, vom SBN unerwünschte und theoretisch mögliche Standorte von Atomkraftwerken usw. Gleichzeitig beschäftigt sich der Vorstand mit den nötigen Schritten, um intern zu einer für den SBN verbindlichen und tragfähigen Stellungnahme zu kommen und nach Aussen durch Aufklärung und andere Massnahmen im Sinne der Stellungnahme wirken zu können.“

Der Vorstand beschloss, vorerst einen Katalog einfacher Massnahmen zusammenzustellen, wie unnötiger Stromverbrauch bekämpft und eingeschränkt werden könne und „in erster Linie auf die Hausfrau zugeschnittene praktische Hinweise“ laufend an die Massenmedien weiterzugeben. Das Traktandum wollte er an einer späteren Sitzung wieder aufnehmen und „zu Ende“ beraten. Der Vorstand beschäftigte sich dann aber erst wieder im folgenden Jahr mit der Atomenergie.<sup>403</sup>

Im Sommer 1972 ging im Vorstand des SBN der Fächer der Argumente auf. Der AKW-Bau wurde nicht mehr länger vornehmlich als eine Frage der Standortwahl und des Landschaftschutzes angeschaut, sondern man wurde nun einer ganzen Palette von Problemen gewahr. Mit der Option „Energiesparen“ wurde ein erster Lösungsansatz formuliert. Hauptsächlich bemühte man sich vorerst aber, die dem Problem angemessenen Fragestellungen und Interpretationsrahmen zu identifizieren und Wege (resp. Personen) zu finden, diese zu ergründen. In der Organisation akzeptierte Antworten hatte man noch keine ermittelt.

---

<sup>401</sup> ArSBN, B 1.2, Akte 74/72, Eingangsstempel vom 2.5.1972. Die Stellungnahme wurde am 3.5.1972 veröffentlicht. Annexe 1, S. 294.

<sup>402</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge 30.6.1972, S.3. Die Sektion Basel-Stadt hatte sich als Mitglied der BASNU zu diesem Zeitpunkt bereits gegen das AKW Kaiseraugst ausgesprochen, die Sektion Aargau hatte die Einsprache gegen die Kühltürme gemacht, während sich die Sektion Basel-Land noch nicht öffentlich geäussert hatte.

<sup>403</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 63/6, 5.7.1972, S. 4f.

Wie weit die Ansichten innerhalb des SBN Ende 1972 noch auseinandergingen, zeigten die Aktionen, welche zwei Sektionen fast zeitgleich unternahmen: die Einsprache der Sektion Solothurn gegen das AKW Gösgen und die öffentliche Stellungnahme der Sektion Genf zum Projekt Verbois. Beide wurden im Schweizer Naturschutz 2/1973 abgedruckt.

Am 14. Dezember 1972 erhob der Solothurnische Naturschutzverband eine „vorsorgliche Einsprache“ gegen das projektierte AKW Gösgen. In der Begründung heisst es:

„Damit wollen wir die Notwendigkeit einer Nutzung der Atomenergie nicht bezweifeln. Wir möchten mit diesem Schritt jedoch die erstrangige Bedeutung der Standortwahl und -gestaltung bei solchen Anlagen unterstreichen.“

Die Solothurner Sektion bedauerte „aus Gründen der Sicherheit und der Ästhetik“, dass das Werk nicht in einer Felskaverne gebaut werde. Danach folgten sechs materielle Punkte der Einsprache: Punkt 1 befasst sich mit dem Schutz der Uferlandschaft an der Aare. Punkt 2 fordert auf der Südseite in Form eines Grünstreifens „eine Lärm- und Sichtkulisse auf der ganzen Länge des Werks (auch beim Kühlturm!).“ Punkt 3 verwehrt sich gegen Rodungen von Wald. Punkt 4 fordert die Mitarbeit eines Landschaftsgestalters. Punkt 5 stellt den Antrag,

„(...) dass der massige Koloss des Kühlturms (147 m hoch, an der Basis 119 m breit) durch einen Künstler bemalt wird (mit breiten, leichten Farbbändern oder wolkenförmigen Farbflächen), so dass er einigermaßen von der Landschaft assimiliert wird, ein anregendes optisches Eigenleben entwickelt und darüber hinaus sozusagen als monumentales Zweck-Kunstwerk den von ihm dominierten weiten Bereich auflockert (diese nicht allzu kostspielige Verfremdung wird sich auch psychologisch vorteilhaft auswirken). Wir sind bereit, einige qualifizierte Künstler zu nennen (...).“

Punkt 6 schliesslich verlangt „im Interesse der umliegenden Bevölkerung“, dass ein „doppeltes Ersatzkühlsystem“ erstellt werde. Die schwerste Gefährdung durch Radioaktivität bestehe erwiesenermassen beim Ausfall des Kühlsystems.<sup>404</sup> Die zentrale Sorge, die die Solothurner Sektion im Dezember 1972 plagte, war also eindeutig die Ästhetik der in Gösgen geplanten Kühltürme.

Ganz anders tönte die öffentliche Verlautbarung der „Association genevoise pour la protection de la nature“ (AGNP), in der die Genfer Sektion ihren Beschluss verkündete, gegen das AKW-Projekt Verbois zu opponieren. Zwar beginnt auch sie mit dem Landschaftsschutz - die Höhe der Anlage sei „inadmissible dans le paysage“ - geht dann aber viel weiter: Sie beanstandet die Erwärmung der Gewässer, die Auswirkungen auf das lokale Klima und die Nähe der Bauten zur geschützten Region Moulin-de-Vert mit ihrem Naturschutzgebiet, zeigt sich zudem beunruhigt über die Nähe des Standorts zur Stadt und ihrem Flughafen und die Lage in einem mit der Rhone verbundenen Grundwassergebiet, so dass ein Leck, ein Unfall oder ein Attentat gefährliche und langfristige Folgen haben könnten „pour les eaux (sans parler des hommes).“ Eine weitere Gefahrenquelle sei die Lagerung der radioaktiven Abfälle, die nicht befriedigend gelöst scheine. Aber auch auf einer anderen Ebene, derjenigen des „l'avenir des espaces naturels“, ergäben sich beunruhigende Konsequenzen. Das AKW würde die Expansion beschleunigen, unter der man heute schon leide. Und:

„De tout évidence, ce seront les espaces encore naturels qui devront subir la pression accrue des prétendues nécessités et des demandes que provoquera le nouvel apport d'énergie. Que celle-ci soit non polluante ne peut guère compenser le développement d'autres pollutions résultant de sa stimulation.“

---

<sup>404</sup> ArSBN, B 1.2, Akte 27/73. Einsprache abgedruckt in SN, 2/1973, S. 14. Mit dem Vorschlag des AKW-Baus in Felskavernen griff die Solothurner Sektion eine alte Forderung des SBN auf, die Jakob Bächtold bereits in den 60er Jahren mit Nachdruck gestellt hatte. Vgl. Kap. 4.

Die Verlautbarung schliesst:

„En accord avec l'Institut de la Vie, nous ne pouvons admettre que l'on encourage le gaspillage d'énergie et l'inflation de besoins au lieu de les juguler. Dans cette perspective, l'AGPN estime que l'usine nucléaire de Verbois serait un pas de plus vers l'urbanisation accélérée et l'érosion finale de notre patrimoine naturel.[...]“<sup>405</sup>

Von einer 'unité de doctrine' konnte also Ende 1972 noch keine Rede sein. Immerhin wurden aber völlig neue Dimensionen des Problems entdeckt. Der Jahresbericht hält denn auch fest, diesmal unter „Landschaftsschutz“, dass die Stellungnahme zu den Atomkraftwerken - nun „eine zentrale Frage“ - noch nicht abgeschlossen werden konnte. Der Vorstand wolle „das Problem in den grösseren Rahmen des wirtschaftlichen Wachstums und des Bevölkerungswachstums und den damit verbundenen steigenden Energiebedarf stellen.“ Als Schritt in diese Richtung habe der SBN die von Prof. Binswanger geleitete Gruppenarbeit (NAWU) unterstützt, „welche sich zum Ziel setzt, die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums und die Grenzen der Tragfähigkeit der natürlichen Umwelt abzustecken.“<sup>406</sup>

Im Wechsel der Jahre 1972 und 1973 wurde der SBN dann durch die SGU in den Ausarbeitungsprozess für eine Stellungnahme zu den Atomkraftwerken einbezogen.

### 5.3.3. Die SGU: Die „Gesamtenergiekonzeption“ als Rahmen der Problemlösung

Die Atomenergie gehörte zu den ersten Themen, denen sich die Gesellschaft zuwandte: Im März 1972 übertrug der Vorstandsausschuss den „Fragenkomplex der Atomenergie“ dem Fachausschuss „Technik und Naturwissenschaft“. Dieser hielt von Beginn weg fest:

„Die Frage der Kernenergie muss im weiteren Zusammenhang der Energiepolitik gesehen werden. Isolierte Betrachtung ist nicht realistisch.“<sup>407</sup>

Nach Gesprächen mit der SVA und dem Amt für Umweltschutz versuchte der Fachausschuss im Mai 1972, eine Fragestellung zu erarbeiten. Das Problem zerfalle in ein ökonomisches („wie stark soll der Energiekonsum jährlich steigen, wobei zur Zeit nur 15% auf Elektrizität entfallen“) und in ein ökologisches („Erwärmung und eventuelle Verschmutzung von Gewässern und Luft“). Als „vorläufige Stellungnahme“ vertrat er die Ansicht: „Wenn neue thermische Kraftwerke notwendig, dann besser nuklear-betriebene als solche mit fossilen Brennstoffen.“<sup>408</sup> Auch der Vorstandsausschuss war sich daraufhin einig, dass „die Atomenergie, nach der hydroelektrischen, die sauberste Art der Energieproduktion darstellt, sofern die Produktion unter Berücksichtigung maximaler Sicherheitsvorkehrungen erfolgt. Es ist aber eine Stagnation, oder noch besser, eine Verminderung des Energiekonsums anzustreben.“<sup>409</sup>

Der AKW-Diskurs in der SGU war also von Anfang an auf den ganzen Energiebereich ausgerichtet, wobei man der Argumentation der Befürworter der Atomenergie folgte, die den

<sup>405</sup> SN, 2/1973, S. 19f. Die Stellungnahme ist nicht datiert, dürfte aber im Dezember 1972 erfolgt sein. In diesem Monat sprach sich auch das Institut de la Vie öffentlich gegen das Projekt Verbois aus (siehe Abschn. 5.3.6). Beide Organisationen unterstützten eine Petition des „Comité des habitants de Russin contre Verbois nucléaire“, die am 14. Dez. 1972 lanciert wurde. Annexe 1, S. 325.

<sup>406</sup> Jahresbericht 1972, SN, 3/1973, S. 15. Der SBN unterstützte das NAWU-Projekt mit 10'000 Franken. ArSBN, B 1.1, ProV 63/3, 24/25.2.1972, S. 9.

<sup>407</sup> ArSGU, 025, ProFA TN, 6.Bspr., 8.3.1972, S. 2; Vgl. auch ArW 68.4.1, ProVA 6, 10.3.1972, S. 2.

<sup>408</sup> ArSGU, 130, Akte „Fachausschuss 'Energie'“, 14.7.1972; 025, ProFA TN, 8.Bspr., 17.5.1972, S. 3. Der Vorstandsausschuss löste den FA Technik und Naturwissenschaften, welcher im August 1972 letztmals tagte, im Januar 1973 offiziell auf, da man sich einerseits mit dessen Leiter überworfen hatte und da man andererseits für den FA im neuen Arbeitskonzept der SGU keinen Platz mehr sah. Brief Schär/Rickenbach an die Mitglieder des FA TN, 6.1.1973.

<sup>409</sup> ArW 68.4.1, ProVA 10, 31.8.1972, S. 3.

Bau von Atomkraftwerken mit anderen Produktionsmöglichkeiten verglich und als umweltfreundliche Lösung anpries.<sup>410</sup>

In der Sitzung vom 31. August 1972 beschloss der Vorstandsausschuss, eine öffentliche Stellungnahme zum Thema anzustreben. Da der FA Technik und Naturwissenschaft seine Tätigkeit im Sommer 1972 eingestellt hatte, betraute er Mitte Oktober 1972 den Physiker Dieter Imboden, vormaliges Mitglied des aufgelösten Fachausschusses, mit der Aufgabe, einen Entwurf auszuarbeiten, der nicht nur Sicherheitsfragen und das Abwärmeproblem umfassen, sondern auch den Zusammenhang zwischen Energieproduktion und umweltbelastenden Aktivitäten aufzeigen sollte.<sup>411</sup> Das Projekt wurde von der SGU sogleich in den neugegründeten Umweltclub hineingetragen, mit der Absicht, die anvisierte Stellungnahme in Umweltkreisen breit abzustützen. In der Arbeitsgruppe unter der Leitung von Imboden arbeiteten daraufhin neben Heinz Peter, Vorstandsmitglied der SGU, auch Wolfgang Naegeli vom WWF und K. Grob von der AGU mit.<sup>412</sup>

Der nun folgende Ausarbeitungsprozess der Stellungnahme ist von grosser Bedeutung, da er die Meinungsbildung zur Atomenergie nicht nur in der SGU, sondern in allen beteiligten Umweltorganisationen massgeblich beeinflusst hat. Es soll daher versucht werden, diesen aufschlussreichen Prozess möglichst genau zu rekonstruieren.<sup>413</sup>

Die „Arbeitsgruppe Imboden“ legte ihren Entwurf im Januar 1973 dem SGU-Vorstandsausschuss vor, der diesen mit Imboden besprach und anschliessend „aufgrund der einmütigen Resultate der Diskussion“ abänderte. Der modifizierte Entwurf wurde - „um eine Reaktion „von aussen“ zu erhalten“ - zuerst einmal der Motor Columbus zugestellt, welche zurückschrieb: „Wir freuen uns, Ihnen mitteilen zu können, dass Ihr Vorschlag unsere volle Zustimmung findet.“ Daraufhin wurde er am 7. Februar zur Vernehmlassung an die Vorstandsmitglieder der SGU und an die im Umweltclub versammelten Organisationen versandt.<sup>414</sup>

Der Entwurf trägt bereits die äussere Form der späteren Stellungnahme. In sechs Punkten analysiert er den Energiebereich im allgemeinen und die AKW-Frage im speziellen. Darauf folgen vier „Schlüsse“:

- „1. Ziel unserer Energiepolitik soll in erster Linie eine lebenswerte Zukunft und nicht der kurzfristige materielle Wohlstand sein.
2. Wir müssen jegliche Energieverschwendung verhindern, das Wachstum abbremsen und schliesslich zum Stillstand bringen.
3. In der gegenwärtigen Situation erscheint der Bau einiger Kernkraftwerke noch nötig; wir müssen aber ihre Anzahl minimal halten.

---

<sup>410</sup> Vgl. Abschn. 5.2.1.

<sup>411</sup> ArW 68.4.1, ProVA 12, 13.10.1972, S. 2f. Am folgenden Tag (14.10.72) segnete der Vorstand der SGU das Projekt ab. Ar W 68.7.2, Brief des Delegierten an die Mitglieder des Vorstandes, 7.2.1973.

<sup>412</sup> Brief Rausch an AGSJ, AGU, SBN, SLL, WWF vom 7.2.73. ArSBN, B 1.2, Akte 55/73. ArW 7.2., Brief des Delegierten an die Mitglieder des Vorstandes, 7.2.1973.

<sup>413</sup> Die Rekonstruktion des Arbeitsprozesses, der in die Stellungnahme der SGU mündete, stiess auf etwelche Schwierigkeiten, da die Dokumentation in den Archiven der SGU Lücken aufweist. Einige der Löcher konnten durch Dokumente aus dem SBN-Archiv gestopft werden. Dennoch liegen mir nicht alle Entwürfe vor. Die Inhalte der fehlenden Entwürfe versuchte ich, durch Angaben in den Sitzungsprotokollen und den Korrespondenzen zu ergründen. Auch sonst gestaltete sich die Rekonstruktion zu einer kleinen Detektivarbeit, da je nach Kommunikationspartnern andere Nummerierungen der Entwürfe gewählt wurden. Ich glaube aber, dass es mir gelungen ist, alle bearbeiteten Quellen widerspruchsfrei einzuordnen.

<sup>414</sup> ArW 68.4.1, ProVA 14, 12.1.1973, S. 2; ArW 68.12.1, ProUC, 24.1.1973, S. 4f; ArW 68.7.2, Brief des Delegierten an die Mitglieder des Vorstandes, 7.2.1973. Der Entwurf der AG Imboden befindet sich nicht in den Akten, auf seinen Inhalt konnte ich also nur aus sekundären Hinweisen schliessen. Die Motor-Columbus hatte auch bereits den Entwurf der AG Imboden erhalten. Der dortige Ansprechpartner war Michael Kohn.

4. Für Kernkraftwerke sind die umfassendsten Sicherheitsmassnahmen zu treffen, sowohl in technischer Hinsicht wie auch bezüglich der Bewachung.“<sup>415</sup>

Hatte sich der Vorstands ausschuss an der Januar-Sitzung bereits Gedanken gemacht, wie der definitive Text optimal lanciert werden solle, damit sich „die Öffentlichkeit und namentlich die Politiker“ mit der Stellungnahme auseinandersetzen, wick diese Zielstrebigkeit mit dem Eintreffen der Vernehmlassungsantworten zusehends. Nun war man „überzeugt, mit der Stellungnahme zu den Atomkraftwerken ein sehr delikates Thema angeschnitten zu haben.“ Die eingegangenen Voten seien „so divergierend, dass es unmöglich ist, dieselben auf einen gemeinsamen Nenner zu bringen“, und es habe sich auch gezeigt, dass „das Mitmachen von WWF und SBN recht problematisch“ sei.<sup>416</sup>

Im Brennpunkt der Kritik stand die dritte Schlussfolgerung, dass der „Bau einiger Kernkraftwerke noch nötig“ erscheine. Bereits innerhalb der SGU wurde bemängelt, dass diese Formulierung sehr large sei und wohl so verstanden werde, dass die SGU dem Bau sämtlicher bereits geplanter Atomkraftwerke zustimme, womit man aber implizit gleichzeitig auch einer grossen Steigerung des Energiekonsums pro Kopf zustimmen würde. Um diese Interpretation zu verhindern, müsse man entweder den „maximalen, unserer Ansicht nach gerade noch zu vertretenden Elektrizitätsproduktions-Zuwachs“ festlegen und die hierfür nötigen Kernkraftwerke benennen oder aber postulieren, dass die Elektrizität der geplanten Kernkraftwerke „ausschliesslich zur Substituierung fossiler Brennstoffe zu verwenden ist.“<sup>417</sup>

Wolfgang Naegeli vom WWF liess seinerseits einen eigenen Gegenvorschlag im Umweltclub zirkulieren, der forderte, „dass bis auf weiteres von der Planung und vom Bau neuer Atomkraftwerke abgesehen wird.“<sup>418</sup> Nägelis Entwurf enthielt bereits die Hauptargumente der späteren Stellungnahme sowie der „11 grundsätzlichen Punkte zur Atomenergie“ des WWF. Die Positionen des WWF waren also ebenfalls ein Kind des von der SGU angerissenen Kommunikationsprozesses.

Für Dieter Burckhardt, Sekretär des SBN, kam der SGU-Entwurf zur Unterzeichnung nicht in Frage, da er im Grunde keine Stellung beziehe. Der Vorstand des SBN befürwortete denn auch „einen 'härteren' Standpunkt in einer öffentlichen Meinungsäusserung zur Frage der Atomkraftwerke“, ohne sich vorerst genauer festzulegen.<sup>419</sup>

An der Sitzung des Umweltclubs Ende Februar 1973 trafen die unterschiedlichen Meinungen dann hart aufeinander: Das Protokoll vermerkt: Es „bestehen zu gegensätzliche Vorstellungen, als dass man sich einigen könnte.“ Man solle besser vorläufig keine Stellung nehmen als bloss unbestimmte Formulierungen. Nur, aus dem Gutachten der ENHK zum Standort des KKW Gösgen würden viele Leute folgern, dass der Naturschutz mit den Kernkraftwerken einverstanden seien. Die SGU kündigte daher die Ausarbeitung eines neuen Entwurfes an.<sup>420</sup>

---

<sup>415</sup> ArSBN, B 2.2, Akte 55/73, „Stellungnahme zum Bau von Kernkraftwerken: Entwurf von Dr. D. Imboden (SGU) und K. Grob (AGU) unter Mitwirkung von W. Naegeli (WWF) und H. Peter (SGU)“, 31.1.1973. Zitat: S. 2. Die sechs analysierenden Punkte werden im weiteren Verlaufe der Ausarbeitung zu fünf Punkten zusammengefasst, ihre Reihenfolge umgestellt und einzelne Passagen neu oder umformuliert, gestrichen oder ergänzt. Die wichtigen Änderungen werden in den folgenden Ausführungen dargestellt. Imboden, der Leiter der Arbeitsgruppe, hatte keinen Einfluss mehr auf die weitere Bearbeitung des Entwurfes, da er am 15.2.1973 in die USA abreiste.

<sup>416</sup> ArW 68.4.1, ProVA 14, 12.1.1973, S. 2; ProVA 15, 21.2.1973, S. 2f. ArW 68.7.2, Brief an die Mitglieder des Vorstandes vom 2.3.1973.

<sup>417</sup> ArSBN, B 2.2, Akte 55/73, „Kritik am Entwurf der Stellungnahme zum Bau von Kernkraftwerken“, 7.2.1973, Blatt 4.

<sup>418</sup> ArSBN, B 2.2, Akte 84/73, „Stellungnahme zum Bau von Kernkraftwerken: Entwurf von Wolfgang N. Naegeli (WWF) unter Mitwirkung von Dr. D. Imboden (SGU) und K. Grob (AGU)“, Gattikon 14.2.1973.

<sup>419</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge, 21.2.1973, S. 10f; ProV 64/2, 28.2.1973, S. 9.

<sup>420</sup> ArW 68.12.1, ProUC, 26.2.1973, S. 2f. Der VA hatte sich bereits anlässlich der Sitzung vom 21.2.1973 zu diesem Schritt entschlossen.



Dieser neue Entwurf forderte nun ein Moratorium für Atomkraftwerke und berücksichtigte zudem eine Verlautbarung des Bundesrates von Anfang Februar, in welcher dieser die Grundlinien einer - noch zu erarbeitenden - Gesamtenergiekonzeption skizziert hatte. Der Text ging zur Vernehmlassung und Abstimmung an die Mitglieder des Vorstandes und wurde mit Fachleuten aus dem Atombereich besprochen, so mit Courvoisier, dem Chef der Abteilung für die Sicherheit der Kernanlagen des Amtes für Energiewirtschaft.<sup>421</sup>

Der Vorstand hiess den Entwurf gut, einzelne der eintreffenden Antworten waren aber wenig schmeichelhaft: Das „Facit zweijährigen Studiums“ sei „ein Ergebnis, mit dem wir uns bestimmt blamieren werden. 'Ein Berg hat eine Maus geboren', wobei es diese Maus, im Bestreben, allen recht zu machen, niemandem recht machen wird.“<sup>422</sup>

An der Sitzung vom 20. März bilanzierte der Vorstandsausschuss, „die Kritik am neuesten Entwurf 'zieht' in den [sic] verschiedensten Richtungen.“ Heinz Zumstein brachte einen eigenen Entwurf in die Diskussion ein, der unter anderem eine Volksabstimmung vor dem Bau weiterer Atomkraftwerke und „die Bildung einer von Energie-Departement und interessierten Industrien völlig unabhängigen Sicherheitsbehörde“ verlangte. Der Vorschlag wurde aber nicht weiterverfolgt. Statt dessen schritt der Vorstandsausschuss zu einer erneuten Überarbeitung der bisherigen Version, wobei die Forderung nach einem Moratorium nun wieder fallengelassen wurde, „weil im Ergebnis damit einer weitem Ausdehnung der Erdöltechnologie Vorschub geleistet würde.“ Auch beschloss man, sich „noch deutlicher aus dem Streit der Wissenschaftler über technische Probleme herauszuhalten. Es ist zu verhindern, dass die Stellungnahme einerseits von den Fachleuten als unsachgemäss qualifiziert, andererseits vom breiten Publikum (wegen Bezugnahme auf technische Fragen) nicht verstanden wird.“ Diesem Entscheid fiel ein Abschnitt zum Opfer, der vor dem den Atomkraftwerken möglicherweise folgenden Brütertyp und einer mit diesem zusammenhängenden Verbreitung waffenfähigen Plutoniums warnte.<sup>423</sup> Dagegen rückte nun die Warnung vor dem wachsenden Energieverbrauch ins Zentrum der Argumentation und an den Anfang der Stellungnahme; die wesentliche politische Forderung verlangte die Ausarbeitung einer Gesamtenergiekonzeption.<sup>424</sup>

Der neue Vorschlag wurde nun nur noch im Vorstandsausschuss und mit einigen Fachleuten diskutiert. In allerletzter Minute fiel hierbei noch eine Passage weg, die den Bau von Atomkraftwerken als vertretbar wertete, falls damit „der Anteil an umweltfeindlichen fossilen Brennstoffen verringert werden kann.“<sup>425</sup>

Am 4. April fand dann am Sitze der SGU die Schlussbesprechung des Textes statt, an der neben dem Vorstandsausschuss der SGU, Naegeli (WWF), Burckhardt (SBN) und Grob

---

<sup>421</sup> Inhalt des Entwurfs, den ich nicht besitze, nach Angaben aus dem Brief des Zentralsekretariats an die Mitglieder des Vorstandes, 2.3.1973. Möglicherweise hatte sich die Moratoriumsforderung bereits im ersten Entwurf befunden, nahm sich der VA doch vor, sich diesem Text wieder zu nähern. ArW 68.4.1, ProVA 15, 21.2.1973, S. 2f. Im dritten Entwurf wurde wohl der Satz zur Standortplanung der Schlussfolgerung 4 angefügt.

<sup>422</sup> Aus dem Brief eines Vorstandsmitgliedes an die SGU vom 11.3.1973, ArSGU, 107. Die Stellungnahme galt als vom Vorstand angenommen, da nicht mehr als die Hälfte seiner Mitglieder dem Sekretariat einen gegenteiligen Bescheid zukommen liessen. Dieses Vorgehen wurde damit begründet, dass die SGU sich „keinenfalls erlauben könne, mit einer Veröffentlichung zu diesem heissen Thema noch länger zuzuwarten“.

<sup>423</sup> Entwurf Imboden/Grob, S. 1. Das Argument ist darauf in den „11 Punkten“ des WWF enthalten. Panda, 3/1973, S. 9-11.

<sup>424</sup> ArW 68.4.1, ProVA 16, 20.3.1973, S. 3f.

<sup>425</sup> ArW 68.6.1, „Stellungnahme der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz zum Bau von Kernkraftwerken“, 22.3.1973. Beilage zu einem Brief der Zentralsekretariats an die Mitglieder des Vorstandsausschusses vom 22.3.1973. Der Entwurf wird vom VA einstimmig genehmigt. ArW 68.4.1, ProVA, 28.3.1973. Das Wegfallen der Passage mit den fossilen Brennstoffen in der endgültigen Stellungnahme wird von Courvoisier, mit welchem der Entwurf vom 22.3.73 am 26.3.1973 besprochen wurde, explizit bedauert. ArSGU, 107, Brief Courvoisier an SGU, 13.4.1973.

(AGU) teilnahmen. Während sich Burckhardt im Namen des SBN und Grob im Namen der AGU der Stellungnahme anschlossen, beharrte Naegeli darauf, dass der Bau von Atomkraftwerke „unter den heutigen Voraussetzungen“ nicht verantwortbar sei, und plädierte deshalb weiterhin für ein Moratorium. Das Protokoll fasst das anschliessende Streitgespräch folgendermassen zusammen:

„Unbestritten ist, dass der Energieumsatz plafoniert werden muss, dass dies aber nicht sozusagen von einem Tag auf den andern geschehen kann. Nach Auffassung Nägelis ist es aber immerhin so rasch möglich, dass eine Verbesserung des Wirkungsgrades der heutigen Energieproduktion (und des Konsums) genügt, Kernkraftwerke also nicht nötig sind. Nach Auffassung der SGU braucht aber die 'Abflachung der Kurve' mehr Zeit, sodass bei einem vollständigen Verzicht auf Kernkraftwerke sich die Erdöltechnologie und die mit ihr einhergehende Umweltbelastung noch sehr erheblich ausdehnen würden.“<sup>426</sup>

Die Passage veranschaulicht, in welchen Bildern die Akteure dachten und sprachen. Mit der „Kurve“ war eine logistische Wachstumskurve gemeint, wie sie spätestens seit dem Bericht des Club of Rome „Die Grenzen des Wachstums“ zum Inventar umweltpolitischer Diskussionen gehörte.<sup>427</sup>

Am folgenden Tag, dem 5. April 1973, ging die Stellungnahme an die Öffentlichkeit. Sie betonte erstens: „Im Zentrum der Problematik der Kernkraftwerke steht nicht die einzelne Anlage, sondern der wachsende Energiebedarf“, welcher, zweitens „die direkte Folge der zunehmenden materiellen Ansprüche des Einzelnen“ sei. Drittens belaste „nicht nur die Produktion, sondern auch der Verbrauch der Energie (...) die Umwelt“, weshalb man sich fragen müsse: „wieviel ist uns die weitere Hebung des materiellen Wohlstands wert und was kostet uns das dadurch bedingte Wachstum?“, wobei die Umweltbelastung „als Kosten zu betrachten“ sei. „Wir glauben nicht, dass diesen Kosten ein Ebenmass an echtem Fortschritt gegenübersteht.“ Deshalb sei viertens eine weitere Steigerung des Energiebedarfs „grundsätzlich unerwünscht“ und Kernkraftwerke nur vertretbar, als es „einen für das Allgemeinwohl unerlässlichen Energiebedarf“ zu decken gelte. Ihr Bau müsse „in den Rahmen einer Gesamtenergiekonzeption gestellt“, die Bundeskompetenzen in dieser Hinsicht erweitert, das Atomgesetz revidiert werden. Fünftens schliesslich bringt die Stellungnahme Vorbehalte zur Sicherheit an: die Wahrscheinlichkeit von Unfällen gelte als relativ gering, die Konsequenzen eines „nicht auszuschliessenden“ Katastrophenfalles seien allerdings unabsehbar gross.

Aufgrund dieser Ausführungen zog der Text nun folgende Schlüsse:

1. Unsere *Energiepolitik muss in erster Linie einer lebenswerten Zukunft*, nicht dem kurzfristigen materiellen Wohlstand dienen.
2. Wir müssen das *Wachstum des Energiekonsums abbremsen und jegliche Energieverschwendung verhindern*. Die vom Bundesrat übernommene Prognose einer Verdoppelung des Energiebedarfs bis zum Jahre 1985 und einer Verdreifachung bis zum Jahre 2000 (gegenüber 1970) ist unannehmbar.
3. Der Bau weiterer Kernkraftwerke ist nur im Rahmen eines *Gesamtenergiekonzeptes* vertretbar. Dieses muss den *Grenzen der Belastbarkeit unserer Umwelt Rechnung tragen* und die mittel- und längerfristigen Möglichkeiten zur *Energieeinsparung* sowie die anzustrebende *Aufteilung auf die verschiedenen Energieträger* einschliessen.
4. Für Kernkraftwerke sind die *umfassendsten Sicherheitsmassnahmen* zu treffen, sowohl in technischer Hinsicht als auch bezüglich der Bewachung und Sicherung. *Die Stand-*

<sup>426</sup> ArW 68.4.1, ProVA 17, 4.4.1973, S. 2. Aus seinem Entwurf können wir zudem entnehmen, dass Naegeli auch bereit war, einige zusätzliche ölthermische Kraftwerke in Kauf zu nehmen, um auf AKW zu verzichten. Vgl. die „11 Punkte“ des WWF: Panda, 3/1973, S. 9-11 (siehe folgenden Abschn.).

<sup>427</sup> Vgl. Abschn. 3.2.2.

*ortplanung* hat nicht nur gesamtschweizerisch, sondern darüber hinaus internationale Gesichtspunkte zu berücksichtigen.“<sup>428</sup>

Die Stellungnahme kam in den Radionachrichten des Tages an erster Stelle und stiess auf ein breites Echo in der Presse. Der WWF distanzierte sich via Depeschagentur von ihr und kündigte eine eigene Stellungnahme an. Nachträglich schlossen sich hingegen der Rheinaubund und die Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen der SGU-Stellungnahme an.<sup>429</sup>

Wie ist der geschilderte Kommunikationsprozess zu bewerten? Mir scheinen folgende Punkte besonders bemerkenswert zu sein:

1. Die Verständigung zum Thema AKW fand in einem die einzelne Organisation übergreifenden Rahmen statt. Diese Zusammenarbeit unter den Umweltschutzorganisationen war etwas grundlegend Neues. So musste der SBN erst einmal die grundsätzliche Frage klären, ob Stellungnahmen anderer Organisationen mitunterzeichnet werden sollen oder nicht.<sup>430</sup> Im Anschluss an die Stellungnahme wurden dann zudem Beziehungen zu Anti-AKW-Gruppierungen und weiteren Umweltorganisationen aufgebaut. Die SGU pflegte laufenden Kontakt zu Exponenten des NAK und zu Konradin Kreuzer, der den Rheinaubund und das „Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft“ vertrat.<sup>431</sup>

2. Die Umweltschützer suchten und fanden das Gespräch mit der Atomwirtschaft. Beide Seiten waren an den informellen Kontakten offensichtlich interessiert. Diese Kommunikationsstränge wurden allerdings im Laufe des Jahres 1973 im Zeichen einer zunehmend emotional geführten Debatte belastet. In den Augen der Umweltschützer wich die Elektrizitäts- und Atomwirtschaft einer echten Diskussion aus und führte statt dessen einen einseitigen Propagandafeldzug mit Publikationen, welche die Probleme der Atomenergie verharmlosten oder negierten. So stand am Anfang eines längeren Briefwechsels zwischen dem Delegierten der SGU, Rickenbach, und dem Delegierten der Motor Columbus AG, Michael Kohn, Rickenbachs Kritik an der Informationspolitik des VSE, die die Entwicklung eines offenen und sachlichen Gesprächs verbauen würde. Drei Monate später, im Juli 1973, beendete Rickenbach den Briefwechsel, verärgert darüber, dass Kohn nie wirklich auf seine Kritikpunkte eingegangen war. Die beiden Männer hatten keine gemeinsame Diskussionsebene mehr gefunden. Kohn in seinem letzten Brief:

„Ich kann feststellen, dass wir uns zumindest in dem Punkt einig sind, dass unser Briefwechsel uns nicht weitergebracht hat; unsere früheren Gespräche waren da viel fruchtbarer.“<sup>432</sup>

In dieselbe Richtung zielte ein offener Brief an die SVA, welcher vom Institut de la Vie ausgearbeitet, von der SGU ins Deutsche übersetzt und im Oktober 1973 gemeinsam publiziert worden war. Darin bezichtigten die beiden Umweltorganisationen - unter Abdruck von Argumenten kritischer Atomexperten - die SVA der „bewusste[n] Irreführung“ der Öffentlich-

<sup>428</sup> „Stellungnahme der SGU zu Bau von Kernkraftwerken“, 5.4.1973. Mitunterzeichnet von: AGU, SBN, SLL. Hervorhebungen wie im Original. Die Stellungnahme ist abgedruckt in NuM, 2/1973, S. 77f.

<sup>429</sup> ArW 68.4.1, ProVA 17, 4.4.1973, S. 2; 18, 13.4.1973, S.1. WWF: ArSGU, 107. Rheinaubund: NuM, 2/1973, S. 78. Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen: Stellungnahme zum Bau von Kernkraftwerken, 23.5.1973, in: NuM, 3/1973, S. 123f.

<sup>430</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge, 21.2.1973, S. 10f. Die interorganisatorische Vernetzung wurde mit der Gründung des Umweltclubs institutionalisiert Aus dessen Kreise bildeten sich auch zukünftig Ad-hoc Arbeitsgruppen zur gemeinsamen Bearbeitung einzelner Sachthemen.

<sup>431</sup> Umfangreiche Korrespondenz in ArSGU, 130.

<sup>432</sup> ArSGU, 130. Briefwechsel Rickenbach - Kohn: Briefe Rickenbachs vom 9.4., 29.4., 21.6., 12.7. 1973. Briefe Kohns vom 9.4., 19.6., 9.7., 13.7.1973. Zitat aus dem Brief Kohns vom 13.7.1973, Beendigung des Briefwechsels durch Rickenbach: handschriftliche Notiz vom 19.7.1973 auf ebd.. Am Anfang des Briefwechsels stand Rickenbachs Kritik am „tiefen Niveau emotionaler Stimmungsmache“ und der Einseitigkeit des Prospekts „Energie 2000“ sowie der einseitigen Zusammenstellung der Referenten der Tagung vom 14./15.6.1973 des VSE. Brief Rickenbachs vom 29.4.1973.

keit „über die tatsächlichen Gefahren der Atomenergie“. <sup>433</sup> Der Kampf um die 'Wahrheit' über die Atomenergie war 1973 in vollem Gange. Diesem Kampf konnte sich auch die SGU nicht entziehen, auch wenn sie sich bemühte, jegliche Polemik zu vermeiden. So lehnte die SGU die Mitunterzeichnung eines Inserates des Rheinaubundes im „Beobachter“ ab, da diese Art der Meinungsäußerung ihrem politischen Stil nicht entspreche. Und später unterstützte sie die GAK offiziell nicht, obwohl man in der SGU Sympathien für diese hegte. <sup>434</sup>

Die informellen Kontakte zur Energiewirtschaft brachen aber nie ganz ab. Auf Anregung der SGU trafen sich im März 1974 Vertreter der Energiewirtschaft, des Bundes und der Umweltorganisationen in Lenzburg zu einem nichtöffentlichen „Stapferhaus-Gespräch“. <sup>435</sup>

3. Das Spektrum der Äusserungen war, wie jenes der beteiligten Gruppierungen, aussergewöhnlich gross. Der Prozess nahm sehr verschlungene Wege, sein Ausgang war in hohem Masse offen. So glich der Vorstandsausschuss der SGU, bei dem die Kommunikationsfäden zusammenliefen, im Frühjahr 1973 einem schwankenden Schiff, das, durch die Wogen der eingehenden Meinungen hin und her gerissen, bald auf die eine, bald auf die andere Seite kippte. Die hohe Formbarkeit der Positionen kam am deutlichsten in der wechselhaften Haltung zur Moratoriumsforderung zum Ausdruck. Im Verlaufe des Kommunikationsprozesses wurden früher gebildete Meinungen revidiert. Insbesondere das Vertrauen in die Atomtechnik wurde erschüttert: Galt im August 1972 die Atomenergie dem Vorstandsausschuss noch als die „sauberste Art der Energieproduktion“, gelangte er im Verlaufe der intensiven Beschäftigung mit dem Thema zur Einsicht, dass die Antworten auf wesentliche Fragen der Atomtechnik noch sehr kontrovers waren.

4. Die Bedeutung der SGU-Stellungnahme liegt in ihrer neuen Sichtweise der Problemlage. Der Meinungsbildungsprozess generierte nicht in erster Linie Antworten, sondern neuartige Fragestellungen. Die SGU definierte das Wachstum des Energiebedarfs als zentrales Problem, dem sie die Frage des AKW-Baus unterordnete. Indem sie ein weiteres Wachstum, dessen Kosten höher seien als die „echten“ Wohlstandsgewinne, als grundsätzlich unerwünscht bezeichnete, löste sie den Sachzwang der Bedarfsbefriedigung auf. Das Mass für Wohlstand war nicht mehr die Quantität produzierter Güter, sondern eine „Lebensqualität“. Priorität ordnete die SGU der Lösung der Probleme auf der Ebene einer Gesamtenergiekonzeption zu, welche den Grenzen der Umwelt und den Möglichkeiten des Sparens als bessere Alternative zur Mehrproduktion Beachtung schenken müsse und in deren Rahmen erst die anzustrebende Aufteilung der Produktion auf die verschiedenen Energieträger und somit auch der Bau weiterer Atomkraftwerke entscheidbar sei. Damit vermied die SGU vorerst eine Festlegung auf die Position AKW: ja oder nein und eine Einordnung ins Gegner-Befürworter-Schema. Mit ihrer Stellungnahme blieb die Gesellschaft ein für beide Seiten verfügbarer Ansprechpartner. <sup>436</sup> Andererseits transferierte die SGU das AKW-Problem von einer technischen auf eine ökologische Ebene. Indem sie es als Teilbereich des Energieproblems

---

<sup>433</sup> ArSGU, 137. ISV, SGU, „Offener Brief an die Schweizerische Vereinigung für Atomenergie (SVA)“, 15.10.1973. In der welschen Schweiz schlossen sich dem Brief an: Association genevoise pour la protection de la nature - AGNP (Sektion SBN), Goupe 2002, Arcadie, WWF - Sektion Genf. ArSGU, 137. Auslöser des Briefes war ein Kommuniké der SVA vom August 1973, in welchem sie den AKW-Gegnern unterstellte, emotionelle und unfundierte Argumente zu benützen.

<sup>434</sup> ArW 68.4.1, ProVA 22, 28.6.1973, S. 12; 41, 17.12.1974. Auch der offene Brief an die SVA war SGU-intern umstritten und führte zu einigen nachträglichen Turbulenzen. ArSGU, 137.

<sup>435</sup> ArW 68.4.1, ProVA 31, 22.4.1973. Vorbereitungen: ProVA 22, 28.6.1973, S. 12; 23, 13.8.1973, S. 5; 30, 11.3.1974, S. 3. ArSBN, B 1.1, ProV 65/2, 20.2.1974, S.3. Thema der zweitägigen Tagung war die Gesamtenergiekonzeption.

<sup>436</sup> Die in der Stellungnahme zuletzt wohlweislich offengelassene Frage der Substitution von Erdöl durch Atomenergie blieb ein Pferdefuss der SGU-Position. Dies kam an der ersten Generalversammlung der Gesellschaft im Juni 1973 zum Ausdruck, an der einerseits Werbung für Elektromobile gemacht wurde, andererseits aber der Physiker Jean Rossel einen AKW-kritischen Vortrag hielt. Dies - Substitutionsforderungen bei gleichzeitiger AKW-Kritik - trug der SGU den Vorwurf der Schizophrenie ein. ArW 68.8.1.

und Feld gesellschaftspolitischer Entscheide definierte, verleihte sie die AKW-Frage dem Umweltdiskurs und somit der Diskussion über die Grenzen des Wachstums ein. Mit dem Wechsel der Diskursebene verschoben sich gleichzeitig die Zuständigkeiten und Autoritäten in der AKW-Frage: Fortan war nicht mehr nur technisches Know-how gefragt, sondern auch Kompetenz in ökologischen Fragen. Die SGU-Stellungnahme bildete den Ausgangspunkt einer bis heute fortdauernden Einmischung der Umweltorganisationen in die Atomenergiepolitik.

Im folgenden spezialisierte sich die SGU auf die Frage der Gesamtenergiekonzeption. Eine Woche nach der Veröffentlichung der Stellungnahme unterstrich die SGU in einem Brief an den Bundesrat ihre Ideen einer „umweltgerechten Energiepolitik“ und wünschte gleichzeitig, an der Erarbeitung einer schweizerischen Gesamtenergiekonzeption mitzuwirken.

Bei der weiteren Bearbeitung der Thematik bezog die SGU dann Wissenschaftler des NAWU-Projekts ein: Ende Juni 1973 bildeten die NAWU-Mitarbeiter Theo Ginsburg und Samuel Mauch eine Arbeitsgruppe „Gesamtenergiekonzept“, die der Vorstandsausschuss beauftragte, ein Positionspapier zu erarbeiten. „Damit soll erreicht werden, dass die Behörden des Bundes frühzeitig wissen, was wir unter einer Gesamtenergiekonzeption verstehen (...).“<sup>437</sup>

Das von der Arbeitsgruppe entworfene Kommuniké ging im September 1973 mit dem Bericht des Bundesrates „Grundzüge einer schweizerischen Gesamtenergiekonzeption“ vom Februar desselben Jahres gnadenlos ins Gericht: In ein solches Konzept gehörten Grundsatzentscheide und keine technischen Details. Die ausführliche Version zitierte den Bericht „Kneschaurek“, der darlegt, dass die langfristigen Zielsetzungen nicht aus einer Extrapolation der Vergangenheitsentwicklung, sondern aus einem wünschbarem Zukunftsbild abzuleiten seien. Der bundesrätliche Bericht lasse zwar eine ausdrückliche Zielsetzung vermissen, bezwecke aber offenbar, einen Plan für die Befriedigung der künftigen Nachfrage aufzustellen.

„Demgegenüber ist zu fragen, ob ein solches Wachstum überhaupt *verantwortbar* ist. Der Energieeinsatz verursacht neben den direkten Umweltbelastungen (z.B. Luftverschmutzung und Abwärme auch indirekte Belastungen, indem er grösstenteils zur Steigerung von Produktion und Konsum dient. Den Umweltbelastungen müssen aber im Interesse der langfristigen Sicherung einer hohen Lebensqualität Grenzen gesetzt werden. Das Gesamtenergiekonzept muss daher entsprechende Grenzen auch für die Energieproduktion und den Energiekonsum festlegen.“

Die wünschbaren künftigen Anteile der einzelnen Energieträger müssten sodann unter Berücksichtigung der Rohstoffverknappung und den unterschiedlichen Umweltbelastungen, sowie unter Einbezug alternativer Technologien wie der Sonnenenergienutzung entwickelt werden. Schliesslich müsse eine Harmonisierung der übrigen Planungen erfolgen, werde doch die Rohstoffverknappung „tiefgreifende Anpassungen der Infrastruktur nötig machen“.<sup>438</sup> Neben dem Energiesparen postulierte die SGU nun zwei weitere Alternativen: die Förderung alternativer Technologien und eine tiefgreifende Neuorganisation der Gesellschaft.

Am 5. Juni 1974 ernannte der Bundesrat die Expertenkommission für die Gesamtenergiekonzeption (GEK). Bei den neun Mitgliedern handelte es sich überwiegend um Exponenten der Energiewirtschaft, das Präsidium legte der Bundesrat in die Hände von Michael Kohn. Diese Zusammensetzung stiess auf verbreitete Kritik. Die SGU bezeichnete sie als einseitig,

<sup>437</sup> ArW 68.4.1, ProVA 22, 28.6.1973, S. 11. Hervorhebung wie in der Quelle.

<sup>438</sup> ArSGU, 130. SGU, „Gesamtenergiekonzeption, Brief an den Bundesrat“, 5.9.1973. SGU, „Gesamtenergiekonzept verlangt Grundsatzentscheide“, 5.9.1973. „Zum Wesen der Gesamtenergiekonzeption, Bericht der Arbeitsgruppe 'Gesamtenergiekonzeption' der SGU“, 27.8.1973, erschienen in NZZ, Nr. 493, 24.10.1973.

die Wahl Kohns als Präsidenten als völlig verfehlt. Sie forderte, dass „Fachleute der Energieproduktion und Verfechter einer gezielten Verbrauchszuwachsdrosselung darin paritätisch vertreten sind, dass ihr auch Gegner der Kernenergie angehören und dass die Kommission durch eine wirklich überragende, neutrale Persönlichkeit präsiert wird.“ In der Folge erweiterte der Bundesrat die Kommission um zwei Mitglieder, wobei er die SGU einlud, einen Vertreter zu delegieren. Die SGU entsandte daraufhin ihren Präsidenten Meinrad Schär, wobei sie sich aber den Rückzug vorbehielt, falls die „ökologischen Gesichtspunkte in der Kommissionsarbeit nicht oder nur in ungenügender Masse berücksichtigt werden.“<sup>439</sup> 1977 sollte es dann ob dieser Klausel zu einem offenen Streit innerhalb der SGU kommen: Aktive Mitglieder sahen die Gesellschaft als ökologisches Feigenblatt der GEK missbraucht und legten Schär den Rücktritt aus der Kommission nahe. Schär opponierte und trat statt dessen unter Protest und gewaltigem Medienecho aus der SGU aus.<sup>440</sup>

Die Ernennungen für die GEK zeigten zweierlei: Erstens gab es 1974 auch im Energiebereich kein Vorbeikommen mehr an den Vertretern des Umweltschutzes. Zweitens war es der SGU mit der frühzeitigen Besetzung des Themas „Gesamtenergiekonzeption“ gelungen, nur drei Jahre nach ihrer Gründung, in die innersten Zirkel der schweizerischen Verhandlungsdemokratie einzudringen: die Expertenkommissionen (wobei es ehrlicher wäre, diese als „Interessenvertreterkommissionen“ zu bezeichnen).

Einen anderen Weg hatte im Sommer 1974 eine von Politikern, Wissenschaftlern, Vertreter von Umweltschutzorganisationen und den Schriftstellern Dürrenmatt, Frisch und Muschg unterzeichnete Eingabe an den Bundesrat vorgeschlagen: Die Unterzeichneten wollten mit der Einsetzung einer gleichberechtigten, ökologisch orientierten Alternativkommission ein Gegengewicht schaffen. Die treibende Kraft hinter diesem Projekt war Theo Ginsburg, sein Epizentrum die Wissenschaftlergruppe des NAWU. 1975 band die GEK die NAWU-Gruppe in ihre Arbeiten ein, indem sie ihr den Auftrag erteilte, eine Stabilisierungsvariante auszuarbeiten. Als die GEK diese nicht publik machte, gründeten daran interessierte Kreise im September 1976 die Schweizerische Energiestiftung (SES). Damit entstand aus dem Projekt einer Alternativ-GEK eine neue soziale Bewegung, die zu einer prägenden Kraft in den weiteren Auseinandersetzungen um die Atomkraftwerke wurde.<sup>441</sup>

#### 5.3.4. Der WWF gegen den Bau von Atomkraftwerken

1970 erschien in der WWF-Zeitschrift „Panda“ ein zweiteiliger Artikel von Wolfgang Naegeli mit dem Titel „Zerstörung, Schutz und Planung der Umwelt Europas“. Darin bezeichnete der Redaktor des „Panda“ die Atomkraftwerke wegen ihrer Wärmeabgabe als „die schlimmsten Gewässerverschmutzer“.<sup>442</sup>

Das AKW-Thema wurde dann aber erst wieder Ende 1972 aufgenommen. In der 4. Nummer dieses Jahres rückte das „Panda“ einen Aufsatz von Theo Ginsburg ein: „Ist die Zukunft

---

<sup>439</sup> Zur GEK-Ernennung: SPJ, 1974, S. 86. Protest der SGU: NuM, 4/1974, S. 181; Beteiligung der SGU an der GEK unter Vorbehalt: ArW 68.4.1, ProVA 35, 30.8.1974, S. 2; NZZ, 2.9.1974. Die SGU bildete zur Unterstützung von Schär einen FA Energie, an dem sich auch andere Umweltorganisationen beteiligten. ArW 68.4.1, ProV 38, 22.10.1974, S.1f; 41, 17.12.1974, S. 1.

<sup>440</sup> Büchel, S. 81f; Bulletin SGU, 2/91, S. 8.

<sup>441</sup> Offener Brief an den Bundesrat, unterzeichnet von 22 Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Umweltschutz, Politik und Kultur: NuM, 4/1974, S. 181f. Zur Gründung der SES, an der neben Leuten der NAWU, das NWA, die SSES und das GDI beteiligt waren: Ginsburg 1987; Matthias Zimmermann, Als die SES erstmals Zähne zeigte, in: Energie&Umwelt 1/1996, S. 18-20. Ginsburg versuchte 1974 auch, die Umweltorganisationen für eine breit abgestützte Alternativkommission auf privater Basis zu gewinnen. Diese konzentrierten sich aber vorerst auf die Mitarbeit in der GEK. SGU: ArW 68.4.1, ProVA 35, 30.8.1974, SBN: ArSBN, B1.1, ProV 65/5, 11.9.1974, S.4; 65/6, 13.11.1974, S.3f.

<sup>442</sup> Panda, 3/1970, S. 3-7; 4/1970, S. 7-13. Zu AKW: 4/1970, S. 7f. Neben der thermischen Verschmutzung der Gewässer befürchtet Naegeli auch eine regionale Klimaverschlechterung. Zu den folgenden Ausführungen vgl. auch Büchel, S. 43-47.

noch zu retten?: Modelle des Wachstums“. Darin forderte der NAWU-Mitarbeiter eine langfristige Planung für den Übergang vom exponentiellen Wachstum zu einem Zustand des Gleichgewichts und steckte gleichsam den Analyserahmen auch für die AKW-Frage ab:

„Es sei in diesem Zusammenhang speziell auf die Energiewirtschaft hingewiesen, welche innerhalb der gesamten Wirtschaftsordnung eine zentrale Stellung einnimmt. Die Energieproduktion kann (...) nicht beliebig hoch getrieben werden. Eine sinnvolle Energiekonzeption unseres Landes müsste sich deshalb in erster Linie mit der Frage auseinandersetzen, wie hoch das national und international vertretbare Niveau unserer zukünftigen Energieproduktion anzusetzen ist. Erst auf Grund dieser richtungsweisenden Entscheidung, welche die gesamte Wirtschaftslage, aber auch die Interessen der kommenden Generationen berücksichtigen müsste, könnten dann die heute aktuellen Probleme, wie beispielsweise die sich für Ende der siebziger Jahre abzeichnende Energielücke, die nächste Ausbaustufe der Atomkraftwerke usw. auf einer seriösen Basis erarbeitet werden.“<sup>443</sup>

Die von Ginsburg vertretene Sichtweise wurde richtungsweisend für die Behandlung des AKW-Problems in den Umweltschutzkreisen.

Ende 1972 wurde der WWF dann von der SGU in die Ausarbeitung einer Stellungnahme zur Atomkraftwerksfrage einbezogen. Wolfgang Naegeli wirkte in der „Arbeitsgruppe Imboden“ mit. Der WWF plädierte für eine 'härtere' Position und distanzierte sich von der Stellungnahme der SGU.<sup>444</sup>

Am 19. Juni 1973 trat der WWF mit einer eigenen Stellungnahme an die Öffentlichkeit, deren Titel - „WWF gegen den Bau von Atomkraftwerken“ - bereits die schärfere Gangart anzeigte. Wie zuvor die SGU forderte der WWF eine Gesamtenergiekonzeption, „um Energieverschwendung zu vermeiden und Umweltbelastungen zu reduzieren“. Im Gegensatz zur SGU betonte der WWF aber nun die ungelösten Probleme der Atomenergie und trat für ein Moratorium beim Bau von Atomkraftwerken ein. Die Stellungnahme strich auch die gesellschaftliche Dimension der Angelegenheit heraus:

„Eine Besinnungspause schadet nichts und wird im Gegenteil einen Denkanstoss für die Neuorientierung der Werte bewirken.“<sup>445</sup>

Das folgende „Panda“, 3/1973, widmete sich schwerpunktmässig der Atomenergie. Sein Titelbild zeigte eine Skeletthand, die den Stecker eines Stromkabels zur Buchse führt. Daneben stand die Frage: „Kernenergie für ein glücklicheres Leben?“. Das Bild war eine sarkastische Abwandlung des Covers der bei den Atomenergiekritikern verrufenen Kernenergiebroschüre der SVA. Der WWF bezeichnete dies später als Fehler, der einen ungewollt polemischen Eindruck erweckt habe, und entschuldigte sich beim SVA.<sup>446</sup>

Im Editorial setzte Wolfgang Naegeli das Thema in seine Relationen, indem er hervorhob, dass es sich „bei der ganzen Auseinandersetzung um die Kernenergie lediglich um ein Symptom der Umweltkrise handelt, das (...) sich letztlich aus der Wachstumsproblematik ergibt.“

„Währenddem die Elektrizitätswirtschaft die Prognosen für ein weiteres Wachstum sowie die darauf basierenden Extrapolationen des Stromverbrauchs als unabänderliche Tatsache hinnimmt und glaubt, die ihr daraus erwachsenden Aufgaben nur mit

---

<sup>443</sup> Panda, 4/1972, S. 18-25. Zitat: S. 23. Der Artikel beruhte auf dem Vortrag Ginsburgs am 2. Umweltsymposium der HSG: Theo Ginsburg, Exponentielles und logistisches Wachstum, in: Horn u.a., S. 119-148.

<sup>444</sup> Siehe Abschn. 5.3.3.

<sup>445</sup> Panda, 2/1973, S. 6f.

<sup>446</sup> Entschuldigung: Panda 1/1974, S. 3. Stiftungspräsident Hüsey sagt, dass die Abwandlung unbewusst geschehen sei, was aber angesichts der Bekanntheit und Verrufenheit der SVA-Broschüre in den Umweltkreisen nicht glaubwürdig ist.

Hilfe der Kernspaltung lösen zu können, gehen die Atomgegner davon aus, dass das Wachstum auf einem begrenzten Planeten ohnehin einmal zum Abschluss kommen muss und dass eine Stabilisierung leichter jetzt als in letzter Minute zu verwirklichen ist. Können wir dieses globale Ziel nicht sofort erreichen, dürfen wir trotzdem einer potentiell lebensgefährlichen Entwicklung auf einem Teilgebiet nicht einfach freien Lauf lassen.“<sup>447</sup>

Am Anfang des Thementeils vertiefte der WWF seine Stellungnahme vom Juni in „11 grundsätzlichen Punkten zur Atomenergie“. Interessant ist Punkt 4, der sich dem Streit zwischen den Fachleuten um die Sicherheit der Atomkraftwerke widmet:

„(...) Es wird deutlich, dass das Wort „sicher“ hier nicht absolut, sondern nur *als relativer Begriff* verwendet wird. Die Erfassung der ganzen Problematik liegt im Grenzbereich des menschlichen Vorstellungsvermögens. *Wie in allen Grenzbereichen ist auch hier äusserste Vorsicht angebracht.* Es ist heute noch unmöglich, die Frage der Sicherheit eines Kernkraftwerkes und des damit zusammenhängenden Risikos abschliessend zu beurteilen. Keine private oder staatliche Stelle und erst recht keine Einzelperson ist zu einer solchen Beurteilung in der Lage, wenn sie sich der damit verbundenen *Verantwortung* bewusst ist.“<sup>448</sup>

Darunter plazierte das „Panda“ einen Zeitungsausschnitt, der Bundesrat Bonvin mit den Worten „Ich übernehme die Verantwortung“ zitierte.

Der WWF betonte nun auch, dass infolge der knappen Uranreserven einem heutigen Ja zu den Atomkraftwerken ein späteres Ja zu den Schnellen Brütern folgen müsse, welche „potentiell viel gefährlicher“ seien. Die „11 Punkte“ schlossen:

„Einen Entscheid für Atomkraftwerke könnte man mit dem Einbiegen in eine dunkle Einbahnstrasse vergleichen, von der wir nicht wissen, wohin sie führt. Ohne Kernkraftwerke bleibt uns hingegen die ganze Handlungsfreiheit bewahrt.“<sup>449</sup>

Darauf folgten mehrere Artikel, welche die Atomenergie kritisierten, sowie eine Literaturauswahl.<sup>450</sup> Der Artikel von Elmar Ledergerber, wie Ginsburg am NAWU-Projekt beteiligt, betonte die gesellschaftliche Dimension der AKW-Frage:

„(...) das Problem der Nuklearenergie ist nicht nur - ja ich möchte sagen nicht einmal in erster Linie - ein technisches und naturwissenschaftliches Problem. Die Einführung dieser unbestritten gefährlichen und alle bisherigen Dimensionen sprengenden Form der Energieerzeugung ist (...) ein eminent gesellschaftliches Problem.“<sup>451</sup>

Nicht alles, was technisch möglich wäre, sei gesellschaftlich wünschenswert. Ledergerber warnte, aufgrund kurzfristiger Sachzwänge eine Schwelle, von der es kein Zurück gibt, zu überschreiten.

„Die Spirale der Sachzwänge dreht sich ins Unendliche, denn jeder Entscheid aufgrund eines Sachzwanges schafft mehrere neue Sachzwänge.“<sup>452</sup>

Auch gab Ledergerber zu bedenken, dass die Sicherheit solch hochkomplexer Systeme mit der Einschränkung persönlicher Bewegungsfreiheit erkaufte werden müsse.

<sup>447</sup> Panda, 3/1973, Editorial.

<sup>448</sup> Panda, 3/1973, S. 9. Hervorhebungen wie in der Quelle. Die Kernthesen der „11 Punkte“ waren bereits im Februar 1973 im Zuge der Diskussionen um die SGU-Stellungnahme ausgearbeitet worden. Vgl. Abschn. 5.3.3.

<sup>449</sup> Ebd., S. 11.

<sup>450</sup> Panda, 3/1973, S. 9-23.

<sup>451</sup> Elmar Ledergerber, Der Propagandafeldzug für die Atomenergie verheimlicht die wesentlichen Tatsachen, in: Panda, 3/1973, S. 17-21.

<sup>452</sup> Ebd.



„Soziale Spannungen und unberechenbare Menschen haben in der technologischen Landschaft des Nuklearzeitalters keinen Platz mehr.“<sup>453</sup>

Die Schreckensvision des uniformierten, technokratischen Atomstaates schwang bei diesen Ausführungen mit.

Im Sommer 1973 griff der WWF auch aktiv in den Abstimmungskampf in Inwil ein, indem er sämtliche Haushalte mit seiner Stellungnahme belieferte.<sup>454</sup>

Die Aktivierung des WWF in der AKW-Frage löste heftige Reaktionen aus. In der ersten Ausgabe von 1974 griff der Präsident der Stiftung WWF Schweiz, Hans Hüsey, das AKW-Thema auf, um „Das Verhältnis des WWF zum Natur- und Umweltschutz am Beispiel der Energiefrage“ zu erläutern.

„In der Folge wurde dem WWF unter anderem das Recht abgesprochen, sich zu dieser Thematik zu äussern. So wurde uns von Kritikern öffentlich empfohlen, beim „Tierschutz“ zu bleiben.“<sup>455</sup>

Hüsey verwies auf das in den Statuten verankerte Konzept von Natur- und Umweltschutz, das den WWF beauftrage, sich öffentlich für den Umweltschutz zu engagieren und ihm somit eine „Verantwortung“ auch in der Kernenergiefrage übertrage. Er verwahrte sich gegen dem WWF gegenüber vorgebrachte unsachliche und perfide Vorwürfe:

„Solche Reaktionen erschüttern unser Vertrauen auf vernünftige, demokratische Meinungsbildung und objektive Grundlagenforschung für die Zukunft. Sollte es in unserem Lande nicht mehr möglich sein, motivierte Fragen zu Entwicklungen dieser lebenswichtigen Tragweite zu stellen, ohne dass man als „Extremist“ verketzert wird?“<sup>456</sup>

Der WWF ging mit gutem Beispiel voran und brachte im gleichen Heft ein Forum zur Atomenergie mit Pro- und Contra-Stimmen aus Leserkreisen sowie einer Stellungnahme der SVA. Zum Schluss wiederholte der WWF seine (leicht revidierte) Stellungnahme vom Juni 1973 und kündigte gleichzeitig an, das Thema Atomenergie vorläufig abzuschliessen.<sup>457</sup>

Fazit: Auch beim WWF kristallisierte sich die Position zur Atomenergie anfangs 1973 heraus, im Sommer trat er damit an die Öffentlichkeit. Der WWF lehnte nun im Gegensatz zur SGU den AKW-Bau unverblümt ab und betonte insbesondere dessen gesellschaftlichen Auswirkungen. Auch scheute er sich nicht, in das Ringen um die 'Wahrheit der Risiken' einzugreifen, was er mit einer gegen die Organisation gerichteten Polemik bezahlen musste.

### 5.3.5. SBN (II): Stopp der Energieverschwendung!

Im April 1973 war die SGU-Stellungnahme erschienen, mitunterzeichnet durch den SBN. Die nächste Grundsatzdebatte im Vorstand wurde dann ein weiteres Mal durch eine Sektion ausgelöst. Die Sektion Genf ersuchte die Zentrale in Basel, ihre Bestrebungen gegen Verbois „sans tarder“ auf Bundesebene zu unterstützen.<sup>458</sup> Das Genfer Anliegen wurde in der Sitzung vom 11. Juli 1973 behandelt. Der Einfluss der Gespräche, die im Vorfeld der SGU-Stellungnahme geführt worden waren, ist deutlich herauszuhören. Der Vorstand war sich in der „grundsätzlichen Unterstützung der Sektion Genf“ einig. Der SBN müsse aber in erster Linie den offenen Fragen Rechnung tragen, falsche Argumente vermeiden und „die Wichtigkeit einer Gesamtkonzeption in der Energieversorgung unterstreichen“. Einsparun-

<sup>453</sup> Ebd.

<sup>454</sup> ArW 68.12.1, ProUC, 4.7.1973, S. 2. Zu Inwil siehe Abschn. 5.1.1.

<sup>455</sup> Panda, 1/1974, S. 2-5.

<sup>456</sup> Ebd.

<sup>457</sup> Panda, 1/1974, S. 5, 35-44.

<sup>458</sup> ArSBN, B 1.2, Akte 179/73.

gen beim Energieverbrauch seien möglich, „setzt aber Massnahmen auf schweizerischer Ebene durch die Bundesbehörden voraus, da erfahrungsgemäss ein Appell zum freiwilligen Sparen nicht genügt.“ Der Vorstand erteilte einem Mitglied den Auftrag, eine Liste möglicher Sparmassnahmen von Strom zusammenzustellen, auf Grundlage derer man die Diskussion „über Kernkraftwerke und Gesamtenergiepolitik wieder aufnehmen wolle.“<sup>459</sup>

Ende 1973 musste Zentralsekretär Burckhardt feststellen, dass eine Stellungnahme des SBN zu den Atomkraftwerken zwar schon mehrmals im Vorstand behandelt, „der komplexen Natur entsprechend“ aber keine Beschlüsse gefasst worden waren.<sup>460</sup> In der ersten Sitzung im Jahre 1974 erteilte der Vorstand dann aber Heribert Rausch und Leo Schmid den Auftrag, in einem Arbeitspapier die Grundlagen für eine Information des SBN über die Energiepolitik zu erarbeiten. Leo Schmid war Redaktor des Winterthurer „Landboten“ und seit 1971 Vorstandsmitglied des SBN, Heribert Rausch war Experte für Umweltrecht und hatte bis Ende 1973 die Geschäftsstelle der SGU geleitet. Leider gibt das Protokoll keine nähere Auskunft über den an der Sitzung vereinbarten inhaltlichen Rahmen. Es heisst bloss, dass das Arbeitspapier die „wesentlichen Ziele des SBN“, wie sie in den Unterlagen zur Sitzung und in der Diskussion zum Ausdruck gekommen seien, enthalten solle.<sup>461</sup> Einen Anhaltspunkt bietet immerhin eine der Sitzungsunterlagen, ein Artikel von Leo Schmid „Vor entscheidenden Weichenstellungen: Hintergründe und Konsequenzen der Energiekrise“, der zum Jahresende 1973 im „Landboten“ erschienen war.<sup>462</sup> Schmid machte zwei völlig entgegengesetzte Standpunkte in der Beurteilung der Energie-/Erdölkrise aus. Auf der einen Seite stünden die „Verfechter eines ungebrochenen wirtschaftlichen Wachstums“, welche die Erpressung durch die ölproduzierenden Staaten für nur kurzfristig wirksam hielten und für die Bereitstellung von Substitutionsenergie in Form eines ganzen Netzes von Kernkraftwerken votierten. „Im Gegenlager befinden sich diejenigen, die im Ausbruch der weltweiten Energiekrise nur eine Bestätigung ihrer Voraussagen erblicken.“ Das erpresserische Verhalten der Ölscheiche sei nicht in erster Linie politisch motiviert, „sondern der Erkenntnis zuzuschreiben, dass die Ausbeutung der Öllager im bisherigen Tempo in verhältnismässig kurzer Zeit zur totalen Auspowerung führen müsste. Sie haben ihre Schlüsse aus realistischen Ergebnissen der Zukunftsforschung gezogen, so vor allem aus der Studie des Clubs of Rome über die Grenzen des Wachstums.“<sup>463</sup> Das Konzept des ersten Lagers entspreche „dem Rezept, den Teufel mit dem Beelzebub auszutreiben; es führt mit Sicherheit ins Verderben (...) [und] ist jener Kurzatmigkeit verhaftet, die uns so viel Ungemach eingebracht hat: verschmutzte Flüsse, Seen, Weltmeere, verschmutzte Luft nicht nur bei uns, sondern auch am unbewohnten Nord- und Südpol, Smogkatastrophen in Los Angeles und London, (...)“. Es gebe nur die „Alternative des Verzichts“:

„Sie fordert zur Abkehr von der tödlichen Verschleiss und Wegwerfgesinnung. Sie bekennt sich zur Einsicht, dass nicht alles machbar ist. Sie verlangt in Anerkennung des Lebensrechts künftiger Generationen eine Strategie des Überlebens.“<sup>464</sup>

Interessant ist auch die Liste der geladenen Gäste, zeigt sie doch, wem der SBN-Vorstand die Sachkompetenz in dieser Thematik zuschrieb. Zur Sitzung bat der SBN die Professoren Hans

---

<sup>459</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 64/4, 11.7.1973, S. 4f. Man wollte auch ein Schreiben gegen das AKW Verbois entwerfen. Allerdings fanden sich hierzu keine späteren Hinweise mehr.

<sup>460</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge, 10.12.1973, S. 5. Vgl. auch Jahresbericht 1973, SN 2/1974

<sup>461</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 65/1, 10.1.1974, S. 3.

<sup>462</sup> ArSBN, B 1.2, Akte 4/74. Leo Schmid, Vor entscheidenden Weichenstellungen: Hintergründe und Konsequenzen der Energiekrise, in: Der Landbote, Nr. 302, 31.12.1973.

<sup>463</sup> Ebd.. Für Hans Hüsey, Stiftungspräsident des WWF, lieferte die „Erdölkrise“ einen (wirtschaftspolitisch bedingten) „Vorgeschmack vom Ernstfall der Erschöpfung der natürlichen Hilfsquellen“. Panda, 1/1974, S. 1.

<sup>464</sup> Schmid, in: Der Landbote, Nr. 302, 31.12.1973 (wie vorletzte Fussnote).

Christoph Binswanger, Emil Egli, Pierre Tschumi und Dr. Ruedi Müller-Wenk, wobei aber nur Tschumi der Einladung Folge leistete.<sup>465</sup>

Bereits zuhanden der folgenden Vorstandssitzung am 20. Februar 1974 legten Rausch und Schmid einen ersten Entwurf vor, der schon die Grundstruktur und die Hauptaussagen der späteren Publikation enthielt. Der Entwurf stiess im Vorstand auf grundsätzliche Zustimmung, und es wurde beschlossen, die endgültige Fassung als Broschüre herauszugeben.<sup>466</sup> Danach ging der Entwurf in die Vernehmlassung bei Vorstand und Naturschutzrat, bis schliesslich am 16. Mai die Schlussredaktion vorgenommen wurde.<sup>467</sup>

Anfangs Juli 1974 erhielten alle SBN-Mitglieder die Broschüre als Beiheft zum „Schweizer Naturschutz“. Sie trug den Titel „Stop [sic] der Energieverschwendung: Energiepolitisches Manifest des Bundes für Naturschutz“. Mitte August erschien die französischsprachige Version „Halte au gaspillage“. Die Gesamtauflage betrug 215'000 Exemplare (162'400 deutsch, 52'600 französisch).<sup>468</sup>

Die Publikation stiess auf ein grosses Echo bei den Mitgliedern, Verbänden und in den Medien. Der Tages-Anzeiger widmete ihr einen wohlwollenden Kommentar auf der Frontseite: „Politisierter Naturschutz“:

„Wer „Bund für Naturschutz“ hört oder liest, denkt im allgemeinen an liebenswürdige Aktionen zugunsten einzelner Riede, Baumgruppen oder Vogelarten. (...) Nun tritt der SBN unverhofft mit einem „energiepolitischen Manifest“ hervor. Er beginnt von Ursächlichem zu reden und verlangt eine Drosselung des Energieangebots anstelle der Nachfragebefriedigung. (...) Das energiepolitische Manifest des Naturschutzbundes ist ein Zeichen dafür, dass es die Organisationen des Natur-, Heimat-, und Umweltschutzes allmählich satt haben, Feuerwehr zu spielen. (...), dass auch die ehrwürdigen, wohlbestallten Vereinigungen des Naturschutzes mit dem Jammern aufgehört haben und nun zum Angriff übergehen.“<sup>469</sup>

Typisch war die Reaktion von TCS-Präsident Erwin Schwarz:

„Die meisten Punkte des Programms lehne ich ab, weil es nicht Sache des Schweizerischen Bundes für Naturschutz ist, in dieser Frage Forderungen zu stellen. Der SBN sollte lieber dafür sorgen, dass nicht ein Kurort nach dem anderen in der Schweiz verhandelt wird. Das Programm ist demagogisch und in den meisten Punkten gar nicht durchführbar.“<sup>470</sup>

Auf ähnliche Reaktionen war bereits der WWF gestossen. Insgesamt notierte man beim SBN „sehr weite Beachtung - von harter Ablehnung bis zu begeisterter Zustimmung“.<sup>471</sup>

Der VSE reagierte positiv: Er beurteilte das Manifest als „nützlich und konstruktiv“ und lud den SBN ein, den ganzen Fragenkomplex im kleinen Kreise zu besprechen. Überhaupt war

---

<sup>465</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge, 10.1.1974, S. 1; ProV 65/1, 10.1.1974, S. 3. Müller-Wenk war Ingenieur und Mitarbeiter beim NAWU.

<sup>466</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 65/2, 20.2.1974, S. 3. Neben Rausch und Schmid war auch Ruedi Müller-Wenk an der Ausarbeitung des Entwurfs beteiligt. Zudem liessen sich die Autoren von der NAWU-Arbeitsgruppe anregen. Ebd.; SBN 1974, Vorwort.

<sup>467</sup> ArSBN, B 6, ProN 1/65, 9.3.1974, S.3f.; B 1.1, ProV 65/3, 1.5.1974, S. 3; Entwürfe: B 1.2, Akten 24/74, 45/74, 63/74. Da keine grundlegenden Veränderungen des ursprünglichen Entwurfs stattfanden, verzichte ich auf eine detaillierte Behandlung des Vernehmlassungsverfahrens.

<sup>468</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 65/5, 11.9.1974, S.4f. Abrechnung in ArSBN, K 3.2. Das Manifest wurde auch den Mitgliedern der Bundesversammlung, den Kantonsregierungen und -parlamentariern, den Gemeinden und einzelnen Berufskategorien zugestellt. Der Inhalt des Manifestes wird in Abschn. 5.4 ausführlich besprochen.

<sup>469</sup> TA, 6.8.1974. Fontseitenkommentar von Rudolf Schilling.

<sup>470</sup> BN, Nr.183, 8.8.1974.

<sup>471</sup> Jahresbericht 1974, SN, 3/1975, S. 12. Infolge des Manifests kam es einerseits zu Austritten aus dem SBN, andererseits aber auch zu Spenden, welche bereits am 10. Sept. 1974 die Kosten der Broschüre überstiegen. ArSBN, B 1.1, Anträge 11.9.1974, S. 2f; ProV 65/5, 11.9.1974, S. 4.

der SBN nun in Energiefragen als Gesprächspartner gefragt. So wurde er auch zu den Hearings der GEK im Herbst 1975 geladen.<sup>472</sup>

Das Manifest überholte das Image des SBN: weg vom beschaulichen Verwalter von Naturschutzgebieten hin zur streitbaren Umweltorganisation, wie der oben zitierte Kommentar des Tages-Anzeiger veranschaulicht. Der Naturschutz verlor endgültig seine 'politische Unschuld'.

Das Manifest übte auch einen direkten Einfluss auf die Anti-AKW-Aktivistinnen und -Aktivisten aus, wurde es doch ebenfalls durch die GAK vertrieben.<sup>473</sup> Ohnehin intensivierte sich 1974 die Kontakte zu den regionalen Anti-AKW-Gruppierungen. Seit Anfang Jahr beriet der Vorstand des SBN Vorschläge eines vom NAK patronierten Komitees zur Lancierung einer eidgenössischen Initiative gegen den Bau von Atomkraftwerken.<sup>474</sup> Und auch mit der GAK kommunizierte der SBN. Die Publikation eines Aufrufes zur gewaltfreien Besetzung des Bauareals in Kaiseraugst lehnte der SBN-Vorstand aber ab. Wie die SGU war auch der SBN auf einen politischen Stil bedacht, der primär auf die institutionalisierten Instrumente der direkten Demokratie und die Bildung der Meinungen im seriösen Gespräch setzte.<sup>475</sup>

Der Prozess, in dem das Manifest ausgearbeitet wurde, und das Resultat, das Manifest, stützen folgende These: Im Verlaufe des Jahres 1973 hatten sich die Meinungen zur Atomenergie innerhalb des SBN, im Gespräch mit zielverwandten Organisationen und auf Anregung der eigenen Sektionen, neu gebildet. Dies erklärt, wieso anfangs 1974 die Autoren der Studie einen Entwurf vorlegen konnten, dessen grundsätzliche Thesen von Anfang an vollumfänglich akzeptiert wurden.

### 5.3.6. Drei regionale Schwerpunkte des Umwelt-AKW-Diskurses

Zur Abrundung des Bildes sollen Umweltorganisationen aus den Regionen Basel, Zürich und Genf vorgestellt werden, die regionale Arbeitsschwerpunkte hatten, in der AKW-Frage aber auch nationale Zeichen setzten.

Die Basler Arbeitsgemeinschaft zum Schutz von Natur und Umwelt (BASNU) wurde am 27. August 1970 als regionaler Dachverband gegründet. Anfangs 1974 vereinigte sie 33 Organisationen und vertrat 36'000 Mitglieder.<sup>476</sup> Im Dezember 1971 lehnte die BASNU als erste Umweltorganisation öffentlich den Bau eines AKW ab, indem sie sich gegen den Standort Kaiseraugst aussprach. Die BASNU wandte sich aber nicht generell gegen Atomkraftwerke, sondern sie verlangte: „Im Rahmen einer gesamtschweizerischen Raum- und Energieplanung ist ein neues Konzept zu ermitteln.“<sup>477</sup>

Bereits mehrmals die Rede war von der Arbeitsgemeinschaft Umwelt (AGU). Sie wurde im November 1970 anlässlich des Symposiums „Schutz unseres Lebensraumes“ an der ETH Zürich ins Leben gerufen. Ihre Mitglieder entstammten vor allem aus dem Mittelbau der beiden Zürcher Hochschulen. Bekannt wurde die AGU durch ihren Kampf gegen die Ex-

---

<sup>472</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 66/1, 29.1.1975. Der SBN arbeitete auch in der Arbeitsgruppe „Energie“ der SGU mit, die zur Unterstützung der Arbeit von M. Schär in der GEK gebildet wurde. ArSBN, B 1.1, ProV 65/5, 11.9.1974, S.4; 65/6, 13.11.1974, S.3f. Vgl. Abschn. 5.3.3.

<sup>473</sup> Schroeren, S. 40-42.

<sup>474</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 65/2, 20.2.1974, S. 3f; ProV 66/3, 26.3.1975, S. 3; B 6, ProN 2/66, 23.5.1975. Die Idee wurde 1975 in der „Atomschutzinitiative“ umgesetzt, die der SBN unterstützte. Siehe Abschn. 5.3.7.

<sup>475</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 65/2, 20.2.1974, S. 4; Anträge, S. 2. Ebenso hatte der SBN die Beteiligung an einer Kundgebung gegen AKW am 30. November 1973 in Basel ausdrücklich abgelehnt. ProV 64/8, 11.11.73, S. 10. Zur Kundgebung, zu der das NAK, die BASNU und zwölf andere Organisationen aufgerufen hatten, siehe NuM, 1/1974, S. 34f. Vgl. Schroeren, S. 24.

<sup>476</sup> Annexe 1, S. 284.

<sup>477</sup> BASNU, Atomkraftwerk Kaiseraugst lässt sich nicht verantworten, in: NuM, 1/1972, S. 39-42.

presstrassen in der Stadt Zürich.<sup>478</sup> Die AGU war von Anfang an im Umweltclub dabei und beteiligte sich aktiv an der Ausarbeitung der SGU-Stellungnahme. Daneben produzierte die Energiegruppe der AGU ein kritisches Merkblatt zum Film „Energie 2000“ des VSE, das auch durch den WWF und SBN verbreitet wurde.<sup>479</sup>

Ein für die Umwelt- und Anti-AKW-Diskurse äusserst fruchtbarer Boden war die Stadt Genf. Genf war auch der Sitz des Institut de la Vie (IV), welches 1964 von Dr. Paul Rouget gegründet worden war. Der langjährige Präsident des IV René Longet beschrieb die ersten Jahre der Organisation wie folgt:

„Public académique donc, approche globale, mais aussi souci de tolérance et refus de toute attitude partisane étaient les caractéristiques de l'IV, qui se comprit comme un forum, une plateforme largement ouverte, autour du thème central: l'homme doit-il subir le progrès ou peut-il l'orienter?“<sup>480</sup>

Um 1970 machte das IV gleich eine doppelte Wandlung durch: Zum einen konzentrierte es sich auf den Umweltschutz, wobei die Themen Verkehr und Energie im Vordergrund standen, zum anderen politisierte es seine Aktivitäten. 1971 lancierte das IV eine Volksinitiative zur Förderung des öffentlichen Verkehrs in Genf, im Dezember 1972 bezog es Stellung gegen das AKW-Projekt Verbois.<sup>481</sup> Die „Déclaration“ des IV argumentierte von einer ökologischen Warte aus, forderte eine grundsätzliche Neuorientierung - weg vom quantitativen Wachstum hin zu qualitativen Kriterien - und endete mit den Sätzen:

„Il s'agit donc aujourd'hui d'inaugurer une ère de stabilisation démographique et économique. Aussi longtemps que les problèmes de pollution et de croissance soulevés par l'énergie nucléaire ne seront pas résolus, il apparaît que la réalisation du projet „Verbois nucléaire“ n'est past acceptable.“<sup>482</sup>

Das Institut de la Vie stand in Genf nicht alleine da. Im November 1972 hatte sich das „Comité de coordination contre Verbois nucléaire“ (CCVN) gebildet. Als dieses im Februar 1973 eine kantonale Petition gegen das Projekt Verbois lancierte, erhielt es Unterstützung durch die „Association genevoise pour la protection de la nature“ (AGPN), Sektion des SBN, durch die Genfer Vereinigung der Volksgesundheit (AGSP), durch die „Groupe 2002“, Wissenschaftler der Universität Genf, durch das „Centre d'information, d'action et de liaison écologique“ (CIALE), eine Gruppierung aus der alternativen Subkultur, durch das IV und durch die „Groupe des habitants de Russin contre Verbois nucléaire“, die kommunale Oppositionsbewegung. Am 15. Mai 1973 überreichte das CCVN die Petition mit 25'000 Unterschriften dem Genfer Grossen Rat.<sup>483</sup> Ausserdem hatte auch der WWF in Genf einen Ableger, der ein hohes Mass an Aktivität an den Tag legte.<sup>484</sup>

<sup>478</sup> StadtArch, Zg 8a Verkehr, „Kurzinformation über die Arbeitsgemeinschaft Umwelt AGU“, Flugblatt, undat., vermutl. Ende 1971. Zur AGU siehe auch die Seminararbeit von Koller.

<sup>479</sup> Der Text ist abgedruckt in SN, 8/1973, S. 14-16. Vertrieb durch WWF: Panda, 3/1973, S. 18.

<sup>480</sup> Bulletin SGU, 2/1991, S. 10.

<sup>481</sup> Zum IV siehe: Annexe 1, S. 316f; René Longet, Vom Institut de la Vie zur SPE, in: Bulletin SGU, 2/1991, S. 10f, 27. Ab ungefähr 1972 nannte sich das IV Institut Suisse de la Vie (ISV) und zählte ca. 800 Mitglieder. In den 80er Jahren verstärkte sich die Zusammenarbeit mit der SGU, deren französischer Name - „Société Suisse pour la protection de l'environnement“ (SPE) - das IV 1987 übernahm. Eine erste Zusammenarbeit zwischen IV und SGU fand 1973 statt, als sich die beiden Organisationen in einem gemeinsamen offenen Brief an die SVA wandten. Siehe Abschn. 5.3.3.

<sup>482</sup> „Déclaration du comité directeur de l'Institut Suisse de la Vie“, Dez. 1972. Zit. nach Annexe 4, S. 46. Die Stellungnahme fand auch in der Deutschschweiz Resonanz: Die AfB unterstützte sie. NuM, 3/1973, S. 123f.

<sup>483</sup> Die Groupe 2002, „Association pour l'étude et la promotion d'une gestion biologique de milieu“, wurde am 16.9.1971 gegründet, das CIALE, das Ende 1973 wieder verschwand, im Winter 1971. AGSP: „Association genevoise pour la santé publique“. Annexe 1, S. 311. Zur Petition: Annexe 1, S. 339f.

<sup>484</sup> Die WWF Genf wurde von Philippe Roch gegründet. Das „Panda“ erschien ebenfalls in französischer Sprache. Zur Genfer Umweltschutzszene vgl. Rebeaud, S. 50f.

Die Anti-AKW-Bewegung war also mitnichten eine deutschschweizerische Angelegenheit, (wie man etwa bei der Lektüre von Kriesis Studie denken könnte). In Genf entwickelte sich eine starke, breit verankerte Opposition gegen die Atomenergie, welche zudem sehr fortschrittlich argumentierte - fortschrittlich in dem Sinne, dass sie einige Monate vor den Umweltorganisationen in der Deutschschweiz die ökologische Sichtweise in die öffentliche Debatte einbrachten. Vor diesem Hintergrund vermag es nicht mehr zu erstaunen, dass die Sektion Genf die Rolle eines Schrittmachers innerhalb des SBN einnahm.<sup>485</sup>

Interessant ist die Frage nach den Ursachen für diese Entwicklung in Genf: Grundet sie in einer welschen oder einer städtischen Kultur, in einer spezifischen politischen Landschaft der Calvinstadt oder in der Nähe zum geplanten Standort des AKW Verbois? Auf Grundlage meiner Untersuchungen kann ich diese nicht verlässlich beantworten, weitere Forschungsanstrengungen wären notwendig.<sup>486</sup> Ich glaube aber, dass das Vorhandensein von innovativen Zentren der Kommunikation von ausschlaggebender Bedeutung ist, die normalerweise in einem städtischen Umfeld ungleich häufiger sind.

Einen Hinweis darauf, dass in der welschen und der deutschen Schweiz generell unterschiedliche Problemperezeptionen stattgefunden haben, geben die Abstimmungsergebnisse von 1979. Die Romands befürworteten die Atominitiative, die von den Stimmenden aus der Deutschschweiz beerdigt wurde. Dies ist erstaunlich: Zum einen gelten die Welschen, zumindest in der Deutschschweiz, als weniger umweltbewusst wie auch als technikfasziniert, zum anderen stand in der Westschweiz kein einziges AKW, und nur eines - Verbois - war geplant.<sup>487</sup>

### 5.3.7. Das einheitliche Auftreten der Umweltorganisationen im Jahr 1975

1975 geschahen zwei wichtige Ereignisse im Atomenergiebereich. Am 1. April besetzten Frauen und Männer unter Führung der GAK das Baugelände in Kaiseraugst, einige Wochen später lancierte ein breit abgestütztes Komitee die „Atomschutz-Initiative“. Wie verhielten sich die Umweltschutzorganisationen?

Im März 1975 beantragte das Zentralsekretariat des SBN eine öffentliche Stellungnahme des Naturschutzrates zur Frage der Atomkraftwerke. Eine Tagung mit Referaten für und gegen Atomkraftwerke sei aber nicht sinnvoll: „Die Standpunkte sind von den einzelnen Ratsmitgliedern bezogen.“<sup>488</sup> Anlass für das neuerliche Aufgreifen des Themas waren die laufenden Kontroversen um verschiedene Projekte und insbesondere die Vorbereitungen für diverse kantonale und eidgenössische Initiativen, zu denen die Entscheidung des Rates sowieso eingeholt werden musste. Der Vorstand bekräftigt darauf die Perspektive des energiepolitischen Manifests, dass die Frage der Atomkraftwerke im Rahmen der Gesamtenergiepolitik zu sehen sei.

„Der Energieverbrauch muss unbedingt mit den verschiedensten Mitteln (z.B. Preis) gesteuert werden, und das Sparen muss attraktiv werden.“

Aber die Atomkraftwerke müssten auch für sich alleine betrachtet werden. Jedes einzelne Werk habe „Auswirkungen zur Folge, die für die natürliche Umwelt als negativ zu betrachten sind.“

<sup>485</sup> Vgl. Abschn. 5.3.2 und 5.3.5.

<sup>486</sup> Die weitere Forschung zu dieser Thematik könnte sich an der Lizentiatsarbeit von Christof Dejung orientieren, welche die unterschiedliche Wahrnehmung des Waldsterbens in der deutschen und der welschen Schweiz untersucht.

<sup>487</sup> VOX, S. 2-4. Im übrigen stützen die Abstimmungsergebnisse Kriesis These (Kriesi 1982, S. 3) nicht, dass Standortregionen ein besonders kritisches Verhältnis zur Atomenergie haben würden.

<sup>488</sup> ArSBN, B 1.1, Anträge, 26.3.1975, S. 1.

„Aus diesen Gründen bestehen prinzipielle Bedenken gegen den Bau und Betrieb von Atomkraftwerken.“<sup>489</sup>

Am 23. Mai 1975 beschloss der Naturschutzrat dann die Stellungnahme „Zur Frage der Atomkraftwerke“, welche die Delegiertenversammlung des folgenden Tages einstimmig guthiess. Bereits am 16. April hatte sich die SGU an die Öffentlichkeit gewandt, am 7. Mai war der WWF mit einem offenen Brief an den Bundesrat gefolgt, und am 7. Juni schliesslich verabschiedete der Rheinaubund eine Resolution.<sup>490</sup>

Alle Stellungnahmen sprachen sich gegen den weiteren Bau von Atomkraftwerken aus.<sup>491</sup> Die Begründungen enthalten vier Elemente: Erstens betonten sie, dass der laufenden *Gesamtenergiekonzeption* nicht durch den Bau von Atomkraftwerken vorgegriffen und so ein „Fait accompli“ geschaffen werden dürfe. Zweitens habe das Problem der *Energieverschwendung* Vorrang: Der SBN trat „grundsätzlich gegen den Bau weiterer Atomkraftwerke auf, solange Energie verschwendet wird.“ Drittens seien mit der Nutzung der Atomenergie, zumindest zum gegenwärtigen Zeitpunkt noch, unabwägbar *Risiken* verbunden:

„Wegen der möglicherweise verheerenden Konsequenzen einer falschen Einschätzung der Risiken vertritt die SGU die Auffassung, dass beim heutigen Stand des Wissens gegenüber Kernkraftwerken grösste Zurückhaltung angebracht ist.“

Viertens kritisierten die Umweltorganisationen die Rechtslage:

„[Der SBN] erachtet „das derzeitige unter Ausschluss der Bevölkerung praktizierte Bewilligungsverfahren für Atomkraftwerke als unbefriedigend und dem Gewicht der Materie nicht angepasst.“

Der WWF verteidigte den Widerstand mit ausserinstitutionellen Mitteln, indem er postulierte, dass ein geschriebenes Recht, das dem Rechtsempfinden der Bevölkerung widerspreche, das „Naturrecht“ verletze:

„Wie ein Justizirrtum auch in einem ordnungsgemässen Gerichtsverfahren unterlaufen kann, so können Behörden irren, wenn sie gesetzliche Grundlagen schaffen und gestützt darauf Atomkraftwerke bewilligen. Dies gilt insbesondere für das mit Mängeln und Lücken belastete, veraltete Atomenergiegesetz. (...) Recht und Staat sind für den Bürger da - nicht umgekehrt. Geschriebenes 'Recht', das dem Rechtsempfinden der betroffenen Bevölkerung widerspricht, verletzt das ungeschriebene Naturrecht.“

Ähnlich argumentierte der Rheinaubund, indem er das „längst nicht mehr zeitgemässe Recht“ als „legales Unrecht“ bezeichnete, und sich bei den Besetzern bedankte.<sup>492</sup>

Die Revision des Bewilligungsverfahrens war dann auch das Hauptanliegen der „Eidgenössischen Volksinitiative zur Wahrung der Volksrechte und der Sicherheit beim Bau und Betrieb von Atomanlagen“, der sogenannten „Atomschutz-Initiative“, die im Juni 1975 lanciert wurde. Der vorgeschlagene Absatz 4 sollte die Entscheidungskompetenzen neu regeln im Sinne einer 'Demokratie der Betroffenen':

---

<sup>489</sup> ArSBN, B 1.1, ProV 66/3, 26.3.1975, Anhang: „Elemente für eine Stellungnahme des SBN zu den Atomkraftwerken“.

<sup>490</sup> Stellungnahme SBN: Zur Frage der Atomkraftwerke, in: SN, 4/1975, S. 16; Die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz (SGU) zum Problem der Atomkraftwerke, in: NuM, 3/1975, S. 111f; Offener Brief des WWF-Schweiz an den Schweizerischen Bundesrat, in: Panda, 3/1975, S. 1; Der Rheinaubund zu Kaiseraugst, in: NuM, 3/1975, S. 112.

<sup>491</sup> Meine Formulierung ist nicht ganz präzise: Die SGU wendet sich gegen die Erteilung weiterer Bewilligungen, was den Bau des AKW Kaiseraugst, für das nur eine Standortbewilligung vorlag, aber ebenfalls verhindert hätte. Der Rheinaubund formuliert die Moratoriumsforderung nicht explizit, sie ergibt sich aber aus seinen Ausführungen.

<sup>492</sup> Element 1 und 2 bei SGU, WWF, SBN; Element 3 bei allen Stellungnahmen, Element 4 bei WWF, SBN, Rheinaubund. Zitate: Quellenangabe siehe vorletzte Fussnote.

„Zuständig für die Erteilung der Konzession ist die Bundesversammlung. Voraussetzung für eine Erteilung ist die Zustimmung der Stimmberechtigten von Standortgemeinde und angrenzenden Gemeinden zusammen, sowie der Stimmberechtigten jedes einzelnen Kantons, dessen Gebiet nicht mehr als 30 km von der Atomanlage entfernt liegt.“

Das Initiativkomitee war breit abgestützt: Es umfasste unter anderem Vertreter des NAK, der Gewerkschaften, der Umweltschutzorganisationen und verschiedener Parteien.<sup>493</sup> SBN, WWF und Rheinaubund unterstützten die Initiative offiziell und sammelten aktiv Unterschriften.<sup>494</sup>

Ab 1975 bemühten sich die Umweltorganisationen verstärkt darum, auch Alternativen zur Atomenergie aufzuzeigen. Der WWF widmete die erste Jahresnummer des „Panda“ diesem Thema. Wolfgang Naegeli schickte im Editorial voraus:

„Mit der vorliegenden Sondernummer über Energie möchten wir nun zeigen, dass es eine Vielzahl von Alternativen zur Atomenergie gibt, die sich zum Teil schon in kürzester Zeit anwenden lassen. Gleichzeitig möchten wir aber deutlich machen, dass ein unbeschränktes Anwachsen des Energieverbrauchs weder wünschbar noch ökologisch vertretbar ist.“<sup>495</sup>

Auch der „Schweizer Naturschutz“ brachte 1975 eine Vielzahl von Artikeln zu alternativen Formen und Konzeptionen einer Energieversorgung.<sup>496</sup> Als „sanfte“, dezentrale Möglichkeit der Energiegewinnung und als Alternative Nummer eins zur Atomtechnologie etablierte sich die Nutzung der Sonnenenergie. Bereits im Juni 1974 hatten Wissenschaftler die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie (SSES) gegründet, der sich in der Folge auch Unternehmen und Architekturbüros anschlossen.<sup>497</sup>

Die Aktivitäten, welche die Umweltorganisationen 1975 in Energie- und Atomfragen entfalteten, vermitteln ein einheitliches Bild. Die Meinungen hatten sich in den vorangegangenen Jahren gebildet und verfestigt. Dieser Kommunikationsprozess resultierte in einem Konsens unter den Umweltorganisationen in der Atomenergiefrage. War noch im Frühjahr 1973 fast alles unklar, wusste man jetzt, wovon man sprach und was man anstrebte.

In den folgenden Jahren verstärkten die Umweltorganisationen die Zusammenarbeit im Energiebereich noch. Im Herbst 1978, im Vorfeld der Abstimmung über die Atomschutzinitiative, publizierten der SBN, die Schweizerische Energiestiftung, die SGU, die Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie, die Schweizerische Vereinigung für Volksgesundheit und der WWF gemeinsam eine Studie mit dem bezeichnenden Titel „Jenseits der Sachzwänge“, in der sie ihre eigene Gesamtenergiekonzeption, das „Energiekonzept Schweiz“, dem Schlussbericht der bundesrätlichen Expertenkommission gegenüberstellten.<sup>498</sup>

### 5.3.8. Zusammenfassung

Die untersuchten Diskurse zur Atomenergie in den Umweltorganisationen lassen sich in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase, die 1969 begann und bis 1972 dauerte, setzten sich die

---

<sup>493</sup> Initiativtext zit. nach SN, 5/1975, S. 15. Initiativkomitee: Ebd., S. 18. Zur Initiative vgl. Rausch 1980, S. 24-28.

<sup>494</sup> SBN: SN, 5/1975, S. 15-18; Rheinaubund: NuM, 3/1975, S. 113, 116. WWF, 3/1975, S. 1. Die SGU entschloss sich 1978, nach der Zustimmung der Mitgliederversammlung die Initiative zu unterstützen. Bulletin SGU, 2/1991, S. 8f.

<sup>495</sup> Panda, 1/1975, Zitat: Editorial, S. 3.

<sup>496</sup> Ein eigentliches Schwerpunktheft „Energie“ ist SN, 6/1975.

<sup>497</sup> Theo Ginsburg u.a., Sonnenenergie - Herausforderung an die Technik, in: NZZ, Nr. 117, 11.3.1974. Zur SSES: NuM, 4/1974, S. 201; SN, 6/1975, S. 12f. Die Sonnenenergie wurde 1974 auch zu einem öffentlichen Thema: SPJ, 1974, S. 87.

<sup>498</sup> Die Sachbearbeitung wurde von einer Arbeitsgruppe aus dem NAWU-Projekt unter der Leitung von Sämi Mauch durchgeführt. Die Studie erschien im Sept. 1978, der GEK-Schlussbericht im Dez. 1978.



Akteure in den Umweltorganisationen kritisch mit einzelnen Aspekten des Betriebs von Atomkraftwerken auseinander. Eine grundsätzliche Infragestellung der Atomenergiepolitik fand in dieser ersten Phase aber nicht statt. Am Anfang der Beschäftigung stand die Kühlwasserproblematik, die in den Zeitschriften „Natur und Mensch“ und „Panda“ thematisiert wurde. Zu diesem Aspekt gesellte sich im folgenden Jahr die Frage nach den nuklearen Gefahren, respektive der Auswirkungen des AKW-Betriebs auf die Gesundheit, der wiederum in der Zeitschrift des Rheinabundes breiten Raum gewährt wurde. Schliesslich gehören auch die Diskussionen, die losbrachen, als die Motor-Columbus in Kaiseraugst ihr AKW-Projekt mit Kühltürmen öffentlich auflegten, in diese Kategorie. Wie die Gespräche im SBN und die Einsprache seiner Aargauer Sektion zeigten, dominierte die Perspektive des Landschaftsschutzes, die die Atomkraftwerke wegen ihrer Kühltürme als ästhetisches Problem analysierte und die Wahl des Standortes als entscheidende Frage identifizierte.<sup>499</sup>

In die zweite Phase fallen die Jahre 1972 und 1973. In diesen beiden Jahren wurden die Positionen zur Atomenergie in den Umweltorganisationen auf eine grundlegend neue Basis gestellt. In einem beschwerlichen Deutungsprozess erarbeiteten sich die Akteure zunächst einmal neue, weiter ausholende Fragestellungen. Daraufhin verständigten sie sich auf neue Interpretationsmuster.

Der Vorstand des SBN trat im Sommer 1972 in die neue Phase ein, als sich das Spektrum der Themenkomplexe, die im Zusammenhang mit der Bewertung der Atomenergie zu beachten seien, öffnete. Etwa zur gleichen Zeit begannen sich Leute in der SGU, mit der Atomenergiefrage zu beschäftigen.<sup>500</sup> Als entscheidende Etappe in der Neuformierung der Diskurse konnte die Ausarbeitung der SGU-Stellungnahme identifiziert werden, die sich in einem die einzelne Organisation übergreifenden Rahmen vom November 1972 bis zum April 1973 hinzog. Der ausführlich beschriebene Kommunikationsprozess weist alle Merkmale eines Prozesses fundamentalen Lernens auf. Die Kommunikation war verständigungsorientiert: Die Initiatoren der SGU versuchten in vielen Gesprächen, ein passendes Bild über die Atomenergie zu gewinnen. Die Resultate des Prozesses waren in hohem Masse offen; schliesslich waren sie mit einer Modifikation der kognitiven Regeln der Beteiligten verbunden. Die Bedeutung dieser Stellungnahme lag nämlich in erster Linie in ihrer neuen Sichtweise der Problemlage. Sie definierte das Wachstum des Energiebedarfs als zentrales Problem, dem die Frage des AKW-Baus untergeordnet wurde. Die SGU verlangte die Lösung der Probleme auf der Ebene einer „Gesamtenergiekonzeption“, auf deren Grundlage der Bau weiterer Atomkraftwerke erst entscheidbar sei. Damit transferierte die SGU das AKW-Problem von einer technischen auf eine ökologische Ebene. Indem sie es als Teilbereich des Energieproblems und Feld gesellschaftspolitischer Entscheide definierte, verleibte sie die AKW-Frage gleichsam dem Umweltdiskurs und der Diskussion über die Grenzen des Wachstums ein. Mit dem Wechsel der Diskursebene verschoben sich auch die Zuständigkeiten und Autoritäten in der AKW-Frage: Fortan war nicht mehr nur technisches Know-how gefragt, sondern auch Kompetenz in ökologischen Fragen. Hatte die SGU eine Festlegung auf eine AKW-pro-oder-contra-Position vermieden, lehnte der WWF wenige Wochen später den AKW-Bau unverblümt ab und betonte insbesondere dessen gesellschaftlichen Auswirkungen. Auch scheute er sich nicht, in das Ringen um die 'Wahrheit der Risiken' einzugreifen, was er mit einer gegen die Organisation gerichteten Polemik bezahlen musste.

Die dritte Phase begann noch im Jahr 1973 und hält grundsätzlich bis heute an. Sie baute auf den Ergebnissen der fundamentalen Lernprozesse der vorangehenden Phase auf. Ihr erstes Charakteristikum ist, dass ein hohes Mass an Konsens in und zwischen den Umweltorganisationen herrschte, wie die Atomenergie zu beurteilen sei. Dies zeigte sich 1974 im SBN bei

---

<sup>499</sup> Neben der Landschaftsbeeinträchtigung waren die möglichen Auswirkungen der Kühltürme auf das regionale Klima der zweitwichtigste Diskussionspunkt.

<sup>500</sup> Der Wandel lässt sich auch anhand der Artikel in „Natur und Mensch“ verfolgen.

der Ausarbeitung des energiepolitischen Manifestes, ebenso wie beim einheitlichen Auftreten der Organisationen im Jahre 1975: Ihren Stellungnahmen zur Besetzung in Kaiseraugst und ihrer Unterstützung der Atomschutzinitiative. Damit ist auch bereits das zweite Charakteristikum der dritten Phase genannt: Seit den Stellungnahmen der SGU und des WWF 1973 haben die Umweltorganisationen konsequent versucht, die öffentliche Meinung zu beeinflussen und sich in die schweizerische Atomenergiepolitik einzumischen.

Eine interessante Beobachtung, die bisher nicht thematisiert worden ist, betrifft die diskontinuierliche Entwicklung des Gebrauchs der Wörter „Atom“ und „Kern“ in den analysierten Quellen. Wurde bis 1972 fast ausschliesslich von „Atom“ gesprochen, dominierte die Verwendung von „Kern“ die Diskussionen in SBN und SGU in den Jahren 1973 und 1974. Die Stellungnahme im Jahr 1975 gebrauchten hingegen wieder durchwegs die „Atom“-Komposita.<sup>501</sup> Leider fand ich keinen Text, in dem über die Verwendung der Begriffe Rechenschaft abgelegt wurde. Im Kontext des oben beschriebenen Diskursverlaufs könnte diese wechselhafte Begriffsverwendung aber wie folgt interpretiert werden: Zuerst wurden die „Atom“-Begriffe der Alltagssprache gebraucht. Darauf wendete man sich den exakteren „Kern“-Begriffen der Wissenschaftssprache der Physiker zu. Als man Vertrauen in die eigenen Interpretationen gewonnen und eigene Kompetenz aufgebaut hatte, emanzipierte man sich dann aber wieder von dieser Wissenschaftssprache.<sup>502</sup>

Schliesslich beeinflussten die unterschiedlichen Kommunikationsstrukturen die Meinungsbildungsprozesse der einzelnen Organisationen. Die Stärke des Rheinaubundes war seine Zeitschrift „Natur und Mensch“, die sich als nationales Diskussionsforum anbot. Die Kommunikation im SBN war durch seinen föderalistischen Aufbau geprägt: viele wichtige Impulse für die Fortführung der Diskussionen im Vorstand kamen aus den regionalen Sektionen. Zudem drängten die teilweise stark divergierenden Ansichten und Aktivitäten dieser Sektionen den SBN-Vorstand dazu, für die ganze Organisation verbindliche Richtlinien zu erarbeiten. Die SGU stand sehr nahe am Wissenschaftsbetrieb. So war sie zum Beispiel über ihre Fachausschüsse personell verknüpft mit der NAWU-Forschergruppe. Auch der WWF verfügte über gute Kontakte in den Wissenschaftsbetrieb, wie ein Blick auf die Autoren der „Panda“-Artikel zeigt. Wichtig war auch, dass Ende 1972 die Kommunikation unter den Umweltorganisationen institutionalisiert wurde, indem der Umweltclub ins Leben gerufen wurde.

#### **5.4. „Stop der Energieverschwendung“: Das Manifest des SBN**

Das Manifest des SBN von 1974 eignet sich ausgezeichnet, zu untersuchen, welche Argumente von den Organisationen des Natur- und Umweltschutzes bezüglich der Atomenergie vertreten wurden und innerhalb dieser Gruppierungen auf Konsens stiessen. Dafür bürgen zum einen die Autoren: Leo Schmid, das in der AKW-Diskussion engagierteste Mitglied des SBN-Vorstands, Heribert Rausch, der bis Ende 1973 Sekretär der SGU war, und Ruedi Müller-Wenk, der in der Forschergruppe „NAWU“ mitarbeitete. Zum anderen wurde das Manifest von Vorstand und Rat des SBN diskutiert und seine Thesen zu offiziellen Vorschlägen des SBN erhoben. Ausserdem pflichteten andere Umweltorganisationen dem SBN-Manifest

---

<sup>501</sup> Einzig in der SBN-Stellungnahme tauchten die „Kernkraftwerke“ noch auf, aber nur in Klammern.

<sup>502</sup> Auch die die Atomenergie befürwortenden Behörden- und Unternehmensvertreter veränderten ihren Sprachgebrauch. In den 70er Jahren verwendeten sie durchgehend die „Kern“-Komposita. Ob dieser Wandel eine Reaktion auf die Kritik an der Atomenergie war, mit der Absicht, die Assoziationen mit der „Atombombe“ abzuschwächen, oder ob der Wandel bereits einige Jahre früher im Zusammenhang mit der Entpopularisierung der Atomenergie-debatte stattgefunden hatte, kann ich aufgrund der von mir bearbeiteten Quellen nicht schlüssig beantworten. In den „Zehn-Werke-Berichten“ werden die „Atom“- und „Kern“-Komposita wie folgt verwendet: Der Bericht von 1963 enthält ausschliesslich „Atom“-Komposita, im Bericht von 1968 werden dann „Atom“ und „Kern“ synonym gebraucht, im Bericht von 1973 ist schliesslich nur noch von „Kern“ die Rede (Bulletin SEV/VSE, 24/1963, 59/1968, 5/1973). Für die Entwicklung in Deutschland vgl. Jung.

bei, das auch in der Öffentlichkeit auf starke Resonanz stiess und grosse Verbreitung fand, nicht zuletzt in den aktivistischen Teilen der Anti-AKW-Bewegung. Die Broschüre „Stop der Energieverschwendung: Energiepolitisches Manifest des Bundes für Naturschutz“ erschien anfangs Juli 1974 als Beiheft zum Schweizer Naturschutz.<sup>503</sup>

Methodisch ist dieser Abschnitt gleich aufgebaut wie der Abschnitt 4.2, der den Atomenergiediskurs in den Zeitschriften des SBN und Rheinaubundes Mitte der 60er Jahre zum Thema hat. In einem ersten Teil werde ich die Argumentation des Manifests nachzeichnen, die ich dann in einem zweiten Teil mit meinem Frageraster konfrontiere.<sup>504</sup>

#### 5.4.1. Die Argumentation

Im Vorwort erklärte SBN-Präsident Willy Plattner, wieso der SBN ein Manifest zur Energiepolitik herausgab:

„Sicher stellt die Energiepolitik keine Frage des engeren Arbeitsbereiches des Naturschutzes dar. Indirekt aber ist das Problem von grösster Bedeutung, denn ein sparsamer Gebrauch von Energie schont nicht nur Naturgüter, sondern bremst auch die indirekt mit dem Energieverbrauch verbundene zusätzliche Belastung der Landschaft. Somit spielt die Energiepolitik eine ganz entscheidende Rolle auch für den Naturschutz im engeren Sinne.“<sup>505</sup>

Das Manifest gliederte sich in drei Kapitel: 1. „Problematisches Wirtschaftswachstum“, 2. „Grenzen der Energieproduktion“, 3. „Grundzüge einer Neuorientierung“. Vorwort und Aufbau charakterisierten bereits den neuen Blickwinkel des SBN auf den Energiebereich und die Atomenergie.

Das erste Kapitel problematisierte das Wirtschaftswachstum: Es bestehe ein direkter Zusammenhang zwischen wirtschaftlichem Wachstum und Umweltbelastung.

„Denn eine wirtschaftliche Tätigkeit - vor allem im industriellen Rahmen - belastet meistens auf der Produktions- wie auf der Konsumseite in mehr oder weniger starkem Ausmass die Umwelt.“<sup>506</sup>

Die Energie funktioniere als Motor des wirtschaftlichen Wachstums, welches sich in der bisherigen Form als zerstörerisch erwiesen habe. Deshalb dürfe die Energiepolitik nicht mehr länger im Zeichen der Nachfragebefriedigung stehen.

„Die Energiepolitik ist vielmehr bewusst in den Dienst der Wachstumsbeschränkung und Wachstumslenkung zu stellen.“<sup>507</sup>

Das zweite Kapitel thematisierte die Grenzen der Energieproduktion und zwar bezüglich Ressourcen, Auslandabhängigkeit und Umweltbelastung. Die Analyse differenzierte zwischen den einzelnen Energieträgern. Die Ressourcen seien sowohl bei fossilen Brennstoffen wie bei Uran beschränkt. Unter dem Eindruck der Erdölkrise widmete das Manifest eine längere Passage dem Thema der Auslandabhängigkeit der Energieversorgung. Diese werde sich bei weiter exponentiell steigendem Verbrauch unabdingbar verstärken, ganz gleich welche Energieträger gewählt würden. Unter den Umweltbelastungen wurde ausgeführt: Ge-

<sup>503</sup> SBN 1974, Vorwort. Zur Entstehungsgeschichte und zur öffentlichen Resonanz des Manifests siehe Abschn. 5.3.5. Die SGU unterstützte das Manifest „ohne Einschränkung“. NuM, 4/1974, S. 181.

<sup>504</sup> Zur Methode siehe Abschn. 2.2. Frageraster: Gegebenes - Unbekanntes/Unklares, Zwingendes - Unmögliches, Wünschenswertes - Befürchtetes, Zeitbestimmungen - Ortsbestimmungen.

<sup>505</sup> SBN 1974, Vorwort.

<sup>506</sup> Ebd., S. 2.

<sup>507</sup> Ebd., S. 7. Das Manifest lehnte die „Durchbrecher-These“ ab, die besagte, dass die technischen Fortschritte die durch das Wachstum bedingten höheren Umweltbelastungen ausgleichen könne. Ebenso verneinte es die „Sättigungsthese“, die besagte, dass das Wachstum aus ökonomischen Gründen von selbst zum Stillstand komme. Ebd., S. 4-7.

genwärtig zeichne sich eine Energiebilanzänderung der Erde mit ungewissen klimatischen Folgen ab. Alle Energieträger beanspruchten zudem Raum. Spezifisch für die fossilen Brennstoffe gelte, dass sie in erster Linie die Luft, aber auch das Wasser verschmutzten und den CO<sub>2</sub>-Gehalt der Atmosphäre erhöhten, was voraussichtlich zu einer weltweiten Klimaänderung führe („Treibhauseffekt“ oder „Eiszeiteffekt“). Die nuklearen Brennstoffe brächten als spezifisches Problem die Radioaktivität mit sich. Die neuen Technologien, wie die Sonnenenergie, könnten die bisherigen nicht ersetzen. Die Autoren kamen daher zum Schluss:

„Die Verantwortung gegenüber künftigen Generationen gebietet, dass wir den Energieumsatz schon heute beschränken. Andernfalls überfordern uns die Probleme der Klimabeeinflussung, des Raumbedarfs, der Luft- und Gewässerverschmutzung sowie der Radioaktivität, wenn nicht einzeln, so in ihrer Gesamtheit.“<sup>508</sup>

Auf diesen Grundlagen entwarfen die Autoren im dritten Kapitel die Grundzüge einer Neuorientierung. Die „Energieplanung“ müsse die „Energieprognose“ ablösen:

„An die Stelle von 'Berechnungen' des künftigen Bedarfs müssen Überlegungen über das unter ökologischen Gesichtspunkten *verantwortbare Mass des Energieumsatzes treten*.“<sup>509</sup>

Als verantwortbar hielt der SBN einen Gesamtenergieverbrauch von 140'000 Terakalorien, was dem Verbrauch von 1968 entsprach und eine Reduktion von 30'000 Terakalorien gegenüber dem damaligen Stand erfordert hätte. Das Manifest listete 21 Massnahmen auf, mit denen sich diese Einsparung realisieren liesse, „ohne dass wesentliche Funktionen des zivilisatorischen Apparates gestört würden oder der Einzelne übermässig grosse Opfer zu erbringen hätte.“ Sie reichten von Erhöhungen der Treibstoffpreise und Geschwindigkeitsbegrenzungen über bessere Isolierung der Häuser bis zu Umweltschutzabgaben auf energieintensive Prozesse. Längerfristig müssten aber die Siedlungs-, Verkehrs- und die Wirtschaftsplanung grundsätzliche neu überdacht werden.

„Insbesondere müssen wir lernen, den Zuwachs energiebedürftiger Einrichtungen und Tätigkeiten nur noch in solchen Formen und in einem solchen Ausmass zuzulassen, dass die Gesamtbelastung der Umwelt nicht ansteigt.“<sup>510</sup>

Zudem könne auch Produktion und Transport von Energie wesentlich rationalisiert werden. Die Neuorientierung würde die „Lebensqualität“ steigern, sowohl in psychologischer Hinsicht - der Mensch brauche eine natürliche Umwelt, um glücklich zu sein - als auch in ökologischer Hinsicht - zerstörerische Eingriffe des Menschen in die Natur wirkten früher oder später auf ihn zurück. Und auch der „Lebensstil“ würde positiv beeinflusst werden: Vermehrte körperliche Arbeit und intensivere Kontakte zur Natur würden wieder möglich.<sup>511</sup>

Das Manifest schloss mit folgenden Sätzen:

„Wir sind heute an einem Punkt angelangt, wo die bisher als selbstverständlich empfundene Ausbreitung der technisierten Zivilisation fragwürdig wird. Was wir heute und in Zukunft brauchen ist nicht ein Mehr an Zivilisation, sondern ein Mehr an natürlichen Lebensgrundlagen. Wenn wir die Natur weiterhin und entsprechend dem Trend des exponentiellen Wachstums sogar immer stärker übernutzen, machen wir Schulden, die von kommenden Generationen bezahlt werden müssen. Der Preis wäre zu hoch: Erschöpfung natürlicher Ressourcen, erhöhte Auslandabhängigkeit unseres Landes, Umweltschäden, welche möglicherweise auch in der Schweiz einmal die

<sup>508</sup> Ebd., S. 14. Voranstehende Argumentation: Ebd., S. 8-14..

<sup>509</sup> Ebd. S. 15. Kursive Stellen wie in der Quelle.

<sup>510</sup> Ebd. S. 19.

<sup>511</sup> Ebd., S. 15-22. Zum Lebensstil vgl. auch ebd., S. 2. Zur Durchführung der Massnahmen empfahl das Manifest ein mehrgleisiges Vorgehen auf den Ebenen der wirtschaftlichen Anreize, des Rechts, der Forschung und der Erziehung und Information. Ebd., S. 20f.

Form von Ökokatastrophen annehmen. Der Schluss ist darum unausweichlich: wir müssen uns auf ein tieferes Energieniveau einstellen. (...). Die Wirtschaft wird sich in dem Sinne veredeln, dass sie weniger Materie und dafür mehr Geist umsetzt.“<sup>512</sup>

Die Konsequenz aus diesen Schlussfolgerungen für die Praxis zog der den Hauptkapiteln vorangestellte Abschnitt „Worum es uns geht“: Es könne nur eine Lösung geben: „Weniger Energieverbrauch statt weitere Atomkraftwerke.“<sup>513</sup>

Die Atomenergie beleuchtete hauptsächlich das Kapitel „Grenzen der Energieproduktion“<sup>514</sup>: Uran, die Ressource der Atomkraftwerke, sei knapp. Ob der geplante Typ der Brutreaktoren wegen der Gefährlichkeit des Plutoniums gebaut werden dürfe, sei ungewiss, der Fusionsreaktor schliesslich eine Spekulation. An der Auslandabhängigkeit könnten Atomkraftwerke nur bedingt etwas ändern, da erstens Uran ebenfalls vollumfänglich aus dem Ausland bezogen werde und da, zweitens, das prognostizierte Wachstum die Kapazitäten der Atomenergie übersteige. Als spezifische Umweltbelastungen fielen bei Atomkraftwerken radioaktive Emissionen an. Diese seien im Normalbetrieb irrelevant. Die Wahrscheinlichkeit eines Reaktorunfalls werde mehrheitlich als äusserst gering bezeichnet, neueste amerikanische Untersuchungen würden diesen Optimismus aber dämpfen. Die mit Produktion, Transport, Aufbereiten und Lagern verbundenen Probleme seien noch nicht gelöst, wobei besonders die Lagerung äusserst delikates Problem sei:

„Man stelle sich einmal vor, die alten Ägypter hätten sich einer Technologie verschrieben, deren gefährliche Abfallprodukte wir noch heute, also nach Tausenden von Jahren, unter Kontrolle halten müssten. Die Zerfallzeit radioaktiver Stoffe bemisst sich aber gar nach Zehntausenden von Jahren (Plutonium 24'000 Jahre). Können wir heute garantieren, dass in Zukunft jederzeit die erforderliche gesellschaftliche Stabilität bestehen wird, um radioaktive Stoffe unter Kontrolle zu halten?“<sup>515</sup>

Den Vorwurf, mangelndes Vertrauen in die Technik zu haben, wiesen die Autoren zurück: Die Fachliteratur sei in wesentlichen Belangen kontrovers. Bund und Elektrizitätswirtschaft nähmen für sich zwar in Anspruch, „'kompetente' Fachleute“ zu besitzen, und dem Laien werde empfohlen, „den 'wahren' Autoritäten der Wissenschaft“ zu vertrauen. „Nun haben wir aber bei der Einführung neuer Technologien immer wieder erlebt, dass die Fachleute negative Nebenwirkungen und Spätfolgen übersehen.“ Als Beispiele nennt das Manifest die Motorisierung, gewisse Pestizide (z.B. DDT) und Pharmazeutika sowie die anfängliche Fehlbeurteilung des radioaktiven Strontium 90. Aufgrund dieser Erfahrungen sei die Skepsis gegenüber der Atomenergie gerechtfertigt.

„Die Befürworter der Kernenergie haben uns bis heute nicht überzeugen können, dass der Schritt ins Atomzeitalter kein faustischer Handel ist.“<sup>516</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Manifesturheber den Bau weiterer Atomkraftwerke aus drei Gründen ablehnten: Erstens, weil sie die Mehrenergie aus diesen Atomkraftwerken gar nicht wollten! Sie waren gegen ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum, da dieses die Umwelt zusätzlich belasten würde. Zweitens, weil die Ressourcenbasis der Atomkraftwerke in absehbarer Zeit aufgebraucht sein würde; und drittens, weil die Umweltbelastungen durch die radioaktiven Stoffe auf längere Sicht unverantwortbar seien. Als Alternative schlugen sie drei Lösungswege vor: In erster Linie das Sparen, nach dem Motto des Manifesttitels „Stop der Energieverschwendung“; zweitens die allerdings nur in beschränktem Ausmass mögliche Substitution alter, umweltschädigender Tech-

---

<sup>512</sup> Ebd., S. 23.

<sup>513</sup> Ebd., S. 1.

<sup>514</sup> Ebd., S. 9-14.

<sup>515</sup> Ebd., S. 13.

<sup>516</sup> Ebd., S. 14. Vorangehendes Zitat: Ebd., S. 13.

nologien durch neue Technologien wie die Sonnen- oder die Windenergie, die „sich nicht gegen die Natur richten“; und drittens die längerfristige Entwicklung einer Gesellschaft, die auf einem beschränkten Energieniveau leben würde. Diese Neuorientierung ermögliche längerfristig eine ökologische Entwicklung (heute würde man sagen, eine „Nachhaltige Entwicklung“). Die Folge sei zwar eine Minderproduktion von Materie, dafür aber eine Mehrproduktion von Geist und eine Steigerung der „Lebensqualität“.

#### 5.4.2. Die Denkmuster<sup>517</sup>

Bei der Konfrontation des SBN-Manifesttextes mit unserem Frageraster kristallisiert sich heraus, dass ein vorgegebener Sachverhalt die Ausführungen dominierte: die „Grenzen des Wachstums“. Diese Grenzen offenbarten sich auf Seiten der natürlichen Ressourcen ebenso wie auf Seiten der Abfälle, der Belastung der Umwelt; sie beschränkten die Produktion wie auch den Verbrauch von Energie. Die Grenzen galten für die Wirtschaft und den Energiebereich allgemein, aber im besonderen auch für die Atomenergie: Deren Ressource Uran sei beschränkt, die direkte Umweltbelastung durch die Radioaktivität sei unverantwortbar, und das Mehr an Energie, das die Atomenergie produziere, belaste indirekt (beim Verbrauch) ebenfalls die Umwelt.

Wo die naturgegebenen Grenzen genau verliefen, war den Umweltschützern noch unklar. Vieles lag noch im Dunkeln, etwa die Einflüsse einer veränderten Energiebilanz der Erde oder der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Gehalts der Atmosphäre auf das weltweite Klima. Klar war ihnen aber, dass in einer begrenzten Welt ein unbegrenztes Wachstum unmöglich sei. Diese natürlichen Grenzen besaßen daher einen zwingenden Charakter; sie durchbrechen zu können, hielten die Umweltschützer für eine fatale, jeder Logik widersprechende Fehlbeurteilung. Früher oder später werde jede Wachstumsgesellschaft auf unüberwindbare Barrieren stossen. Solange Wirtschaft und Energieverbrauch exponentiell wachsen würden, spiele die exakte Berechnung der natürlichen Grenzen keine erhebliche Rolle, da selbst eine Verdoppelung der Ressourcenbasis oder der Tragfähigkeit der Umwelt unter diesen Bedingungen das Erreichen der Grenzen nur um wenige Jahre hinausschieben würde.<sup>518</sup>

Genau bei diesem exponentiellen Wachstum setzten die Umweltorganisationen nun an. In der schrankenlosen Expansion menschlicher Tätigkeiten sahen sie die Ursache allen Übels, das sie nun bei der Wurzel anpacken wollten. Den Energiesektor identifizierten sie als strategischen Bereich, „als Motor der Entwicklung“, über die Energiepolitik wollten sie die gesamte Entwicklung steuern. Das Wachstum von Wirtschaft und Energieverbrauch sahen sie keineswegs als zwingend an. Im Gegenteil: Vermeintliche Sachzwänge wurden aufgelöst, gesellschaftliche Kompetenzen und politische Handlungsspielräume zurückerobert. Das Manifest forderte:

„Anstelle des Prinzips der Nachfragebefriedigung muss der Entscheid über das verantwortbare Mass des Energieumsatzes treten.“<sup>519</sup>

Grundlage der Energiepolitik dürften nicht mehr länger Prognosen sein, die auf einer Extrapolation bisheriger Entwicklungen beruhten, an ihre Stelle müssten Planungen treten, die von einem wünschbaren Zukunftsbild ausgingen.

Ebenso setzten die Umweltschützer ein dickes Fragezeichen hinter den „technischen Fortschritt“. Den Möglichkeiten der Technikfolgeabschätzung standen sie skeptisch gegenüber,

---

<sup>517</sup> Wie bereits für Abschn. 4.2 gilt, dass eine Formulierung im Indikativ nicht bedeutet, dass *ich* glaube, so sei es gewesen, sondern immer, dass die damaligen *Akteure* glaubten, so sei es. Wenn ich im folgenden von „Umweltschützern“ rede, meine ich die Vertreter der Umweltorganisationen, wie auch die umweltschützerisch engagierten Wissenschaftler, z.B. des NAWU.

<sup>518</sup> Die Berechnungen des Berichts des Club of Rome machten diesen Zusammenhang deutlich.

<sup>519</sup> SBN 1974, S. 1.

wobei sie einerseits auf schlechte Erfahrungen verwiesen - vergangene Fehlschläge - und andererseits auf die unfassbaren Dimensionen der Probleme aufmerksam machten. Das Misstrauen gegenüber Versprechen technischer Lösungen hat ihren Ausdruck in der bekannten Metapher vom „Faustischen Handel“ gefunden.

Für die Entwicklung von Wirtschaft, Technik und Gesellschaft stellten die Umweltschützer Alternativen zur Diskussion, die den „Übergang vom Wachstum zum Gleichgewicht“ und einen Verzicht auf die Atomenergie ermöglichen sollten: Die wirtschaftliche Praxis wollten sie durch das Vermeiden von Verschwendung optimieren; „sanfte Technologien“ sollten erforscht und angewandt, die gesellschaftliche Entwicklung in „sanfte“ Bahnen umgelenkt werden.<sup>520</sup>

Ihre Handlungsweise begründeten die Umweltschützer zum einen mit Befürchtungen: Die Menschheit sei daran, ihre eigenen Lebensgrundlagen zu zerstören, das Damoklesschwert der Ökokatastrophe hänge über ihr. Aber sie waren auch ob der Ergebnisse der vergangenen Entwicklung ernüchtert. Das Manifest beginnt mit den Sätzen:

„Seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Bevölkerung unseres Landes von rund 4,5 auf 6,3 Millionen zugenommen. In derselben Zeitspanne hat sich das Volkseinkommen vervierfacht. Von einer solchen Entwicklung hätte man früher erwartet, sie mache die Menschen glücklicher. Diese Erwartung hat sich als Illusion erwiesen.“<sup>521</sup>

Die Umweltorganisationen kritisierten die zeitgenössische „Zivilisation“ und postulierten eine Neuorientierung der Werte: Sie redeten nun von „Lebensstil“, „Lebenshaltung“ und „Lebensqualität“. Nicht die Menge produzierter Güter, sondern die Möglichkeiten, „Sinn“ zu stiften und „glücklich“ zu sein, sollen Ziele der Wohlstandsgesellschaft sein. Neben die Furcht vor einer Apokalypse trat die Vision einer erstrebenswerten, besseren und sinnerfüllteren Welt.

Die Zeithorizonte, die die Umweltschützer in ihre Analysen einbezogen, erstreckten sich über Jahrzehnte, Jahrhunderte oder gar Jahrtausende. Die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft, des Rohstoffverbrauchs und der Umweltbelastung betteten sie in diese langfristige Perspektive ein, ebenso die Problematik der radioaktiven Abfälle: Die Kontrolle dieser Abfälle erfordere eine gesellschaftliche Stabilität, die niemals erreichbar sei. Das Manifest illustrierte dies mit einem Gedankenexperiment, in dem die alten Ägypter solche Abfälle hinterlassen. Ernst Friedrich Schumacher zählte auf, was alles in der Welt eines Atomzeitalters nie mehr geschehen dürfe, und betonte, dass das kurze Wörtchen „nie“ enorm lange Zeiträume meine.<sup>522</sup>

Die Umweltschützer forderten ein sofortiges Handeln. Der in den letzten Jahrzehnten mit immer höherer Geschwindigkeit beschrittene Entwicklungspfad wurde als Irrweg beurteilt, der eine unverzügliche Kurskorrektur notwendig mache. Viele negative Folgen der gegenwärtigen Entwicklung würden zwar erst in einiger Zeit spürbar, den Preis dafür müssten dann aber die zukünftigen Generationen bezahlen. Die Verantwortung ihnen gegenüber gebiete schon heute zu handeln. Ein auf lange Frist ausgelegter Plan des gesellschaftlichen Wandels unter ökologischen Gesichtspunkten solle auch soziale Krisen vermeiden, die ein plötzlicher, durch natürliche Grenzen erzwungener Zusammenbruch mit sich bringen würde.<sup>523</sup>

Ort des Diskurses war die Schweiz als Teil der Welt. Die Umweltschützer rechneten mit globalen Vorräten an Ressourcen und globalen Umweltbelastungen oder verglichen den Ener-

---

<sup>520</sup> „Übergang vom materiellen Wachstum zum Gleichgewicht“ ist der Titel eines Aufsatzes von NAWU-Mitarbeiter Samuel Mauch, der im Umweltjournal erschien. Umweltjournal, 6/1972, S. 23-29.

<sup>521</sup> SBN 1974, S. 1.

<sup>522</sup> Vergleich mit den alten Ägyptern: ebd., S. 13. Zu Schumacher siehe Abschn. 5.2.2.

<sup>523</sup> Vgl. die Positionen des WWF ab 1973 (Abschn. 5.3.4).

gieverbrauch der Schweiz mit demjenigen von Ländern der Dritten Welt. Diese neue Sichtweise fand später die prägnante Formel „Think globally, act locally“.

Zusammenfassend können wir festhalten, dass ökologisch definierte Grenzen des Wachstums den Atomenergie-Diskurs in den Umweltschutzkreisen prägten. Damit einher ging die Auflösung bisheriger Sachzwänge: Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt wurden nicht mehr länger als eigenständige Mächte verstanden, sondern als gesellschaftlich bestimmbare Größen. Die politischen Forderungen der Gegenwart orientierten sich nicht vorrangig an den Erfahrungen der Vergangenheit, sondern an erwünschten, respektive befürchteten Zukunftsszenarien. Zudem charakterisierten lange Zeithorizonte und globale Räume die Problemanalysen. Unter diesem Blickwinkel wurde aus dem technischen Problem „AKW“, im Laufe der ersten Hälfte der 70er Jahre ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, kurz ein Problem, dass die gesamte Gesellschaft betraf.



## 6. Schlussbetrachtungen

Zum Schluss sollen die wichtigsten Erkenntnisse der Arbeit zusammengetragen und unter Bezug der Theorien von Foucault und Siegenthaler diskutiert werden. Dies geschieht in sechs Punkten: im ersten werden drei Dimensionen des Wandels thematisiert: Diskurs, Promotoren und Artikulationsformen; der zweite ist dem Zusammenhang zwischen Diskurs und Macht gewidmet; der dritte behandelt den Atomenergiediskurs in den Umweltorganisationen, der vierte vergleicht die Denkmuster der 60er und 70er Jahre; der fünfte beleuchtet die wechselseitigen Beziehungen zwischen der Umweltbewegung und dem Atomenergiediskurs; der sechste schliesslich fragt nach der Aussagekraft der Geschichte der Atomenergie für den gesamten Umweltbereich.

### 1. Diskurse, Promotoren, Artikulationsformen: drei Dimensionen des sozialen Wandels

Bis Ende der 60er Jahre wurde die zivile Nutzung der Atomenergie von einem allseitigen Konsens getragen. Kritische Stimmen, die vereinzelt erhoben wurden, fanden in der Gesellschaft keine Resonanz. In den Jahren ab 1969 wurde die Atomenergie dann aber binnen kürzester Zeit zu einem heissumstrittenen Politikum. In dieser Entwicklung lassen sich drei Dimensionen unterscheiden, die aber in einem engen wechselseitigen Abhängigkeitsverhältnis standen: 1. der öffentliche Atomenergiediskurs, 2. die Promotoren der Opposition, 3. die Artikulationsformen der Opposition.

1. Der öffentliche Atomenergiediskurs zerfällt in den Jahren von 1969 bis 1975 in zwei Phasen. Die erste Phase begann mit den baselstädtischen und basellandschaftlichen Proklamationen im Frühling 1969, deren Auslöser der Bericht der Expertenkommission Baldinger war. Die ersten Kritiken bezogen sich auf die fehlende föderalistische Mitbestimmung und den Gewässerschutz. Sie wurden im folgenden ergänzt durch Befürchtungen, die die Gesundheit und - als Folge des Kühlturmentscheids - das Landschaftsbild und das regionale Klima betrafen. Erste Stimmen, die die zweite Phase einläuteten, erhoben sich 1972. Deren Kennzeichen war die grundsätzliche Ablehnung der Atomenergie. Die Argumente für diese Ablehnung stammten aus dem Umweltdiskurs, der fortan denjenigen über die Atomenergie prägte.

2. Als Promotoren der Opposition traten bereits in den 60er Jahren einzelne Personen auf, die aber bis Ende des Jahrzehnts keine Resonanz in der Gesellschaft fanden. Dies änderte sich 1969 als Politiker und Beamte aus den beiden Basler Kantonen den Bau des AKW Kaiseraugst zum Politikum machten. Darauf bildeten sich lokale und regionale Gegnerkomitees, von denen das NAK das einflussreichste war.<sup>524</sup> Das Jahr 1973 bildete dann einen wichtigen Markstein. In diesem Jahr stiessen zuerst die Umweltorganisationen zum atomenergiekritischen Lager. Später kamen Gruppierungen der alternativen Subkultur und der Neuen Linken hinzu, wobei sich insbesondere die Gründung der GAK als bedeutsam erwies. Die AKW-Gegner gewannen dadurch sowohl entscheidend an argumentativem Rückhalt als auch an Mobilisierungskraft für direkte Aktionen.

3. Es lässt sich ein Wandel bei der Wahl der Instrumente zur Beeinflussung der Atomenergiepolitik feststellen. Neben die traditionellen Instrumente der Öffentlichkeitsarbeit (Stellungnahmen, Demonstrationen) und die Anwendung der institutionalisierten Mitsprachemöglichkeiten (politische Initiativen, rechtliche Einsprachen etc.) traten Ende 1973 durch die

---

<sup>524</sup> Beachtenswert ist auch, dass viele AKW-Gegnerinnen der ersten Stunde im Schweizerischen Verein für Volksgesundheit (SVV) organisiert waren. Andere wiederum hatten bereits in der Antiatomwaffenbewegung mitgemacht. Das verweist auf zwei Kontinuitäten: Erstens zur Friedensbewegung der 1950/60er Jahre und zweitens zur Lebensreformbewegung der ersten Jahrzehnte des 20. Jahrhunderts. Letztere Kontinuität findet sich auch in anderen Umweltbereichen, zum Beispiel dem biologischen Landbau. Vgl. Kupper 1996.

GAK initiierte direkte Aktionen, die den Rahmen der Legalität mehr als nur ritzten. Ihr Höhepunkt war die Besetzung von Kaiseraugst im Frühling 1975, die den Beginn der AKW-Bauarbeiten verhinderte. Längerfristig blieben aber die Instrumente der direkten Demokratie die Hauptwaffe der AKW-Opposition, die sie in Form zahlreicher Volksinitiativen anwandte.

Während die bisherige sozialwissenschaftliche Forschung ihre Schwerpunkte auf die Aktionsformen und - mit Abstrichen, was die Jahre vor 1973 betrifft - auf die Akteure legte, versuchte ich zu zeigen, dass sich die entscheidenden Wendungen im ersten Bereich, dem Atomenergiediskurs abspielten. Hierbei wurde die Bedeutung von Ereignissen, deren Auswirkungen in der bisherigen Forschung betont wurden, stark relativiert. Nicht der materielle Gehalt von Ereignissen im Atomenergiebereich entschied über deren Wirkung im öffentlichen Diskurs, sondern die zur Verfügung stehenden Möglichkeiten der Interpretation, oder in Foucaults Terminologie die Systeme, die diesen Diskurs umschlossen. So konnte beispielsweise dargestellt werden, dass der Unfall von Lucens im Januar 1969 kaum Besorgnis weckte, was wenige Jahre später mit Sicherheit ganz anders gewesen wäre. Der Kühlturm-entscheid bildete keine Zäsur in der Entwicklung: Er rief zwar neue Opposition hervor, diese bewegte sich aber vorderhand noch in traditionellen Bahnen. Die Geschichte der Perzeption der Atomenergie bietet ein Fülle von Beispielen, die zeigen, dass das Denkmodell, das von einem Ereignis direkt auf die Reaktion schliesst, den komplexen Beziehungen zwischen diesen beiden Grössen bei weitem nicht gerecht wird.<sup>525</sup>

Die These, die den Ausgangspunkt dieser Arbeit bildete, dass der öffentliche Atomenergiediskurs nicht dem AKW-Bauprogramm folgte, sondern vom Umweltdiskurs geprägt wurde, konnte bestätigt werden. Im Zuge des Umweltdiskurses fanden Prozesse fundamentalen Lernens, wie sie Siegenthaler postuliert, statt, in deren Rahmen die kognitiven Regelsysteme der Akteure sich veränderten. Die Arbeitsthese, dass sich nicht die Probleme, sondern das Verständnis der Probleme veränderte, konnte daher ebenfalls bestätigt werden.

## **2. Diskurs und Macht: Der Erfolg der Anti-AKW-Bewegung**

Der Wandel des Diskurses war verbunden mit einer Verschiebung im gesellschaftlichen Machtgefüge. Dies zeigte sich besonders ausgeprägt in der Erosion der Deutungsmacht der Atomenergie-Experten. In der ersten Phase des öffentlichen Atomenergiediskurses verloren sie, aufgrund ihrer Verfilzungen mit wirtschaftlichen Interessengruppen, ihre Integrität. In der zweiten Phase erodierte ihre Kompetenz: Der Umweltdiskurs forderte einerseits ganz neues, die technischen Belange bei weitem sprengendes Fachwissen. Andererseits schränkte er die Aussagekraft von Expertisen generell ein, indem er vergangene Fehlschläge aufdeckte und fehlerfreundliche, reversible Entscheidungen verlangte. Im Gegensatz zu den Atomenergie-Experten gewannen ökologische Bewegungen und Wissenschaftler, die ihre Kompetenz dem Umweltdiskurs entnahmen, an Resonanz und Akzeptanz und somit letztlich auch an politischer Macht.

Den Zusammenhang zwischen Diskurs und Macht erleuchtet auch ein Blick auf die Erfolge der Anti-AKW-Bewegung: Erstens gelang es der Anti-AKW-Bewegung, im Rahmen eines aufwendigen Umdeutungs- und Politisierungsprozesses nicht nur die vormals unbestrittene Atomenergie binnen weniger Jahre in ein kontroverses Thema zu verwandeln, sondern sie konnte im Laufe der 70er Jahre auch die Hälfte der Bevölkerung von ihren Argumenten überzeugen. Die Anti-AKW-Bewegung feierte verschiedene Erfolge an der Urne, sowohl auf

---

<sup>525</sup> Deshalb ist auch die beliebte Haltung, sich mit dem Argument zurückzulehnen, dass sowieso nur eine „Katastrophe“ den Gang der Dinge verändern könne, fatal. Gerade Ereignisse im Umweltbereich (Atomenergie, Gentechnik, Klimaveränderungen, Ozonloch etc.) sind in hohem Masse interpretationsbedürftig. Eine Katastrophe muss gesellschaftswirksam zur „Katastrophe“ erklärt werden, ansonsten findet sie nicht statt.

nationaler als auch auf kantonaler Ebene. Die institutionellen Regelungen zur Atomenergie wurden auf ihre Initiative oder ihren Druck hin mehrmals revidiert.<sup>526</sup>

Zweitens konnte die Anti-AKW-Bewegung breite Kommunikationsstrukturen aufbauen, an denen sowohl Einthemenbewegungen wie NAK/NWA, GAK oder SES partizipierten als auch die grössere Themenspektren abdeckenden Umweltorganisationen wie WWF, SBN oder SGU.

Drittens wurde das AKW-Bauprogramm gewaltig redimensioniert: Noch 1973 hielten Bund und Elektrizitätswirtschaft am Bau von mindestens zehn weiteren Atomkraftwerken fest. Gebaut wurden allerdings nur noch zwei: Gösgen und Leibstadt. Seit der Besetzung des Kaiseraugster Baugeländes 1975 wurden keine neuen Anlagen mehr in Angriff genommen. Verschiedene Projekte wurden offiziell zurückgezogen, andere im Stillen begraben. Den Verzicht auf die geplanten AKW Kaiseraugst und Graben liessen sich deren Promotoren mit mehreren hundert Millionen Franken aus der Bundeskasse entschädigen.<sup>527</sup>

Viertens wurden Energiesparen und Entwicklung alternativer Technologien rasch zu allgemein anerkannten Postulaten. Wie stark sie die Entwicklung der letzten Jahrzehnte konkret beeinflussten, müsste noch geklärt werden. Eine interessante Umkehrung vollzog sich bei der Etikettierung „fortschrittlich - rückständig“: Wurden die AKW-Kritiker zu Beginn der Kontroverse noch als Fortschrittsfeinde bezeichnet, gelten heute vielerorts diejenigen Kreise als rückständig, die weiterhin an der Atomenergie festhalten.<sup>528</sup>

Wichtige Akteure in dieser Erfolgsgeschichte waren die Umweltorganisationen. Wie entwickelte sich der Atomenergiediskurs in diesen Gruppierungen?

### 3. Der Atomenergiediskurs in den Umweltorganisationen

Die Diskussionen zur Atomenergie innerhalb des SBN und des Rheinaubundes in den mittleren 60er Jahren drehten sich nicht primär um die Frage, *ob* Atomkraftwerke in der Schweiz gebaut werden sollten, sondern *wann* dieser Schritt getan und wie die Elektrizitätswirtschaft dazu gebracht werden könnte. Dass solche Anlagen dereinst die Stromversorgung des Landes sichern sollten und würden, war unbestritten. Die grundsätzlichen Positionen zur Atomenergie, die im übrigen auch vom Bundesrat, der Friedensbewegung und einem Grossteil der Bevölkerung geteilt wurden, waren bereits seit geraumer Zeit geklärt. Die Naturschützer argumentierten entsprechend einheitlich: Die Nutzung der Atomenergie sollte sowohl verhindern, dass die letzten freien Gewässer der Schweiz der Stromproduktion zum Opfer fallen, als auch, dass ölbetriebene thermische Kraftwerke die Luft verpesten. Eine genealogische Diskursanalyse nach Foucault muss deshalb am Ende des Zweiten Weltkrieges einsetzen. Aus dieser Zeit stammte das Argument, das die Atomenergie im Dienste des Naturschutzes sah und das auch die Debatte der mittleren 60er Jahre bestimmte. Dieser Abschnitt

---

<sup>526</sup> Z.B.: Atomgesetzrevision 1979; Moratorium 1990. Für einen Überblick über die Entwicklung der Atomgesetzgebung siehe *Energie&Umwelt*, 4/1995, S. 11f.

<sup>527</sup> Der Bund zahlte 350 Mio. Franken für Kaiseraugst und 227 Mio. für Graben. *Année politique* 1994, S. 141; 1995, S. 161f.

<sup>528</sup> Für eine Bewertung des Erfolgs der Anti-AKW-Bewegung ist es heute noch zu früh, hängt doch die Wertschätzung ihrer Erfolge weitgehend ab von der persönlichen Einstellung zur Atomenergie. Immerhin lässt sich sagen, dass der schweizerischen Volkswirtschaft milliardenschwere Fehlinvestitionen aufgrund falscher Bedarfsprognosen erspart blieben. Ebenfalls noch unklar ist, wie sich die Atomenergie in Zukunft entwickeln wird. Die historische Entwicklung wie auch einige aktuelle Ereignisse (z.B. die Schliessung US-amerikanischer Atomkraftwerke aus wirtschaftlichen Gründen, der Ausstieg Schwedens aus der Atomenergie oder die weiterhin ungelöste Frage der radioaktiven Abfälle) deuten darauf hin, dass die zivile Nutzung der Atomenergie als technikgeschichtliche Irrläuferin und kurzfristige Episode auf der Müllhalde der Geschichte landen wird; eine Episode allerdings, die die Menschen auch in Jahrhunderten noch beschäftigen wird - solange nämlich wie die radioaktiven Abfälle ihre tödlichen Strahlen aussenden.

des Diskurses kann daher eindeutig als Phase regelgebundenen Lernens interpretiert werden.

Nach einem Zeitabschnitt, in dem die Atomenergie in den Umweltorganisationen kein Thema war, setzten die Diskussionen ab 1969 wieder ein. Der folgende Diskurs lässt sich in drei Phasen einteilen. In der ersten Phase, die von 1969 bis 1972 dauerte, wurden einzelne Aspekte des Betriebs von Atomkraftwerken kritisch thematisiert, aber, ohne dass die Atomenergiepolitik grundsätzlich in Frage gestellt worden wäre. Zu diesen Aspekten gehörten die Kühlwasserproblematik und gesundheitliche Gefahren, sowie (nach Bekanntgabe der Kühlturnprojekte) Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes und Auswirkungen auf das regionale Klima. Nun stiessen Vorbehalte erstmals auf breitere Resonanz, nachdem die Atomenergie sich während Jahrzehnten in einem kritikfreien Raum bewegt hatte. Dennoch sollte die Bruchlinie nicht vor oder in diesen Jahren gezogen werden. Die Vorbehalte dieser Jahre verliefen nämlich in traditionellen Bahnen: im Gewässerschutz, Immissionsschutz und Landschaftsschutz.

Der Bruch in der Entwicklung fand vielmehr in der zweiten Phase statt, die die Jahre 1972 und 1973 umfasst, und in der sich der Diskurs um die Atomenergie, wie er in den Umweltorganisationen geführt wurde, sprunghaft veränderte. Die Kommunikationsprozesse dieser Phase lassen sich als Prozesse fundamentalen Lernens verstehen. In deren Verlauf erarbeiteten sich die Akteure zunächst einmal neue, relevante Fragestellungen, die sie dann in vielen Diskussionen erweiterten, einordneten, gewichteten und schliesslich beantworteten. Die Kriterien für die Behandlung des Problems Atomenergie stammten aus einem Diskurs, der in dieser Arbeit mit dem Begriff der „1970er Diagnose“ gefasst wurde, und zu dessen zentralem Gegenstand die Diskussion über die „Grenzen des Wachstums“ wurde. Während dieses Kommunikationsprozesses verständigten sich die Akteure der Umweltorganisationen auf fundamental neue Deutungsmuster. Diese beinhalteten eine radikale Kritik am wachstums- und fortschrittsgläubigen Entwicklungskurs der Gesellschaft.

Für den in dieser Entwicklung als Schlüsselgrösse identifizierten Energiebereich verlangten die Umweltorganisationen eine die ökologischen Gegebenheiten beachtende „Gesamtenergiekonzeption“, die den Rahmen für zukünftige Entscheidungen bilden sollte. Zugleich propagierten sie drei Lösungswege. Erstens die Möglichkeiten des Energiesparens. Zweitens die Substitution umweltschädigender durch umweltschonende Technologien wie insbesondere die Sonnenenergie. Und drittens - als längerfristige Vision - die Entwicklung einer neuen, umweltgerechten Gesellschaft, die mit weniger Energie mehr „Lebensqualität“ produzieren könne.

Wie die Atomenergie zu beurteilen sei, war anfangs der zweiten Phase noch völlig offen. Die „Substitutions“-Argumentation von Atomenergiebefürwortern, die den Bau von Atomkraftwerken verglichen mit der Erhöhung des Erdölverbrauchs als umweltgerechtere Lösung des „Energieproblems“ anpries, also an die Sichtweise der 60er Jahre anknüpfte, schien noch zu Beginn des Jahres 1973 vielen Akteuren in den Umweltorganisationen plausibel. Die „1970er Diagnose“ brachte dann aber die oben geschilderte entscheidende Umdeutung des „Energieproblems“. In der neuen Perspektive wurde nun der Ausbau der Atomkraftnutzung aus drei Gründen verworfen: Erstens wurde ein auf höherem Energieinput basierendes Wirtschaftswachstum abgelehnt, da dieses die Umwelt zusätzlich belasten würde. Die Mehrenergie aus den geplanten Atomkraftwerken war daher ganz und gar unerwünscht. Zweitens glaubten die Umweltschützer, dass das Uran, die Ressource der Atomkraftwerke, in absehbarer Zeit aufgebraucht sein würde, die Atomenergie also keine dauerhafte Lösung darstelle. Drittens schliesslich wurden die Umweltbelastungen durch die radioaktiven Stoffe als völlig unverantwortbar beurteilt.

Als die SGU und der WWF 1973 ihre Stellungnahmen zur Atomenergie veröffentlichten, hatten die Umweltorganisationen innerhalb und untereinander einen weitgehenden Konsens in grundsätzlichen Fragen erzielt.<sup>529</sup> Die zentrale Bedeutung dieser Stellungnahmen lag darin, dass sie die AKW-Frage dem Umweltdiskurs einverleibten und somit gleichzeitig auch seinen Spielregeln unterwarfen. Diese Stellungnahmen markieren deshalb auch den Anbruch der dritten Phase. Der Umgang der Umweltorganisationen mit der Atomenergie war in den folgenden Jahren gekennzeichnet durch eine in ihren wesentlichen Punkten geklärte Haltung und ein gemeinsames Auftreten in Politik und Öffentlichkeit. Der Atomenergiediskurs dieser dritten Phase kann daher wieder als regelgeleitetes Lernen beschrieben werden.

Diese dritten Phase dauert bis heute an. Die grundsätzlichen Positionen haben sich seit Mitte 1973 nicht mehr geändert, auch wenn sich die Gewichte der einzelnen Argumente im Laufe der Jahre verschoben haben. Insbesondere ist das Argument der Ressourcenknappheit aus dem Atomenergiediskurs verschwunden, da sich die diesbezüglichen Prognosen der 70er Jahre als falsch erwiesen. Eine analoge Entwicklung fand im gesamten Umweltdiskurs statt: Als zentrales Umweltproblem wird heute nicht mehr die Erschöpfung der Ressourcen angesehen, sondern die Belastungen der Umwelt durch deren Gebrauch. Im Atomenergiediskurs hat zudem infolge der Unfälle von Harrisburg und Tschernobyl der Risikoaspekt an Gewicht gewonnen.

Gesamthaft gesehen aber blieben die Argumentationsmuster, die anfangs der 70er Jahre in so kurzer Zeit fundamental neu gestaltet wurden, in den letzten knapp 25 Jahren stabil. Auf welchen Grundlagen basierten diese Neuerungen der 70er Jahre?

#### **4. Argumentations- und Denkmuster der 60er und 70er Jahre im Vergleich**

In den Absätzen 4.2 und 5.4 wurden die Argumentationen in Artikeln der Zeitschriften des SBN und des Rheinaubundes von Mitte der 60er Jahre, sowie des SBN-Manifests von 1974 untersucht, und es wurde versucht, die dahinterliegenden Denkmuster zu enthüllen. Ein Vergleich der Resultate der beiden Analysen führt zu interessanten und überraschenden Befunden. In beiden Textcorpora werden die Probleme im Energie-Umwelt-Bereich auf dieselbe Ursache zurückgeführt, nämlich auf das Wachstum. Nur werden daraus entgegengesetzte Schlüsse gezogen: 1964/65 wurde der Bau von Atomkraftwerken regelrecht gefordert, 1974 dagegen abgelehnt!

Licht in diesen vorerst einmal verwunderlichen Befund bringt ein Vergleich der vorgebrachten Argumente. Dabei ergibt sich als erster wichtiger Punkt, dass die unterschiedliche Bewertung der Atomenergie nicht auf einen unterschiedlichen Wissensstand bezüglich deren Gefahren zurückgeführt werden kann: Die Risiken eines Reaktorunfalls und einer radioaktiven Verseuchung oder die Probleme der Beseitigung atomarer Abfälle wurden bereits in den 60er Jahren angesprochen. Allerdings vertrauten die Menschen dieser Jahre blindlings den Technikern und dem technischen Fortschritt, ein Glaube, der sich in Metaphern wie der „Stufen“ der technischen Entwicklung und der „Reaktorgenerationen“ ausdrückte.

Es waren keine neuen nuklearphysikalischen Erkenntnisse, die den Wandel auslösten. Entscheidender Punkt war vielmehr, dass vermeintliche Sachzwänge im Zuge der „1970er Diagnose“ aufgelöst wurden: Wirtschaftswachstum und technischer Fortschritt, die die Ausführungen in den 60er Jahren prägten, wurden 1974 nicht mehr länger als urwüchsige, eigenständige Mächte verstanden, sondern als gesellschaftlich bestimmbare Größen. Nun waren es ökologisch definierte Grenzen des Wachstums, die dem Atomenergiediskurs ihren Stempel aufdrückten. Damit einher ging eine nachhaltige Erschütterung des Fortschrittsoptimismus und des Wachstumsdenkens. Das Hauptanliegen der Umweltbewegung war nicht

---

<sup>529</sup> Die Streitigkeiten zwischen dem WWF und den anderen Umweltcluborganisationen über die SGU-Stellungnahme sind aus der Beobachterperspektive eindeutig nicht grundsätzlicher Natur.

mehr das Bewahren von Teilen der Vergangenheit in der Gegenwart, sondern das ganzheitliche Gestalten der Zukunft.

Mit der Auflösung der Sachzwänge der 60er Jahre wurden auch gesellschaftliche Kompetenzen und politische Handlungsspielräume zurückerobert. Die Entwicklungen der Vergangenheit wurden nun kritisch hinterfragt und bildeten nicht mehr die unreflektierte Grundlage für die zukunftsbestimmenden Entscheidungen der Gegenwart. Die politischen Forderungen orientierten sich dementsprechend nicht mehr vorrangig an den Entwicklungen dieser Vergangenheit, sondern an erwünschten, respektive befürchteten Zukunftsszenarien.

Die in den Texten reflektierten Dimensionen in Zeit und Raum explodierten geradezu: Zeithorizonte über Jahrhunderte und Jahrtausende sowie globale Räume charakterisierten die Problemanalysen im Manifest von 1974; in den Zeitschriftenartikel des vorhergehenden Jahrzehnts wurde dagegen um das nahe Schicksal der heimatlichen Flussläufe gekämpft.

Auf dem Seziertisch der „1970er Diagnose“ verwandelte sich die Atomenergie, die Hoffnungsträgerin der Naturschutzbewegung der 50er und 60er Jahre, in ein technisches, ein ökologisches, ein wirtschaftliches und ein soziales Problem, kurz ein Problem, das die gesamte Gesellschaft betraf. Aus der Versöhnung von Technik und Natur wurde nichts. Vielmehr wurde die Option Atomenergie nun als Irrweg angesehen.

Zur Illustration dieses Perspektivenwandels soll kurz das Beispiel der Perzeption des Problems der radioaktiven Abfälle ausgeführt werden: Die bundesrätliche Botschaft zum BV-Artikel 1957 wertete die Lösung des Abfallproblems als möglicherweise entscheidend für die künftige Anwendung der Atomenergie. Doch das zwei Jahre später verabschiedete Atomgesetz hatte dieses entscheidende Problem bereits wieder vergessen und sah dementsprechend keine Regelungen vor. Selbst in den frühen AKW-Kontroversen in den Jahren um 1970 spielte die Abfallfrage nur eine marginale Rolle. Dies änderte sich erst als der Umweltdiskurs begann, die Atomenergiediskussion zu dominieren. In dessen Kontext gewann die Frage der Beseitigung der radioaktiven Abfälle ganz neue Dimensionen. Das SBN-Manifest zum Beispiel führte das Gedankenexperiment vor, was wäre, wenn die alten Ägypter solche Abfälle hinterlassen hätten. Die Atomenergie-Promotoren versprachen die technische Bewältigung der Probleme: In dieser Zeit verwandelten sie die „Lagerung“ der radioaktiven Abfälle in eine „Endlagerung“. Doch schon bald sahen sie sich mit der Frage konfrontiert, was denn da „endgelagert“ werden sollte, die Abfälle oder, angesichts der Zerfallzeiten radioaktiver Stoffe von Jahrtausenden, nicht eher die Diskussionen über diese Abfälle.

## 5. Umweltbewegung und Atomenergiediskurs

Welche Bedeutung hatten die Umweltorganisationen in der Atomenergiedebatte, und welche Rückwirkungen hatte ihr Engagement? Als Antwort zum ersten Teil der Frage sind zwei Punkte wesentlich. Erstens gelang es den Umweltorganisationen, zusammen mit anderen Vertreterinnen des neuen Umweltbewusstseins, den öffentlichen Atomenergiediskurs auf die Umweltschiene umzuleiten. Für Fragen des Umweltschutzes, der in der Bevölkerung laut mehreren Umfragen als dringendstes Problem galt, hatten sie sich Kompetenz erarbeitet. Zudem profitierten sie vom Ruf, unvoreingenommen und unabhängig an die Probleme herantreten zu können. Ihr Einfluss auf die öffentliche Meinung dürfte daher beträchtlich gewesen sein. Auch die Politik musste dieser Wende im Diskurs Beachtung schenken. Wie die Berufung der Expertenkommission für die GEK zeigte, gab es kein Vorbeikommen mehr an den Umweltvertretern. Die Elektrizitätswerke suchten ihrerseits das Gespräch mit den Umweltorganisationen, akzeptierten diese also als Verhandlungspartnerinnen. Zweitens trug das Engagement der Umweltorganisationen dazu bei, zu verhindern, dass die AKW-Gegnerschaft als Bande linksextremer Revoluzzer abgestempelt und dadurch sozial wie politisch ausgegrenzt werden konnte.

Umgekehrt wirkte das atomenergiepolitische Engagement der Umweltorganisationen auch auf sie selber zurück. Die Diskurs innerhalb der Organisationen führte auch zur Klärung allgemeiner umweltpolitischer Positionen. Gegen aussen schärften die Stellungnahmen zur Atomenergie das Profil der Bewegungen. Die Umweltorganisationen verloren ihre 'politische Unschuld'; sehr zum Missfallen der Vertreter von Organisationen, die gegenteilige Ansichten vertraten und die Umweltorganisationen auf die Rolle lieblicher Natur- und Tier- schützer fixieren wollten. Polemiken und Austritte von Mitgliedern begleiteten diesen Prozess, in dessen Verlauf die Zielsetzungen dieser Organisationen neue Konturen gewannen.

## 6. Atomenergie und Umwelt

Die Entwicklung des öffentlichen Atomenergiediskurses weist bezüglich der Entwicklung anderer Bereiche des Umweltdiskurses typische und untypische Züge auf. Typisch ist, dass sich die in den folgenden Jahren gültigen Argumentationsmuster und Konfliktebenen in der ersten Hälfte der 70er Jahre herauskristallisierten. Untypisch ist hingegen der Erfolg, den die Bewegung gegen die Atomenergie feiern konnte.

Die Entwicklung des Umweltdiskurses in den ersten 70er Jahren legt folgende Interpretation nahe: In den Jahren um 1970 wurde das Thema „Umweltschutz“ - mit grosser Einmütigkeit wie das Abstimmungsresultat zum Verfassungsartikel zeigt - als gesellschaftsrelevantes Problem selektiert. Als es in den folgenden Jahren aber darum ging, den Umweltschutz-Begriff mit konkreten Inhalten zu füllen und daraus politische Konsequenzen zu ziehen, zerbrach die scheinbare Einigkeit bald einmal. Der verschärfte Verteilungskampf infolge der Wirtschaftskrise führte ab 1974 dann endgültig zur Blockade umweltpolitischer Anliegen. Die Verschleppung des Umweltschutzgesetzes und die Abfuhr, die die verschiedenen Verkehrsinitiativen an der Urne erlitten, sind Ausdrücke dieser Entwicklung.

1973 erschien im „Kursbuch“ Hans Magnus Enzensbergers „Kritik der politischen Ökologie“, die in intellektuellen Kreisen auf grosse Resonanz stiess.<sup>530</sup> Enzensberger entlarvte die „ökologische Krise“ als naturwissenschaftliche Hypothese. Der ökologischen Bewegung traute er nicht über den Weg, da in ihr naturwissenschaftliche Motive eine äusserst undurchsichtige Verbindung mit teils manifesten, teils verborgenen politischen Beweggründen eingegangen seien. Er warf den Umweltbewegten vor, durch die Wirtschaft korrumpiert zu sein oder zu Illusionen und Sektierertum zu neigen. Die ökologischen Sofortprogramme bezeichnete Enzensberger als „Abziehbilder politischer Idiotie“. Ihre naiven und illusorischen Forderungen würden, ebenso wie die vorschnelle Globalisierung der Probleme, die ökologische Frage total entpolitisieren. Aus marxistischer Sicht argumentierend verortete Enzensberger den Kern der ökologischen Krise nicht in der Industrialisierung, sondern im Kapitalismus.

Enzensbergers Ausführungen sind bis heute bedenkenswert geblieben, insbesondere seine Überlegungen, die die - den Naturwissenschaften oft zugeschriebene oder von diesen beanspruchte - Absolutheit und Wertfreiheit der naturwissenschaftlichen Erkenntnis relativieren. Die vorliegende Arbeit hat aber gezeigt, dass sich andere Einschätzungen Enzensbergers nicht bewahrheitet haben. Zum einen sind seine pauschalen Vorwürfe an die Adresse der Umweltbewegung im Lichte der Entwicklung der letzten 25 Jahre nicht haltbar. In den Auseinandersetzungen um konkrete Sachfragen wie die Atomenergie haben die Umweltorganisationen politisch Farbe bekannt. Zum anderen stellte sich heraus, dass die Bedeutung der grossen ökologischen Entwürfe nicht in der Entwicklung einer globalen Umweltpolitik lag, sondern in der Produktion von gesellschaftlichen Leitbildern, die in den Händen der Akteure von der lokalen bis zur internationalen Ebene Massstäbe bildeten, an denen sie Handlungsoptionen zu einzelnen Fragen erkennen und bewerten konnten. Vielleicht liegt die grosse historische Bedeutung der Umweltbewegung der 70er Jahre gerade in der Produktion

---

<sup>530</sup> Enzensberger. Zur Rezeption siehe Hermand, S. 147f.

eines gesellschaftlichen Leitbildes, das das wirtschaftliche Wachstum und den technischen Fortschritt in progressiver Weise in Frage stellt. Mit der Verabschiedung von Wachstum und Fortschritt verwarf die Umweltbewegung nämlich Paradigmen, die den beiden grossen konkurrierenden Denkströmungen der Moderne, dem Liberalismus und dem Marxismus, gemeinsam waren.



## 7. Bibliographie

### 7.1. Quellen

#### 7.1.1. Ungedruckte Quellen

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich, Ar W 68 (ArW 68).

- 3.1. Protokolle Vorstandssitzungen (ProV), 1973-1975.
- 4.1. Protokolle Vorstandsausschusssitzungen (ProVA), 1971-1975.
- 6.1. Mitteilungen an den Vorstandsausschuss, Juli 1971-April 1975.
- 7.2. Korrespondenz mit einzelnen Vorstandsmitgliedern, 1971-1975.
- 8.1. Mitgliederversammlungen, 1973, 1975.
- 12.1. Umweltclub: Protokolle (ProUC), 1972-1975.
- 13.1. Umweltclub: Korrespondenz, 1972-1975.

Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, Privatarchiv, Zürich (ArSGU).

- 022. Protokolle Fachausschuss Technik und Naturwissenschaften (ProFA TN), 1971-1972.
- 107. AKW allgemein, 1972-1976.
- 130. GEK, 1973-1974.
- 137. Offener Brief an die SVA, 1972-1974.
- Tätigkeitsbericht/Rapport, 1971-1973, 1973-1975.
- Mitgliederverzeichnis, Mai 1973.

Schweizerischer Bund für Naturschutz, Staatsarchiv des Kantons Basel-Stadt, Basel, Privatarchiv 924 (ArSBN).

- B 1.1. Protokolle des Vorstandes (ProV), mit Anträgen (Anträge), 1962-1975.
- B 1.2. Nummerierte Akten des Vorstandes und des Naturschutzrates, 1965-1975.
- B 6. Protokolle des Naturschutzrates (ProN), 1965-1975.
- K 3.2. Energiepolitik, 1963-1983.
- K 3.4. Kraftwerke, 1956-1980.

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich (Sozarch).

- 92.3 C. Atomenergie, Atomkraftwerke; AKW-Gegner/-innen: Schweiz, Quellensammlung, 1965-1975.

Stadtarchiv Zürich, Zürich.

- Zg 8a Verkehr, 1970-1972.

#### 7.1.2. Gedruckte Quellen

### Quelleneditionen

Favez, Jean-Claude; Mysyrowicz, Ladislas (Hg.). Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile, 4 Bde, Genf o.J.

- Annexe 1: Suite historique 1945-1975.
- Annexe 2: Textes à l'appui 1945-1946.
- Annexe 3: Textes à l'appui 1947-1966.
- Annexe 4: Textes à l'appui 1971-1980.

**Zeitschriften**

Bulletin SEV/VSE: des Schweizerischen Elektrotechnischen Vereins/des Verbandes Schweizerischer Elektrizitätswerke, 1910ff.

Energie & Umwelt. Zeitschrift der Schweizerischen Energie-Stiftung (SES), 1982ff.  
etü, historikerInnen-zeitschrift, Zürich 1985ff.

Natur und Mensch: Schweizerische Blätter für Natur- und Heimatschutz, hg. vom Rheinaubund: Schweizerische Arbeitsgemeinschaft für Natur und Heimat, Jg. 5 (1963)- Jg. 18 (1976).

Panda: Zeitschrift des WWF Schweiz, Jg. 1 (1968) - Jg. 8 (1975).

Schweizer Naturschutz: Zeitschrift des Schweizerischen Bundes für Naturschutz (SBN), Jg. 28 (1962) - Jg. 42 (1976).

SGU Bulletin: Mitgliederzeitschrift der Schweizerischen Gesellschaft für Umweltschutz (SGU), 1975ff.

The Ecologist, London, Vol. 2, No 1 (Jan. 1972).

Umweltjournal (ab 1975: Ökojournal), hg. vom Umwelt-Verlag, Jg. 1 (1972) - Jg. 5 (1976).

Volksgesundheit: Obligatorisches Organ des Schweizerischen Vereins für Volksgesundheit (SVV), Jg. 62 (1969).

**Zeitungen**

Abend-Zeitung, Basel  
Basellandschaftliche Zeitung  
Basler Nachrichten  
Der Bund  
Der Landbote  
Die Tat  
Luzerner Neuste Nachrichten  
National-Zeitung  
Neue Zürcher Zeitung  
Tages-Anzeiger

**Benutzte Zeitungsarchive:**

Schweizerisches Sozialarchiv, Zürich  
Schweizerisches Wirtschaftsarchiv, Basel.

**Amtliche Publikationen**

Amtliches Bulletin der Bundesversammlung, Nationalrat. (Amtl. Bull. NR).  
Bundesblatt der Schweizerischen Eidgenossenschaft. (BBl).  
Jahrbuch der Eidgenössischen Behörden, Bern.  
Übersicht über die Verhandlungen der Bundesversammlung. (Verh. B.vers.).

**Zeitgenössische Publikationen**

Alternativkatalog: Heft 1. Hg. von der Arbeitsgruppe Alternativkatalog des Gottlieb Duttweiler-Instituts (GDI), Rüschlikon 1975.  
Alternativkatalog 2. Hg. von der Dezentrale, Köniz 1976.  
Alternativkatalog 3. Hg. von der Dezentrale, Basel 1978.

Arbeitsgemeinschaft Umwelt, AGU (Hg.). Umdenken - Umschwenken: Der Katalog zur Ausstellung, Zürich 1975.

Atomenergie ist nicht notwendig!: Argumente, die in aller Sachlichkeit die Behauptungen der Atomkraftwerk-Befürworter Punkt für Punkt widerlegen, o. Autor, o.O, o.J..(Vermutlich: Schweizerischer Verein für Volksgesundheit (Hg.), ca. 1974.)

Basler, Ernst. Umweltprobleme aus Sicht der technischen Entwicklung. In: Leibundgut 1971, S. 78-87.

Ders.. Strategie des Fortschritts, Frauenfeld 1972.

Basler, Ernst; Bianca, Stefano. Zivilisation im Umbruch: Zur Erhaltung und Gestaltung des menschlichen Lebensraumes, Frauenfeld 1974.

Baumberger, Heinz. Wirtschaftliche Probleme einer umweltkonformen Energieversorgung. In: Walterskirchen 1972, S. 225-252.

Energie, Mensch und Umwelt, Probleme im Gespräch 7, Bern 1973.

Enzensberger, Hans Magnus. Zur Kritik der politischen Ökologie. In: Kursbuch 33, S. 1-42.

Enzensberger, Hans Magnus; Michel, Karl Markus (Hg.). Kursbuch 33: Ökologie und Politik oder Die Zukunft der Industrialisierung, Berlin Okt. 1973.

Feuz, P.; Meichle, A.; Winkler, W.. L'opinion publique suisse face à l'énergie nucléaire, Schweiz Mai 1971: Bericht zuhanden der 4. Internationalen Konferenz der UNO für die friedliche Nutzung der Atomenergie, Genf 6.-16.9.1971. In: Annexe 4, S. 25-37.

Fornallaz, Pierre (Hg.). Technik für oder gegen den Menschen: Die neue Aufgabe der Hochschule, Vorträge gehalten am öffentlichen Symposium der ETH-Zürich, 12. bis 15. November 1973, Basel 1975.

Forum für verantwortbare Anwendung der Wissenschaft (Hg.). Kernenergie: unsicher, un-sauber, entbehrlich, erschöpflich: Kommentar zur Broschüre des SVA, Flüh 1974.

Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst, GAK (Hg.). Atomenergie-Argumentekatalog, Liestal 1974.

Ginsburg, Theo. Langfristige Aspekte des Energiewachstums. In: Fornallaz 1975, S. 197-214.

Goldsmith, Edward; Allen, Robert (Hg.). Planspiel zum Überleben: Ein Aktionsprogramm, Stuttgart 1972.

Gottlieb Duttweiler-Institut, GDI (Hg.). Für und wider die Kernenergie: Eine Grundsatzdokumentation der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie im Auftrag des Gottlieb Duttweiler Instituts, Rüslikon 1975. (GDI 1975a)

Gottlieb Duttweiler-Institut, GDI (Hg.). Für und wider die Kernenergie: Eine Grundsatzdokumentation des Gottlieb Duttweiler Instituts, Rüslikon 1975. (GDI 1975b)

Graeb, Ralph. Die sanften Mörder: Atomkraftwerke - demaskiert, Rüslikon-Zürich 1972.

Häsler, Alfred A.. Mensch ohne Umwelt?: Die Vergiftung von Wasser, Luft und Erde oder die Rettung unserer bedrohten Welt, Olten 1972.

Hochstrasser, Urs. Sicherheitsmassnahmen und Garantien beim Betrieb von Kernkraftwerken. In: SN, 4/1971, S. 114-119.

Horn, Christopher; Walterskirchen, Martin P. von; Wolff, Jürg (Hg.). Umweltpolitik in Europa: Referate und Seminarergebnisse des 2. Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen vom 31. Okt. bis 2. Nov. 1972, Frauenfeld 1973.

Kohn, Michael. Perspektiven der schweizerischen Energiepolitik. In: Fornallaz 1975, S. 157-169.

- Jungk, Robert. Anfänge eines anderen Wachstums. In: Horn 1973, S. 34-44.
- Leder, Rudolf A.: Kernenergie, notwendig und sicher. In: Panda, 1/1975, S. 37-41.
- Leibundgut, Hans (Hg.). Schutz unseres Lebensraumes: Symposium an der ETH in Zürich vom 10. bis 12. Nov. 1970 - Ansprachen und Vorträge, Frauenfeld 1971.
- Meadows, Dennis u.a.. Die Grenzen des Wachstums: Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit, Reinbek bei Hamburg 1973. (Orig.: The Limits to Growth, New York 1972.)
- Rossel, Jean. Atompoker: Kernindustrie in kritischem Licht, Bern 1978.
- Salfinger, Kurt (Hg.). Expertengespräche zur Frage der Atomkraftwerke in der Region Basel: Ein Bericht der Verhandlungsdelegation, Liestal Okt. 1975.
- SBN, SES, SGU, SSES, SVV, WWF (Hg.). Jenseits der Sachzwänge: Ein Beitrag der Umweltorganisationen zur schweizerischen Gesamtenergiekonzeption, Zürich 1978.
- Schumacher, Ernst Friedrich. Atomkraftwerke und unsere Umwelt. In: NuM, 4/1972, S. 248-252.
- Ders. Small is Beautiful: A Study of Economics as if People Mattered, London 1973. (Deutsch: Die Rückkehr zum menschlichen Mass: Alternativen für Wirtschaft und Technik: „Small is Beautiful“, Reinbeck bei Hamburg 1977.)
- Schwab, Günther. Der Tanz mit dem Teufel: Ein abenteuerliches Interview, Hameln, Hannover 1969<sup>9</sup>.
- Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz, SGU (Hg.). Rettet die Umwelt, wir haben nur eine/ Vous n'avez qu'un environnement, prenez-en soin, Zollikon 1971.
- Schweizerische Politik im Jahre/ Année politique suisse. Hg. vom Forschungszentrum für Geschichte und Soziologie der schweizerischen Politik an der Universität Bern, Bern 1965ff. (SPJ)
- Schweizerische Vereinigung für Atomenergie, SVA (Hg.). Kernenergie: Sicher, Sauber, Unentbehrlich, Unerschöpflich, Bern 1971.
- Schweizerischer Bund für Naturschutz, SBN (Hg.). Stop der Energie-Verschwendung, Energiepolitisches Manifest des Bundes für Naturschutz, Basel 1974.
- Siegrist, Hans Rudolf. Die Auswirkungen der Energiewirtschaft auf die Umwelt. In: Leibundgut 1971, S. 51-64.
- Trümpy, E.. Aktuelle Probleme der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft. In: Fornallaz 1975, S. 171-183.
- VOX, Schw. Hg. von Ges. f. prakt. Sozialforschung u. Forschungszentrum f. Schw. Politik, Nr. 9, Analyse der eidg. Abstimmungen vom 18. Feb. 1979, Bern 1979.
- Walterskirchen, Martin (Hg.). Umweltschutz und Wirtschaftswachstum: Referate und Seminarergebnisse des ersten Symposiums für wirtschaftliche und rechtliche Fragen des Umweltschutzes an der Hochschule St. Gallen 19.-21. Okt. 1971, Frauenfeld 1972.
- Zahn, U. Energieerzeugung und Energieverwendung mit Hilfe der sanften Technologie. In: Fornallaz 1975, S. 215-225.
- Zimmermann, Werner. Bis der Krug bricht: Atomkraft - Segen oder Fluch?, Ostermundigen, Bern 1972.

### 7.1.3. Interviews

Dieter Burckhardt, Meggen 26.6.1997.

Heribert Rausch, Zürich 7.7. 1997.

## 7.2. Nachschlagewerke

- Altermatt, Urs (Hg.). Die Schweizer Bundesräte: Ein biographisches Lexikon, Zürich 1991.
- Historische Statistik der Schweiz, unter der Leitung v. Hansjörg Siegenthaler, hg. v. Heiner Ritzmann-Blickenstorfer, Zürich 1996.
- Weber, Rudolf. Kernenergie, Webers Taschenlexikon, Band 1, 2. nachgef. Aufl., Aarau 1986.

## 7.3. Darstellungen

- 25 Jahre SVA: Festakt zum 25. Jahrestag der Gründung der Schweizerischen Vereinigung für Atomenergie (SVA), Zürich 21. Nov. 1983.
- Altermatt, Urs. Ausbruchversuche aus dem Korsett der Konkordanz. In: Altermatt et al. 1994, S. 3-29.
- Altermatt, Urs et al.. Rechte und linke Fundamentalopposition: Studien zur Schweizer Politik 1965-1990, Basel, Frankfurt/M 1994.
- Andersen, Arne. Umweltgeschichte: Forschungsstand und Perspektiven. In: Archiv für Sozialgeschichte 33, 1993, S. 672-701.
- Ders. (Hg.). Perlon, Petticoats und Pestizide: Mensch-Umwelt-Beziehung in der Region Basel der 50er Jahre, Basel, Berlin 1994.
- Arpagaus, Rolf. Anti-Atombewegung und die Revision von Entscheidungsregeln, Seminararbeit Zürich 1996.
- Aubert, Jean-François. So funktioniert die Schweiz: Dargestellt anhand einiger konkreter Beispiele, Bern 1980.
- Bachmann, Stefan. „Die schwer geschädigte lebendige Welt ist wiederherstellbar in ihrer alten, vollen Schönheit“: Die Anfänge der schweizerischen Naturschutzbewegung: Die Schweizerische Naturschutzkommission (1906-1938), Diss. Bern 1997.
- Beck, Ulrich. Risikogesellschaft: Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt/M 1986.
- Binswanger, Hans Christoph; Geissberger, Werner; Ginsburg, Theo (Hg.). Der NAWU-Report: Wege aus der Wohlstandsfalle: Strategien gegen Arbeitslosigkeit und Umweltkrise, Frankfurt/M 1978.
- Binswanger, Hans Christoph. Geld und Natur: Das wirtschaftliche Wachstum im Spannungsfeld zwischen Ökonomie und Ökologie, Stuttgart/Wien 1991.
- Blanc, Jean-Daniel; Luchsinger, Christine (Hg.). achtung: die 50er Jahre!: Annäherungen an eine widersprüchliche Zeit, Zürich 1994.
- Brimblecombe, P.; Pfister, C. (Hg.). The Silent Countdown: Essays in European Environmental History, Berlin, Heidelberg 1990.
- Brüggemeier, Franz-Josef; Rommelspacher, Thomas (Hg.). Besiegte Natur: Geschichte der Umwelt im 19. und 20. Jahrhundert, München 1989<sup>2</sup>.
- Büchel, Katrin. Umweltschutz: Perzeption und Reaktion in der schweizerischen Politik (1950-1986), Liz. Zürich 1988.
- Bundesamt für Energiewirtschaft (Hg.). Die schweizerische Energiewirtschaft/ Economie énergétique suisse 1930-1980, Jubiläumsschrift 50 Jahre Bundesamt für Energiewirtschaft, Bern 1980.

- Burckhardt, Dieter. Die Wiege des Naturschutzes stand in Basel - Streiflichter auf Entstehung und Entwicklung des Naturschutzes in der Schweiz. In: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel Jg. 102 (1/1992), S. 3-45.
- Buser, Marcos. Mythos „Gewähr“: Geschichte der Endlagerung radioaktiver Abfälle in der Schweiz, Zürich 1988.
- Busse, Dietrich; Herrmanns, Fritz; Teubert, Wolfgang. Begriffsgeschichte und Diskursgeschichte: Methodenfragen und Forschungsergebnisse der historischen Semantik, Opladen 1994.
- Curdy, Guy. Kaiseraugst: le défi: Vie et mort d'un projet de centrale nucléaire, Lausanne 1988.
- Dahinden, Martin (Hg.). Neue soziale Bewegungen - und ihre gesellschaftlichen Wirkungen, Zürich 1987.
- Dejung, Christof. Wie man in den Wald ruft, tönt es zurück: Die unterschiedliche Wahrnehmung des Waldsterbens in der deutschen und in der französischen Schweiz, Liz. Zürich 1996.
- de Haan, Gerhard; Kuckartz, Udo. Umweltbewusstsein: Denken und Handeln in Umweltkrisen, Opladen 1996.
- Epple, Rudolf. Schweiz - Atomare Präzision. In: Mez 1979, S. 260-281.
- Epple-Gass, Rudolf. Zur Friedensbewegung in den 50er Jahren. In: Blanc, Luchsinger 1994, S. 147-156.
- Favez, Jean-Claude; Mysyrowicz, Ladislav. Le nucléaire en Suisse: Jalons pour une histoire difficile, Lausanne 1987.
- Favez, Jean-Claude. Le nucléaire et la culture politique suisse. In: Favez/Mysyrowicz 1987, S. 109-178.
- Foucault, Michel. Die Ordnung des Diskurses, Inauguralvorlesung am Collège de France, 2. Dezember 1970, erw. Ausg., Frankfurt/M 1991.
- Frey, René L.. Wirtschaft, Staat und Wohlfahrt: Eine Einführung in die Nationalökonomie, 7. erg. Aufl., Basel, Frankfurt/M 1992.
- Füglister, Stefan (Hg.). Darum werden wir Kaiseraugst verhindern: Texte und Dokumente zum Widerstand gegen das geplante AKW, Zürich 1984.
- Gewaltfreie Aktion gegen das AKW Kaiseraugst - GAGAK (Hg.). Atomlobby Schweiz: Wirtschaftliche und personelle Verflechtungen im Schweizer Atomgeschäft, Basel 1985.
- Giger, Andreas. Umweltpolitisches Bewusstsein und Partizipation. In: Schweiz. Zeitschrift für Soziologie, 6/1980, S. 447-462.
- Gilg, Peter; Hablützel, Peter. Beschleunigter Wandel und neue Krisen (seit 1945). In: Geschichte der Schweiz und der Schweizer, Basel, Frankfurt/M 1986, S. 821-968.
- Ginsburg, Theo. Energiepolitik von unten. In: Dahinden 1987, S. 71-78.
- Gloy, Karen. Das Verständnis der Natur: Bd. 1: Die Geschichte des wissenschaftlichen Denkens, München 1995
- Dies.. Das Verständnis der Natur: Bd. 2: Die Geschichte des ganzheitlichen Denkens, München 1996.
- Goertz, Hans-Jürgen. Umgang mit Geschichte: Eine Einführung in die Geschichtstheorie, Reinbeck b. Hamburg 1995.

- Gugerli, David (Hg.). Allmächtige Zauberin unserer Zeit: Zur Geschichte der elektrischen Energie in der Schweiz, Zürich 1994.
- Hampicke, Ulrich. Naturschutz und Ethik: Rückblick auf eine 20jährige Diskussion, 1973-1993, und politische Folgerungen. In: Zeitschrift für Ökologie und Naturschutz 2/1993, S. 73-86.
- Herman, Jost. Grüne Utopien in Deutschland: Zur Geschichte des ökologischen Bewusstseins, Frankfurt/M 1991.
- Heiniger, Markus. Die schweizerische Antiatombewegung 1958-1963: Eine Analyse der politischen Kultur, Liz. Zürich 1980.
- Hodel, Jan; Kalt, Monika. Umweltgeschichte - Revisited. In: traverse 2/1997, S. 13-30.
- Hug, Peter. Geschichte der Atomtechnologieentwicklung in der Schweiz, Liz. Bern 1987.
- Ders.. Elektrizitätswirtschaft und Atomkraft: Das vergebliche Werben der Schweizer Reaktorbauer um die Gunst der Elektrizitätswirtschaft 1945-1964. In: Gugerli 1994, S. 167-184.
- Interfakultäre Koordinationsstelle für Allgemeine Ökologie - IKAÖ (Hg.). Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Verschwendungsgesellschaft, Bern 1994.
- Jung, Matthias. Öffentlichkeit und Sprachwandel: Zur Geschichte des Diskurses über die Atomenergie, Opladen 1994.
- Kocka, Jürgen. Angemessenheitskriterien historischer Argumente. In: Kosseleck, Reinhardt; Mommsen, Wolfgang J.; Rüsen, Jörn. Objektivität und Parteilichkeit, Beiträge zur Historik, Bd. 1, München 1977, S. 469-473.
- Koller, Stephan. Promotoren einer neuen Lebenswelt: Die „Arbeitsgemeinschaft Umwelt“ und die Zürcher Expressstrassen, Seminararbeit Zürich 1996.
- Kohn, Michael. Energieszene Schweiz, Zürich 1990.
- Kotsch, Michael. „... und ewig ruft die Heimat“: Die Naturwahrnehmung im Heimatfilm. In: Andersen 1994, S. 182-184.
- Krabbe, Wolfgang R.. Gesellschaftsveränderung durch Lebensreform: Strukturmerkmale einer sozialreformerischen Bewegung in Deutschland der Industrialisierungsperiode, Göttingen 1974.
- Kreis, Georg (Hg.). Staatsschutz in der Schweiz: Die Entwicklung von 1935-1990, Bern 1993.
- Kriesi, Hanspeter, Levy, René u.a. (Hg.). Politische Aktivierung in der Schweiz 1945-1978, Diessenhofen 1982.
- Kriesi, Hanspeter. AKW-Gegner in der Schweiz: Eine Fallstudie zum Aufbau des Widerstands gegen das geplante AKW in Graben, Diessenhofen 1982.
- Ders.. Neue soziale Bewegungen - der Protest einer Generation?. In: Dahinden 1987, S. 25-42.
- Kupper, Patrick. Aufbruch zum biologischen Bauern: Bewegungen im biologischen Landbau 1968-1975, Seminararbeit Zürich 1996.
- Linder, Wolf. Vom Einfluss neuer Bewegungen auf die institutionelle Politik. In: Dahinden 1987, S. 7-23.
- Linse, Ulrich. Ökopax und Anarchie: Eine Geschichte der ökologischen Bewegungen in Deutschland, München 1986.
- Luhmann, Niklas. Ökologische Kommunikation: Kann die moderne Gesellschaft sich auf ökologische Gefährdungen einstellen?, Opladen 1986.
- Mez, Lutz (Hg.). Der Atomkonflikt: Atomindustrie, Atompolitik und Anti-Atom-Bewegung im internationalen Vergleich, Berlin 1979.

- Mysyrowicz, Ladislas. Aux origines de la problématique nucléaire. In: Favez/Mysyrowicz 1987, S. 9-107.
- Nennen, Heinz-Ulrich. Ökologie im Diskurs, Opladen 1991.
- Niederer-Schmidli, Susanne. Umweltschutz - Schlagwort der siebziger Jahre: Die Entstehung eines neuen Umweltbewusstseins Anfang der siebziger Jahre mit besonderer Berücksichtigung der Situation in Basel-Stadt, Liz. Basel 1991.
- Dies.. Umweltschutz - Schlagwort der siebziger Jahre. In: Verhandlungen der Naturforschenden Gesellschaft Basel 102 (1) 1992, S. 175-210.
- Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke, NWA (Hg.). 10 Jahre NWA: 6 Mitstreiter schreiben, wie es damals war, was daraus wurde, und was auf uns noch wartet, Basel 1980.
- Pfister, Christian; Schuler, Anton. Historische Umweltforschung - eine neue fächerverbindende Aufgabe für Natur- und Sozialwissenschaften. In: Allgemeine Geschichtsforschende Gesellschaft der Schweiz (Hg.). Geschichtsforschung in der Schweiz: Bilanz und Perspektiven, Basel 1992, S. 169-187.
- Pfister, Christian (Hg.). Das 1950er Syndrom: Der Weg in die Konsumgesellschaft, Bern 1995. (1995a)
- Ders.. Das „1950er-Syndrom“ - die umweltgeschichtliche Epochenschwelle zwischen Industriegesellschaft und Konsumgesellschaft. In: Pfister 1995a, S. 51-95. (1995b)
- Pfister et al.. „Das 1950er Syndrom“: Zusammenfassung und Synthese. In Pfister 1995a, S. 21-47.
- Radkau, Joachim. Aufstieg und Krise der deutschen Atomwirtschaft 1945-1975: Verdrängte Alternativen in der Kerntechnik und der Ursprung der nuklearen Kontroverse, Reinbeck bei Hamburg 1983.
- Ders.. Technik in Deutschland: Vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M 1989.
- Ders.. Was ist Umweltgeschichte?. In: Geschichte und Gesellschaft, Sonderheft 15: Umweltgeschichte, Göttingen 1994, S. 11-28.
- Rausch, Heribert. Schweizerisches Atomenergierecht, Zürich 1980.
- Rebeaud, Laurent. Die Grünen in der Schweiz, Bern 1987.
- Rucht, Dieter. Modernisierung und neue soziale Bewegungen: Deutschland, Frankreich und USA im Vergleich, Frankfurt/M, New York 1994.
- Sarasin, Philipp. Die kommerzielle Nutzung der Atomenergie in der Schweiz: Ein historischer Abriss vom Ende des Zweiten Weltkriegs bis zur Besetzung in Kaiseraugst am 1. April 1975. In: Füglister 1984, S. 11-38.
- Schöttler, Peter. Wer hat Angst vor dem „linguistic turn“?. In: Geschichte und Gesellschaft, Nr. 23, 1997, S. 134-151.
- Schmidt, Wolf (Hg.). Von „Abwasser“ bis „Wandern“: Ein Wegweiser zur Umweltgeschichte, Hamburg 1986.
- Schroeren, Michael. Zum Beispiel Kaiseraugst: Der gewaltfreie Widerstand gegen das Atomkraftwerk: Vom legalen Protest zum zivilen Ungehorsam, Zürich 1977.
- Schweizerische Gesellschaft der Kernfachleute - SGK (Hg.). Geschichte der Kerntechnik in der Schweiz: Die ersten 30 Jahre 1939-1969, Oberbötzberg 1992.
- Schweizerischer Bund für Naturschutz (Hg.). SBN: Eine Chance für unsere Natur!, Basel 1993<sup>3</sup>.



- Sieferle, Rolf Peter. Fortschrittsfeinde?: Opposition gegen Technik und Industrie von der Romantik bis zur Gegenwart, München 1984.
- Ders.. Die Grenzen der Umweltgeschichte. In: Gaia 2/1993 (no 1), S. 8-21.
- Siegenthaler, Hansjörg. Entscheidungshorizonte im sozialen Wandel. In: Schweiz. Zeitschrift für Geschichte, 33/1983, S. 414-431.
- Ders.. Die Schweiz seit 1914. In: Handbuch der Europäischen Wirtschafts- und Sozialgeschichte vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, Bd. 6, Stuttgart 1986, S. 482-512.
- Ders.. Soziale Bewegungen und gesellschaftliches Lernen im Industriezeitalter. In: Dahinden 1987, S. 251-264.
- Ders.. Regelvertrauen, Prosperität und Krisen: Die Ungleichmässigkeit wirtschaftlicher und sozialer Entwicklung als Ergebnis individuellen Handelns und sozialen Lernens, Tübingen 1993.
- Ders.. Strukturen und Prozesse in der Schweizergeschichte der Nachkriegszeit. In: Blanc/Luchsinger 1994, S. 11-17.
- Simon, Christian (Hg.). Umweltgeschichte heute: Neue Themen und Ansätze der Geschichtswissenschaften - Beiträge für die Umweltwissenschaft, Environmental History Newsletter, Special Issue No 1, 1993.
- Skenderovic, Damir. Die schweizerische Umweltschutzbewegung in den 1950er und 1960er Jahren: Oppositionen und Aktionen, Liz. Freiburg (CH) 1992.
- Ders.. Die Umweltschutzbewegung im Spannungsfeld der 50er Jahre. In: Blanc/Luchsinger 1994, S. 119-146. (1994a)
- Ders.. Die Umweltschutzbewegung im Zeichen des Wertewandels. In: Altermatt et al. 1994, S. 33-61. (1994b)
- Steinmetz, Willibald. Das Sagbare und das Machbare: Zum Wandel politischer Handlungsspielräume England 1780-1867, Stuttgart 1993.
- Stettler, Niklaus. „Die Zukunft ist errechenbar...“. In: Blanc/Luchsinger 1994, S. 95-117.
- Tanner, Jakob. Die Schweiz in den 1950er Jahren: Prozesse, Brüche, Widersprüche, Ungleichzeitigkeiten. In: Blanc/Luchsinger 1994, S. 19-50.
- Thönen, Simon. Wachstum und Krise der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft 1945-1975: Ein historischer Beitrag zur aktuellen Energiedebatte, Liz. Bern 1991.
- Ders.. Ökonomisches Wachstum und politische Krise der schweizerischen Elektrizitätswirtschaft 1945-1975. In: Gugerli 1994, S. 41-56.
- Touraine, Alain u.a.. Die antinukleare Prophetie: Zukunftsentwürfe einer sozialen Bewegung, Frankfurt/M 1982.
- Trepl, Ludwig. Geschichte der Ökologie: Vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart, Frankfurt/M 1987.
- Umweltgeschichte: Eine Geschichte neben dem Menschen?, traverse: Zeitschrift für Geschichte, Jg. 4 (1997), Nr. 2.
- Vischer, Daniel L.. Wasserbau und Elektrifizierung. In: Gugerli 1994, S. 117-130.
- Wanzek, Jörg. Komplexe Natur - Komplexe Welt: Zum Aufkommen des modernen Umweltbewusstseins in der Schweiz in den Jahren 1968-1972, Liz. Zürich 1996.
- Walter, François. Les Suisses et l'environnement: Une histoire du rapport à la nature du 18<sup>e</sup> siècle à nos jours, Genève 1990. (Deutsch: Bedrohliche Natur und bedrohte Natur: Umweltgeschichte der Schweiz seit 1800, Zürich 1996.)

Winkler, Walter. Nuklearpolitische Wende und Beginn der öffentlichen Kontroverse. In: 25 Jahre SVA 1983.

Zürcher, Johannes Max. Umweltschutz als Politikum, Bern 1978.

## 8. Anhang

### 8.1. Abkürzungsverzeichnis

AfB	Arbeitsgemeinschaft für Bevölkerungsfragen
AGU	Arbeitsgemeinschaft Umwelt
AKW	Atomkraftwerk
Atel	Aare-Tessin AG für Elektrizität
AZ	Abend-Zeitung, Basel
BKW	Bernische Kraftwerke AG
BLZ	Basellandschaftliche Zeitung
BN	Basler Nachrichten
CKW	Centralschweizerische Kraftwerke
EDI	Eidg. Departement des Innern
EOS	Energie de l'Ouest-Suisse
EVED	Eidg. Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement
ETH	Eidg. Technische Hochschule
FA	Fachausschuss
GAK	Gewaltfreie Aktion Kaiseraugst
GEK	Eidg. Kommission für die Gesamtenergiekonzeption
GDI	Gottlieb-Duttweiler-Institut
HSG	Handelshochschule St. Gallen
IV	Institut de la Vie
KKW	Kernkraftwerk
LNN	Luzerner Neuste Nachrichten
MC	Motor Columbus
NAK	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen das Atomkraftwerk Kaiseraugst
NAWU	Nationalfondsprojekt Wachstum und Umwelt
NOK	Nordostschweizerische Kraftwerke AG
NuM	Natur und Mensch
NWA	Nordwestschweizer Aktionskomitee gegen Atomkraftwerke
NZ	National-Zeitung
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
SBN	Schweizerischer Bund für Naturschutz
SES	Schweizerische Energiestiftung
SLI	Schweizerische Stiftung für Landschaftsschutz und Landschaftspflege
SGU	Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz
SKA	Studienkommission für Atomenergie
SN	Schweizer Naturschutz
SPJ	Schweizerische Politik im Jahre / Année politique suisse
SSES	Schweizerische Vereinigung für Sonnenenergie
SVA	Schweizerische Vereinigung für Atomenergie
SVV	Schweizerischer Verein für Volksgesundheit
TA	Tages-Anzeiger
Tat	Die Tat
UeBA	Ueberparteiliche Bewegung gegen Atomkraftwerke
VSE	Verband Schweizerischer Elektrizitätswerke
WWF	World Wildlife Fund

## 8.2. Zeittafel

ab 1945	Leitbild „Atomzeitalter“
1957	Bundesverfassungs-Artikel 24quinquies zur Atomenergie
1959	Atomgesetz (AtG)
1964/65	Beschlüsse für den Bau der ersten Atomkraftwerke
1965	Stellungnahmen von Rheinaubund (15. Mai) und SBN (11. Dez.)
1969	Reaktorunfall in Lucens (21. Jan.) Bekanntgabe der Resultate der Expertenkommission „Baldinger“ (März) Protest Regierung BL (25. März), Resolution Grosser Rat BS (22. Mai) Gemeindeabstimmungen in Kaiseraugst (27. Juni, 17. Aug.) Betriebsaufnahme Beznau I (17. Juli) – 1971 Beznau II, 1972 Mühleberg
1970	Gründung NAK (5. Mai)
1971	Bundesrat verbietet Flusswasserkühlung, „Kühlturmentscheid“ (5. März)
1972	Gemeinde Kaiseraugst lehnt AKW mit Kühltürmen ab (15. Juni)
1973	Stellungnahmen von SGU (5.4.) und WWF (19. Juni) Bundesgerichtsentscheide zu Kaiseraugst (26. Juli, 13. Aug.) OAPEC setzt 'Erdölwaffe' ein (16/17. Nov.), „Erdölkrise“ Gründung der GAK (Nov.)
1974	Energiepolitisches Manifest des SBN (Juli) Ernennung der GEK (Sommer)
1975	Besetzung des Baugeländes in Kaiseraugst (1. April -14. Juni) Lancierung der Atomschutzinitiative (Juni)
1979	Abstimmungen Atomschutzinitiative (18. Feb.) und AtG-Revision (20. Mai) Reaktorunfall in Harrisburg (29. März)
1986	Reaktorunfall in Tschernobyl

---

**ETH Zürich / Institut für Geschichte / Preprints zur Kulturgeschichte der Technik**

1. Barbara Orland, Zivilisatorischer Fortschritt oder Kulturdeformation? Die Einstellung des Deutschen Kaiserreiches zur Technik. Paper entstanden nach einer Veranstaltung der Deutschen UNESCO-Kommission und des Hessischen Volkshochschulverbandes zu Jugendstil und Denkmalpflege, Bad Nauheim 1997. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 1.*
2. Patrick Kupper: Abschied von Wachstum und Fortschritt. Die Umweltbewegung und die zivile Nutzung der Atomenergie in der Schweiz (1960-1975). Lizentiatsarbeit Universität Zürich. Eingereicht bei Prof. Dr. Hansjörg Siegenthaler, 1997. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 2.*
3. Daniel Speich, Papierwelten. Eine historische Vermessung der Kartographie im Kanton Zürich des späten 18. und des 19. Jahrhunderts. Lizentiatsarbeit Universität Zürich. Eingereicht bei PD. Dr. David Gugerli, 1997. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 3.*
4. David Gugerli, Die Automatisierung des ärztlichen Blicks. (Post)moderne Visualisierungstechniken am menschlichen Körper. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 4.*
5. Monika Burri, Das Fahrrad. Wegbereiter oder überrolltes Leitbild? Eine Fussnote zur Technikgeschichte des Automobils *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 5.*
6. Tobias Wildi, Organisation und Innovation bei BBC Brown Boveri AG 1970-1987. Lizentiatsarbeit Universität Zürich. Eingereicht bei Prof. Dr. Hansjörg Siegenthaler, 1998. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1998 / 6.*
7. David Gugerli, Do accidents have mere accidental impacts on the socio-technical development? Presentation at the Forum Engelberg, March 1999. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1999 / 7.*
8. Daniel Speich, Die Finanzierung ausserordentlicher Arbeiten am Linthwerk. Historischer Bericht im Auftrag der Linthkommission. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1999 / 8.*
9. Angelus Eisinger, Die Stadt, der Architekt und der Städtebau. Einige Überlegungen zum Einfluss der Architekten und Architektinnen auf die Stadtentwicklung in der Schweiz in den letzten 50 Jahren, Referat BSA Basel 24.06.1999. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 1999 / 9.*
10. Regula Burri, MRI in der Schweiz. Soziotechnische, institutionelle und medizinische Aspekte der Technikdiffusion eines bildgebenden Verfahrens. Studie im Rahmen des Projekts „Digitalizing the human body. Cultural and institutional contexts of computer based image processing in medical practice. The case of MRI in Switzerland“. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 2000 / 10.*
11. Daniel Kauz, Wilde und Pfahlbauer. Facetten einer Analogisierung. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 2000 / 11.*
12. Beat Bächli, Diskursive und viskursive Modellierungen. Die Kernkraftwerk Kaiseraugst AG und die Ausstellung in ihrem Informationspavillon. *Preprints zur Kulturgeschichte der Technik / 2001 / 12.*

Sämtliche Preprints sind als PDF-Dokumente auf <http://www.tg.ethz.ch> zugänglich.  
Das Copyright liegt bei den Autorinnen und Autoren.